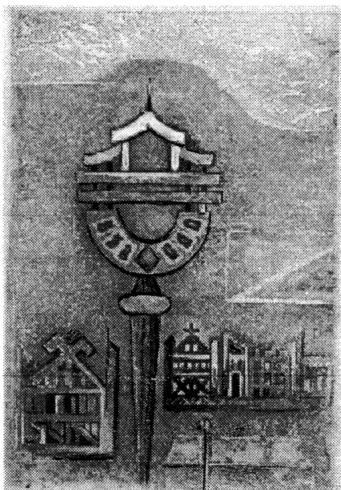


# ANNABERGER ANNALEN

---



*EINZIGE DEUTSCHSPRACHIGE FACHZEITSCHRIFT ÜBER LITAUEN UND  
DEUTSCH-LITAUISCHE BEZIEHUNGEN MIT WISSENSCHAFTLICHEN  
UND INFORMATIVEN BEITRÄGEN ÜBER:*

- *DAS DEUTSCH-LITAUISCHE VERHÄLTNIS IN GESCHICHTE U. GEGENWART;*
- *DIE ROLLE PREUBISCH-LITAUENS BESONDERS DES MEMELGEBIETES FÜR DEUTSCHLAND UND LITAUEN;*
- *DIE KULTUR LITAUENS*

## Zu diesem Buch

Wir sind sicher, daß viele unserer Leser von dem Thema dieses Buches angenehm überrascht sein werden. Was wissen wir eigentlich über Ostpreußen nach 1945?

Uns bekannt sind Erinnerungen aus der Vertreibungszeit. Doch wir haben nur fragmentarische Kenntnisse über das, was im dreigeteilten Ostpreußen danach geschah. Es ist Zeit, diese Lücke nach mehr als fünfzig Jahren zu schließen. Die Redaktion freut sich daher, diese Spezialnummer über die Neubesiedlung Ostpreußens nach 1945 anbieten zu können. Die Leser haben hiermit außerdem zum ersten Mal die Möglichkeit, die unterschiedlichen Entwicklungen im litauischen, russischen und polnischen Teil Ostpreußen zu vergleichen.

Diese Nummer wäre ohne die engagierte Arbeit der Herausgeberin dieser Sammelschrift, *Dr. Ruth Kibelka*, nicht zustande gekommen. Ihr gilt unser Dank. Wir freuen uns umso mehr darüber, da alle Mitarbeiter dieses Jahrbuches auf irgendeine Weise mit Ostpreußen in Verbindung stehen, sei es, daß sie von dort stammen oder sich damit wissenschaftlich beschäftigen.

*Ihre Redaktion*

## Inhaltsverzeichnis

---

Inhaltsverzeichnis .....	3
Einleitung.....	4
Albrecht, D.      Ostpreußen seit 1945.....	5
Traba, R.         Der Schatten des Neandertalers.....	9
Nikžentaitis, A.    Verloren und neu gefunden. Ein Blick auf die neue Heimat in Ostpreußen nach 1945.....	13
Galcov, V.         Besonderheiten des Kaliningrader/Königsberger Gebietes...	29
Arbušauskaitė, A. Die alteingesessene Zivilbevölkerung des Memelgebietes während der sowjetischen Okkupation..	39
Mačiulskis, M.    Die Tätigkeit des MVD-MGB im Memelland in den Nachkriegsjahren (1945-1953).....	65
Vareikis, V.        Der Umgang mit Denkmälern in Klaipėda.....	95
Rūtė, A.            Zu Änderungen der Straßennamen in Klaipėda/Memel in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts.....	101
Galcova, S.        Neusiedler auf dem Territorium Ostpreußens.....	107
Wagner, M.        Ein Dorf ohne Geschichte?.....	113
Eßer, B.            Orientierung in neuer Umgebung .....	123
Kossert, A.         Im Fremden ungewollt zuhause.....	143
Kostjašov, J.      Russen und Deutsche in Ostpreußen nach 1945.....	161
Kibelka, R.        Die Brücke von Tilsit.....	173
Rezensionen.....	202
Autoren. ....	228
Impressum.....	230

## Einleitung

Seit der Gründung des Thomas-Mann-Kulturzentrums im Herbst 1995 gehört es zu den noch jungen aber guten Traditionen, Historiker verschiedener Länder und Regionen zur Begegnung nach Nida/Nidden einzuladen, wobei neben bekannten Vertretern auch Nachwuchswissenschaftler gern gesehen sind. Die Tagung "Verloren und wiedergewonnen" wurde im Mai 1998 in schon bewährter Weise in enger Zusammenarbeit mit dem Forschungszentrum für Westlitauische und Preußische Geschichte der Universität Klaipėda, der Ostsee-Akademie Travemünde und der Kulturgemeinschaft „Borussia“ (Olsztyn/Allenstein) veranstaltet.

Trotz vielfältigen Bemühungen gelang es leider nicht, alle Referate der Tagung für den nun vorliegenden Band zusammenzutragen. Aber zweifelsohne bietet sich dem Leser hier ein äußerst interessantes Spektrum von Forschungsthemen und Arbeiten innerhalb der ehemaligen Region Ostpreußen. Hervorzuheben sei, daß es sich in erster Linie um junge und jüngere Historiker handelt, die sich mit diesem Thema auseinandersetzen. Neben vielen anderen nennenswerten Initiativen gilt es hier besonders, Studienabschlußarbeiten zu erwähnen, die am Forschungszentrum für Westlitauische und Preußische Geschichte (Klaipėda/Memel) entstanden. Aidis Rutė hat über das Thema seiner Arbeit (Zu Änderungen der Straßennamen in Klaipėda in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts) bereits während der Konferenz referiert, Mantas Mačiulskis hingegen seine Arbeit (Die Tätigkeit des MVD-MGB im Memelland in den Nachkriegsjahren (1945-1953) erst im Juni 1999 verteidigt. Da diese kleine Studie auf völlig neu erforschem Material basiert und so unter neuen Aspekten die Ergebnisse anderer hier vorliegender Vorträge eindrucksvoll unterstreicht, wurde sie dem Band hinzugefügt.

In mehrerer Hinsicht ist dieser Band ein Novum. Zum einen erscheint hiermit der erste Konferenzband des Thomas-Mann-Kulturzentrums, dem hoffentlich noch mehrere folgen werden. Zum anderen wäre diese Veröffentlichung ohne das großzügige Angebot der „Annaberger Annalen“, diese Sammlung in ihrer Reihe als Jahresband 1999 erscheinen zu lassen, nicht möglich gewesen.

Herzlichen Dank für diese Unterstützung an die Herausgeber der „Annaberger Annalen“, Arthur Hermann und Annemarie Lepa!

*Dr. Ruth Kibelka*



## Ein einführendes Wort

### **Ostpreußen seit 1945. Verloren und neu gewonnen**

Krieg und ideologischer Wahnwitz haben Wirtschaft und Kultur des Preußenlandes zerrüttet und verwüstet. Zwischen Danzig und Memel, Königsberg und Lyck hat die große Völkerwanderung die Menschen aus Städten und Dörfern vertrieben und neuen Bewohnern Haus und Hof gegeben. Doch zwischen Gdansk und Klaipėda, Kaliningrad und Ełk lebt das Gedächtnis von Zeit und Raum, orientieren sich die Menschen, gestalten ihre Welt, verbinden Alt und Neu und schaffen etwas von dem, das uns allen in die Kindheit scheint. Die Zeit ist gekommen, das gemeinsame Fundament dieser Region zu prüfen und selbstbewußt eine Landschaft zu gestalten, die uns allen gemeinsam ist. Das Thema unseres Seminars in Nidden „Ostpreußen seit 1945“ wurde vom litauischen Partner vorgeschlagen. „Verloren und neu gewonnen“ wurde seitens der Ostsee-Akademie hinzugefügt - den Verlust der Heimat durch die geflohenen und vertriebenen Deutschen und zugleich den neuen Gewinn von Heimat durch die neuen Bewohner im polnischen, russischen und litauischen Teil des Preußenlandes benennend und den neuen Gewinn ihrer Heimat durch jene Deutschen, die gemeinsam mit den heutigen Bewohnern an das Erbe der Region knüpfen und so deren Zukunft sichern. Litauer, Russen, Polen und Deutsche waren eingeladen zum Austausch und zur Begegnung im Thomas-Mann-Kulturzentrum in Nidden und im großzügig bereitgestellten Ratssaal der Gemeinde Neringa in Nidden.

Dem Beobachter, der erstmals an einer solchen preußenländischen Begegnung teilnahm, müßte die Übereinstimmung bei der Aufarbeitung der Geschichte, das Verständnis füreinander und das Bemühen, grenzübergreifend eine gemeinsame Zukunft der Region zu sichern, aufregend, ja sensationell erscheinen. Doch die nun schon zum wiederholten Male erprobte Zusammenarbeit zwischen dem Forschungsinstitut für die Geschichte Westlitauens und Preußens an der Universität Klaipėda, dem Thomas-Mann-Kulturzentrum in Nidden, der Kulturgemeinschaft Borussia, den Partnern an der Kaliningrader Universität und der Ostsee-Akademie hat diese Art gemeinsamer Arbeit

fast schon zur Regel werden lassen und ihr nahezu die Würze gegensätzlicher Positionen genommen. Doch auch wenn Verständnis und Verständigung diesen Kreis prägen, so bleibt die Aufgabe, weitere Kreise interessierter Menschen, Wissenschaftler und Laien, aus Polen, dem Königsberger Gebiet, Litauen und Deutschland für diese Gemeinsamkeit zu erobern.

Eindringliche Beiträge unseres Seminars waren die Fallstudien aus der Bielefelder Arbeitsgruppe unter Professor Ulrich Mai, die ihre Befragungen und Felduntersuchungen in Masuren in Wort und Bild einbrachte. Sie illustrierten das Dilemma derjenigen in Masuren, die weder Deutsch noch Polnisch optieren wollten und durch die Bipolarität beider Staaten doch zur Entscheidung gezwungen wurden. Deutlich wurde, wie unmenschlich eine solche Lage des Entweder-Oder für den Einzelnen und für seine Volksgruppe wirkt.

Ein Höhepunkt war der Beitrag von Alexander Sologubov aus Königsberg, in Gumbinnen/Gussew geboren, in den Dörfern der Oblast aufgewachsen und nun Philosoph und Logiker an der Königsberger Universität, der in Wort und Bild, in sparsamem Schwarzweiß, den Alltag seiner Heimat dokumentierte.

Bei der Exkursion ins Memeldelta nach Ruß, Heydekrug und bis zum Rombinushügel über der Memel jenseits von Ragnit konnten die Teilnehmer des Seminars in Augenschein nehmen, wie sehr Flucht und Aussiedlung eines guten Teils der Bevölkerung und der Zuzug einer überwältigenden Zahl von Menschen aus Gebieten jenseits des Memellandes in eine Region eingreifen und wie dennoch das Gedächtnis dieser Region - sichtbar in ihren überlebenden Bauten, unsichtbar und nicht empirisch greifbar in der Art und Weise, wie eine Landschaft ihre Menschen formt - weiterlebt.

Den wissenschaftlichen Austausch durch die Begegnung mit diesen Menschen vor Ort, mit den Mittlern in den kleinen Städten und Dörfern, zu ergänzen, sollte Aufgabe der kommenden Jahre sein. Der Bedarf ist groß.

*Dr. Dietmar Albrecht*

*Akademieleiter*

*Travemünde, 22. November 1999*

---

---

**OSTPREUSSEN**

**NACH 1945**

---

---

---

**ANNABERGER**

**ANNALEN**

**NR. 7**

**1999**



## Der Schatten des Neandertalers

„Verlorene Gebiete“ - „gewonnenen Gebiete“: Die Dichotomie dieser zwei Begriffe, im Prinzip Phänomen der Nachkriegswirklichkeit in Europa, ist offensichtlich. Und deren Existenz im Bewußtsein der letzten fünfzig Jahre von Deutschen, Litauern, Polen und Russen braucht ebenfalls nicht diskutiert zu werden. Aber können diese Begriffe bzw. Phänomene wirklich Kategorien darstellen, um zum besseren Verständnis für die politisch-kulturellen Verschiebungen Osteuropas gen Westen nach 1945 beizutragen?

Was heißt: Gebiete verlieren? Was bedeutet: Gebiete wiedergewinnen? Vor allem verbirgt sich hinter beiden Bezeichnungen in Wirklichkeit der Anspruch auf Eigentum, das Gefühl von Unrecht sowie die Notwendigkeit, Unrecht wiedergutzumachen. Beide Begriffe sind Ergebnisse von Territorialkonflikten, die durch den Aufbau moderner Nationalstaaten gestützt, auf ethnischem Prinzip entstanden. Die „Blutsbande“ wurden zu dauerhaften Element des ethnischen Nationalismus, der sich durch den Nachweis dauerhafter und kompakter ethnischer Gruppen definierte. Auch noch heute führt diese ideologische Konstruktion zu absurden Schlußfolgerungen. Ausdruck dessen ist auch die Frage, die mir unlängst voller Verzweiflung gestellt wurde:

- „Dann sagen Sie doch bitte, wer denn nun der erste im Ermland und in Masuren war?“

Fast ohne zu zögern, in blitzschneller Vergegenwärtigung der Geschichte des preußischen Territoriums, antwortete ich:

- „Der Neandertaler!“

Unabhängig vom anekdotischen Charakter dieses Dialoges mit einer erwachsenen gebildeten Person, bleibt die sehr ernsthafte Tatsache, daß die Folgen der Erziehung im Geiste des ethnischen Nationalismus dauerhaft zu sein pflegen, wenn nicht sogar elementare Bestandteile

des kollektiven Bewußtseins bei den gesamten Europäern. In Deutschland und in Osteuropa wurden sie zusätzlich unter dem Druck der Totalitarismen im 20. Jahrhundert fixiert.

Also, was soll man mit diesem Problem nun anfangen, mit diesen geteilten, verlorenen und wiedergewonnenen Gebieten, die hauptsächlich durch den Zweiten Weltkrieg zum symbolischen Stigma besonders für Mittel- und Osteuropa gerieten? Eine Antwort darauf stammt von einem hervorragenden polnischen Intellektuellen, der 1991 starb, von Jan Józef Lipski. *Leihgabe* und *Verwalter* sind die Schlüsselworte seiner Überlegungen zum Kontext der polnisch-deutschen Beziehungen. Lipski schrieb:

*„Durch die Übernahme von Pommern, Danzig, dem Ermland und Masuren, der Neumark, von Ober- und Niederschlesien wurden wir zu **Verwaltern** riesiger deutscher materieller Kulturgüter in diesen Gebieten: von Kirchen, Schlössern, Palais, Rathäusern, berühmten Patrizierhäusern. Wenn man Kulturdenkmäler übernimmt - kann man nur von einer **Leihgabe** sprechen. Das, was zur Kultur einer Nation gehört, bleibt für immer ihr Werk und ihr Ruhm. Ein Verwalter übernimmt aber zugleich auch Pflichten. Und daran, wie er diese Pflichten erfüllt, mißt man seine Kultur; darüber von ihm Rechenschaft zu fordern, hat Europa das Recht, denn sowohl das, was die Deutschen schufen, als auch das, was die Polen schufen, gehört zur gemeinsamen europäischen Kultur.“*

Der Ausdruck „übernehmen“ hat ebenfalls Universalcharakter, zieht man beispielsweise die Situation Polens zu seinen östlichen Nachbarn in Betracht.

Die große Vision des Jan Józef Lipski schuf einen gewaltigen Raum für edle Vorstellungen, die jedoch häufig fern der Realitäten liegen. Die Idee der Kulturgemeinschaft „Borussia“, die in einer anderen Wirklichkeit entstand (nach dem Fall der Mauer), im Zentrum einer völlig anderen Generation und unter konkreten gesellschaftlich-politischen Bedingungen, verbindet Elemente der idealistischen Vision mit den Realien von „Zeit und Ort“:

*„Wir wollen durch genaues Kennenlernen der regionalen Vergangenheit, der gegenwärtigen politischen und nationalen Beziehungen, der kulturellen und zivilisatorischen Werte schöpferisch und kritisch zu einer neuen Sicht finden, zu einer neuen Kultur und Lebenshaltung, gestützt auf die Liebe zur Freiheit und zu demokratischen Werten (...) Gemeinsam wollen wir im Ermland und in Masuren - nach den großen Systemveränderungen in Verbindung mit dem Fall des Kommunismus - eine Zivilgesellschaft schaffen, litauische, polnische und russische Identität errichten, Gleichzeitig entdecken wir hier das alt-preußische Erbe, das deutsche, das heimatliche, eingedenk der Tragödie des 20. Jahrhunderts streben wir nach einem freien und demokratischen Vaterland und ehren das Wohl anderer Völker.“*

Dieses „Manifest“ schuf die Rahmenbedingungen für konkrete Tätigkeiten, die wir seit 1995 „offenen Regionalismus“ nennen. Anstelle von Diskussionen über das „Recht auf Erde“, bemühen wir uns, das Erbe des früheren Gebietes der Preußen mit ganzem Gepäck zu erkunden, d.h. mit den guten Seiten seiner Vielfalt (gewollt oder ungewollt, bequem oder unbequem, edel oder peinlich). Auf diese Art und Weise - so habe ich den Eindruck - werden wir zum ersten Mal die „Gebiete wiedergewinnen“, ohne dabei ausschließliche Rechte zu verkünden. Wir gewinnen und retten dabei „nicht unsere“, „fremde“ Kulturgüter, die auf diese Weise ebenfalls zu „unseren“ werden, in emotionalem Sinn, indem sie in uns Emotionen hervorrufen und unser Bewußtsein prägen.

Paradoxerweise wird nicht nur eine kollektive Identität geschaffen, sondern dadurch entsteht eine aktive Beziehung zum Kulturerbe. Multilaterale kulturell-wissenschaftliche Kontakte zwischen Deutschen, Litauern, Polen und Russen finden in der Kultursphäre eine neue Dialogebene. Es hat sich herausgestellt, daß seit mehreren Jahren sowohl die früheren Eigentümer wie auch die gegenwärtigen Verwalter der Kulturschätze keine gegensätzlichen Interessen mehr verkörpern. Alle stimmen überein, daß man sich aus dem eng verstandenen „nationalen Egoismus“ heraus bewegen müsse, um eine

Zukunft im Europa der Region und des zivilisatorischen Nationalismus (und nicht des ethnischen) zu suchen, die alle Teilnehmer der europäischen (nationalen) Gemeinschaft ungeachtet ihrer Größe und Stärke als Subjekt sieht. Bei solcher Wahrnehmung können Tradition und uns gegenseitig belastende Stereotype nicht Tabu bleiben oder durch eine Kraft monopolisiert werden. Um jedoch eine „internationale Republik vernünftiger Leute“ zu bilden, muß man sich gemeinsam schwierige Dinge erklären, die unser eigenes Gewissen belasten, was manchmal sogar bis zur Schmerzgrenze führt. Dieser Aufgabe widmen sich auch die Treffen, die schon seit Jahren durch das Thomas-Mann-Kulturzentrum aus dem litauischen Nida, der Ostsee-Akademie aus dem deutschen Travemünde und der Kulturgemeinschaft „Borussia“ aus dem polnischen Olsztyn/Allenstein organisiert werden. Und in einem solchen Kontext ist es auch wert, über „verlorene und wiedergewonnene“ Gebiete zu diskutieren. Die Konferenz in Nida zu diesem Thema zählt zu diesen Treffen. Obwohl sie nur eine Region betraf, die frühere Provinz Ostpreußen, deren Gebiete jetzt integrale Bestandteile des litauischen, polnischen und russischen Staates sind, kann sie Beispiel sein für eine gelungenen Lösung komplizierter Probleme bei der Berührung von Kulturen und Völkern. Die gegenwärtige Fortsetzung der Erfahrungen in einem Zeitraum von zwei Jahren ist der Versuch, sie auf eine Bildungsebene zu bringen, der Versuch, das zu verbreiten, was in der Theorie zu diesem Band geführt hat, der jetzt in die Hand der Leser gelangt.

*Aus dem Polnischen von Dr. Ruth Kibelka*



## Verloren und neu gefunden.

*Ein Blick auf die neue Heimat in Ostpreußen nach 1945:  
Einige einführende Bemerkungen über dieses Thema*

Die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts und besonders die ersten Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg bedeuteten für viele Einwohner des europäischen Kontinents den Beginn einer Art Völkerwanderung. Diese Prozesse spiegeln sich besonders in Mittel- und Osteuropa wieder. Die Deutschen als Verlierer des Zweiten Weltkrieges waren davon wohl am stärksten betroffen. Sie mußten Ost- und Westpreußen, das Sude-tenland, wie auch viele andere Territorien verlassen oder wurden vertrieben. Auch die Deutschen außerhalb Deutschlands verloren ihre Heimat. In den Jahren des Zweiten Weltkrieges wurden die Rußland-deutschen aus ihren angestammten Orten nach Mittelasien verschleppt. Doch wäre es fehlerhaft zu glauben, daß die Völkerwande-rung des 20. Jahrhunderts nur die Deutschen betroffen habe. Den teil-weisen Siegern des Zweiten Weltkriegs, den Polen, wurde im 20 Jahr-hundert eine ähnliche Erfahrung sogar mehrmals zuteil: Zuerst wurde die polnische Einwohnerschaft nach Sibirien verbannt, als die Sowjet-union die Westukraine und Weißrußland besetzte, später vertrieben die Deutschen die Bevölkerung dieser Gebiete, hinzu kommt die Zwangsaussiedlung der Polen aus dem Wilnaer Gebiet, das auf Be-schluß der UdSSR an die Litauische SSR abgetreten wurde. Obwohl sich das litauische Territorium im Ergebnis des Zweiten Weltkrieges vergrößert hat, wurde auch ein Großteil der Litauer von der Welle der Völkerwanderung betroffen. Nach neuesten Angaben wurden alleine nach dem Zweiten Weltkrieg ca. 110 000 litauische Einwohner nach Sibirien verbannt, bzw. 5% der gesamten Einwohnerschaft Litauens. Für viele wurde der Verbannungsort durch vielerlei Faktoren zur neu-ten Heimat. So ist der Verlust von Heimat und der Erwerb einer neuen Heimat kein rein deutsches Problem. Die Aktualität einer derartigen

Frage stellt sich - zwar nicht in diesem Ausmaß wie den Deutschen - auch vielen Einwohnern Mittel- und Osteuropas.

Sprechen wir über Deutsche, Litauer und Polen, müssen wir die Unterschiede zwischen den Ethnien beachten: Litauer und Polen mußten nicht nur ihre Heimat verlassen, ein großer Teil wurde auch in Gebieten angesiedelt, in denen früher Deutsche lebten (im litauischen Beispiel auch Gebiete, die früher rein polnisch besiedelt waren). In der Endkonsequenz dieser Veränderungen veränderte sich nicht nur die staatliche Zugehörigkeit Ostpreußens, sondern auch mehr als 90% seiner Einwohnerschaft.

Die ethnischen Veränderungen in Osteuropa oder konkret in Ostpreußen sollen nicht das Hauptthema dieser Tagung darstellen. Mich interessiert vor allem eine andere Frage: Wie findet man eine neue Heimat, wie entsteht ein Heimatgefühl, wann beginnt ein Mensch, der seine Heimat verlassen hat, seinen neuen Wohnort als Heimat zu bezeichnen? Nicht weniger wichtig ist die Frage - und vielleicht ist sie am wichtigsten - nach den Beziehungen der neuen Einwohner, die hier Heimat gefunden haben, zu der neu besiedelten Region, zu den Traditionen der Region. Die persönliche Beziehung des Individuums zur Region kann nicht das Monopol eines einzelnen oder einer nationalen Gruppe sein, denn das Heimatgefühl schwindet ja nicht mit dem geographischen Verlust. Ob man nun im heutigen Deutschland lebt, in den USA, Rußland oder an anderem Ort, kann man Heimat unterschiedlich vom Wohnort definieren. Darum begegnen wir bei der Frage nach der Bewahrung von Traditionen konkreter Regionen einem anderen Problem. Inwiefern ist das Heimatgefühl der jetzigen Einwohner identisch mit dem Heimatverständnis der früheren Bewohner, oder genauer, kann die konkrete Region, in diesem Fall Ostpreußen, Heimat für die hier lebenden Litauer, Polen, Russen sein und gleichzeitig für die Deutschen, Kleinlitauer, Masuren, Juden und anderen Völkerschaften, die dieses Land verlassen mußten. Vermutlich ist das in den „gewonnenen Gebieten“, mit den Augen eines jetzt im Memelland Lebenden ein erstrebenswertes Ziel. Diese Frage interessiert mich nicht so sehr als Historiker, wie als Mensch, der seine Stadt liebt, weil sie multikulturell und multiethnisch ist, voll interessanter

Geschichte, geschaffen von verschiedenen Völkern in dem Bestreben, daß die Region auch in der Gegenwart nicht seine Anziehungskraft einbüßt. Aus diesem Grund frage ich mich oft, was wir neue Einwohner des Memellandes tun, damit unsere Heimat auch in Zukunft die Heimat für die früheren Bewohner darstellen könnte, völlig unabhängig von ihrer Nationalität, gleich ob sie Litauer, Deutsche, Juden oder Polen sind. Die Veränderung der Einwohnerschaft in der konkreten Region, der Verlust der einen Heimat und der Erwerb einer neuen sind permanente Prozesse. Das Heimatgefühl entsteht unabhängig von der Nationalität der Bewohner. Noch im Mittelalter, völlig gegensätzlich zum 20. Jahrhundert, verwandte man keine großen Anstrengungen darauf, seine Seßhaftigkeit in einem bestimmten Territorium zu bezeichnen, als wertvollere Bürger „erster Klasse“ galten die Zugezogenen. So forderten Mitte des 15. Jahrhunderts die preußischen Stadtbewohner gleiche Rechte wie der Deutsche Orden und unterstrichen ihre Forderung mit dem Argument, daß sie genauso Zugezogene seien und darum die gleichen Rechte beanspruchen dürften. Es könnte so der Eindruck entstehen, daß auf Grund der wesentlichen Veränderungen in der Zusammensetzung der preußischen Einwohnerschaft im 13.-14. Jahrhundert, aus Anlaß der Migration und der Landeskultivierung einzig die Einwohner Preußens mehr Rechte forderten, aber so war es bei weitem nicht. Migrationstheorien waren in ganz Europa populär, bis die Epoche des Nationalismus einsetzte. Diese Theorien waren charakteristisch für Gebiete von England bis Rußland. Beispielsweise rühmten sich die Litauer bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts, daß sie von den Römern abstammen, sie fühlten sich, wie auch die deutschen Bewohner Preußens, besser als die Russen, da sie einige ihrer Territorien erkämpft hatten. Derartige Migrationsformen, das Eroberungsrecht, wurden bis zum 20. Jahrhundert für gewichtige Gründe gehalten, um sich in diesen Gebieten wie in seiner Heimat zu fühlen.

Diese Form der Heimatfindung müssen wir losgelöst von dem sogenannten „historischen Recht“ auf einzelne Territorien sehen. Das „historische Recht“ entstand im wesentlichen im Zeitalter des Nationalismus, Ende des 19. /Anfang des 20. Jahrhunderts und veränderte

nicht nur die historisch gewachsenen Beziehungen zwischen Vertretern verschiedener Völkerschaften, sondern auch die Empfindungen für die Heimat. Im ehemaligen Ostpreußen setzte der Streit um das „historische Recht“ Ende des 19. Jahrhunderts ein und verstärkte sich besonders nach dem Ende des Ersten Weltkrieges. Anfangs stritten sich Polen und Deutsche, die besonders den polnischen oder deutschen Charakter einzelner Küstengebiete diskutierten, in den zwanziger und dreißiger Jahren schalteten sich auch die Litauer ein, als die Frage der litauischen Autochthonie in Ostpreußen aktuell wurde. Erst am Anfang des 20. Jahrhunderts entstanden Theorien zu den Preußen als germanisch-baltische Mischung (nach Meinung deutscher Historiker und Sprachforscher) bzw. als Ost- oder Westbalten (nach Meinung litauischer Historiker und Sprachforscher). Politisch wichtig gestaltete sich unabhängig davon noch die Authentizität der Verträge, die der Deutsche Orden im 13. /14. Jahrhundert mit seinen Nachbarn abgeschlossen hatte. Eine derartige Politisierung der Geschichte umfaßte fast alle Länder Europas. Dennoch ist wichtig, daß in diesen Diskussionen ein neues Heimatverständnis geboren wurde, die sich in dem deutschen Ruf: „Ein Staat, ein Volk“ widerspiegelt. Am schrecklichsten war, daß diese dummen Theorien, die sich auf ein verzerrtes Geschichtsverständnis stützten, in die Praxis umgesetzt wurden. In Litauen und Polen äußerte sich das in einer Zwangslithuanisierung und Zwangspolonisierung der nationalen Minderheiten (also der germanisierten oder polonisierten Litauer, bzw. der germanisierten Polen), in Ostpreußen kam es zu einer Germanisierung der nationalen Minderheiten. Die Realisierung der Parole „Ein Volk, ein Staat“ bewirkte die teilweise Abschiebung der Litauer aus dem Memelland (nach dem deutsch-sowjetischen Abkommen wurden insgesamt 6 167 Personen abgeschoben), und die Heimkehr der Deutschen aus den baltischen Staaten. Unabhängig davon herrschte neben dem Heimatbegriff, der sich auf die Eigenstaatlichkeit gründete, auch bis zum 20. Jahrhundert ein anderes Heimatgefühl, das auf Regionalismus basierte. Allein die Volkszählung 1925 im Memelland bewies, daß sich in dieser Region über 34 000 Einwohner, also etwa 25%, weder Deutschen noch Litauern, sondern den Memelländern zurechneten. Das auf Regionalismus

basierende Heimatgefühl war keine hohle Phrase, wie auch die Befragungen zeigen, die Anfang des Jahrhunderts an der lettisch-litauischen Grenze durchgeführt wurden. Zum Zweck der Festlegung der lettisch-litauischen Grenze nach ethnischen Faktoren befragte man die einheimische Bevölkerung. Auf die Frage nach ihrer Identität antworteten sie einstimmig, daß sie Katholiken seien, auf die Frage, in welcher Sprache sie zu Hause sprächen, erwiderten sie: katholisch. Obwohl dieses Beispiel nichts mit Ostpreußen gemein hat, zeigt es doch ganz gut, wie stark das regionale Heimatgefühl in den Grenzgebieten war, es spielte in den ethnisch durchmischten Territorien zu Beginn des Nationalismus eine größere Rolle als der Heimatbegriff, der sich auf die Volksgemeinschaft gründete. Anfang des 20. Jahrhunderts traten die politischen Orientierungen im Memelland deutlicher hervor. Viele nannten sich Memelländer, da die nationale Differenzierung im Deutschen Reich rasch zunahm, was auch die Angaben zum Memelländischen Landtag bestätigen. Nach 1923 begriffen sie sich nicht nur als Bewohner der Region bzw. Bürger des Deutschen Reiches, aber ihre kulturelle Orientierung entsprach nicht immer der staatlichen Zugehörigkeit.

Die auf den Nationalismus gestützte Politik toleriert keine doppelte Kulturzugehörigkeit und weist auch den regional definierten Heimatbegriff von sich. Die Einwohner des ehemaligen Ostpreußens hielten sich früher weder für Deutsche noch für Litauer oder Polen. Die Memelländer und Masuren mußten im Laufe des 20. Jahrhunderts eine Entscheidung treffen, ob sie nun Deutsche oder Polen, Litauer oder Deutsche seien. Häufig waren das Entscheidungen, die nicht von kulturellen Orientierungen, von nationaler oder staatlicher Identität getragen wurden, sondern von Motiven, die der Alltag diktierte. Nur so läßt sich erklären, daß nach dem Anschluß des Memellandes an Deutschland (1939) nur einige Dutzend Memelländer litauische Staatsangehörigkeit beantragten, aber 1958 - 1960 etwa 8 000 Memelländer aus Litauen nach Deutschland ausreisten, unter ihnen nicht wenige Kleinlitauer. Genau solche Prozesse gingen in Masuren, einer anderen ethnisch gemischten Region Ostpreußens vor sich. Im Prinzip verhielten sich diese Prozesse analog.

Die Veränderung des Heimatbegriffes ist ein natürlicher und nicht regulierbarer Prozeß, sofern er normal und freiwillig verläuft. Aber dies läßt sich wirklich nicht von den Ereignissen behaupten, die nach 1945 im ehemaligen Ostpreußen stattfanden. In gewisser Hinsicht lassen sich die von Stalin befohlenen Umsiedlungen als Fortsetzung der Hitlerschen Politik der Kriegsjahre begreifen, wobei die ideologischen Motive der beiden Diktatoren völlig verschieden waren. Wenn in der Hitlerschen Politik die Schaffung von Lebensraum für das deutsche Volk eine gewisse Rolle spielte, wollte Stalin **sein** Imperium erweitern. Aus diesem Grund versuchten die nach Ostpreußen kommenden Neusiedler anfangs nicht, hier ihre neue Heimat zu finden. Viele kamen nach Ostpreußen, weil sie mögliche Repressionen fürchteten (Bewohner der UdSSR und der LSSR) oder, da sie nicht freiwillig in die „neu gewonnen“ Gebiete gehen wollten, auf Grund des ungeklärten Status bzw. der nicht fixierten Grenzen wurden sie quasi mit Zwang angesiedelt. (So auch das Beispiel der Ukrainer und Bewohner des Wilnaer Gebietes in der Volksrepublik Polen). Aus diesen Gründen waren in den neu gewonnenen Gebieten hohe Migrationsraten zu verzeichnen. So verblieben von den zwischen 1951 und 1960 nach Klaipėda/Memel Zugezogenen nur 17% der Zuwanderer aus Litauen und 6% der Migranten aus anderen Unionsrepubliken. Die Tatsache, daß viele der Zugezogenen die „neu gewonnenen“ Territorien nicht als Heimat betrachteten, bezeugt auch ein anderes Faktum: Die Zugezogenen im Memelland begannen ihre Angehörigen hier erst Ende der fünfziger, Anfang der sechziger Jahre in großem Maßstab zu beerdigen. Ähnlich verhielt es sich auch in dem 1946 gegründeten Gebiet Kaliningrad und den ostpreußischen Gebieten, die an Polen gekommen waren.

Deutlich sind aber die Unterschiede zwischen den ostpreußischen Teilen, die Litauen und Polen zugeschlagen wurden und dem Kalinin-grader/Königsberger Gebiet. Auf gewisse Unterschiede verweist auch der Prozentsatz der Einwohner, die in dem Gebiet verblieben. Wenn wir den Migrationsprozeß der Stadt Klaipėda als Modellfall für das ehemalige Ostpreußen betrachten, dann ist augenfällig, das sich hier

dreimal mehr Litauer ansiedelten, als Bürger aus anderen Unionsrepubliken. Die Tatsache, daß sich mehrheitlich Polen und Litauer in den „neugewonnenen“ Gebieten ansiedelten, läßt sich vor allem mit den andersartigen Beziehungen der polnischen und litauischen Einwohner zum Memelland bzw. zu den polnischen Westgebieten erklären. Die früher hier lebenden Masuren und Kleinlitauer nennt man jetzt offiziell Polen und Litauer, ihr in polnischer oder litauischer Sprache geschaffenes Kulturerbe vermindert das Fremdheitsgefühl zu den ostpreußischen Territorien und bildet eine Brücke zum fremden Land und seiner kulturellen Landschaft. Natürlich haben sich die Beziehungen zu den alt Eingessenen der Gebiete nicht gewandelt. Im 1946 gegründeten Kaliningrader Gebiet wurden sie mit Macht aus dem Land verbannt, in den polnischen Westgebieten und dem Memelland wurde ihnen mehrheitlich das Recht zuerkannt, wenigstens im Land zu bleiben, wenn sie auch auf Grund ihres Germanisierungsgrades als Bürger zweiter Klasse behandelt wurden, die zwangspolonisiert bzw. lithuanisiert werden sollten. In Polen, wo man die Ausbreitung der Staatsgrenzen auf Preußens Rechnung legitimieren wollte, wurde noch mit den Autochthonen manipuliert, in dem man 1946 beispielsweise einen Autochthonenkongreß in Warschau veranstaltete. In Litauen wurden keinerlei derartige diplomatische Spiele gespielt. Es ist kein Zufall, daß nach der Schwächung des Regimes in Polen und der UdSSR viele Autochthone aus der Heimat emigrierten, diese Personen wurden nicht zum Bindeglied für die neuen Anwohner, dienten nicht als Integrationsfaktor. Es ist kein Zufall, daß gerade im Anfangsstadium der Ansiedlung unter den Siedlern im ehemaligen Ostpreußen das Gefühl der Zeitweiligkeit überwog.

Seit den 50er und 60er Jahren begann man sich in Polen und Litauen um das Kulturerbe jener Regionen zu bemühen, während dieser Zeitraum im Kaliningrader Gebiet vor allem durch aktive Vernichtung des Kulturerbes bestimmt war. Allein zwischen 1960 und 1969 wurden im Kaliningrader Gebiet 29 von 222 Kulturdenkmälern der Vorkriegszeit vernichtet, darunter das Königsberger Schloß. Die Beziehungen der Kaliningrader Einwohner zum Kulturerbe muß man in diesem Zusammenhang nicht kommentieren. Bezüglich der Kirchen

verhielt es sich im Memelland nicht besser. So verblieb in Klaipėda nach 1945 nur eine funktionierende Kirche, die lange von den Evangelischen, wie auch von den Katholiken frequentiert wurde. Die restlichen fünf Kirchen, die im Krieg beschädigt worden waren, wurden in der Nachkriegszeit abgerissen. In der Kriegs- und Nachkriegszeit wurden im Memelland 12 Kulturdenkmäler vollständig abgerissen und 18 weitere zweckentfremdet. Natürlich muß man diese Tatsachen im gesamten Kontext Nachkriegslitauens sehen und es soll hier keine einseitige Sicht entstehen, daß Kirchen nur in diesem Teil Litauens geschlossen worden seien. Dieser Prozeß betraf - wenn auch in geringerem Maßstab - ganz Litauen. Die Vernichtung von Kirchengebäuden im Memelland muß man im Kontext der antireligiösen Politik in der gesamten Sowjetunion sehen, die natürlich keinen Bogen um Litauen schlug. Einzig in Polen, wo auch der militante Atheismus keine Plattform fand, herrschte eine günstigere Situation für Kirchengebäude. Die Mehrzahl wurde zwar der katholischen Kirche übergeben, aber nicht zweckentfremdet.

Gotteshäuser stellen nur einen Teil des Kulturerbes dar und gerade ihr Schicksal spiegelt auf Grund der antireligiösen Politik der UdSSR den Bezug zum materiellen Erbe des Gebietes nicht entsprechend wieder. Vergleichen wir die ehemaligen ostpreußischen Gebiete und ihr Schicksal in den unterschiedlichen Staatenverbänden, läßt sich recht rasch feststellen, daß in der VR Polen die Altstädte am frühesten restauriert wurden. Die Restaurierung der Danziger Altstadt in Polen begann schon 1949, die der Altstadt von Klaipėda in Litauen wurde 1970 initiiert, im Kaliningrader Gebiet fing man mit den Arbeiten erst 1991 an. Vielleicht ist meine Beobachtung zu falsch, aber mir erscheint es, als sei der Bezug zum materiellen Erbe der wichtigste Parameter, der von der Entwicklung einer neuen Beziehung zum fremden Territorium zeugt, vom Beginn eines Heimatgefühls. Entstehung eines Heimatgefühls fand unter recht widersprüchlichen Umständen statt. Die Begründungen, warum die „wiedergewonnenen Gebiete“ jetzt die Heimat der Polen, Litauer und Russen darstellen, lassen sich am ehesten als rein politische Propaganda bezeichnen. So hat 1946. der Magistrat von Danzig in seinem Beschluß zur Marien-



kirche, die 1955 renoviert wurde, das Gebäude als „ältestes Dokument des Polentums und der Macht Polens“, bezeichnet. Die Übergabe an die katholische Kirche Polens wurde als historischer Akt gewertet, der die historische Rechtmäßigkeit der Übergabe Danzigs an Polen noch deutlicher hervorheben sollte. Ähnliche Argumentationen, wenn auch nicht in dieser Breite und der Intensität der politischen Inhalte, wurden in Litauen gebraucht. Auf die Frage, warum die Memelburg, die doch ein Nest der deutschen Aggressoren war, erforscht werden sollte, gaben die Opponenten häufig zu verstehen, daß diese Burg, obwohl sie den deutschen Rittern gehört habe, doch mit dem Blut und Schweiß der litauischen Bauern erbaut worden sei. Das polnische bzw. das litauische Element wurde gesondert unterstrichen - eine offene Demagogie. Aber genau diese trug sehr stark zu dem Gefühl bei, daß diese Stadt, dieses Gebiet das eigene sei, daß zu unserer Stärkung beitrage und die Gegnerschaft, die uns umgibt, vernichte, man müsse dieses Eigentum pflegen und nicht als Fremdkörper des Polen- oder Litauertums zerstören. Diese Ideologie, die sich auf einen nationalgeprägten Heimatbegriff stützt, bestimmte ein unterschiedliches Verhalten zu den Kulturdenkmälern in den verschiedenen Teilgebieten des ehemaligen Ostpreußens. Die Existenz derartiger Ideologien (bzw. deren Nichtvorhandensein) war ein wichtiger Faktor zur Herausbildung des Heimatgefühls. Natürlich hat dieses, sich noch in Entstehung befindliche Heimatgefühl, sehr wenige oder überhaupt keine Berührungspunkte mit dem „deutschen“ Heimatverständnis der früheren Bewohner. Die neu gefundene „polnische“, „litauische“ oder „russische“ Heimat wurde oft der „deutschen“ entgegengesetzt. Nur vereinzelte Elemente der Kulturlandschaft wurden als wichtigste Elemente in der neuen Umgebung bezeichnet, die zur Verstärkung des Heimatgefühls dienen konnten.

Der Umgang mit der neuen Umgebung und der eigene Platz in dieser hing nicht immer von dem einzelnen Individuum ab. Ich möchte nicht jeden Kaliningrader für die Zerstörung des Schlosses nach dem Krieg beschuldigen, wie jeden Klaipėdaer für die Zerstörung der Kirchen in Klaipėda. Aber es hing auch nicht alles von den Besonderheiten des konkreten politischen Systems ab, und von den

historischen Umständen, unter denen sich der konkrete Mensch im ehemaligen Ostpreußen befand.

Vielen Westbürgern erscheint der gesamte Ostblock als einheitliches System, gegründet auf die gleichen Moskauer Verwaltungsprinzipien. Obwohl diese Verallgemeinerung nicht wenig Wahrheit in sich birgt, existieren doch viele Nuancen, die gerade für unser zu behandelndes Thema wichtig sind. Aus meiner Sicht haben gerade die Nuancen im System dazu geführt, daß man sich mit den Kulturdenkmälern im ehemaligen Ostpreußen verschieden verhalten hat. Auch die verschiedenen Zeitpunkte, in denen die Zuwanderer in diesen Gebiete diese als neue Heimat anerkannten, beweist dieses.

Polen hat, anders als die Litauische SSR und die Russische Föderation, eine relativ kurze Stalinismusphase erlebt, während der das Prinzip des Klassenkampfes als einzige Weltanschauung galt, die nicht nur in der Politik, sondern auch in der Kultur und Wissenschaft dominierte. Faktisch gab es nur Ende der vierziger, Anfang der fünfziger Jahre den - übrigens recht erfolglosen Versuch - der polnischen Gesellschaft dieses Prinzip einzupflanzen. Während der gesamten Phase der Volksrepublik Polen gelang es dem Marxismus faktisch nicht, den Nationalismus aus dem gesellschaftlichen Leben Polens zu vertreiben. Der letztere war doch die Triebkraft zur Herausbildung des polnischen Heimatgefühls in den „wiedergewonnenen Gebieten“. In Litauen gab es gleichfalls Versuche, gleich nach dem Krieg, Nationalismus und Marxismus in Übereinstimmung zu bringen. Ein Beweis dafür ist der Versuch, einer Schule in Klaipėda den Namen Vytautas-Gymnasium, einer Schulbezeichnung aus der Zwischenkriegszeit, zu verleihen. Die Bitte aus dem Jahr 1947 wurde wie folgt motiviert: „Klaipėda und das Gebiet haben ständig unter Verfolgungen und Verwüstungen der Kreuzritter und nicht zuletzt der deutschen Aggressoren gelitten. Vytautas der Große hat bei Žalgiris die Deutschen besiegt, ... sein Name wird auch die Schüler ständig daran erinnern und wird ein Erziehungsbeispiel dafür sein, auf der Wacht in Sowjetlitauen gegen den ewigen deutschen Feind zu stehen“. Die Rhetorik dieses Textes ist ähnlich wie die der Entscheidung des Danziger Magistrats. Der Unterschied besteht darin, daß im Gegensatz zum polni-

schen Beispiel im Nachkriegslitauen keine ideologischen Mittel zur Herausbildung eines Heimatgefühls gestattet wurden. Dieser Prozeß begann in Litauen erst Ende der 50er, Anfang der 60er Jahre, denn dann erschienen die ersten Beiträge über die Vergangenheit von Klaipėda.

Die Situation im Kaliningrader Gebiet war in dieser Hinsicht noch schlimmer. In Rußland durfte sich nach der Oktoberrevolution kein russischer Nationalismus in der Gesellschaft festigen, aber selbst wenn diese Ideologie ihren Platz in der russischen Gesellschaft gehabt hätte, wären die Suche nach russischen Wurzeln in der ostpreußischen Region durch das dortige Nichtvorhandensein erschwert worden. In gewissem Sinn waren Stalins Worte: „Preußen ist Rußland“ die historische Legitimation der russischen Existenz in Kaliningrad. Aber auch eine derartige Begründung reicht nicht aus, um die Anwesenheit der UdSSR-Bewohner hier zu erklären. Die Erklärungen dafür verbanden sich mit den Ereignissen der neueren Geschichte. Die Behauptungen, das Kaliningrader Gebiet sein eine Kompensation für die Verluste, die Rußland im Zweiten Weltkrieg erlitten habe, ließ auch die Formulierung der Meinung in der Gesellschaft zu, daß die Geschichte dieses Gebietes erst 1945 begonnen habe, wodurch man natürlich nicht ermunterte, Beziehungen zur früheren Geschichte des Gebietes herzustellen. Die Zuwanderer fühlten sich hier als Neusiedler. Da die Meinung existierte, daß das Gebiet bis 1945 keine Geschichte gehabt habe, schuf man die Geschichte von neuem und negierte (auch in physischem Sinn) das, was früher existierte. Die Bewohner des Kaliningrader Gebietes haben sich hier vorrangig als UdSSR-Bürger gefühlt, weitaus stärker als anderswo in der Sowjetunion, nach einem populären Lied der 60er - 70er Jahre lebten sie nicht in einem konkreten Haus oder einer konkreten Straße, sondern in der UdSSR.

Dieses Gefühl förderte die Multinationalität des Gebietes. Auch wenn die Mehrzahl der Einwohner Russen waren, kamen sie aus verschiedensten russischen Regionen, was sie natürlich nicht dazu bewog, nationale Verbände zu gründen. Eine wichtige Rolle könnten hier auch das Faktum, daß bis 1985 keine orthodoxe Kirche im Kaliningrader Gebiet tätig sein durfte, die ja in mehr positivem Sinn zur

nationalen Formierung beiträgt. Die Einwohner von Kaliningrad, wie auch die nicht herausgebildete Regionalidentität waren wie die Stadt selbst nach Lev Kopelev ohne Seele und Vergangenheit. So hatten sich bis zur Wende 1989/90 in den ostpreußischen Gebieten unterschiedliche Situationen herausgebildet. In Polen und Litauen bezogen sich die Einwohner in den „wiedergewonnenen Gebieten“ auf frühere polnische und litauische Kulturtraditionen in diesen Gebieten, stellten ein „polnisches“ oder „litauisches“ Heimatgefühl her, das ausnahmslos auf nationale Werte orientiert war und die Möglichkeit der Suche nach Kompromissen mit der „deutschen“ bis 1945 existierenden Landesgeschichte verwarf.

Die Bewohner der „wiedergewonnenen Gebiete“ kannten die „polnische“ oder „litauische“ Vergangenheit dieses Gebietes recht gut, aber wie eine Befragung in Schulen von Olsztyn/Allenstein zeigte, wußte die Mehrzahl der polnischen Schüler nicht, was Tilžė/Tilsit ist, sie kannten keine Bezeichnungen aus Preußisch-Litauen, nur 47% der Schüler wußte, daß Kalinigrad Krolewiec ist - den deutschen Namen wußte praktisch keiner. Wie befremdlich auch die Ergebnisse dieser Umfrage sein mögen, waren doch die Polen meiner Meinung nach - wenigstens die intellektuellen Schichten - bis zum Zeitpunkt der großen Veränderungen 1988/89 - am weitesten mit der Beschäftigung der Geschichte der wiedergewonnenen Gebiete vorangeschritten, wobei sie sich auch am meisten den Traditionen der ostpreußischen Territorien angenähert hatten, die sie, auch wenn sie sie nicht übernahmen, doch tolerierten. Zu einer derartigen Bewußtseinswende der polnischen Intellektuellen trugen ihre aktiven Kontakte mit westlichen Wissenschaftlern bei, eine nicht zu überschätzende Bedeutung hatte hier die Arbeit der gemeinsamen deutsch-polnischen Schulbuchkommission der Historiker. Die Einwohner des Kaliningrader Gebietes fühlten sich bis zu den großen Veränderungen auch weiter als UdSSR-Bürger. Die Beziehung zu der Region, zu ihren Traditionen waren minimal und das Interesse für die Vorkriegsgeschichte war nur die Beschäftigung einiger Sonderlinge; für die meisten Gebietsbewohner unverständlich.

Die Veränderungen von 1989/90 in Mitteleuropa hatten einen direkten Einfluß auf die Situation im ehemaligen Ostpreußen. Mit der Zerschlagung des kommunistischen Systems verschwanden auch die künstlich erzeugten Spannungen zwischen Ost und West. Das Thema der Schlacht von Tannenberg - lange Zeit Symbol für die deutsch-polnische Spannungen, verlor seine Aktualität. Obwohl unter den Bewohnern Westpolens während der Einigungsphase mit Deutschland Furcht herrschte, beseitigte der Ausbau der freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen die letzten Spannungen. Nachdem die existierenden Grenzen in Europa bestätigt wurden, verschwand auch die Notwendigkeit, mittels „wissenschaftlicher Argumente“ die Notwendigkeit der polnischen Existenz in den Westgebieten zu beweisen. Das beeinflusste ein Umdenken hinsichtlich der „wiedergewonnenen Gebiete“ in der polnischen Gesellschaft. Diese Veränderungen werden auch durch die Rückkehr der deutschen Ortsnamen in das öffentliche Leben illustriert, durch die Gründung von gesellschaftlichen Organisationen, die versuchen, das historische Ostpreußen, die historischen Traditionen der historischen Region wiederzubeleben. Die öffentlichen Diskussionen in Polen zu dem früheren Tabuthema, wie beispielsweise zum Nachkriegsschicksal der früheren Bewohner, zeigt daß man in den polnischen Westgebieten versucht, einen neuen Heimatbegriff zu prägen, der sich nicht nur auf polnische Kultursegmente stützt, sondern auch Kultur und Traditionen der Region in den Heimatbegriff einbeziehen soll.

Ähnliche Prozesse finden auch im Memelland statt. Ein Symbol dafür - so meine ich - ist die Wiederkehr des Ännchen von Tharau auf dem Theaterplatz in Klaipėda. Die sofortige Anerkennung des Stadtsymbols durch die Bewohner zeugt von dem Willen und der Bereitschaft der Einwohner, alte Memeler Traditionen anzunehmen. Andererseits zeigten die Diskussionen, die 1993-1994 um den Namen „Memel“ für ein Café entbrannten, daß auch in dieser Zeit die Litauer noch weit hinter den Polen zurückgeblieben sind, was die Herausbildung ihres Heimatbegriffes angeht.

Aber die interessantesten Prozesse vollziehen sich jetzt im Kaliningrader Gebiet. Nach der Wiederherstellung der litauischen Unab-

hängigkeit begriffen die Einwohner der russischen Enklave zum ersten Mal, daß sie nicht an Rußland grenzen und nach dem Zerfall der UdSSR verstanden sie, daß es ihnen an Identität mangelt. Die politischen Spekulationen um die Zukunft des Gebietes, die Öffnung des Gebietes für Ausländer, boten zusätzliche Stimulanz für die Einwohner darüber nachzudenken, wer sie eigentlich sind, und in welchem Landstrich sie leben. Die Suche nach der neuen Identität stand in direkter Verbindung mit der Vorkriegsgeschichte und obwohl zu historischen Themen viel geschrieben und diskutiert wurde, scheint es, als haben sich in den letzten Jahren Tendenzen zu einer Identitätssuche verdeutlicht. In den Jahren 1990-1994 wurden Versuche, Verbindungen zur „deutschen“ Vergangenheit herzustellen, deutlich. Es erschienen Ausgaben, in deren Titeln der Name Königsberg figurierte, es gab Vorschläge, den alten Namen der Stadt wieder einzuführen, die mit offenen Erwägungen zu einer autonomen Republik der Deutschen oder einer Vierten Baltischen Republik endeten. Aber selbst in dieser Phase der großen Offenheit, wußten sogar 40% der Einwohner nicht, welcher Art ihre Beziehung zur Vorgeschichte dieses Landes sein sollte, worin Kaliningrad umbenannt werden sollte. Seit 1994 macht sich die russische Orientierung der Kaliningrader deutlich, es änderte sich auch das Verhalten der Einwohnerschaft zur Geschichte. Im Prinzip haben im heutigen Kaliningrad Prozesse begonnen, die sich mit der Situation in Litauen und Polen in den fünfziger und sechziger Jahren vergleichen lassen, d.h. man beginnt einen Bezug zu der Region zu konstruieren, in dem man die regionalen Bezüge zur russischen Geschichte hervorhebt. Die Beziehungen Preußens zu Rußland Anfang des 18. Jh.s wurden in den letzten Jahren zum populären historischen Thema. Im Kaliningrader Gebiet verbreiteten sich unerhört schnell Legenden vom Bauholz der Kurischen Nehrung für die Flotte Peters I, die von deutschen Vertriebenen ausgestreut worden waren. Vor einigen Jahren existierten sogar Pläne auf der Kurischen Nehrung ein Museum einzurichten, in dem die historisch russischen - preußischen Beziehungen der Vergangenheit dargestellt werden sollten. Eine derartige Legendenverbreitung unter den Einwohnern Kaliningrads sollte man ihnen nicht verübeln. Auch verzerrte Geschichten tragen

real zum Bezug der Kaliningrader zur Region bei, zur Findung eines Heimatbegriffes, in dem regionale Traditionen wenigstens schon einen kleinen Platz einnehmen. Neben der Abhängigkeit von Rußland, entsteht allmählich ein Verständnis und Verantwortungsgefühl für die Region, für deren Vergangenheit und Zukunft.

Jetzt ein Versuch zum Resümee: Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde Ostpreußen zwischen zwei Staaten - der Volksrepublik Polen und der UdSSR aufgeteilt. Ein Teil dieser Region - das Memelland - wurde der Litauischen SSR übergeben, aus dem restlichen Teil Ostpreußens wurde 1946 die neue Territorialeinheit Kaliningrader Gebiet geschaffen. Faktisch wurden alle drei Regionen neu besiedelt. In den polnischen und litauischen Teilgebieten blieben wenige Autochthone, die nicht in der Lage waren, Brückenfunktion auszuüben, integrativ für die neuen Einwohner der Region zu wirken. Dennoch gestaltete sich auf Grund der Unterschiede in den Regimen und ihrer historischen Beziehungen zum ehemaligen Ostpreußen die Heimatsuche verschieden. Anders als im Kaliningrader Gebiet, wo die Landesgeschichte neu geschaffen wurde, versuchte man in Litauen und Polen Bezüge zu den neuen Territorien durch die künstliche Heraushebung des litauischen oder polnischen Elements aus dem ostpreußischen Kontext zu finden. Dieser Weg der Identitätssuche setzt die „litauische“ bzw. „polnische“ Identität in deutlichem Gegensatz zu der „deutschen“, erleichterte aber teilweise die Adaption der neuen Einwohner an die „wiedergewonnenen Gebiete.“ Während der Veränderungen 1989/90 wurden ideologische Barrieren vernichtet, was die Ausbildung des Heimatgefühls beschleunigte. Im Gebiet Kaliningrad findet die Heimatsuche unter Unterstreichung des russischen Kontextes statt, in Litauen und Polen bildet sich der neue Heimatbegriff mit dem Versuch, wenigstens teilweise verschiedene Kulturmomente in Übereinstimmung zu bringen. Dieser bewußte Versuch scheint mir der wichtigste zu sein und wenn er uns, den jetzigen Bewohnern des ehemaligen Ostpreußens gelingt, können wir wieder von Heimaten träumen, die Wiedergeburten verschiedener Völker und Kulturen verbinden, von einem Landstrich, der sich in der Gemeinschaft mit anderen Kulturen nicht nur selbst bereichert, sondern auch andere bereichern

kann. Mir selber liegt ein Heimatbegriff nahe, der verschiedenen Völkerschaften als Verbindungsglied dient. Ich glaube, ein derartiger Begriff ist auch vielen der jetzigen Bewohner des ehemaligen Ostpreußens nicht fremd.

Die Suche nach der neuen Heimat ist heute keinesfalls vollendet. Dieser Prozeß dauert weiter an, oft unter neuen Umständen, die noch nicht in der Wissenschaft erkannt sind. Sicherlich sind auch die hier vorgestellten Gedanken sehr hypothetisch, sie sollen während der Tagung geprüft, verifiziert und vielleicht auch abgelehnt werden.

Die Forschungen über dieses Thema sollen jedenfalls auch nach dieser Tagung fortgesetzt werden.

*Aus dem Litauischen von Dr. Ruth Kibelka*



## Grundlegende Besonderheiten der Geschichte des Kaliningrader Gebietes

Ziel des vorliegenden Beitrages ist es, die Besonderheiten der Entstehung und Entwicklung des Kaliningrader/Königsberger Gebietes zu charakterisieren, welche dem Land, das sich von allen anderen Regionen Russlands unterscheidet, seine besondere Geschichte verleihen. Dabei wird besonderes Augenmerk auf die wichtigsten historischen Aspekte der Entstehung des Gebietes, der Herausbildung seiner Bevölkerung sowie der Entwicklung von Ökonomie und Kultur gelegt.

Vorerst aber müssen wir uns mit den Fragen der Geschichtsschreibung und Quellenforschung zur Geschichte des Kaliningrader Gebietes befassen. Ins Auge fällt das Fehlen von gültigen und objektiven Forschungen zur Regionalgeschichte bis zum Ende der 80er Jahre. Die wesentlichsten Gründe sind das ideologische Diktat der Partei; eine übermäßige Politisierung der Geschichte des Gebietes infolge der besonderen Umstände seiner Aufnahme in den Verband der UdSSR (hier geht es vor allem um die Aspekte des internationalen Rechts in diesem Prozeß, um das Schicksal der deutsche Bevölkerung Ostpreußens und ihre Deportation, um die Besiedlung des Gebietes mit sowjetischen Menschen und die späteren historisch-demografischen Probleme).<sup>1</sup> Hierauf beruhte folgerichtig das deutliche Desinteresse der sowjetischen Machthaber an der Entwicklung einer historischen Regionalwissenschaft (bei der 1967 erfolgten Reorganisation des Kaliningrader Pädagogischen Instituts in eine Universität ließ man sich viel Zeit mit der Einrichtung des Faches „Geschichte“, da einige ehemalige Institutshistoriker sich kurz zuvor unbotmäßig verhalten hatten, indem sie sich für die Ruinen des Königsberger Schlosses einsetzten, wofür sie dann auch relegiert wurden; eine historische Abteilung wurde an der Universität erst 1974 innerhalb der

---

<sup>1</sup> Alle in den 50er bis in die 70er Jahre publizierten Untersuchungen stammen aus der Feder der Kaliningrader Partei-Historiker E. M. Kolganova, I. A. Farutin, I. A. Gordejev, A.V. Salichov u. a. Siehe Svetlana Galcova. Die Geschichte des Kaliningrader Gebietes in der sowjetischen Forschung/ Nordost-Archiv. Zeitschrift für Regionalgeschichte. Bd. III/1994 Heft 2. Lüneburg 1994, S. 495-505

philologischen Fakultät eröffnet und erst 1979 wurde die Abteilung eine selbständige Fakultät). Bei der Organisation des Faches Geschichte an der Universität erachtete man das Problem des Studium der Regionalgeschichte weiterhin nicht für vorrangig, ja man rechnete es überhaupt nicht unter die Zahl der eigenständigen wissenschaftlichen Aufgaben. Daher wurde die Auswahl der Lehrkräfte nicht unter dem Aspekt der regionalhistorischen Spezifik vorgenommen. Im Ergebnis fehlte Ende der 80er Jahre, als die Einschränkungen beim Studium der Landeskunde aufgehoben wurden, im wichtigsten wissenschaftlichen Zentrum der Stadt, der Universität, eine vollgültige historiografische Tradition auf dem Gebiet der Regionalistik.

Ein anderes Problem beim Studium der Geschichte des Kaliningrader Gebietes hing damit zusammen, daß man zum Archivmaterial keinen freien Zugang hatte. Die jetzige Situation ist zwar besser, aber nur relativ besser: Zugänglich ist erst ein Teil der Dokumente des Zentrums für Aufbewahrung und Benutzung von Dokumenten der neuesten Geschichte des Kaliningrader Gebietes (des ehemaligen Parteiarchivs), wo man einen speziellen Passierschein braucht, und wie früher ist der Zugang zu den Verwaltungsarchiven erschwert.

Schließlich gibt es ein prinzipielles Problem für alle Historiker der sowjetischen Ära - das Problem, ob die Informationen glaubwürdig und die sowjetischen Dokumente offizieller Herkunft repräsentativ sind. Dieser Mangel beim Quellenstudium zur Geschichte des Kaliningrader Gebietes kann teilweise durch Materialien der mündlichen Überlieferung ausgeglichen werden.<sup>2</sup>

Jetzt, wo nach dem Zerfall der UdSSR bereits einige Jahre vergangen sind, läßt sich sagen, daß es in der Geschichte des Gebietes zwei große Perioden gab: die sowjetische (1945-1991) und die nachsowjetische (als Exklave - nach 1991). Innerhalb der ersten lassen sich zwei wesentliche Etappen unterscheiden: die Formierung des Gebietes nach dem Krieg (1945-1950, als die Bevölkerung ausgewechselt und die Volkswirtschaft

---

<sup>2</sup> Im wissenschaftlichen Archiv des Kaliningrader Historisch-künstlerischen Museums werden die Materialien der Fragebögen und der Befragung der ersten Übersiedler in das Kaliningrader Gebiet aufbewahrt, durchgeführt von einer Gruppe junger Forscher der historischen Fakultät der Kaliningrader Staatsuniversität unter Leitung des Dozenten J. V. Kostjašov.

eingeführt wurde) und 1950-1991 - die Entwicklung im Rahmen der sowjetischen Planwirtschaft mit allen Besonderheiten der Geschichte jener Zeit, die für das gesamte Land charakteristisch waren.

Die meisten Arbeiten russischer und ausländischer Forscher befassen sich mit der Geschichte der Entstehung des Gebietes. Hier wollen wir uns nur mit einigen hochspezifischen Besonderheiten dieser Geschichte beschäftigen.

Die Rechtslage Ostpreußens war in den ersten Monaten nach seiner Eroberung durch die sowjetischen Armeen undefiniert (April- Juli 45) bis zur Unterzeichnung der Schlußdokumente der Berliner (Potsdamer) Konferenz der Siegermächte (2. August 1945). Das Territorium von Königsberg mit dem dazugehörigen Rayon, das an die Sowjetunion gefallen war, galt als Besatzungszone. Dem entsprach auch das Verhältnis der sowjetischen Armee sowohl zur deutschen Zivilbevölkerung (für die ein Besatzungsregime eingeführt wurde wie in ganz Deutschland) als auch zu den verbliebenen materiellen Schätzen.

Die ersten Verwaltungsorgane des Königsberger Gebietes, das dem Verband der RSFSR am 7. April 1946 angegliedert und am 4. Juli desselben Jahres in Kaliningrader Gebiet umbenannt wurde, trugen keinen konstitutionellen, sondern einen zeitweisen außerordentlichen Charakter. Das neue Territorium wurde am Anfang vom Kriegssowjet der 3. Belorussischen Front verwaltet und vom 28. Mai 1947 an von gewöhnlichen Zivilorganen der Sowjetmacht, die durch Berufung eingesetzt wurden. Doch real existierte das Gebiet als besondere Besatzungszone (durch Regierungsbeschluss vom 29. Juni 1946 wurde das gesamte Territorium des Kaliningrader Gebietes zum gesperrtem Grenzgebiet erklärt, in das die Einreise nur mit Genehmigung der Milizbehörden gestattet war; das wurde erst Ende der 50er Jahre aufgehoben). Dadurch war das Gebiet für Ausländer nicht zugänglich und unterschied sich von den anderen Landesteilen durch seinen „Garnisonscharakter“ aufgrund der strategischen Lage als Stationierungsort der Baltischen Flotte, der Land- und Luftstreitkräfte der „zweiten Staffel“ der Verteidigung (1956 ersetzte Baltijsk Kronstadt als Hauptbasis der Baltischen Flotte).

Im Unterschied zu anderen Regionen, die infolge des Krieges an die UdSSR fielen (Süd-Sachalin, die Kurilen, die Stadt Petschenga-Petsamo) war nur das Kaliningrader Gebiet als extra Verwaltungseinheit organi-

siert. Die besondere geopolitische Bedeutung des neuen Territoriums berücksichtigend, faßte die Regierung den Beschluß, es direkt der Russischen Föderation anzuschließen, ungeachtet der Tatsache, daß diese vom Kaliningrader Gebiet durch andere Sowjetrepubliken getrennt war (Litauen und Belarusland). So wurde künstlich eine besondere Verwaltungs- und Territorialsituation des Kaliningrader Gebietes geschaffen, bei der die räumliche Trennung von Russland es sozusagen zu einer intersowjetischen Region machte. Eine normale Existenz des Kaliningrader Gebietes war nur möglich im Rahmen der Union, d. h. unter der Bedingung des Bestehens der UdSSR. Natürlich hat sich beim Zerfall der UdSSR 1991 auch die geopolitische Lage des Gebietes total verändert. Russland besaß zum erstenmal eine Exklave. Und das ist eine weitere Besonderheit des Kaliningrader Gebietes. Unter den neuen Bedingungen der räumlichen Trennung vom Hauptteil Russlands entstanden bedeutende Schwierigkeiten für die Wirtschaft des Gebietes und für jeden Kaliningrader, die manch innenpolitisches Problem in den Rang von internationalen Problemen hoben.<sup>3</sup>

Die Eingliederung des Kaliningrader Territoriums war von einem totalen Wechsel der Bevölkerung begleitet: von der Deportation der Deutschen und ihrer Besiedlung durch sowjetische Menschen. Hinsichtlich eines gewissen Zögerns bei der Deportation der Deutschen aus der sowjetischen Zone Ostpreußens (dies geschah nur von 1947 bis 1948) gibt es verschiedene Erklärungen. Anscheinend gab es bei den sowjetischen Machthabern nach einem geringen Schwanken keinerlei Zweifel an der Notwendigkeit, die Deutschen auszusiedeln. Und die Frist der Deportation war diktiert von der praktischen Notwendigkeit, die ortsansässige Bevölkerung für die Aufrechterhaltung der elementaren Lebenstätigkeit der Region zu nutzen, bis das Gebiet durch Menschen aus der Sowjetunion neu besiedelt war.<sup>4</sup>

Seit der Nachkriegszeit ist das Probleme der Herausbildung einer Kaliningrader Gesellschaft eine der geschichtlichen Besonderheiten des

---

<sup>3</sup> Siehe z. B.: G. M. Fjodorov, J.M. Sverjev, V. S. Kornejevez. Die russische Exklave im Baltikum/ Das Kaliningrader Gebiet im baltischen Wirtschaftsraum. Kaliningrad 1997.

<sup>4</sup> J. V. Kostjašov, Die Deportation der Deutschen aus dem Kaliningrader Gebiet in den Nachkriegsjahren/ Fragen zur Geschichte 1994, Nr.6, S.185-187.

Gebietes gewesen, die es ebenfalls von den anderen Regionen Russlands unterscheiden. In den letzten Jahren steht die Geschichte der Besiedlung des Gebietes im Zentrum der Aufmerksamkeit russischer Forscher.<sup>5</sup> Erforscht sind die wichtigsten Fragen: der Mechanismus und die Orte der Anwerbung der Übersiedler; die Etappen der massenweisen Übersiedlung von 1946 bis 1950; Probleme des sich Einlebens an den neuen Orten und die Gründe dafür, daß ein Teil der Bevölkerung wieder an die alten Wohnorte zurückkehrte; die Altersstruktur und nationale Zusammensetzung der Neuansiedler. Wie sich herausgestellt hat, sind auf Grund des Fehlens von sicheren statistischen Daten die soziale Verankerung und der Bildungsgrad der Übersiedler am schwersten zu bestimmen. Das Hinzufügen neuer Arten von Quellen (insbesondere die Materialien der Fragebögen und des Interviewens der ersten Übersiedler) läßt uns ein realistischeres Bild der typischen neuen Bewohner des eroberten Gebietes gewinnen: Hauptsächlich waren es Unglückliche, die während des Krieges ihr Zuhause eingebüßt hatten, von Krieg und Zerstörung schwer mitgenommen waren und Angehörige und Freunde verloren hatten. Sie hofften, die schwere Zeit nach dem Krieg zu überstehen, indem sie die staatlichen Privilegien für Übersiedler in Anspruch nahmen. Daher ist es nicht verwunderlich, daß viele von ihnen ihr neues Zuhause als ein zeitweiliges ansahen und das ehemalige Ostpreußen ihnen noch lange Jahre fremd blieb. Hieraus resultierte ein ernstliches psychologisches Problem der ersten Kaliningrader Generation: Sie mußten nicht nur die Wirtschaft in dem neuen Land wiederaufbauen und umstrukturieren, es fiel ihnen auch schwer, sich hier einzugewöhnen, sich einzuleben. Gegenwärtig wird dies in größerem Umfang zu einem Problem der Selbstidentifikation der Kaliningrader.<sup>6</sup>

Eine Spezifik dieses Prozesses - im Vergleich zu den anderen Regionen Russlands - ist die Frage nach dem Verhältnis zu (genauer gesagt

---

<sup>5</sup> Siehe z. B.: M. G. Šenderjuk, Das soziale Porträt des Übersiedlers.- Kaliningrader Archiv/ Materialien und Untersuchungen. Vypusk 1., Kaliningrad 1998, S.180-184; M. A. Klemešowa, Religion in der Kaliningrader Gebiet in den ersten Nachkriegsjahren. Ebd. S.172-179; J.V. Kostjašov, Die Besiedlung des Kaliningrader Gebietes nach dem 2. Weltkrieg. Humanwissenschaften in Russland, Bd. 2, Moskau 1996, S. 82-88.

<sup>6</sup> Siehe Valery Galtsov. The Problems of People's identification in the Kaliningrad Region. Anthropological Journal on European Cultures. Vol. 5, Nr. 2. Frankfurt a. M., 1996, p. 83-96.

nach der Akzeptanz) ihrer kleinen Heimat und deren Geschichte. Bekanntlich entsteht auf der Grundlage dieses Bewußtseins in der Kindheit das Bild vom eigenen Land und Volk. In diesem Sinne kann man sagen, daß im Bewußtsein junger Kaliningrader (deren überwältigende Mehrheit Russen sind) die Vorstellungen von ihrem Heimatland in vielen Parametern nicht dem traditionellen Russlandbild entsprechen, wie es aussieht mit seinen Dörfern und Städten, mit seiner vielhundertjährigen Geschichte und seinem historisch-kulturellen Erbe. In den Nachkriegsjahren erhielten die Städte und Dörfer des Gebietes also keine nationalen (russischen) Züge. Das Neugeschaffene hat das typisch gesichtslose sowjetische internationale Aussehen, vor dem sich die Relikte früherer deutscher Kultur vorteilhaft abheben. Und eben diese wirken in stärkerem Maße auf das Bewußtsein der Menschen ein. Dabei bauten aber Erziehung und Bildung stets auf russische und sowjetische historisch-kulturelle Grundlagen auf. Von klein auf wissen die Kaliningrader, daß das weite Russland nicht so aussieht wie ihr Land, und daher wird Russland kaum verinnerlicht, sondern eben aus einer gewissen Distanz wahrgenommen (es gibt z. B. den stehenden Ausdruck „nach Russland fahren“). Im gesellschaftlichen Bewußtsein der Kaliningrader spielte und spielt daher, besonders bei der Jugend, die Vorstellung von ihrer regionalen Abgeschiedenheit von anderen Landesteilen eine Rolle. Früher basierte die Selbstdentifikation der Kaliningrader im wesentlichen auf der Identifikation mit der Natur des Gebietes und der sowjetischen Geschichte und Kultur. Jetzt aber wurden das benachbarte Polen und Deutschland zugänglich, es gab mehr Möglichkeiten, die gesamte Geschichte der Region kennen zu lernen, die alten Häuser in Kaliningrad wurden von ihren früheren Besitzern besucht. Unter dem Einfluß dieser und anderer Faktoren entstanden im Bewußtsein eines Teils der Gesellschaft neue Gefühle und Ideen. Es begann der langsame und schwierige Prozeß der Erkenntnis der eigenen Teilhabe am historisch-kulturellen Vorkriegserbe, am Schicksal der aus diesem Land vertriebenen Menschen. Hierbei muß man bedenken, daß bereits die dritte Generation von Kaliningradern hier lebt und jetzt von ca. 940 000 Menschen (ohne die Armeeingehörigen), die hier leben, mehr als 600 000 aus dem Kaliningrader Gebiet stammen.

So basieren die wesentlichen Besonderheiten der Bevölkerung des Kaliningrader Gebietes auf ihrem Übersiedlerstatus, was die Geschichte

des Gebietes ebenfalls von den anderen Regionen Russlands unterscheidet. Es genügt, wenn man hinzufügt, daß die Migration der Bevölkerung bis heute (besonders in den 90er Jahren) eine wichtige Konstante in den demografischen Prozessen des Gebietes bleibt.

In der Wirtschaftsgeschichte des Gebietes besteht eine grundlegende Besonderheit darin, daß sie sich während der sowjetischen Zeit an der Planwirtschaft orientierte, wobei nicht die örtlichen ökonomischen Aufgaben, ja nicht einmal die regionalen, sondern die der gesamten Sowjetunion im Vordergrund standen. Ihre Basis wurde die Fischerei, die drittgrößte in der ehemaligen UdSSR (nach Wladiwostok und Murmansk). In Ostpreußen hatte es keine Hochseefischerei gegeben. Bis zum Zerfall der UdSSR lieferte das Kaliningrader Gebiet fast ebensoviel Fischprodukte wie alle drei Baltischen Republiken zusammen (10,4% der Fischproduktion der gesamten UdSSR). In der Fischereiverarbeitung und beim Fischfang arbeitete jeder zehnte von allen in der Wirtschaft des Kaliningrader Gebietes Beschäftigten und fast 40 % der insgesamt in der Industrie Beschäftigten. Die übrigen Branchen (Militär- und ziviler Maschinenbau, der nicht zur Fischindustrie gehörte, Zellulose-Papier-Industrie, Landwirtschaftsindustrie) hatten eine geringere Bedeutung.

In der Entwicklung der Volkswirtschaft des Gebietes unterscheiden die Wirtschaftswissenschaftler <sup>7</sup> einige Perioden:

1. Die Gründungsperiode (1945-1950), als die wichtigsten Industrien Ostpreußens wiederhergestellt wurden (Zellulose-Papier-Fabriken, fischverarbeitende Betriebe, Meereshäfen, das Bernsteinkombinat, Werften und Waggonbaufabriken und andere Industrien); die Landwirtschaft wurde in das System von Kolchosen und Sowchosen übergeleitet.
2. Die Periode des aktiven Umbaus der Wirtschaft (1951-1961), als durch staatliche Investitionen die ökonomischen Grundlagen für das Kaliningrader Gebiet geschaffen wurden - die gewaltige Fischindustrie, auf der die Hochseefischerei basierte. Zum Ende dieser Periode hatten sich alle wesentlichen Bestandteile der Volkswirtschaft des Gebietes herausgebildet, die sich bis zum Anfang der 90er Jahre nicht mehr wesentlich ändern sollten.

---

<sup>7</sup> G. M. Fjodorow, J. M. Sverjev, Kaliningrader Alternativen/ Die sozialökonomische Entwicklung des Kaliningrader Gebietes unter neuen geopolitischen Bedingungen. Kaliningrad 1995, S. 106-115.

3. Die Periode einer relativen Stagnation in der ökonomischen Entwicklung (1966-1975), als der durchschnittliche Jahreszuwachs der Industrieproduktion und der Landwirtschaft niedriger wurde als derjenige in der UdSSR und RSFSR, obgleich sie vorher höher gewesen waren. Andererseits erhöhte sich die Lebenshaltungsindex der Kaliningrader merklich, d. h. in der Ökonomie zeichneten sich die sozialen Tendenzen ab.
4. Die Periode der totalen Stagnation der ökonomischen Entwicklung (1976-1986), als die extensiven Wachstumsreserven fast völlig erschöpft waren mittels der beschleunigten Einführung neuer Produktionen, der Steigerung der Komplementärressourcen und der Anzahl der Arbeiter. Große Investitionen waren nötig, um die rasch veraltenden Produktionsmittel und -weisen zu ersetzen, doch der Versuch, in breitem Maßstab moderne wissenschaftlich-technische Arbeitsweisen einzuführen, scheiterte an den Bedingungen der sozialistischen Ökonomie.
5. Der erfolglose Versuch während der „Perestrojka“, die Wirtschaft innerhalb des sozialistischen ökonomische System zu reformieren (1986-1991). Das Streben, die verschiedenen Formen des wirtschaftlichen Nutzen anzuwenden, führte nicht zu den erwarteten positiven Resultaten, da es auf der Basis eben jenes staatlichen Eigentums unter Beibehaltung der früheren zentralisierten staatlichen Planwirtschaft realisiert wurde. Die Erträge der Industrie - und Landwirtschaftproduktion sanken weiter, hinsichtlich des Lebensniveaus der Bevölkerung blieb das Gebiet immer weiter hinter dem Index Mittelrusslands zurück.
6. Die Periode des Übergangs zur Marktwirtschaft auf Grundlage der Privatisierung des Eigentums (von 1992 bis jetzt). Mit dem Zerfall der UdSSR wurde sofort die Anfälligkeit der einzelnen Branchen der Kaliningrader Wirtschaft deutlich, die auf die Union als Ganzes ausgerichtet waren. Es gab strukturelle Veränderung in der Volkswirtschaft, die zu dem momentanen krisenhaften Zustand führte, ja zum fast völligen Niedergang einzelner Branchen (z. B. der Fischindustrie, der Zellulose-Papier-Industrie, der Landwirtschaft). Wie im gesamten Land sank das Lebensniveau der Bevölkerung deutlich ab, begleitet von einer noch nie dagewesenen sozialen Differenzierung. Wegen der räumlichen Entfernung des Gebietes von Russland, bemühten sich die hiesigen Wirtschaftsfachleute und Verantwortlichen um ökonomische Selbständigkeit. Man erhielt zwar am Ende von der Regierung den Status einer Freien Wirt-



schaftszone zugesprochen, doch brachten die damit verbundenen Privilegien bis jetzt nicht die erhofften Resultate.

Eine Besonderheit der Kulturgeschichte im Kaliningrader Gebiet war, daß sie mit einer totalen Negierung der Kulturschätze des ehemaligen Ostpreußens einsetzte. Während der Germanophobie der Nachkriegszeit war dieser Prozeß sowohl elementar als auch von den Machthabern gesteuert. Der komplette Austausch der Bevölkerung 1947- 48 bedeutete das Ende der deutschen Zivilisation in diesem Teil des Baltikums. Die neuen Bewohner, sowjetische Menschen, kamen aus einer ganz anderen Welt. Die kulturelle Struktur im Kaliningrader Gebiet machte eine Kehrtwendung hin zu den Prinzipien der sozialistischen Ideologie. Hinsichtlich der Weltkultur galt als wertvoll, was unter dem Begriff „progressiv“ lief, der ebenfalls auf der Grundlage kommunistischer Ideale geprägt wurde. Die bekannten Prinzipien der sozialistischen Kultur sollten unter ziemlich ungewöhnlichen Umständen verwirklicht werden: umgeben von den Relikten einer fremden, „zersetzenden bürgerlichen Kultur“, die auf junge sowjetische Menschen „demoralisierend“ wirken konnten. Folglich war es wünschenswert, daß dieser Einfluß (der Relikte einer früheren Kultur) möglichst klein war.

Die kulturelle Entwicklung im Kaliningrader Gebiet war auch dadurch gekennzeichnet, daß der kulturelle Prozeß anfänglich, ja auch in den späteren Jahren der Sowjetmacht, hier nicht nur auf den natürlichen schöpferischen Fähigkeiten und der Eigeninitiative der Menschen beruhte, sondern eine planmäßige Partei- und Staatsangelegenheit darstellte. Hierbei stand an erster Stelle die ideell-politische Erziehung und folglich die Ausprägung eines starken Propagandaapparates und der traditionellen sowjetischen materiellen Grundlagen für Erziehung und Bildung: Kindergärten, Schulen und andere Bildungseinrichtungen, Kulturhäuser und Dorfclubs, Bibliotheken, Museen und Theater. Das alles wurde neu geschaffen, gleichsam auf eine neue Grundlage gestellt, und hatte daher keinerlei örtliche Tradition. In den folgenden Jahrzehnten bildete sich eine sowjetische Provinzkultur reinsten Wassers heraus, die eher international als national oder regional war. Das Ergebnis war eine insgesamt künstliche Situation, bei der die Kultur eines seiner Ausdehnung nach kleinen Gebietes in vielem wurzellos war hinsichtlich der seit langem

herausgebildeten regionalen Kulturtradition des nicht großen, doch von vielen Völkern bewohnten Baltikums.

Eine neue Periode in der Entwicklung in der örtlichen Kultur begann in dem Moment, als sich 1991 das Gebiet mit unerwarteter Schnelligkeit in eine Exklave Russlands verwandelte, von diesem getrennt durch die beiden unabhängigen Staaten Litauen und Belorussland, und gleichzeitig „offen“ für die Außenwelt wurde. Übrigens traten die neuen Erscheinungen in der Kultur des Kaliningrader Gebietes früher auf, seit der „Glasnost“ Gorbatschows in der zweiten Hälfte der 80er Jahre. Der heutige Zustand der örtlichen Kultur wird durch folgende Besonderheiten gekennzeichnet: Zerstörung der ideellen Grundlagen der sowjetischen Kultur und insgesamt eine Ent-Ideologisierung der Kultur, was auch von einem ärmlichen Zustand der Objekte der Kultur begleitet wird; ein Ersetzen der traditionellen Muster durch die westliche Massenkultur amerikanischen Typs, also durch Muster, die billiger sind, aber nicht von besserer Qualität; die Instabilität der örtlichen Kultur, ihr suchender, unvollkommener Charakter; den Kulturschaffenden fehlt eine genaue Vorstellung davon, auf welchen Grundlagen und in welche Richtung sich die Kultur entwickeln soll, das Fehlen einer offiziellen Kulturpolitik, gestützt von einer materiellen Basis und Finanzen.<sup>8</sup> Der letzte Punkt ist von besonderer Bedeutung gerade für die Kultur des Kaliningrader Gebietes, da sich diese Kultur jetzt im instabilen Zustand der Unvollkommenheit und des Suchens befindet, und zwar in weit höherem Maße als die Kultur irgendeiner anderen Region Russlands aufgrund der Besonderheiten der Kaliningrader Geschichte und vor allem wegen der Umstände der Herkunft des Gebietes im Bestand Russlands und der Verbindung mit der Geschichte Deutschlands und in Verbindung mit seiner heutigen geopolitischen Situation.

*Aus dem Russischen von Beate Petras*

---

<sup>8</sup> Über den heutigen Zustand der Kultur im Kaliningrader Gebiet siehe: Vestnik Baltijskogo naučnogo centra Nr. 1 (6), Kaliningrad 1996.

## Die alteingesessene Zivilbevölkerung des Memelgebietes während der sowjetischen Okkupation

### Einleitung

Das 20. Jahrhundert, das zwei blutrünstige Kriege mit sich brachte, geht nun zu Ende. Besonders grauenhaft war der zweite Weltkrieg (1939-1945) - die Kollision zwei totalitärer Systeme, an deren Folgen die ganzen Völker immer noch leiden müssen. Als eine der Konsequenzen des Zweiten Weltkrieges gilt die sowjetische Besetzung Litauens, wobei die litauische Republik und ihre Bevölkerung als Übungsplatz für den Aufbau „der schillernden Zukunft des Kommunismus“ betrachtet wurde. Die sowjetische kommunistische Ideologie stellte sich zur Aufgabe, das historische Bewußtseins der alten eigenständigen Völker zu vernichten. Zahlreiche Fakten und Ereignisse der sowjetischen Okkupationsrealität galten als „unpassend“ und waren für die Forscher unzugänglich. Die Unterlagen waren unter dem Vermerk „streng vertraulich“ versiegelt und die Menschen vermieden es, sogar in der eigenen Familie, Regierungsbeschlüsse und sonstige Geschehnisse zu besprechen.

Aus diesem Grund ist jegliche Erforschung der sowjetischen Vergangenheit, insbesondere der früheren Okkupationszeit, auch heutzutage neu und aktuell.

Das Ziel des vorliegenden Beitrages ist es, die sozial-politischen Verhältnisse, die auf die alteingesessenen Bewohner des Memelgebietes 1945-1960 zukamen und ihre massenhafte Ausreise determinierten, zu definieren und präzisieren. Die Autorin stellt sich hier zwei Aufgaben: Zum einen eine Schilderung des Gesamtbildes der damaligen Geschehnisse sowie zum zweiten die Veröffentlichung bisher unbekanntem Archivmaterials.

Diese Forschung basiert auf der Analyse von Archivmaterial, das von der Autorin 1992-1997 in den Archiven der Republik Litauen gesammelt

wurde. Die meisten Unterlagen befanden sich in den ehemaligen geheimen Archivbeständen und ihren Sonderabteilungen. Die Unterlagen enthalten Direktiven der offiziellen Struktur von allen Regierungsebenen, Korrespondenzen und Protokolle sowie Berichte verschiedener Behörden und Organisationen. Die Dokumente der mittleren Verwaltungsschicht sind voller grammatischer und arithmetischer Fehler, die meisten Unterlagen sind auf Russisch verfaßt worden, wobei viele Toponyme und Familiennamen entstellt sind. Die Autorin korrigierte lediglich deutliche Fehler oder Ungenauigkeiten. Der Stil der zitierten Unterlagen blieb erhalten. Die gesamten angegebenen Zahlen sind als eine Orientierungshilfe zu betrachten.

Zahlreiche nichtstandartisierte Interviews mit ehemaligen und heutigen Einwohnern des Memelgebietes trugen zur Wiederherstellung des historischen Kontextes und zur Aufklärung von vielen Details der zu behandelnden Ereignisse wesentlich bei.

### **Der administrative Status der Region**

Das Memelgebiet wurde 1919 auf Grund des § 99 des Versailler Vertrages zu einer neuen Verwaltungseinheit umstrukturiert, als der nördliche Teil Ostpreußens vom Deutschen Reich in Folge der Niederlage im Ersten Weltkrieg abgetrennt wurde. 1920-1923 befand sich das Gebiet unter dem Schutz des Völkerbundes und existierte 1923-1939 als Bestandteil der Republik Litauen. Das Territorium hatte eine Fläche von 2 848 km<sup>2</sup> und die administrative Teilung des Gebietes umfaßte die Stadt Klaipėda/Memel sowie die Kreise Klaipėda/Memel, Pagėgiai/Pogegen und Šilutė/Heydekrug. Das Territorium gliederte sich in 65 Amtsbezirke, 30 Städtchen und 551 Dörfer. 1939 zählte man im Memelgebiet 153 000 Einwohner.

Der historische Raum des Memelgebietes wurde nach dem Zweiten Weltkrieg nie mehr in seinen früheren Grenzen wiederhergestellt.

Der administrative Status der Region wurde bereits am 22. November 1944 im Parteibüro des ZK LKP besprochen. Im ursprünglichen Plan

wurde die Gliederung in zwei Bezirke vorgesehen: der Kreis Klaipėda sollte seine früheren Grenzen behalten und der Kreis Šilutė sollte sechs Amtsbezirke des Kreises Pagėgiai umfassen: Katyčiai/Koadjuthen, Natkiškiai/Natkischken, Rukai/Rucken, Pagėgiai/Pogegen, Piktupėnai /Piktupönen und Vilkiškiai/Willkischken. Die übrigen drei Amtsbezirke Smalininkai/Schmalliningken, Viešvilė/Wischwill und Lauksargiai /Laugszargen beabsichtigte man dem Kreis Tauragė anzugliedern.<sup>1</sup>

Jedoch beschloß das Parteibüro des ZK der LKP eine andere administrative Teilung des Memelgebietes: der Kreis Klaipėda mit 16 Amtsbezirken, wobei Priekulė/Prökuls direkt dem Bezirkskomitee untergeordnet war, der Kreis Pagėgiai mit ebenfalls 16 Amtsbezirken (Smalininkai und Pagėgiai direkt dem Bezirkskomitee untergeordnet) und der Kreis Šilutė mit 15 Amtsbezirken (Rusnė/Ruß und Šilutė/Heydekrug direkt dem Bezirkskomitee untergeordnet).<sup>2</sup>

Die Benennungen der Verwaltungseinheiten änderten sich entsprechend der administrativen Teilung der Republik. Zu verschiedenen Zeitpunkten waren es Amtsbezirke, Kreise, Rayons. Der heutige Bezirk Klaipėda ist doppelt so groß wie das ehemalige Memelgebiet und man soll diese zwei Begriffe auseinanderhalten. Jedoch in dieser Zeitperiode, die im Rahmen dieses Beitrags untersucht wird, verliefen die Grenzen des Gebietes mehr oder weniger entsprechend dem historischen Memelland.

### **Die sozial-politische Charakterisierung der Region**

Besonders charakteristisch für diese Region in der früheren Nachkriegszeit war die Tatsache, daß das Territorium des Gebietes im wahrsten Sinne des Wortes von sowjetischen Militäreinheiten vollgestopft war. Bis zum 4. Juli 1946 herrschte dort Kriegszustand mit allen daraus folgenden

---

<sup>1</sup> LVOA (Litauisches Archiv der gesellschaftlichen Organisationen), F. 1771, Ap. 7, B. 59, L. 3.

<sup>2</sup> Ebenda, Ap. 8, B. 71, L. 24-25.

Einschränkungen. Dem Zeitgeist entsprach auch das Kriegsgefangenenlager Nr. 57 in Klaipėda, mit Filialen in der gesamten Region.

Einige Teile der Armee waren nach den Kämpfen abgezogen worden und in der Region verblieb das 6. Trophäenkommando unter der Leitung von Generaloberst Grišin, das angeblich Altmetall sammelte und dabei die verlassenen Häuser und Gehöfte plünderte. Die Handlungen der sowjetischen Trophäenkommandos sowie die Frage der Kriegsreparationen waren bis zum Zusammenbruch der Sowjetunion ein verbotenes Thema, deshalb sind noch keine wissenschaftliche Studien dazu vorhanden. Jedoch sind in den litauischen Archiven genügend indirekte Dokumente zu finden, die unbekannte Fakten enthüllen. Es sind Berichte der Militärbehörde, Korrespondenzen der Exekutiv- oder Parteikomitees mit Regierungsinstitutionen der Republik sowie der Briefwechsel zwischen den Parteistrukturen der Republik und den zentralen Parteiorganen der Sowjetunion. Das erwähnte Thema ist immer noch auf eine Forschungsarbeit angewiesen. Es folgt ein Auszug aus dem Bericht des Leiters der operativen Gruppe in Klaipėda, des Hauptmanns der Staatssicherheit Kusmin, der in groben Zügen die allgemeine Situation charakterisierte:

*„(...) Die von den Deutschen durchgeführte Propaganda hat der Zivilbevölkerung großen Schrecken eingejagt. Die Einwohner werden ebenso durch Trophäen- und Wirtschaftskommandos beängstigt, deren Angehörige in den Dörfern Vieh und anderes Eigentum sammeln, oft nehmen sie den Dorfbewohnern die letzte Kuh und andere Wertsachen weg und drohen mit Erschießen. Nicht selten bringen sie das beschlagnahmte Vieh auf das Territorium der Republik Litauen und tauschen es gegen Schnaps ein. Nicht zu vergessen sind auch Vergewaltigungen“.*<sup>3</sup>

In der Region wurden Einheiten der Grenzarmee stationiert und bis August 1945 gehörten zum operativen Sektor auch die Einheiten der Armee zur Bewachung des Hinterlandes an der Leningrader Front.

---

<sup>3</sup> LYA, (Litauisches Sonderarchiv) F. K-1, Ap. 3, B. 1209, L. 8.

Auf Beschluß des Ministerrates der UdSSR wurden am 29. Juni 1946 im größerem Teil des Memellandes ein Sperrgebiet und ein zwei Kilometer langer Grenzstreifen festgelegt. An der Ostseeküste entstand ein Küstensperrgebiet. Es umfaßte die Amtsbezirke Darbėnai und Palanga des Kreises Kretinga, die Amtsbezirke Karklininkai/Karkelbeck und Kalotė/ Kollaten des Kreises Klaipėda sowie die gesamte Kurische Nehrung. Jegliche wirtschaftliche Aktivitäten, Ansiedlung und Verkehr wurden in diesen Zonen gemäß der Grenzordnung reglementiert. Dort existierte ein spezielles System für Pässe und Genehmigungen, das die sozialen Kontakte stark einschränkte. Erst am 16. Juli 1949 wurde der Kurort Palanga aus dem Küstensperrgebiet ausgeschlossen. Außerdem wurde damals nicht nur der freie Zugang für Palanga, sondern auch zum Urlaubsort Giruliai/Försterei in der Nähe von Klaipėda genehmigt, obwohl der letztere erst 1951 aus dem Grenzgebiet endgültig ausgegliedert wurde. Klaipėda galt bis zum Anfang der sechziger Jahre als Stadt im Grenzgebiet mit Grenzordnung erster Kategorie.

Gleich nach der Besetzung Litauens durch die Rote Armee wurde das gesamte Land in operative Sektoren aufgeteilt. Die operativen Sektoren des NKVD-NKGB wurden auf Befehl von Berija gegründet und von Offizieren des NKGB geleitet. Von Dezember 1944 bis Januar 1945 trafen im NKGB der litauischen Sowjetrepublik 128 operative Mitarbeiter ein, die zur Durchführung und Organisation der operativen Tätigkeit nach Litauen geschickt wurden.<sup>4</sup> Seit Dezember 1944 funktionierten in Litauen neun operative Sektoren. Am 1. Juni 1945 wurden die operativen Sektoren umorganisiert und ihre Anzahl verringerte sich auf sieben. Es kam noch eine Funktion hinzu: die Befehlsgewalt über die am Ort stationierte Armee des NKVD. Auf diese Weise unterlagen der Leitung der operativen Sektoren des NKVD inländische Militäreinheiten, Grenztruppen und Kommandos zur Bewachung des Hinterlandes.<sup>5</sup>

---

<sup>4</sup> Ebenda, Ap. 10, B. 36, L. 16.

<sup>5</sup> Ebenda, Ap. 18, B. 21, L. 57.

Bereits im Oktober 1944 wurde Viktoras Bergas, der künftige Militärkommandant in Šilutė und der erste Vorsitzende des Exekutivkomitees Klaipėda, zum Beauftragten des SNK der LSSR für das Memelgebiet ernannt. Zusammen mit dem künftigen Vorsitzenden des Exekutivkomitees des Landkreises Klaipėda Juozapavičius ließ er sich zunächst in Vėžaičiai nieder, wo sich die Stabsstelle des 3. Armeekorps der 1. Baltischen Front befand. Später aber wurden sie nach Priekulė verlagert, wo man die Strukturen der Zivilverwaltung des Gebietes bildete. Die Regelung zur Gründung der Exekutivkomitees, ihre Struktur und Führungspositionen wurden im Beschluß des Präsidiums des Obersten Rates der LSSR vom 26. Januar 1945 festgelegt.<sup>6</sup>

Nach der Beendigung der Kämpfe um eine Ortschaft wurden dort gleich Militärkommandanturen gegründet. In den größeren Städten wurden zugleich Vertreter der Zivilverwaltung eingesetzt und in den Dörfern wählte man den Dorfältesten.

Ein typisches Merkmal der damaligen Verwaltungsstruktur bestand darin, daß alle Vertreter der Führungsebene aus der Sowjetunion oder aus Litauen für ihre Verdienste in der Partei oder während der Militärzeit hierher geschickt wurden. Sie kannten kaum die Geschichte des Memelgebietes und waren nicht in der Lage, dessen Einzigartigkeit zu verstehen. Ein großer Prozentsatz der führenden Persönlichkeiten in allen Ebenen beherrschte kein Litauisch. Zwei oder drei Litauer unter ihnen spielten keine Rolle. Aus diesem Grund wurde für die zugezogenen Beamten, nachdem sie auf die alteingesessenen Einwohner des Gebietes getroffen waren, folgende Reaktion typisch: *„Was soll man mit ihnen machen? Aussiedeln!“*

Entscheidend für das Schicksal der Region war die Tatsache, daß die Rote Armee beim Einmarsch in Ostpreußen das Memelgebiet mit wenigen Ausnahmen leer vorfand. Die Wehrmacht hatte beim Rückzug fast alle Zivilisten der Region evakuiert.

---

<sup>6</sup> Ebenda, Ap. 3, B. 1210, L. 72.



Hier stoßen wir auf zwei Fragen zu der letzten Zeitperiode des Zweiten Weltkrieges auf dem Territorium Ostpreußens, die am wenigsten oder gar nicht untersucht worden sind. Die erste Frage umfaßt die Evakuierung der Zivilisten 1944. Die mangelnde Erforschung dieser Ereignisse erklärt sich dadurch, daß es unmöglich ist, in den Archiven der Republik Litauen irgendwelche Zeugnisse dafür zu finden. Die zweite Frage behandelt die Anzahl der zurückgebliebenen Zivilbevölkerung. Die vorhandenen Angaben sind fragmentarisch und widersprüchlich.

Deshalb ist es sinnvoll, diese zwei Fragen ausgehend von dem vorhandenen Material detaillierter zu erörtern.

Hier folgt der einzige entdeckte Bericht eines Augenzeugen über die Evakuierung der Bewohner des Memelgebietes:

*„Situation in der Stadt Klaipėda nach den Angaben des Inhaftierten Emer.*

*Im August 1944 erging der Befehl der Militärverwaltung zur Evakuierung der gesamten Bevölkerung des Memelgebietes. Die Einwohner sollten auch ihr ganzes Eigentum und Vieh mitnehmen. Die Bevölkerung folgte dem Befehl ungerne, es war aber nicht zu vermeiden. In acht Tagen der Evakuierungszeit blieben in der Stadt Klaipėda von 40 000 Einwohnern nur 10%, d. h. 4000 Personen. Die gesamte Einrichtung der Betriebe wurde nach Deutschland abtransportiert. Die Evakuierung erfolgte mittels der Eisenbahn, Dampfboote und auf dem Landweg.*

*In acht Tagen erging die Forderung, zum früheren Wohnort zurückzukehren, um die Ernte einzubringen. Die meisten Bauern kamen zurück und brachten die Ernte ein. Die Stadtbewohner kehrten auch um. Die örtlichen Verwaltungen sollten Maßnahmen ergreifen, um die Rückkehr der Stadtbewohner zu verhindern. Trotz aller Hindernisse kamen nach Klaipėda etwa 10 000 Personen, hauptsächlich Frauen und Kinder, zurück.*

*Am 7. Oktober 1944 erteilte man den Befehl zur Evakuierung der zurückgekehrten Einwohner, wobei die Männer zu Hause bleiben und mit*

*dem Ernteinbringen fertig werden sollten. Am 8. und 9. Oktober wurde die Evakuierung aus den Städten und Siedlungen durchgeführt. Am 9. Oktober fuhr der letzte Transport mit Evakuierten Richtung Tilsit und der letzte Dampfer legte ab.*

*Am 10. Oktober waren in Klaipėda fast alle Beamten und eine geringe Anzahl Zivilisten zurückgeblieben, die mit den Befestigungsarbeiten beschäftigt waren. Vor der Evakuierung waren in Klaipėda viele ausländische Arbeiter und Kriegsgefangenen eingesetzt. Sie alle wurden nach Deutschland evakuiert.*

*Im September 1944 wurde in Klaipėda die 9. deutsche Armee stationiert, im Oktober traf die 4. Armee ein”.*<sup>7</sup>

Der oben angeführte Auszug aus einem Bericht sowie Erinnerungen der Einwohner des Gebietes liefern ein Zeugnis dafür, daß die Evakuierung der Bevölkerung Ostpreußens zwanghaft durchgeführt wurde. Etwas später, bereits nach Kriegsende, versuchten die Einheiten des NKVD, alle Vertriebenen und Evakuierten zu zählen: es waren 27 000 Personen (im Landkreis Klaipėda 14 000, im Landkreis Šilutė 5 000 und im Landkreis Pagėgiai 8 000 Personen).<sup>8</sup> Es ist offensichtlich, daß diese Anzahl sehr verringert ist, es war aber lange Zeit die einzige offizielle Orientierungshilfe für die sowjetischen Repatriierungsbehörden.

Das zweite wenig untersuchte Thema lautet: Wieviel Einwohner sind dann in der Region geblieben?

Die ersten Quellen der Information über die Lage im Memelgebiet nach dem Rückzug der deutschen Armee sind die Spionageberichte der operativen Gruppe des NKVD in Klaipėda. Nach diesen Angaben war die Bevölkerung zum größten Teil evakuiert, aber z. B. im Dorf Lanku-

---

<sup>7</sup> Ebenda, Ap. 1209, L. 6-7. Auszug aus einem Bericht von 5. November 1944 der operativen Gruppe des NKVD in Klaipėda über die Situation im Memelgebiet an den Volkskommissar des NKGB in LSSR Guzevičius.

<sup>8</sup> LCVA (Litauisches zentrales Staatsarchiv), F. R-754, Ap. 13, B. 44, B. 181.

piai/Lankuppen Amtsbezirk Priekulė blieben von 100 Gehöften 15 bewohnt; im Dorf Macikai/Matzicken - 12 von 50 Gehöften. In manchen Dörfern blieb kein Mensch zurück. In der Stadt Šilutė waren noch 6 Familien.<sup>9</sup> Der erste Vertreter der sowjetischen Zivilverwaltung der Stadt Klaipėda, Viktoras Bergas, berichtete später:

*„Die Stadt war wie ausgefegt. (...) Man hatte nur sechs Zivilisten gefunden: zwei einheimische Litauerinnen im Alter von 80-90 Jahren, zwei Kriegsgefangene, Weißrussen, und zwei polnische Architektinnen, die zu Zwangsarbeiten geschickt worden waren“.*<sup>10</sup>

Aufgrund der leer gewordenen Siedlungen verschärfte sich die Frage der Ansiedlung dieses Territoriums, weil sich einerseits die Zeit der Frühjahrsbestellung näherte und die Besiedlung der leerstehenden Gehöfte die Plünderung und Zerstörung verhindern sollte.

Zunächst verlief die Besiedlung des Gebietes spontan. In Litauen, besonders in den angrenzenden Gebieten, verbreitete sich das Gerücht, das in „Deutschland“ (so nannte man in Litauen das Memelgebiet) Bauernhöfe leer stehen. Die ersten Neusiedler zogen hierher.

Die zurückgebliebenen alteingesessenen Einwohner des Memelgebietes empfingen die Zuwanderer mit großer Feindlichkeit. Im Frühjahr 1945 versuchten etwa 80 Bauernfamilien aus dem benachbarten Bezirk Gargzdai, verlassene Gehöfte zu besiedeln. Im April brannte das Dorf Dituva/Dittauen aus und 10 Familien der Neusiedler kehrten zurück. Die Neusiedler wurden nicht selten überfallen, geschlagen und bedroht.<sup>11</sup> Ein unsichtbarer Kampf ging vor sich. In den Ortschaften, wo keine autoch-

---

<sup>9</sup> LYA, F. K-1, Ap. 3, B. 1209, L. 7. Die Ortsnamen der Originalunterlagen sind beibehalten.

<sup>10</sup> Bergas.V. (1975). Dengiau Klaipėdos stogus (Ich deckte die Dächer in Klaipėda). in: Švyturys 1-8.

<sup>11</sup> Information des Vorsitzenden des Kreiskomitees Kretinga Simonavičius. LCVA, F. R-754, Ap. 13, B. 46, L. 36.

thone Bevölkerung geblieben ist, konnten sich die Zugezogenen sicherer fühlen.

Es war notwendig, den Zustrom der Neusiedler zu disziplinieren und die Situation unter Kontrolle zu bekommen. Zu diesem Zweck wurde vom ZK der LKP der Sonderbeauftragte Solin in die Region abkommandiert. Er präsentierte seinen eigenen Ansiedlungsplan für die leerstehenden Gehöfte.<sup>12</sup>

Nach den Angaben von Solin (s. Tab. 1) waren von den in der Vorkriegszeit im Memelgebiet vorhandenen 12 000 Gehöfte etwa 87% leer: etwa 21% im Kreis Klaipėda und 15% im Kreis Šilutė. Die Angaben von Solin lassen nur vermuten, von wem die Gehöfte bewohnt wurden - von Neusiedlern oder von Einheimischen.

*Tabelle 1*

Kreis	Gesamt Anzahl der Gehöfte	Von ihnen		Vorschläge zur Ansiedlung
		leerstehende	bewohnte	
Klaipėda	3312	2613	699	bis 15 ha für eine Familie > 30 ha für zwei Familien bis 45 ha für drei Familien bis 60 ha für vier Familien > 60 ha für den Aufbau der Kolchosen
Šilutė	4585	3904	681	
Pagėgiai	ungefähr 4500	ungefähr 4300	ungefähr 150	
<i>Insgesamt 13 000 Familien</i>				

*Angaben von Solin und der Ansiedlungsplan von 31. März 1945*

Der Ansiedlungsplan von Solin wurde nach den Normen der Bodenreform berechnet und man beabsichtigte eine Umsiedlung von etwa 13 000 Bauernfamilien. Dieser Plan wurde mit einigen Korrekturen angenommen. Auf seiner Grundlage wurden entsprechende Direktiven verabschiedet,

<sup>12</sup> LVOA, F. 1771, Ap. 8, B. 411, L. 54-55.

Umsiedlungspläne bekräftigt und die organisierte Besiedlung des Memelgebietes eingeleitet. Zu diesem Zeitpunkt setzte die Rückkehr der Evakuierten und Flüchtlinge - der alteingesessenen Einwohner des Memelgebietes - ein.

### **Die Repatriierung**

Die künftige Rückkehr der Evakuierten, Zwangsarbeiter, Flüchtlinge, Kriegsgefangenen und sonstigen Zivilisten wurde von den Kriegsländern lange zuvor vorbereitet. Bereits im Oktober 1944 wurde in der UdSSR der Generaloberst Golikov zum Beauftragten der Repatriierung ernannt. Man legte Ordnung und Regelung der Repatriierung fest und schuf entsprechende zentrale und lokale Behörden. Auf diese Art begann die organisierte Repatriierung. Bis zum Herbst 1945 repatriierten nach Litauen über 27 000 Personen. (Im Laufe der gesamten Repatriierungszeit bis 1953 kehrten ungefähr 36 000 Personen in ihre Heimat zurück). Im Herbst 1946 versiegte allmählich der Strom der Heimkehrer, viele Repatriierungsbehörden wurden abgeschafft. Zu diesem Zeitpunkt kamen in die UdSSR über 2 800 000 Repatriierte (außer den Kriegsgefangenen) zurück. Unter ihnen waren auch ungefähr 4 000 Einwohner des Memelgebietes, die hauptsächlich aus der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands kamen. (s. Tab. 2).<sup>13</sup>

Tabelle 2

Kreis	Insgesamt	unter ihnen		
		Männer	Frauen	Kinder bis zum 15.Lebensjahr
Klaipėda	911	267	310	334
Pagėgiai	2 547	565	951	1 031
Šilutė	529	137	209	183
<i>Insgesamt</i>	<i>3 987</i>	<i>969</i> 24%	<i>1 470</i> 37%	<i>1 548</i> 39%

*Rückkehr der Repatriierten in das Memelgebiet 1945-1946*

<sup>13</sup> LCVA, F .R-754, Ap. 13, B. 45, 75, 76.

Jedoch blieben viele Flüchtlinge aus der Sowjetunion in Westeuropa, besonders in den englisch-amerikanischen Besatzungszonen Deutschlands und in Österreich. Die sowjetische Regierung war sehr an der Heimkehr ihrer ehemaligen Bürger interessiert. Dafür gab es zwei Gründe: 1. vor allem mangelte es aufgrund großer Kriegsverluste an Arbeitskraft für den Wiederaufbau der Wirtschaft. 2. Die potentiellen Emigranten, denen die sowjetische Realität vertraut war, konnten zum Instrument der internationalen antisowjetischen Politik werden. (Übrigens, es geschah auch so, jedoch in viel geringerem Ausmaß).

Dann stellte sich heraus, daß eine juristische Grundlage zur Repatriierung der Einwohner des Memelgebietes fehlte, da es mittlerweile zur Sowjetunion gehörte. Die Einwohner des Memelgebietes waren ja vorher nie sowjetische Staatsbürger.

Nach der Rückgliederung des Memelgebietes durch Hitler im Mai 1939 wurden die Ortsansässigen litauischer Nationalität in zwei Kategorien gegliedert:

1. Zu der ersten Kategorie gehörten Personen, die 1924 für die litauische Staatsangehörigkeit optiert und die deutsche Staatsbürgerschaft aufgegeben haben (oder auch diejenigen, die bei der Geburt, Ehe oder Legitimierung ihre Staatsangehörigkeit sich auf eben erwähnte Personen zurückführten) und nach der Annexion des Memelgebietes bis 31. Dezember 1939 die Beibehaltung der litauischen Staatsbürgerschaft nicht anstrebten. Die Personen dieser Kategorie erhielten gemäß dem Vertrag zwischen der Republik Litauen und Deutschland von 22. März 1939 das Recht auf die deutsche Staatsangehörigkeit und verloren zugleich die litauische Staatsbürgerschaft.

2. Zu der zweiten Kategorie rechnete man litauische Staatsbürger, die nach der Rückgliederung im Memelgebiet geblieben waren. Sie wurden als Ausländer betrachtet und wohnten in der Region mit litauischen Reisepaß.

Personen beider Kategorien, die nach dem Krieg nach Westeuropa gelangten, waren gemäß dem Gesetz zur Staatsangehörigkeit der UdSSR keine Bürger der litauischen Sowjetrepublik. Die Personen der ersten Kategorie besaßen keine sowjetische Staatsbürgerschaft, da sie zu dem Zeitpunkt der Inkorporation der Republik Litauen in die UdSSR keine Bürger der Republik Litauen waren. Den Personen der zweiten Kategorie hielt man vor, während des Aufenthaltes außerhalb der Sowjetunion sich bis zum 1. November 1940 nicht in den sowjetischen Konsulaten als Bürger der UdSSR gemeldet zu haben (nach der Inkorporierung Litauens durch die UdSSR im Sommer 1940). Aufgrund dieser Umstände betrachteten die Behörden der UdSSR die Personen der ersten Kategorie als deutsche Staatsbürger und die Personen der zweiten Kategorie als Personen ohne Staatsangehörigkeit (8. Kapitel des Beschlusses des Obersten Rates der UdSSR von 19. August 1938).

Aus diesem Grund widersetzten sich nicht nur die Betroffenen gegen die Ausweisung, sondern ihnen verweigerten auch die Dienststellen der englischen und amerikanischen Besatzungszonen die Heimkehr.

In ähnlicher Situation waren auch Einwohner der Regionen, die 1939-1941 aus verschiedenen Anlässen von der UdSSR annektiert wurden, d.h. Einwohner der Westukraine, des westlichen Weißrußlands, Lettlands und Estlands. Also nahm die Frage ihrer verbindlichen Rückkehr ein großes Ausmaß an. Im August 1947 wurde in Moskau die juristische Seite der Repatriierungsverhältnisse erörtert. Es wurde beschlossen, entsprechende Berichtigungen im sowjetischen Staatsbürgerschaftsgesetz vorzunehmen. Die Gesetzesberichtigung für die autochthone Bevölkerung des Memelgebietes erfolgte auf Initiative der litauischen Seite, konkret durch Justas Paleckis. In der Berichtigung vom 16. Dezember 1947, die als Beschluß des Präsidiums des Obersten Rates der UdSSR bekanntgegeben wurde, legte man fest, daß Personen litauischer Nationalität, alteingesessene Einwohner der Stadt Klaipėda sowie der Bezirke Klaipėda, Šilutė und Pagėgiai, die zum 22. März 1939 über die litauische Staatsbürgerschaft verfügten sowie deren Kinder ab 28. Januar 1945 als sowjetische Staats-

bürger anerkannt werden.<sup>14</sup> Die oben genannten Personen, die sich zeitweilig außerhalb der UdSSR befanden, waren verpflichtet, sich ursprünglich bis zum 1. Juni 1948 in den Konsulaten und diplomatischen Vertretungen der Sowjetunion anzumelden. Später wurde der Anmeldeschluß bis zum 1. Juli 1950 verlängert.

Nach der Verabschiedung der entsprechenden Gesetzberichtigung hinsichtlich der Staatsangehörigkeit der Bewohner des Memelgebietes und unter starkem Druck der sowjetischen Regierung gelang es, 1948-1949 ungefähr 2 000 Personen hauptsächlich aus den westlichen Besatzungszonen in die Heimat zurückzubringen. (s. Tab. 3).<sup>15</sup> Als entscheidendes Repatriierungskriterium galt nicht die Nationalität, sondern der Geburtsort.

Der Repatriierungsprozeß hatte folgendes Ergebnis: ungefähr 6 000 alteingesessene Einwohner kamen ins Memelland zurück.

Kennzeichnend für beide Repatriierungswellen war die Tatsache, daß in die Heimat hauptsächlich alte und kranke Personen, Familien mit Kleinkindern (sogar mit Kindern, die nach dem Krieg geboren wurden) sowie alleinstehende Frauen zurückkehrten. Die Jugendlichen kamen nicht heim.

### **In der Heimat**

Was erwartete nun die Repatriierten in der Heimat?

Zunächst fanden sie in vielen Gehöften und Häusern neue Besitzer vor. Es waren die Neusiedler aus den anderen Regionen Litauens. Da der Besitz zum größten Teil bereits enteignet, mußten die Repatriierten entweder ihr Haus mit den Fremden teilen oder sich ein anderes Obdach suchen.

Konflikte zwischen Neusiedlern und Rückkehrern waren unvermeidlich und kaum überwindbar. Ein Beispiel dafür:

---

<sup>14</sup> Am 28. 1. 1945 wurde Klaipėda als letzte Stadt Litauens besetzt.

<sup>15</sup> Die Angaben der Tabelle 3 sind nach den Transportlisten der Repatriierten berechnet. LCVA, F. R-754, Ap 6, B. 4, L. 2-10; B. 4, L 1-9.



Tabelle 3

		Insgesamt	Männer	Frauen	Kinder
1948	Mai	239	86	84	69
	Juni	538	177	189	172
	Juli	444	124	161	159
	August	207	57	76	74
	September	92	29	28	35
	Oktober	91	27	41	23
	November	95	36	30	29
	Dezember	88	22	30	36
	<b>Insgesamt</b>	<b>1 794</b>	<b>558</b>	<b>639</b>	<b>597</b>
1949	Februar	36	14	9	13
	März	67	24	21	22
	April	20	7	7	6
	Mai	27	5	11	11
	Juni	11	1	3	7
	August	19	10	6	3
	Oktober	18	5	7	6
	Dezember	11	2	4	5
	<b>Insgesamt</b>	<b>209</b>	<b>68</b>	<b>68</b>	<b>73</b>
	<b>Gesamtanzahl</b>	<b>2 003</b>	<b>626</b>	<b>707</b>	<b>670</b>

Rückkehr der Repatriierten ins Memelgebiet 1948-1949

„Ich, Kunelis Jurgis, war 1944 zusammen mit meiner Familie von grausamen Faschisten zu Zwangsarbeiten nach Deutschland verschleppt worden. Ich kam als Repatriierter in mein eigenes Gehöft im Dorf Virkyčiai/Wirkieten, Bezirk Saugai/Saugen, Kreis Šilutė zurück. Leider fand ich in meinem Haus den Neusiedler Mulskis Ambroziejus vor. Ich wußte nicht mehr wohin und mit großer Mühe habe ich ihn überredet, mir wenigstens ein kleines Zimmer zu geben. Er war nur unter der Bedingung einverstanden, daß ich bei ihm dafür arbeiten werde. Ich und meine Frau arbeiten ohne Entgelt für die Unterkunft bei dem Neusiedler. Ich habe mit eigenen Händen alles hier gebaut und soll mir jetzt als Diener Be-

*schimpfungen anhören. Ich werde ständig bedroht, wegen des kleinsten Widerspruchs herausgeschmissen zu werden”.*<sup>16</sup>

Im ganzen Gebiet wurden nur acht Gehöfte ihren früheren Besitzern zurückgegeben, jedoch lediglich bis zum Anfang der Kollektivierung. Die Situation wurde auch dadurch zugespitzt, daß das Bewußtsein der Menschen, die in einem System des Privateigentums lebten, sich kaum auf die Erfassung des Kollektiveigentums umzustellen vermochte. Außerdem verpflichtete das Gesetz der Bodenreform alle leerstehenden Bauernhöfe ohne weiteres zu enteignen, ohne auf die Rückkehr ihrer Besitzer zu warten. Die juristische Grundlage dieser Angelegenheit war verwirrend und kaum verständlich nicht nur für die Betroffenen, sondern auch für Vertreter der Verwaltung.

Manche Einwohner versuchten, ihr Eigentum per Gericht wiederzuerlangen. Sie glaubten naiv an die sowjetische Gerechtigkeit. Also versuchten einige Bewohner der Kurischen Nehrung Fritz Bastiks, Mikas Kvauka, Vilius Kubilius und Fricas Labrencas mit allen erdenklichen Mitteln ihr Eigentum zurückzugewinnen. Am 19. März 1949 wandten sie sich an den Vorsitzenden des Exekutivkomitees der Stadt Klaipėda Kardasevičius. Fritz Bastiks schrieb folgendes:

*„In der Siedlung Preil lebte ich seit meiner Geburt, d h. seit 1901 und besaß mein eigenes Haus. Im Januar 1945 wurde ich evakuiert, kam im Mai 1945 zurück und wurde in der Siedlung Perwelk angesiedelt, weil in Preil keiner wohnte (die Militärkommandatur hat es nicht erlaubt, sich in Preil niederzulassen). Erst im September 1947 erhielten wir das Erlaubnis der Militärkommandatur nach Preil zurückzukommen. Ich bin dann umgesiedelt, aber mein Haus dient als Unterkunft für das Militär. Ich richtete mich an das Volksgericht, weil die Besitzurkunden bei der Evakuierung verloren gingen. Im Volksgericht hat man mich zu Ihnen verwie-*

---

<sup>16</sup> Ebenda, Ap. 4, B. 1550, L. 107.

*sen, deshalb bitte ich Sie um Anordnung zur Anerkennung des Hauses Nr. 3 als mein Eigentum und zur Ausstellung der Besitzurkunde. Ich bitte Sie, meinem Antrag zu genügen.”<sup>17</sup>*

Die Antwort war einfach: die oben erwähnten Gerechtigkeitssuchenden wurden am 25. März 1949 zusammen mit ihren Familien nach Sibirien abtransportiert.

Trotz der gesetzlich vorgesehenen verbindlichen Beschäftigungspflicht der Repatriierten konnte man diese kaum in die Tat umsetzen. Die Repatriierten wurden ungern eingestellt, nicht selten gab es Fälle, als sogar von der Führungsebene Befehle ergingen, „diesem deutschen Schwein“ zu kündigen.<sup>18</sup> Es ist zu erwähnen, daß nicht nur Repatriierte, sondern auch alle autochthone Einwohner des Memelgebietes Schwierigkeiten mit ihren Arbeitsstellen hatten. So wurden die Leiterin der Grundschule im Dorf Vabalai/Wabbeln, Ruta Sprogienė und der Leiter der zweiten Grundschule im Dorf Traksėdžiai/Trakseden, Otto Gudvietis, als „Einheimische“ entlassen.<sup>19</sup>

Seit 1. Dezember 1945 wurde in Sowjetunion, also auch in der Sowjetrepublik Litauen, ein einheitliches Paßsystem eingeführt. Das Hauptziel dieser Maßnahme war nicht nur die Beschaffung von Angaben zur Bevölkerungsanzahl in der Nachkriegszeit, sondern damit verknüpft man auch die eingehende Überprüfung aller Personen.

Im Laufe dieser Aktion wurde jeder Repatriierter zum Staatsbürger der UdSSR unter einer Bedingung: man sollte als eigene Nationalität Litauer oder Litauerin angeben. Diejenigen, die auf ihre deutsche Nationalität hinwiesen, erhielten keinen Paß. Sie galten als Personen ohne Staats-

---

<sup>17</sup> Ein Dokument aus dem Privatarchiv der Autorin. Originalortographie und Stil sind beibehalten. Die Siedlung Preil wurde erst 1947 entmilt.

<sup>18</sup> LCVA, F. R-754, Ap. 13, B. 270, L. 32-35.

<sup>19</sup> Befehle Nr. 36 und 37 (Februar 1947) des Leiters der Abteilung für die Volksbildung des Kreises Šilutė Juchnevičius. Privatarchiv der Autorin.

angehörigkeit und wurden durch besondere Bescheinigungen einer bestimmten Farbe gekennzeichnet.<sup>20</sup> Natürlich besaßen sie keinerlei staatsbürgerlichen Rechte. Auf Beschluß der LKP von 10. November 1945 galt ein Verbot, autochthone Bevölkerung deutscher Nationalität in die Wählerlisten einzutragen.

Anfang der 50er Jahre stellte sich aufgrund der Umsiedlung aller Deutschen aus dem Kaliningrader Gebiet die Frage der Ausweisung der alteingesessenen Einwohner des Memelgebietes, die keine Staatsbürgerschaft der UdSSR besaßen. Zum damaligen Zeitpunkt zählte man 736 Personen ohne sowjetische Staatsangehörigkeit.<sup>21</sup> Die Aussiedlung wurde aber damals nicht gestattet.

Man sollte hinzufügen, daß die gesamte Prozedur zum Erwerb der sowjetischen Staatsbürgerschaft ziemlich kompliziert war, deshalb wohnen in der LSSR bis Anfang der sechziger Jahre noch ungefähr 1 500 Personen deutscher Nationalität ohne sowjetische Staatsangehörigkeit.<sup>22</sup>

Außerdem genossen die Repatriierten einen speziellen „Schutz“ seitens der Staatssicherheit. Es wurde kompromittierendes Material fast über jeden Repatriierten gesammelt und viele Spitzel des KGB in ihrem Umfeld integriert. Durch gemeinsame Bemühungen Spitzeln und Mitarbeitern repressiver Strukturen wurden zahlreiche Personen festgenommen. In den KGB-Abteilungen wurden Sonderberichte und analytische Dokumenten über die Repatriierten zusammengestellt. Die Repatriierten wurden ständigen Überprüfungen unterzogen. Ihr Briefwechsel sowie die Kontakte mit den in Ausland wohnhaften Verwandten wurden kontrolliert. Somit erschwerte die Bezeichnung „Repatriierter“ den Lebensweg nicht nur der Zurückgekehrten selbst, sondern auch ihrer Kinder.

---

<sup>20</sup> Es läßt sich nicht genau feststellen, wie viele Bescheinigungen ausgestellt worden sind. Verschiedene Quellen weisen auf eine Anzahl von 700 bis 5 000 hin.

<sup>21</sup> Angaben des Migrationsdepartaments der Republik Litauen

<sup>22</sup> Ebenda.

## **Deportationen**

Beinahe zum gleichen Zeitpunkt, parallel mit der zweiten Repatriierungswelle der autochthonen Bevölkerung des Memelgebietes fanden in Litauen Massendeportationen statt.

Sie waren ein typisches Merkmal der stalinschen Wirtschafts- und Nationalitätenpolitik. Mit den Deportationen, die ganze Völker oder bestimmte Bevölkerungsgruppen betrafen, bezweckte man nicht nur die Lösung wirtschaftlicher Fragen: in den Gebieten Sibiriens wurden Giganten der sozialistischen Industrie errichtet, wozu man billige Arbeitskraft benötigte. Das geheime Hauptziel der Verbannungen war eine totale Vermischung verschiedener Völker und Ethnien, woraus sich der Sproß der stalinschen Ideologie, das sogenannte „sowjetische Volk“ entwickeln sollte. Das „sowjetische Volk“ sollte seine Heimat, seine Muttersprache und seine nationale Identität einbüßen.

In Litauen setzten die Verbannungsaktionen bereits 1941 ein und wiederholten sich gleich nach Kriegsende. Die ersten Nachkriegsdeportationen verschonten das Memelgebiet wegen der intensiven Besiedlung der Region. Außerdem war dort keine Widerstandsbewegung vorhanden.

Von den Massendeportationen wurden die Einwohner des Memelgebietes erst im Frühjahr 1948 überrollt. Im Mai wurde die erste große Verbannungsaktion nicht nur in Litauen, sondern auch gleichzeitig in den übrigen baltischen Staaten durchgeführt. (s. Tab. 4).

Die Verbannungsaktion von 1948 unter dem poetischen Decknamen „Vesna“ („Frühling“) begann am 22. Mai um 4 Uhr morgens. Im Laufe dieser Aktion wurden in Litauen an einem Tag über 11 000 Familien festgenommen, insgesamt etwa 40 000 Personen. Es wurde planmäßig festgelegt, 343 Familien aus dem Memelgebiet zu deportieren, jedoch wurde der Plan „übererfüllt“ und im Endeffekt nahm man 412 Familien fest, insgesamt 1 642 Personen. Die Einwohner des Gebietes gerieten in Panik. Am nächsten Tag, dem 23. Mai, am Sonntag, waren alle Kirchen geschlossen.

Der Prozentsatz der künftigen „Arbeitskraft“ für die entlegenen Regionen Sibiriens, die aus dem Memelgebiet verschleppt wurde, war folgendermaßen: 39% Frauen, 31% Männer und 30% Kinder bis zum 15. Lebensjahr. Transporte mit den Deportierten stellte man in Rimkai/Carlsberg, Šilutė/Heydekrug und Radviliškis zusammen. Zielstationen waren Kansk und Jenisej im Gebiet Krasnojarsk.

Die nächste Verbannungsaktion fand im März 1949 statt und hatte den Decknamen „Priboj“ („Wellenbruch“). Planmäßig sollten aus Litauen 8 500 Personen deportiert werden, aber die Aktion geriet ins Stocken, weil man die Frühjahrüberschwemmungen nicht in Betracht gezogen hatte. Während dieser Aktion wurden 426 Familien, insgesamt 1 465 Personen aus dem Memelgebiet deportiert.

In den nächsten Jahren wurden die Deportationen in wesentlich geringerem Ausmaß weiter geführt. Nach den Berechnungen der Autorin wurden 1951-1952 ungefähr 940 Familien, insgesamt etwa 3 500 Personen aus dem Memelgebiet deportiert.

Das Endergebnis der gesamten Deportationszeit in der Region: es wurden ungefähr 2 000 Familien, insgesamt etwa 6 500 Personen ausgewiesen.

Den veröffentlichten Listen der Deportierten aus dem Rayon Klaipėda (nicht aus dem Memelgebiet) kann man entnehmen, daß die Verbannten zu etwa 45% alteingesessene Einwohner des Gebietes waren; etwa die Hälfte von ihnen stellten ehemalige Repatriierte dar.

Die Listen der Deportierten aus Šilutė und Pagėgiai werden derzeit für die Publikation vorbereitet und nach ihrer Veröffentlichung bietet sich die Möglichkeit, ein genaueres Bild über die Zusammensetzung der Deportierten aus dem Memelgebiet zu bekommen.<sup>23</sup>

---

<sup>23</sup> Angaben zu Deportationen in: „1941-1952m. Lietuvos tremtiniai“. Pirma knyga. („Deportierten aus Litauen 1941-1952“. 1. Band). 1993, Vilnius. VRM, S. 560. „Lietuvos kovų ir kančių istorija. Lietuvos gyventojų tremimai 1941, 1945-1952m.“. Dokumentų rinkinys. Pirma knyga. („Geschichte der Kämpfe und des Leidens in Litauen. Verbannungen in Litauen 1941, 1945-1952“. Eine Dokumentensammlung. 1. Band). 1994, Vilnius, S. 445.

Tabelle 4

Kreise	Aktion "Vesna" 22. 05. 1948				Aktion "Priboj" 25.-28. 03. 1949				1951-1952	
	Familien		Personen		Familien		Personen		Familien	Personen
	N	%	N	%	N	%	N	%		
Insgesamt aus Litauen:										
	11345		39766		8765		28981			
Klaipėda (Memel):										
	209	51	919	56	264	62	927	63	940	3500
Pagėgiai (Pogegen):										
	53	13	206	13	85	20	281	19		
Šilutė (Heydekrug):										
	150	36	517	31	77	18	257	18		
Insgesamt:										
	412	100	1642	100	426	100	1465	100		
Gesamtanzahl der Deportierten aus dem Memelgebiet in der ganzen Deportationszeit:										
									1780	6500

Deportationen aus dem Memelgebiet

## **Das Leben in den neuen Verhältnissen**

Es ließe sich also behaupten, daß die Jahre 1948 und 1949 eine Umbruchzeit für die meisten Einwohner des Memelgebietes, sowohl für die autochthone Bevölkerung als auch für die Neusiedler darstellte.

Gerade in diesen Jahren verlief eine intensive Einführung der sowjetischen Wirtschaftsstandards, die Enteignung des Privatbesitzes ging zu Ende und in der Landwirtschaft wurde eine totale Kollektivierung durchgeführt.

Im Gegensatz zur gewerblichen Fischerei, in der hauptsächlich angeworbene und aus verschiedenen Region der Sowjetunion zugezogene Arbeitskräfte tätig waren, wurden an der Ostseeküste und an den inneren Gewässern Fischereikolchosen gegründet. Im Sommer und im Herbst 1948 entstanden zehn Fischereikolchosen. Ursprünglich konzentrierte sich dort ausschließlich die örtliche Bevölkerung. 1951-1952 wurde eine Umsiedlung der Fischer aus allen ethnischen Regionen Litauens organisiert. Allmählich gestaltete sich in der Region eine Situation, die bestimmte Parallelen mit der früheren Geschichte des Memelgebietes aufwies: die Bevölkerung in den Dörfern war litauisch, die Führungsebene überwiegend nicht litauisch und Klaipėda war eine „russische“ Stadt mit 65-75% Russen.

Somit erfolgte die Kollision der Menschen aus zwei oder genauer gesagt aus drei verschiedenen Welten mit unterschiedlichen Kulturen, Religionen und Verhaltensmustern. Es kam zu Erscheinungen, die für die alteingesessenen Einwohner des Gebietes kaum nachvollziehbar waren: Disziplinlosigkeit, Nachlässigkeit hinsichtlich der Arbeit und des Eigentums (sowohl des privaten als auch des öffentlichen), Saufereien, die für Ostpreußen nie typisch waren, die einzigartige expressive Lexik und vieles andere.

Ein Beispiel dafür, wie schwer die derartige Lebensweise für die ehemaligen Bewohner Ostpreußens zu akzeptieren war, ist die Massenausreise von 1958-1960 (s. Tab. 5).



Tabelle 5

	Insgesamt		Ausgereist in die DDR		Ausgereist in die BRD	
	N	%	N	%	N	%
<b>Ausreiseanträge</b>	<b>10 173</b>	<b>100</b>	<b>751</b>	<b>7</b>	<b>9 422</b>	<b>93</b>
<b>Ausgereiste 1958 –1960</b>	<b>7 563</b>	<b>100</b>	<b>709</b>	<b>9</b>	<b>6 854</b>	<b>91</b>
Davon Kinder bis zum 16.Lebensjahr:						
	2 284	30	198	28	2 086	30
Unter den Ausgereisten waren:						
1. Staatenlose (Umsiedler) (nach Auffassung d. UdSSR)	242		34		208	
2. Ausgereist n. Deutschland nach dem Abkommen vom 10. Januar 1941 und zurückgekehrt während des Krieges oder in der Nachkriegszeit	1 165		80		1 085	
3. Einwohner des Memelgebietes	6 156	81	453	7	5 703	93
4. Die, die bei der Ausreise die sowj. Staatsbürgerschaft behalten wollten	45		13		32	
<b>Nicht ausgereist sind:</b>						
<b>Insgesamt</b>	<b>2 543</b>	<b>100</b>	<b>51</b>	<b>100</b>	<b>2 492</b>	<b>100</b>
1. Ausreise Verzicht	110	4	10	20	100	4
2. Motivierung des KGB	562	22	9	18	553	22
3. Mangel von Unterlagen	1 871	74	32	62	1 839	74
4. Verstorben	67					

Angaben zur Ausreise nach dem Abkommen von 7. Januar 1958

Als sich nun eine Gelegenheit dazu ergab - am 7. Januar 1958 wurden die Abkommen zwischen der UdSSR und den beiden deutschen Staaten geschlossen - wurden 10 000 Ausreiseanträge in Litauen gestellt. Ausreisen konnten nur 7 563 Personen, die Mehrheit von ihnen bildeten die

Einwohner des Memelgebietes - 6 156 Personen (81%). Die Ausreise wurde für 2 543 Personen nicht gestattet, in den meisten Fällen (74%) wegen mangelnder Unterlagen. Laut sozialen Status waren es 34% Arbeiter und 26% Kolchosbauern. Einzigartig war die Verteilung der Nationalitäten der Ausgereisten: 82% Litauer und 17% Deutsche. Die überwiegende Mehrheit der Ausgereisten bildeten Bewohner von Dörfern (69 %).<sup>24</sup>

Ein Zeugnis dafür, wie kompliziert die damalige Situation für viele Ausreisewilligen war, gibt uns dieser Brief:

*„Absenderadresse: Rayon Klaipėda, Dorf Plikiai.*

*Empfänger: Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Moskau.*

*17. April 1957*

*Ich bitte um eine Erklärung, wie ich nun vorgehen soll. 1954 wurde mir von der Miliz der grüne Paß weggenommen, den ich von der russischen Verwaltung 1946 anstelle meines deutschen Personalausweises bekommen habe. Es wurde mir gesagt, daß ich die nötigen Unterlagen für die Ausreise nach Deutschland erhalten werde. Ich habe mich für die Ausreise nach Deutschland, zu meinem Ehemann Adolf Domres, bereits 1948 angemeldet. Bei der Registrierung erhielten wir den grünen Paß. Diejenigen, die nicht ausreisen wollten, bekamen den weißen Paß. In meinen Paß wurde gegen meinen Willen die Nationalität „Litauerin“ geschrieben. Ich habe gesagt, daß wir Deutsche sind und daß meine Eltern kein Wort auf Litauisch verstanden. Ich bin am 14. März 1903 in Ukraine geboren. 1912 sind meine Eltern nach Ostpreußen, ins Memelland umgesiedelt. 1913 erhielt mein Vater Eduard Fischer die deutsche Staatsangehörigkeit. Ich verfüge über eine Kopie der Urkunde. 1946 wurde ich als Deutsche vertrieben. Zehn Jahre lang hatten wir keine Bürgerrechte. Wenn wir jetzt Pässe ohne Staatsangehörigkeit anfordern,*

---

<sup>24</sup> Bericht des Inneministers der LSSR Gailiavičius von 31. Oktober 1960 an den Vorsitzenden des Ministerrates der Sowjetrepublik Litauen, Sumauskas. LCVA, F. R-754, Ap. 13, B. 693, L 3-5.

*werden wir als Litauer anerkannt und müssen russische Pässe nehmen. Ich habe auf den russischen Paß verzichtet und mußte 100 Rubel Bußgeld zahlen. Soll ich wirklich den Paß annehmen? Können sie mich dazu zwingen?*

*Anna Domres, geb. Fischer*<sup>25</sup>

Bis Anfang der sechziger Jahre waren in diversen Berichten verschiedener Behörden die Formulierungen “einheimische Bevölkerung” oder “alteingesessene Einwohner” anzutreffen. Mit der Massenausreise verschwand dann dieser Vermerk.

### **Schlußfolgerungen**

Nach dem zweiten Weltkrieg und der darauffolgenden sowjetischen Okkupation hat sich die Situation im Memelland schlagartig geändert.

1945-1950 wurden die Standards der sowjetischen Planwirtschaft gewaltsam eingeführt (Kollektivierung der Landwirtschaft, Enteignung des Privatbesitzes). Verstärkt formierte sich der neue sowjetische Menschentyp heraus.

Aufgrund der Zwangsevakuierung, der unvollständigen Repatriierung und der Deportationen wurde die autochthone Bevölkerung des Memelgebietes zu einer Minderheit, zu einer ethnischen Minderheit in der eigenen Heimat. Unter diesen Umständen waren die Möglichkeiten, die nationale Identität zu bewahren gering und die Notwendigkeit dazu nicht vorhanden.

Im Grunde genommen waren die sowjetische Politik und Ideologie gegen die ehemaligen Einwohner Ostpreußens gerichtet. Die entstandenen Verhältnisse setzten die Desintegration dieser Personen aus der sowjetischen Realität voraus. Das Ergebnis der Desintegration war die Massenausreise der alteingesessenen Einwohner des Memelgebietes in die beiden deutschen Staaten 1958-1960. Die kurze Sowjetisierungsperiode endete

---

<sup>25</sup> Angaben des Migrationsdepartaments der Republik Litauen.

mit dem Verschwinden des Subjektes der jahrhundertelangen Geschichte und Kultur des Memelgebietes. Der vorliegende Beitrag beansprucht keinesfalls eine umfassende Analyse der sozialpolitischen Situation in der Nachkriegszeit und ihrem Einfluß auf das Schicksal der autochthonen Bevölkerung des Memelgebietes. Jeder Aspekt dieser Zeitperiode kann und soll ausführlicher untersucht werden. Nur auf diese Weise können wir im Laufe der Zeit die objektiven und subjektiven Faktoren dieser Geschehnisse unterscheiden und einschätzen.

*Aus dem Litauischen von Rasa Krupavičiūtė*

## Die Tätigkeit des MVD-MGB im Memelland in den Nachkriegsjahren (1945-1953)

### I. Einleitung

Die Untersuchungen zur litauischen Nachkriegszeit bekamen nach der Wiederherstellung der Eigenstaatlichkeit einen neuen Qualitätsschub. Dabei geht es nicht nur um die Möglichkeit, sich über die Geschehnisse jener Jahre frei zu äußern und sie zu diskutieren, sondern es gibt nun auch einen Zugang zu Dokumenten, die bis dahin nicht erforscht werden konnten. Der Dialog neuer Quellenforschungen und schon publizierter Arbeiten wird wohl auch Schemata, die sich in der Geschichtsschreibung und im historischen Bewußtsein herausgebildet haben, korrigieren.

In diesem Sinn erhebt meine Arbeit keinen Anspruch auf ein mustergültiges Resultat dieses Dialogs, sondern repräsentiert vor allem Dokumente im Kontext meines Themas, die im Litauischen Sonderarchiv (Lietuvos Ypatingasis Archyvas) zu finden sind.

Das Memelland entstand als administrativ-territoriale Einheit durch den Art. 99 des Versailler Vertrages, als der nördlich der Memel gelegene Teil Ostpreußens vom Deutschen Reich abgetrennt wurde. 1920-1923 verwaltete die Entente das Gebiet, 1923-1939 war es Teil der Republik Litauen. Das Territorium umfaßte 2 848 km<sup>2</sup>. Die Verwaltungseinheiten des Gebietes waren wie folgt: Memel (Stadt) sowie die Landkreise Memel, Heydekrug und Pogegen.

Allein schon die Bezeichnung „Memelland“ für meinen Forschungszeitraum könnte wie eine revanchistische Wunschvorstellung klingen, denn 1947 wurde diese Verwaltungseinheit durch eine neue administrative Aufteilung der LSSR vernichtet. Hat man jedoch die Entwicklung der politischen Zugehörigkeit des Memellandes vor Augen, das Phänomen der Memelländer und die deutlichen demographischen Veränderungen wird schon rein hypothetisch klar, daß die Pro-

zesse, die in Litauen stattfanden, spezifisch waren und hier noch auf ganz anderem Hintergrund stattfanden.

Gemäß der zu erörternden Probleme teilt sich die Arbeit in drei Kapitel. Im ersten wird die Schaffung der sowjetische Sicherheitsstrukturen erörtert. Das heißt Probleme, die mit dem Aufbau des Agenten- und Sicherheitsnetzes im Memelland verbunden waren. Im zweiten Kapitel geht es um die Bekämpfung des „Banditentums“, wobei Probleme erörtert werden, die mit der Tätigkeit der Abteilungen des MVD-MGB gegen den bewaffneten Widerstand der Bevölkerung in Zusammenhang stehen. Der dritte Teil besteht aus einer Analyse der repatriierten Bevölkerung des Memellandes durch die Sicherheitsorgane. Keinesfalls läßt sich diese Arbeit als Untersuchung der Tätigkeit gesamten sowjetischen Repressionsorgane, im Memelland der Nachkriegszeit begreifen. Es werden einzig einige Probleme dargestellt, die meiner Meinung nach die Besonderheit der hier entstandenen Situation recht gut widerspiegeln.

Bewußt begrenzt sich die Arbeit auf den Zeitraum 1945-1953. Traditionell sieht man in der litauischen Geschichtsschreibung diesen Zeitraum als die Periode des aktiven bewaffneten Widerstandes an. Im Kontext der Arbeit werden folgende Abkürzungen gebraucht:

**NKVD** Volkskommissariat für innere Angelegenheiten

**NKGB** Volkskommissariat für Staatssicherheit

**MVD** Ministerium für Innere Angelegenheiten

**MGB** Ministerium für Staatssicherheit

Zu den Abkürzungen sei bemerkt, daß 1946 eine Umbildung des NKVD in das MVD stattfand und das NKGB in das MGB reorganisiert wurde.

Die Arbeit stützt sich auf Schriftstücke der sowjetischen Sicherheitsorgane, die im Litauischen Sonderarchiv aufbewahrt werden. In Mehrheit handelt es sich einzelne Berichte der NKVD - (MVD) und NKGB - (MGB) Abteilungen, die im Memelland dienten, um Korrespondenzstücke der Sicherheitsleute, zentrale Direktiven innerhalb dieser Strukturen, Anweisungen u.ä.

Verständlicherweise darf man diese Dokumente von NKVD (MVD) und NKGB (MGB) nicht als die Widerspiegelung der absolu-

ten Realität betrachten. In ihnen wurde nur das festgehalten, was aus dem Blickwinkel der Sowjetorgane notwendig und aktuell erschien, wobei die Bewertung jedweder Situation keinesfalls aus dem Rahmen der sowjetischen Ideologie fiel.

Jedes Dokument, welches es auch sei, ein Bericht der Abteilung des KGB oder eine Direktive einer höheren Hierarchie, hat seine Form. Das heißt, das Dokument erhielt eine Zuordnung gemäß der Aufgabe (z.B. Arbeit mit Banditen, Arbeit mit Repatrianten usw.) wobei nur Angaben zu dem bestimmten Bereich fixiert wurden. Aus derartigen Quellen läßt sich die Zielrichtung der zu untersuchenden Strukturen und deren Prioritäten verstehen wobei anders gesehen, häufig der breite Kontext außerhalb der Dokumente liegt.

Die sowjetischen Repressionsorgane kamen teilweise schon mit Erfahrung nach Litauen und wußten, was sie hier tun sollten. Die litauische Gesellschaft, die erst einen bürgerlichen Staat gebildet und dann unter deutscher Besatzung gelebt hatte, wurde *a priori* als eine Ansammlung antisowjetischer Elemente begriffen. Theoretisch war der Apparat schon ausgebildet - es galt, die Vertreter der bürgerlichen Parteien zu suchen und auszurotten, Vaterlandsverräter, Spitzel, Terroristen, Diversanten, konterrevolutionäre Propagandisten und dergleichen. Man suchte also Personen, die der operativen Aufmerksamkeit „bedurften“ und nicht umgekehrt. Die oben erwähnten Termine hatten keine enge Definition, sondern waren recht universal. Die sich so gestaltende Situation gab den Sicherheitsmitarbeitern breiten Interpretationsraum für das soziale Handeln eines Individuums, es konnte rasch als Verbrechen identifiziert und legitimiert werden. Z.B. konnte auch ein harmloser antisowjetischer Witz als konterrevolutionäre Propaganda betrachtet werden. Genauso ließ sich auch eine öffentliche Kritik an der sowjetischen Verwaltung bewerten. Es ist wichtig, so etwas im Gedächtnis zu haben, denn die Dokumente sind zumeist statistischer Art und Verbrecher sowie Festgenommene werden vor allem durch Zahlen ausgedrückt (z.B. festgenommen: 6 Diversanten, 4 Spitzel, 3 Vaterlandsverräter) und nicht weiter charakterisiert. Wird dieses Bild nicht differenziert, lassen sich einige Probleme, wie der gesellschaftliche Widerstand, sehr leicht überbewerten.

Wird man sich dessen bewußt, daß die vorwiegende Funktion der Berichte aller Sicherheitsorgane darin bestand, die geleistete Arbeit ihrer Abteilungen zu präsentieren, kann der Eindruck entstehen, die Mitarbeiter der Sicherheit hätten bewußt ihre Zahlen erhöht bzw. klein gehalten. Bestrebt durch den Wunsch, ihren Arbeitsplatz zu sichern und ihr gutes Regime zu beweisen, erhöhten die Mitarbeiter der Repressionsstrukturen die Anzahl ihrer Agenten usw. Die Berichte spezieller Überprüfungskommissionen beweisen, daß es in den Ministerialabteilungen zu derartigen Fälschungen kam.

Die erwähnten Probleme zwingen den Historiker dazu, die Dokumente kritisch und vorsichtig zu bewerten, die Zahlen nicht zu verabsolutieren und ein Hauptaugenmerk auf die daraus hervorgehenden Tendenzen zu legen.

## **II. Die Niederlassung von NKVD und NKGB im Memelland**

„Bei der Errichtung der Sowjetmacht in dem von der Roten Armee besetzten Gebiet wurden Parteikomitees geschaffen sowie NKVD- und NKGB-Abteilungen in den Kreisen und Unterabteilungen in den Gemeinden. Gemeinsam mit Staatsanwaltschaft und Gericht waren sie Hauptausübende von Repression und Terror.“<sup>1</sup>

Das Memelland wurde im Vergleich zum übrigen Territorium Litauens am spätesten „befreit“, Das heißt erst Ende Januar 1945, wodurch der späte Beginn der Institutionalisierung der Repressionsorgane und der organisierten Vernichtungsaktionen bestimmt war.

Zuerst geht aus den Dokumenten der Mangel an operativen Mitarbeitern hervor, Das heißt an Personen, die diese Strukturen aufbauen und Informanten werben sollten. Im Bericht für den Monat August 1945 der Abteilung des NKVD in Pagėgiai/Pogegen heißt es: „Im März wurde mit dem Aufbau der örtlichen Organe begonnen, die bis jetzt noch keinen festen Standort haben. Es gibt drei anstelle der vorgesehenen zehn operativen Mitarbeiter, zehn operative Bevollmächtigte anstelle von 47, es gibt keine Leiter der Miliz und keine Gemein-

---

<sup>1</sup> Truska, Liudas, Lietuva 1938 - 1953 metais [Litauen in den Jahren 1938 - 1953], K. P. 142.



deabteilungen des NKVD. Die Kreisabteilung des NKGB ist erst seit Juli tätig, Staatsanwaltschaft und Volksgericht gibt es nicht.“<sup>2</sup>

Die Abteilung des NKVD in Šilutė konstatierte im Juli 1945: „die Formalitäten für Verhaftungen gehen schleppend vor sich, da es keinen Staatsanwalt gibt.“<sup>3</sup> Und sogar im Juli 1946 waren in drei Gemeinden des Kreises Šilutė noch keine Unterabteilungen des NKVD eingerichtet.<sup>4</sup> In einem Schreiben der NKGB-Abteilung der Stadt Klaipėda vom September 1945 heißt es: „Laut Plan müßten 41 Personen hier beschäftigt sein, es sind nur 28.“<sup>5</sup>

Es mangelte nicht nur an Kadern, man legte auch Wert auf ihre Fähigkeiten: „Die Mitarbeiter sind im Prinzip ohne Erfahrung, die von Tag zu Tag schwieriger werdende Situation erfordert, zusätzlich Personen einzustellen, die von der Arbeit etwas verstehen und in der Lage sind, zu arbeiten.“<sup>6</sup>

Ein weiteres sensibles und wichtiges Problem beim Aufbau der sowjetischen Sicherheitsorgane war die Herausbildung eines Informantennetzes, denn dieses war das hauptsächliche Strukturelement für Informationen über einzelne Personen, gesellschaftliche Bewegungen und Stimmungen. Ein Informantennetz wurde durch Anwerbungen mittels verschiedener Methoden aufgebaut: „Es gab drei wichtige Motive für die Anwerbung von MGB-KGB-Informanten: kompromittierendes Material, persönliches Interesse und ideelle Gemeinschaft... dennoch wurde die Mehrzahl der Informanten 1944 - 1953 auf der Grundlage von kompromittierendem Material angeworben.“<sup>7</sup>

„Als Belastungsmaterial dienten Fakten, wie z.B. Staatsposten oder ein bestimmter sozialer Status während der Unabhängigkeitsepoche, die Zugehörigkeit zu gesellschaftlichen Organisationen, illoyale Gespräche, Bekanntschaft mit verhafteten Personen, ganz zu schweigen

---

<sup>2</sup> Lietuvos Ypatingasis Archyvas (toliau - L.Y.A.) F. K-1, Ap. 3, B. 1302, L. 19

<sup>3</sup> Y.A. F. K-1, Ap. 3, B. 1466, L. 35

<sup>4</sup> eben dort. B. 1467, L. 41

<sup>5</sup> eben dort. B. 1209, L. 132

<sup>6</sup> eben dort. B. 1467, L. 42

<sup>7</sup> Zemaitien, N. MGB-KGB agentūra okupuotoje Lietuvoje [Die Informanten des MGB-KGB im besetzten Litauen]// Genocidas und rezistencija. 1997. V., Nr. 2, P. 97

von Verbindungen zum Untergrund.“<sup>8</sup> Im Kontext des Memellandes ließen sich noch Fakten hinzufügen, wie Funktionen in der deutschen Verwaltung, in der Polizei u.ä.

So ist also klar, daß auch im Memelland zur Anwerbung von Informanten für die sowjetischen Repressionsstrukturen kompromittierendes Material notwendig war. In dieser Hinsicht bereitete die damalige demographische Situation in den Kreisen Pagėgiai, Šilutė und Klaipėda den NKVD-NKGB-Organen nicht wenig Kopfzerbrechen. Nach der Evakuierung der Memellandbewohner 1944 und dem Einmarsch der Roten Armee gab es im Prinzip kaum mehr Autochthone. Einwohner aus verschiedenen Gegenden Litauens siedelten sich in den leeren Häusern an. Vor allem aus den Kreisen Tauragė, Kretinga, und Raseiniai zogen Menschen zu.<sup>9</sup>

Durch diese Situation gestaltete sich die Suche nach belasteten Lebensläufen schwierig und damit auch die Anwerbung. So hieß es Anfang 1946 in dem Bericht der Abteilung des NKVD in Pagėgiai. “Informanten werden im Grundsatz auf der Basis von Belastungsmaterial angeworben.. Anfragen an den Geburtsort kommen normalerweise im Laufe von 1-2 Monaten und mit Ausnahme von 500 Personen sind alle Kreisbewohner Neusiedler. Die Notwendigkeit der Anwerbung zwingt dazu, ohne Antwort auf Anfragen anzuwerben. 1945 gab es so gut wie keine Einheimischen. Dadurch erschwert sich die Erforschung der Einwohner, die besonders dadurch gehemmt wird, daß die Kreisabteilungen des NKGB auf unsere Anfragen nicht zügig antworten.“<sup>10</sup> Wie man sieht, mußten die Mitarbeiter des NKVD-NKGB die Namen und Personalangaben der Anzuwerbenden in ihrem Heimatort überprüfen lassen und von dort erwartete man Belastungsmaterial. Durch diese komplizierte Prozedur der Anwerbung wurde das Knüpfen eines Informantennetzes sehr erschwert.

---

<sup>8</sup> eben dort

<sup>9</sup> Kairiūkštytė N. Klaipėdos krašto kaimo vietovių apgyvendinimas pokario metais [Die Besiedlung der Dörfer des Memellandes in den Nachkriegsjahren]// Lietuvininkų kraštas 1995, Kaunas P. 362

<sup>10</sup> L.Y.A. F. K-1, Ap. 3, B. 1304, L. 27-28

In dieser Situation bemühten sich die Sicherheitsmitarbeiter auch, die Ausgabe neuer Personaldokumente an die Einwohner für sich auszunutzen. Im Bericht des NKGB in Klaipėda vom Dezember 1945 wird dieser Vorgang direkt erwähnt: „Zur Anwerbung von Informanten wird die in den Dörfern beginnende Kampagne zur Ausgabe neuer Personaldokumente benutzt.“<sup>11</sup>

Die Historikerin Kairiūkštytė erwähnt, daß zur Zeit der Ausgabe neuer Ausweispapiere im Memelland viele antisowjetische Elemente entdeckt wurden, die sich NKVD und NKGB bei ihrer operativen Arbeit zunutze machten.<sup>12</sup> Offensichtlich bemühten sich die Sicherheitsmitarbeiter durch Verhöre oder mittels anderer Methoden das Reservoir potentieller Informanten zu vervollständigen und „Bekanntschaft“ mit den Neuankömmlingen zu schließen, zu beobachtende Objekte auszuspähen sowie Personen, die ihrem System schaden könnten.

Inwiefern die Ausgabe neuer Personaldokumente die Herausbildung des Informantennetzes beeinflusste, läßt sich aus der Anzahl der existierenden Informanten ersehen. Die Ausgabe der neuen Dokumente wurde in der Stadt Klaipėda im Juli 1945 abgeschlossen<sup>13</sup> und für Januar 1946 wurden in der städtischen Abteilung des NKGB schon 363 Informanten „vermeldet.“<sup>14</sup> An anderen Orten des Memellandes fand die Ausgabe der Papiere ein halbes Jahr später statt, so liegt auch die Anzahl der Informanten dort bedeutend niedriger: Januar 1946 verfügte der NKGB in Pagėgiai über 85 Informanten, der Kreis Šilutė über 61.<sup>15</sup>

Nachdem neue Papiere ausgegeben worden waren, verfügte der NKVD-NKGB schon über relativ viele Personen, die als Informanten geworben werden konnten. Doch auch danach strömten noch Personen sowohl aus Deutschland wie auch aus Litauen in das Memelland, über die die Organe des NKVD-NKGB keinerlei Informationen besaßen

---

<sup>11</sup> eben dort B.1209, L. 214

<sup>12</sup> Kairiūkštytė, N. (a.a.O.), S. 368-369

<sup>13</sup> L.Y.A. F. K-1, Ap. 3, B. 1210, L. 75

<sup>14</sup> L.Y.A. F. K-1, Ap. 14, B. 337, L. 4

<sup>15</sup> eben dort Ap. 3, B. 1304, L. 2

und aus deren Kreisen aber unbedingt Informanten geworben werden sollten. Vermutlich geschah das auf andere Art und Weise. Im Herbst 1947 überprüfte eine Kommission des MGB der LSSR die Arbeit der Kreisabteilung in Klaipėda und notierte in ihrem Bericht: „Vom 1. 1. bis zum 1. 10. 1947 wurden durch die Kreisabteilung des MGB 161 Personen festgenommen, davon 98 wieder auf freien Fuß gesetzt, da es an Angaben mangelte, um die Personen zu verhaften und zur strafrechtlichen Verantwortung zu ziehen... viele der Festgenommenen wurden großer Vergehen beschuldigt... eine große Anzahl wurde ohne Grund festgenommen, nur weil sie die Filtration durchlaufen haben...“<sup>16</sup>

Es kann sein, daß die Sicherheitsmitarbeiter Menschen massenhaft ohne Grund festnahmen, um so ihre Möglichkeiten der Anwerbung unter den Neuankömmlingen zu vergrößern. Der Begriff „auf Grund ihrer Filtration“ zeigt, daß die Festgenommenen nicht registriert oder nicht im Kreis Klaipėda registriert waren und man ihre Papiere überprüfte.

Allgemein läßt sich beobachten, daß die meisten Probleme bei dem Aufbau eines Informantennetzes während der ersten Etappe auftauchten, als Anwerbung nur auf der Basis belastenden Materials aus der Vergangenheit geschehen konnte. Deren Beschaffung gestaltete sich im Memelland auf Grund der demographischen Situation sehr schwierig. Nachdem eine Informantenbasis geschaffen worden war, konnten Anwerbungen auch nach Berichten eingeschleuster Agenten anlaufen, in denen sie verschiedene antisowjetische Äußerungen jener Zeit fixiert hatten.

### **III. Der Kampf mit dem „Banditentum“**

Im Nachkriegslitauen hatte der Repressionsapparat vor allem die Aufgabe, innerhalb kürzester Zeit den litauischen bewaffneten Wider-

---

<sup>16</sup> eben dort Ap. 3, B. 1469, L. 24

stand gegen die sowjetischen Okkupanten zu vernichten.<sup>17</sup> Dieser Auftrag galt vor allem der Abteilung „Kampf mit dem Banditentum“ (otdel borby s banditizmom - OBB) des NKVD. Diese Abteilung wurde am 15. Februar 1946 in die Verwaltung „Kampf mit dem Banditentum“ (UBB) reorganisiert und ging zum 4. Februar 1947 auf Befehl des Innenministers der LiSSR Bartašiūnas und des Ministers für Staatssicherheit der LSSR Jefimovas an das MGB der LSSR über, wo sie die Abteilung 2-N bildete.<sup>18</sup>

Dieser Teil des sowjetischen Repressionsapparates hatte zwischen 1944 - 1953 drei Bezeichnungen, in jedem Kreis des Landes gab es eine Abteilung, in den Gemeinden - Unterabteilungen. Von Juli 1944 bis Februar 1947 gehörten diese Abteilungen und Unterabteilungen zum NKVD (MVD) und von Februar 1947 bis April 1953 zum MGB.

1945 wurden auch im Memelland OBB-Abteilungen errichtet sowie deren Unterabteilungen in den Gemeinden. Die Mitarbeiter dieser Abteilungen benutzten in ihren Schriftstücken folgende Bezeichnungen für die Partisanen und deren Tun: „Banditen“, „Banditenüberfälle“, „Banditentum“ usw. Schon Mitte 1945 benutzten die NKVD-Abteilungen im Memelland diese Begriffe in ihren Berichten, wobei ihnen häufig eine ganz andere Bedeutung zukam. „Zwei Überfälle von Banditen registriert: 1. ein Armeeingehöriger hat den Vorsitzenden des Exekutivkomitees in Dovilai/Dawillen erschlagen, 2. ein Armeeingehöriger hat einen Volksverteidiger erschlagen“<sup>19</sup> liest man in dem Rechenschaftsbericht der Abteilung des NKVD (Kreis Klaipėda) für das dritte Quartal 1945. Der NKVD (Pagėgiai) schrieb am Jahresende 1945: „Im Dorf Bubliskiai/Baubeln (6 km von Pagėgiai) wurde ein Staatsgut überfallen. Schüsse aus Maschinenpistolen, die Menschen flohen. Es wurden zwei Kühe gestohlen, eine verletzt. Es wird vermutet und man hat auch Angaben dazu, daß es sich um Armeeingehö-

---

<sup>17</sup> Petravičiūtė I. Sovietinio saugumo struktura ir funkcijos Lietuvoje (1941-1954) [Die sowjetische Sicherheitsstruktur und ihre Funktionen in Litauen (1941-1954)]// Genocidas ir rezistencija 1997, Nr.1, P.70

<sup>18</sup> eben dort

<sup>19</sup> L.Y.A. F.K-1, Ap. 3, B. 1210, L. 73

rige handelte.“<sup>20</sup> Wie man sieht, handelte es sich bei den sogenannten Banditenüberfällen um Eigenmächtigkeiten von Sowjetsoldaten. Die Sicherheitsorgane waren meistens machtlos: „Die Miliz ist zahlenmäßig so gering und so schlecht ausgerüstet und kann es nicht mit den Deserteuren und Armeeangehörigen aufnehmen, sie kann auch nicht kämpfen, da einzelne Soldaten auch bewaffnet sind oder in Gruppen auftreten.“<sup>21</sup>

Einen weiteren Konfliktherd bildeten die Gegensätze zwischen Alteingesessenen und Neusiedlern. Im Bericht vom Mai 1946 der MVD-Abteilung (Kreis Klaipėda) heißt es: „Ein Grund für das Banditentum ist die Existenz von Repatrianten und Neusiedlern, die die absolute Mehrheit im Kreis darstellen. Dadurch hat sich der Kampf zwischen den Einheimischen - den Deutschen und den Neuansiedlern - den Litauern verstärkt.“<sup>22</sup>

Solche Konflikte erreichten häufig folgende Formen: „...repatriiert aus Deutschland, erfuhr er, daß der große Hof seines Vaters an das sowjetische Staatsgut übergegangen war, zündete er ihn an. Er wurde festgenommen.“<sup>23</sup> oder „...nicht wenige Deutsche, deren Gehöfte besetzt sind, führten Diversionsakte durch, brannten Gehöfte ab, zündeten Gebäude, Getreide an und drohten den Bauern.“<sup>24</sup>

Wie man sieht, war das sogenannte Banditentum in der Nachkriegszeit im Memelland auf Eigenmächtigkeiten der sowjetischen Soldaten zurückzuführen oder beruhte auf Konflikten zwischen den Einwohnern. In Großlitauen fand der Konflikt zwischen Einwohnern und Sowjetmacht statt (das heißt der Partisanenkrieg), der hier in die Sphäre Neuansiedler - Alteinwohner übertragen wurde. Die Sowjetmacht gab den Neusiedlern Kredite und war gewissermaßen der Garant für den *status quo* und die Repatriierten sahen die Neusiedler als ihre Feinde an, die ihre Häuser und ihren Besitz besetzten und verwalteten. Das bestätigt auch die Tatsache, daß die NKVD-

---

<sup>20</sup> eben dort B. 1302. L. 54

<sup>21</sup> eben dort B. 1466, L. 17

<sup>22</sup> eben dort B. 1213, L. 80

<sup>23</sup> eben dort B. 1302, L. 21

<sup>24</sup> Kairiūkšytė, N. (a. a. O.), P. 365

Abteilungen, die für den Kampf gegen das Banditentum zuständig waren, für den Zeitraum 1945 - Mai 1947 in ihren Berichten keine einzige Banditenformation oder -gruppe (Partisaneneinheit) fixierte, die sich hierher verzogen oder sich im Memelland gebildet hatte. Dennoch gab es trotzdem im erwähnten Zeitraum Angriffe von Partisanen in den Kreisen Šilutė, Pagėgiai und Klaipėda. An das Gebiet grenzten die Kreise Tauragė und Kretinga, in denen aktiver bewaffneter Widerstand gegen die Sowjetmacht stattfand. „Die Banditengruppe aus dem Kreis Tauragė bestahl eine Reihe Einwohner aus dem Kreis Šilutė“<sup>25</sup> hieß es im NKVD-Bericht von Šilutė für März 1946 und die NKVD-Abteilung des Kreises Klaipėda konstatierte im Bericht vom Mai 1946: „Eine Basis für das Banditentum im Kreis Klaipėda befindet sich in den Gemeinden Pėžaičiai/Pöszeiten, Kretingalė/Deutsch Crottingen und Dovilai/Dawillen, das heißt in den Orten, die an die vom Banditentum „angesteckten“ Kreise Kretinga und Tauragė grenzen.“<sup>26</sup> Die MVD-Abteilung von Pagėgiai bat sogar um die Zuweisung einer Militärabteilung, die den östlichen Teil des Kreises (die Gemeinden, Viešvilė/Wischwill, Žukai/Szugken und Sokaičiai/Sokaiten) kontrollieren sollte, die inmitten eines großen Waldmassives liegen. Dieses Gebiet grenzt an die Gemeinden des Kreises Tauragė und Jurbarkas, wo es viel Banditentum gab.<sup>27</sup> Die OBB-Abteilungen in den Kreisen des Memellandes konnten nur Angriffe von Partisanen aus anderen Kreisen fixieren, aber es gelang ihnen nicht, Operationen zu organisieren, sie zu fangen oder zu vernichten. Die Partisanen kamen, bestraften sowjetische Aktivisten, plünderten Staatsgüter und Einwohner. Dann zogen sie sich wieder in ihren Kreis zurück, der der Kompetenz einer anderen OBB-Einheit unterstand. Von 1945 bis Mai 1947 widmeten sich die NKVD (MVD)- und MGB (seit Februar 1947) - Abteilungen, die das „Banditentum“ bekämpfen sollten, mit der Eindämmung von Übergriffen der Sowjetsoldaten und Konflikten zwischen den Einwohnern des Memellandes, mit der Su-

---

<sup>25</sup> L.Y.A., F. K-1, Ap. 3, B. 1468, L. 14

<sup>26</sup> eben dort B. 1213, L. 80

<sup>27</sup> eben dort B. 1307 L. 77

che nach den Schuldigen und deren Bestrafung, denn in diesem Territorium hatte sich keine Partisanengruppe angesiedelt.

Die Situation änderte sich im Mai 1947, als an den Kreis Klaipėda drei Gemeinden (Endriėjavas, Gargždai, Veiviržėnai) des Kreises Kretinga angeschlossen wurden und an das Territorium des Kreises Šilutė drei Gemeinden (Naumiestis, Švėkšna, Vainutas) des Kreises Tauragė. Der Kreis Pagėgiai hingegen erfuhr noch keine Veränderung. Das Memelland als territorial-administrative Einheit wurde aufgelöst. Mit der Übernahme neuer Territorien bekamen die MGB-Abteilungen auch neue Probleme: „Im Mai 1947 wurden nach Anschluß dreier Gemeinden mit Banditentum an den Kreis Klaipėda zwei Fälle aktiver Banditengruppen übergeben.“<sup>28</sup> Die MGB-Abteilung in Šilutė übernahm die Bearbeitung der „Banditengruppen“ Lamsargis und Timinkas.<sup>29</sup>

Es kann sein, daß die administrativen Veränderungen im Interesse der Repressionsstrukturen erfolgten. Die Abteilungen 2-N des MGB im Memelland hatten keine Probleme mit dem bewaffneten Widerstand und so schien es logisch, ihnen benachbarte Gemeinden und damit einige Partisanengruppen zuzuweisen.

Hinsichtlich des Kreises Pagėgiai wurde eine völlig andere Entscheidung getroffen. Der östliche Teil, das heißt die Gemeinden Smalininkai und Viešvilė, wurden dem 1947 neu gegründeten Kreis Jurbarkas zugeordnet. Diese Reorganisation betraf auch die MGB-Abteilungen. „Ende 1947 wurde die Abteilung 2-N des MGB im Kreis Pagėgiai aufgelöst und die operativen Mitarbeiter in den neuen Kreis geschickt. Die Auflösung der Abteilung geschah, da im Kreisgebiet keine Banditengruppen disloziert waren.“<sup>30</sup> So wurde im Kreis Pagėgiai der Teil des Repressionsapparates aufgelöst, der sich mit der „Bekämpfung des Banditentums“ zu beschäftigen hatte. Die waldreichen Gemeinden Viešvilė und Smalininkai, in denen am häufigsten Partisanen aus anderen Kreisen auftauchten, wurden an den Kreis

---

<sup>28</sup> eben dort. B. 1211, I. 354

<sup>29</sup> eben dort. B. 1477, L. 10 - 12

<sup>30</sup> eben dort. B. 1312, L. 28



Tabelle 1

Namen der Gemeinden	Unter Beobachtung				während eines Monats liquidiert				
	Banditengruppe	Banditen	Verbindungsleute	Helfer	Banditengruppe	getötete Banditen	legalisierte Banditen	gefangene Banditen	gefangene Verbindungsleute und Helfer
Endriejavas	-	5	2	2	-	-	1	-	2
Veviržėnai	2	12	2	9	-	2	-	-	1
Gargždai	1	6	1	7	-	-	-	-	3
Dovilai	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Kretingalė	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Priekulė	-	-	1	-	-	-	-	-	-
Šilutė	-	-	-	2	-	-	-	-	-
Kintai	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Naumiestis	1	6	2	12	-	-	-	-	-
Švėkšna	2	9	5	14	-	-	-	-	-
Vainutas	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Saugos	1	2	-	15	-	-	-	-	-
Juknaičiai	-	-	-	-	-	-	-	-	-

*Tätigkeit der Abteilungen 2-N bei der Liquidierung von „Banditengruppen“ in den Kreisen Šilutė und Klaipėda<sup>31,32</sup>*

Jurbarkas angeschlossen, dessen Abteilungen 2-N sich höchstwahrscheinlich mit den Fällen dieser Partisanengruppen beschäftigten.

<sup>31</sup> eben dort B. 1219, L. 40

<sup>32</sup> eben dort B. 1479, L. 26

Über die Tätigkeit der Abteilungen 2-N in den Kreisen Šilutė und Klaipėda erfährt man einiges an Hand der Angaben vom Januar 1948.

Wie man sieht, gab es 1947 innerhalb der Kreise Klaipėda und Šilutė die meisten Banditen (das heißt Partisanen), Verbindungsleute und Helfer in den žemaitischen Gemeinden Endriėjavas, Veviržėnai , Gargždai, Naumiėstis und Šveķėna, die neu angeschlossen worden waren. Die Partisanengruppe in Saugos erfordert einen eigenen Kommentar. Aus den Unterlagen geht hervor, daß es 1947 eine aktive Partisanengruppe bestehend aus Deutschen gab. „1946 flüchteten die Wehrmachtsoffiziere Peter Bovari, Helmut Bethem und der Soldat Friedrich Zenf aus dem Gefangenenlager und gründeten eine litauisch-deutsche Banditengruppe. Sie taten sich 1947 - 1948 aktiv hervor und verübten 15 terroristische Handlungen, 25 bewaffnete Überfälle. Die Zahl ihrer Mitglieder betrug 6 - 20. Sie fanden breite Unterstützung unter den Einwohnern, im Prinzip unter den sogenannten Memelländern, aber auch unter den Neusiedlern aus den anderen Teilen der Republik. Bis April 1948 wurden 18 Angehörige dieser Gruppe festgenommen und erschlagen sowie 27 Helfer und Verbindungsleute.“<sup>33</sup> Es kann sein, daß es sich bei dieser Gruppe um die entflohenen Soldaten handelte. Sie versteckten sich im Wald und wurden von den Einwohnern mit Lebensmitteln versorgt. Sie besuchten auch das Kaliningrader Gebiet.<sup>34</sup>

Es könnte gleichfalls möglich sein, daß sich diesen Flüchtlingen andere Einheimische anschlossen. Aber die Zahl der Festgenommenen und Umgebrachten dieser Gruppe gehört wohl zu den Übertreibungen der Abteilungen 2-N.

Die MGB-Abteilungen fixierten einen Mord oder einen Raub und beschuldigten, sofern sie über keine anderen Angaben verfügten, eine in der Nähe befindliche Partisanengruppe. Diese Praxis war weit verbreitet, denn sie erforderte keine weitere Untersuchungen. Auch die folgende Tatsache beweist das: „Im Kreis Šilutė ist die Banditengruppe (Vorgang „Faschisten“) von Peter Bovari tätig und es ist nicht aus-

---

<sup>33</sup> eben dort B. 1473, L. 217 - 221

<sup>34</sup> eben dort B. 1477, L. 13

zuschließen, daß der Mord an dem Einwohner von Kebeliai, Tolitis, und der Raubüberfall bei dem Neusiedler Preitikas von Banditen dieser Gruppe verübt wurde, obwohl keine konkreten Angaben dazu vorliegen.<sup>35</sup> In dieser Situation machte man Flüchtige zu Banditen und Personen, die sie Unterstützenden zu Helfern von Banditen. Aber hätte nicht ein Mord auch Resultat eines Konfliktes zwischen Einwohnern sein können und ein Raub - die Tat eines ganz normalen Diebes?

1948 setzte in ganz Litauen die Kollektivierung ein und im Mai des Jahres fand eine Massenverbannung statt. Diese beiden Ereignisse provozierten auch die Aktivierung des bewaffneten Widerstandes, die Bewegung der Einwohner „in den Wald“.

Im Vergleich der beiden Tabellen läßt sich ersehen, daß sich in den Statistiken der Abteilungen 2-N die Anzahl der „Banditen“ verdoppelt hatte (in den Gemeinden Naumiestis und Švėkšna) sowie die der Verbindungsleute und Helfer. Dennoch blieben die Einwohner des ehemaligen Memellandes, was die Partisanentätigkeit anging, passiv, obwohl Kollektivierung und Verbannung sie auch betrafen. Die žemaitischen Gemeinden waren, was das „Banditentum“ anging, die heißesten Winkel des Gebietes, weswegen sich die lokalen Abteilungen 2-N auch vorwiegend hier betätigten.

In der Gemeinde Priekulė/Prökuls war die Partisanengruppe Greivis-Verpetas aktiv. Im August 1949 wurde die Abteilung 2-N des MGB auf sie aufmerksam. Es kann sein, daß sich diese Gruppe aus Einwohnern des Memellandes zusammensetzte, die vor der Verbannungsaktion „Priboj“ März 1949 geflohen waren, die auch den damaligen Kreis Klaipėda stark betroffen hatte. Gleichfalls könnte es auch möglich sein, daß die žemaitischen Partisanen Initiativen zur Verstärkung des bewaffneten Kampfes im Memelland zeigten. Es ist unklar, welche Mitglieder die Gruppe von Greivis-Verpetas hatte: Waren es Neusiedler oder vielleicht Autochthone oder waren es Vertreter beider Gruppen? Nach Angaben des MGB befand sich diese Gruppe in der

---

<sup>35</sup> eben dort B. 1474, L. 232

Gemeinde Priekulė, hier waren ihre aktiven Verbindungsleute und Helfer. Da man weiß, daß sich die Partisanen möglichst in der Nähe

Tabelle 2

Namen der Gemeinden	Unter Beobachtung				während eines Monats liquidiert				
	Banditengruppe	Banditen	Verbindungsleute	Helfer	Banditengruppe	getötete Banditen	legalisierte Banditen	gefangene Banditen	gefangene Verbindungsleute und Helfer
Endriejavas	1	2	5	6	-	-	-	-	-
Veviržėnai	1	10	11	18	-	1	-	-	1
Gargždai	1	4	9	15	-	-	-	-	1
Dovilai	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Kretingalė	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Priekulė	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Šilutė	-	-	-	1	-	-	-	-	-
Kintai	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Naumiestis	1	12	7	10	-	-	-	-	-
Švėkšna	2	19	15	39	-	-	-	-	-
Vainutas	-	-	2	6	-	-	-	-	-
Saugos	-	-	-	1	-	-	-	-	-
Juknaičiai	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Angaben der Abteilungen 2-N über die Beobachtung von „Banditengruppen“ in den Kreisen Šilutė und Klaipėda Dezember 1948 - Januar 1949

Tabelle 3

Namen der Gemeinden	unter Beobachtung				während eines Monats liquidiert				
	Banditengruppe	Banditen	Verbindungsleute	Helfer	Banditengruppe	getötete Banditen	legalisierte Banditen	gefangene Banditen	Gefangene Verbindungsleute und Helfer
Endriejovas	1	3	7	14	-	-	-	-	-
Veviržėnai	1	3	21	21	-	3	-	-	-
Gargždai	1	4	10	21	-	-	-	-	-
Dovilai	-	-	-	-	-	-	-	-	1
Kretingalė	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Priekulė	1	6	10	4	-	-	-	-	-
Šilutė	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Kintai	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Naumiestis	1	5	2	11	-	-	-	-	-
Švekšna	-	2	2	8	-	-	-	-	-
Vainutas	1	10	2	15	-	-	-	-	-
Saugos	-	3	1	3	-	-	-	-	-
Juknaičiai	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Angaben der Abteilungen 2-N über die Beobachtung von „Banditengruppen“ in den Kreisen Šilutė und Klaipėda Juni 1950

ihrer Hauses, ihrer Bekannten und Freunden ansiedelten, läßt sich vermuten, daß diese Gruppe aus Einwohnern des Memellandes bestand.

Im Zusammenhang mit dem Zeitraum Mai 1947 - Juni 1950 und der Tätigkeit der Abteilungen 2-N von Klaipėda und Šilutė muß man

hervorheben, daß die heißesten Aktionen zur Vernichtung des „Banditentums“ in diesen žemaitischen Gemeinden stattfanden. Der Mai 1948 und der März 1949 waren durch die großen Verbannungen gekennzeichnet, in dessen Folge viele Einwohner „in den Wald“ gingen und die dortigen Gruppen auffüllten. Die MGB-Organen begriffen diese Situation und versuchten sie für sich zu nutzen. Das beweist auch die folgende Tatsache: „Während der Operation Priboj wurde der Agent *Stalas* in die Illegalität geschleust, der sich mit Banditen traf, die ihn in ihre Gruppe aufnahmen.“<sup>36</sup> Gerade diese Agenten waren höchst gefährlich für den bewaffneten Widerstand. „Nachdem der Agent *Obelis* in die Banditengruppe *Rambynas* infiltriert worden war, wurde die Banditengruppe (11 Banditen) im Mai 1949 liquidiert.“<sup>37</sup> Eine weitere effektive Methode im Partisanenkrieg stellten tschechisch-militärische Operationen dar, die nach Angaben verhafteter Verbindungsleute oder Helfer stattfanden. „Der Verhaftete *Riuka* hat während des Verhörs Angaben über die Banditengruppe *Kudirka* gemacht, die von *Kurmis* mit dem Decknamen *Pušis* geleitet wird. Er erklärte auch die Bunkerordnung der Gruppe *Gediminas* und benannte 15 aktive Verbindungsleute, die an terroristischen Handlungen teilgenommen hatten.“<sup>38</sup> Bewaffnete Sicherheitsleute und Militärgruppen organisierten nach derartigen Informationen Operationen, während der Partisanen und ihre Unterstützer festgenommen und umgebracht wurden.

Im Juli 1950 wurde die administrative Aufteilung der LitSSR noch einmal verändert: „Gemeinden und Kreise wurden abgeschafft, an Stelle dessen wurden 97 Rayons eingeführt, die man in vier Gebieten, Vilnius, Kaunas, Šiauliai und Klaipėda zusammenfaßte.“<sup>39</sup> Aus Teilen der Kreise Klaipėda und Šilutė wurde der Rayon Priekulė gebildet, in dem die Partisanengruppe *Greivis-Verpetas* aktiv war, die höchstwahrscheinlich aus Einwohnern des Memellandes bestand.

---

<sup>36</sup> L.Y.A. F. K-1, Ap. 3 B. 1221, L. 194

<sup>37</sup> eben dort B. 1222, L. 190

<sup>38</sup> eben dort

<sup>39</sup> Truska, Liudas, Lietuva (a.a.O.)

Das Memelland wurde Bestandteil der Rayons Šilutė, Priekulė, Klaipėda und Pagėgiai. In allen Rayons agierten Abteilungen 2-N, die das „Banditentum“ bekämpften. Im Rayon Pagėgiai wurde diese Abteilung im Dezember 1949 wieder gegründet. Der Leiter der MGB-Abteilung dieses Rayons vermerkte in seinem Bericht für den Januar 1950: „Ich berichte, daß es in dem Territorium des Kreises Pagėgiai keine organisierten bewaffneten Banditengruppen gibt. Aber öfter registrierten wir den Zugang von Banditengruppen aus den benachbarten Kreisen Tauragė und Jurbarkas in unser Kreisgebiet. Es muß angemerkt werden, daß es bis zum Dezember 1949 in Pagėgiai keine Abteilung 2-N gab. 1949 wurden nach der Arbeitsweise von 2-N drei Helfer von Banditen festgenommen.“<sup>40</sup>

Der Kreis Pagėgiai und später der Rayon bestand ausschließlich aus Gebieten des Memellandes, das heißt, ihm war keine Gemeinde Großlitauens angegliedert worden. Die hier entstandene Situation spiegelt vielleicht am besten den Grad des Widerstandes der Einwohner des Memellandes in der Nachkriegszeit wieder. 1945 - 1953 bildete sich in diesem Kreis (und später Rayon) keine einzige Partisanengruppe und zwischen Oktober 1947 und Dezember 1949 gab es noch nicht einmal eine Abteilung 2-N zur Bekämpfung des „Banditentums.“ Im gesamten Jahr 1949 wurden nur drei bewaffnete Unterstützer von „Banditen“ festgenommen, die höchstwahrscheinlich aus anderen Kreisen dorthin gekommen waren, um Repressionen zu entgehen. Die Neugründung der Abteilung 2-N provozierte auch Überfälle der Partisanen aus den benachbarten Kreisen. Gleichfalls hatte dieses auch Einfluß auf ein Projekt zur Einberufung der Männer in die sowjetische Armee: „Eine Besonderheit des bewaffneten Widerstandes - bis 1950 wurden Litauer nicht in die sowjetische Armee einberufen, in jenem Jahr gingen 200 Einberufene nicht in die Armee, sondern in den Wald.“<sup>41</sup> Es wird vermutet, daß die Sicherheitsmitarbeiter ahnten, daß die Einberufung in die Armee Einwohner teilweise ermu-

---

<sup>40</sup> L.Y.A., F. K-1, Ap. 3, B. 1313, L. 14

<sup>41</sup> Stankauskas, Jonas, *Sovietinė vidaus kariuomenė. Jos taktika ir veiklos metodai* (1944 - 1953) [Die sowjetischen innenpolitischen Truppen. Taktik und Methoden des Vorgehens]// *Genocidas ir rezistencija*. 1997. V. Nr. 2, P. 21

tigen würde, sich in die Illegalität zu begeben, Das heißt „in den Wald“ und so versuchten, sich abzusichern. Dennoch wird in den Berichten der MGB-Abteilung des Rayons Pagėgiai 1950 - 1953 ständig wiederholt: „Auf dem Territorium des Rayons Pagėgiai wurden keine aktiven Stäbe von Banditen festgestellt, keine Gruppen und keine vereinzelt Banditen.“

Im Prinzip war die Situation im gesamten Memelland gleich. Die einzige im Memelland ansässige und dort tätige Gruppe war die Vereinigung von Greivis-Verpetas in der Gemeinde Priekulė, die zwischen Oktober 1950 und Januar 1951 vernichtet wurde. Im Rapport des MGB im Rayon Priekulė heißt es: „Am 17. Oktober 1950 kam P. Pocius und berichtete, daß im Dorf Stonaičiai vier Banditen unter der Führung von Greivis zu dem Bürger J. Radavičius kamen. Er habe dieses von V. Tilžinis erfahren, einem Einwohner aus Stonkaičiai (in der Nähe von Stonaičiai), den sein Bruder I. Tilžinis geschickt hatte, der im Haus von Radavičius wohnt, um auf Befehl des Banditen Greivis Samogon (selbstgebrannten Schnaps) zu bringen. Es wurde eine militärische Operation organisiert und das Haus, in dem sich die Banditen befanden, umstellt. Drei schafften es zu fliehen, einer wurde getötet. Wir bitten für mutige und gewissenhafte Pflichterfüllung folgende Geldzuwendungen auszuzahlen: an I. B. Tilžinis - 500 Rubel, an V. B. Tilžinis - 500 Rubel, an P. I. Pocius - 300 Rubel.“<sup>42</sup> Obwohl so ein Vorfall höchstwahrscheinlich eine Ausnahme darstellte und nicht die Regel war, unterstützen manchmal normale Leute die Sicherheitsorgane und die Staatsmacht zeigte sich dafür erkenntlich. Die endgültige Liquidierung dieser Gruppe ist im Bericht des MBG vom Januar 1951 fixiert: „In diesem Monat wurde bei einer tschechisch-militärischen Operation die Banditengruppe Greivis-Verpetas liquidiert.“<sup>43</sup> Aus den Berichten der Abteilungen 2-N der Rayons Klaipėda und Šilutė für den Zeitraum Juli 1950 - 1953 läßt sich ersehen, daß man die gesamte Aufmerksamkeit auf die žemaitischen Gemeinden richtete, wo angesichts neuer Einberufungen in die Armee

---

<sup>42</sup> L. Y. A. F.K-1, Ap. 16, B. 840, L. 111 - 114

<sup>43</sup> ebendort B. 841, L. 6



die Partisanenbewegung zunahm. Im Januar 1952 hieß es im Bericht der MGB-Abteilung Šilutė: „In diesem Monat wurde die Basis der Banditengruppe *Geležinis vilkas* in den Grenzen der ehemaligen Gemeinden Naumiestis und Vainutas weiter ausgedehnt... in den letzten Monaten des Jahres 1950 kamen weitere acht Personen in diese Gruppe, um so ihrer Einberufung in die Armee zu entgehen.“<sup>44</sup>

Es könnte auch sein, daß sich einige Einwohner des Memellandes an der Tätigkeit von Partisanengruppen beteiligten, die an der Grenze des Gebietes aktiv waren. Dennoch ist offensichtlich, daß sich die Bevölkerung im Memelland der Nachkriegszeit, jedenfalls, was den bewaffneten Widerstand anging, passiv verhielt. Man kann auch, wenigstens teilweise erklären, warum.

Anfang 1945 war das Gebiet des Memellandes fast menschenleer. Dennoch war diese Situation nur zeitweilig. Aus verschiedenen Regionen der LitSSR kamen Neusiedler in das Memelland, aus den Besatzungszonen kamen die Repatriierten - es formte sich eine neue Bevölkerung. Diese Situation kann man als soziale Atomisierung bezeichnen, denn die Mehrheit der neuen Einwohner kannten einander nicht und das Vertrauen untereinander war gering. Ohne die Lokalitäten des Gebietes zu kennen und einen breiten Vertrautenkreis zu besitzen, war es geradezu absurd, Partisanengruppen zu organisieren. Andererseits versuchte die Sowjetmacht, die Neusiedler für sich zu gewinnen. Zum 1. Januar 1947 gehörten fast alle Bauern der Kreise Šilutė und Pagėgiai den Kreditvereinen an, im Kreis Klaipėda waren es immerhin 62%, während im restlichen Litauen nur etwa 10% der Bauern den Kreditvereinen angehörten.<sup>45</sup> Wie man sieht, gehörte die absolute Mehrheit der Einwohner des Memellandes den Kreditvereinen an, was bedeutet, daß sie Übersiedlungsbeihilfe erhielten. Die Neuansiedler mußten ihre Hofeinnahmen nicht versteuern. Man bemühte sich, den neuen Einwohnern des Gebietes ideale Bedingungen

---

<sup>44</sup> eben dort B. 869, L. 6

<sup>45</sup> Jakubčionis, A. „Žemės ūkio kredito kooperacijos veikla Lietuvos TSR 1945 - 1949 m. [Die Tätigkeit der landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften in der LiSSR 1945 - 1949 ] // Istorija. Lietuvos aukštųjų mokyklų mokslo darbai. 1989. V. Nr. 30. P. 124

zu schaffen: „Die Mitglieder der Vereine nehmen an den genossenschaftlichen Aktivitäten teil ... sie unterstützen den Staat, in dem sie eine aktive Anhängerschaft der Sowjetmacht auf dem Dorf darstellen.“<sup>46</sup> Diese Politik hatte ihre Ursachen eher in ökonomischen Interessen als in der Prävention des bewaffneten Widerstandes, doch das Ergebnis war doppelt. Die Neuansiedler waren der Sowjetmacht gegenüber mehr freundlich als feindlich gesinnt.

Wenn man sich fragt, ob die Repatriierten ein Potential für den bewaffneten Widerstand darstellen konnten, muß man sagen, daß „in die Heimat Alte, Invalide, Familien mit kleinen Kindern (sogar nach Kriegsanfang geboren), alleinstehende Frauen zurückkehrten. Die Jugend kam nicht zurück.“<sup>47</sup> Angesichts dieser Situation und den Repressionen, die sie erwarteten, war die Möglichkeit des bewaffneten Widerstandes für die Memelländer minimal.

#### **IV. Die Situation der Repatrianten**

Anfang 1945, als sich die Deutsche Wehrmacht auf dem Rückzug befand und das gesamte Memelland von Einheiten der sowjetischen Armee besetzt wurde, gab es im Prinzip keine Einwohner mehr. Nach dem Kriegsende kamen verschiedene Menschen in das Gebiet. Zum einen die ehemaligen Einwohner - Memelländer, die in ihre Heimatorte zurückkehrten „aus den sowjetischen und englischen, französischen und amerikanischen Besatzungszonen Deutschlands und Österreichs.“<sup>48</sup> Es ist unmöglich, die genaue Zahl der Repatrianten festzustellen, den es fanden keine Einwohnerzählungen statt und die Ausgabe von Personaldokumenten, die etwas genauere Zahlen hätte liefern können, wurde nachlässig betrieben. Das beweisen auch folgende Zahlen: „Bis zum 1. Januar 1946 kamen nach ungefähren Angaben

---

<sup>46</sup> eben dort. P. 127

<sup>47</sup> Arbušaukskaitė, Arūnė, Korenoje graždanskoje naselenie Klaipedского kraja v uslovijah sovietskoj okupacii [Die alteingesessene Zivilbevölkerung des Memelgebietes während der sowjetischen Okkupation] // Tiltai. Klaipėda. 1998, Nr.2/3, P. 93

<sup>48</sup> Kairiūkštytė, N. Klaipėdos krašto kaimo...(a. a. O.) S. 351

etwa 900 ehemalige Einwohner in den Kreis Klaipėda zurück, in den Kreis Pagėgiai etwa 2 000, in den Kreis Šilutė -1 800.“<sup>49</sup>

In einer anderen Quelle steht: „Dokumente im Litauischen Staatsarchiv bezeugen, daß 1945 insgesamt 1 201 Personen in die Kreise Klaipėda, Pagėgiai und Šilutė zurückkamen.“<sup>50</sup> Ich könnte hier ebenso paradoxe Zahlen präsentieren. In dem Bericht der MVD-Abteilung des Kreises Šilutė für Februar 1946 wird behauptet, daß sich zum 18. März des Jahres im Kreis 8538 Neusiedler befanden sowie 7 015 Einheimische, vorwiegend Repatriierte.“<sup>51</sup> Und im September 1946 schrieb die Kommission des MVD der LSSR, die die Arbeit des MVD im Kreis Šilutė überprüfte, folgendes: „Nach ungefähren Angaben leben im Kreis etwa 1 100 Repatrianten (Angaben nach Verzeichnissen der Monate April - Juni).“<sup>52</sup> Und an späterer Stelle heißt es in dem Bericht, eine genaue Zahl der Repatrianten gäbe es nicht.<sup>53</sup> In Anlehnung an die Untersuchungen von Arūnė Arbušauskaitė, die sich mit diesem Problem ausgiebig beschäftigt hat, kann man sagen, daß insgesamt etwa 6 000 Repatrianten in das Memelland zurückkehrten.<sup>54</sup>

Die Zurückgekehrten wurden von den Sicherheitsorganen besonders aufmerksam betrachtet. Diese Haltung gegenüber den Repatrianten wurde nicht nur dadurch bestimmt, daß das Memelland in den letzten fünf Jahren zum Deutschen Reich gehört hatte, sondern auch durch die Bedingungen der Evakuierung 1944 - 1945. Laut Berichten der Schriftstellerin Ieva Simonaitytė wurde die Evakuierung per Zwang angeordnet.<sup>55</sup> Doch die neuen Machthaber hatten Anlaß für eine völlig andere Meinung: „Der Hauptmann der Staatssicherheit begab sich mit einigen sowjetischen Soldaten nach Weisung in das

---

<sup>49</sup> eben dort S. 351.

<sup>50</sup> Juška, A. *Mazosios Lietuvos tuštėjimo metai* [Kleinlitauen in den Jahren der Leere] // *Baltija*. Klaipėda. 1998, S. 155

<sup>51</sup> L. Y. A. F. K-1, Ap.3, B. 1471, L. 1

<sup>52</sup> eben dort B. 1468, L.126

<sup>53</sup> eben dort L. 132

<sup>54</sup> Arbušauskaitė, Arūnė, *Korenoje*. (a.a.O.), P. 93

<sup>55</sup> Simonaitytė, Ieva, *Mano kelionės į Klaipėdos kraštą įspūdžiai* [Eindrücke meiner Reise ins Memelland]// *Baltija*. V. 1988. P. 19

südlich von Palanga gelegene Gebiet, das Territorium des Kreises Klaipėda. Hier wurde eine Person angeworben. Während des Gespräches stellte sich heraus, daß die Bewohner zur Evakuierung aufgefordert worden waren, doch wurde diese nicht kontrolliert und so konnten jene, die nicht folgen wollten, frei bleiben.<sup>56</sup> Die Möglichkeit der freiwilligen Evakuierung zwang NKVD und NKGB dazu, jeden Rückkehrer mit ungewöhnlichem Verdacht zu betrachten.

Vor allem mußten alle Rückkehrer eine Filtration durchlaufen. „Filtration ist die Überprüfung von Dokumenten und Feststellung der Person. Diese Ungenauigkeit der Formulierung führte dazu, daß Personen quasi unbefristet verhört werden konnten.“<sup>57</sup> Im Bericht des MVD vom Kreis Pagėgiai für den Mai 1946 heißt es: „Aus der Gesamtzahl der Repatriierten - 747 Personen (im selben Dokument wird erwähnt, daß die Repatriierten von 7 Gemeinden von insgesamt 16 Gemeinden gezählt worden seien) haben 80 die Filtration durchlaufen. Bei der vergangenen Filtration wurde bei 19 Personen eine belastende Vergangenheit festgestellt. Unter den Repatriierten wurden 26 Informanten angeworben.“<sup>58</sup> Wie man sieht, wurde die Filtration ebenfalls zur Erforschung der Vergangenheit benutzt wie auch zur Anwerbung von Informanten auf der Basis belastenden Materials. Die MVD-Abteilung der Stadt Klaipėda führte für die Monate März - September eine genaue Zählung der Repatriierten. Gestützt auf diese Angaben ergibt sich die Tabelle 4.

Ebenfalls sollte angemerkt werden, daß die gleiche Abteilung in ihrem Rechenschaftsbericht auch die Zahl der Angeworbenen nannte und dazu auch anmerkte, wie viele es aus dem Kreise der Repatriierten seien. Im April waren acht von den 49 Informanten Repatriierte<sup>59</sup>, im September 13 von 54.<sup>60</sup>

---

<sup>56</sup> L.Y.A. F. K-1, Ap. 3 B. 1209, L.18

<sup>57</sup> Anušauskas, Arvydas, Lietuvių tautos sovietinis naikinimas 1940 - 1958 metais. [Die sowjetische Vernichtung des litauischen Volkes 1940 - 1958] V. 1996, P. 159

<sup>58</sup> L.Y.A. F. K-1, Ap. 3 B. 1307, L.82

<sup>59</sup> eben dort, L. 59 - 60

<sup>60</sup> eben dort L. 163 - 164

Tabelle 4

Monat	Zahl der Repatriierten	Männer	Frauen	Kinder bis 16
März	224			
April	235			
Mai	238	103	135	
Juli	265	114	151	
September	278	132	146	28

*Zahl der Repatriierten in der Stadt Klaipėda für die Monate März - September 1946<sup>61</sup>*

Ebenfalls sollte angemerkt werden, daß die gleiche Abteilung in ihrem Rechenschaftsbericht auch die Zahl der Angeworbenen nannte und dazu auch anmerkte, wie viele es aus dem Kreise der Repatriierten seien. Im April waren acht von den 49 Informanten Repatriierte<sup>62</sup>, im September 13 von 54.<sup>63</sup>

Aus den Dokumenten stellte sich auch heraus, warum die Zahl der Repatriierten in der Stadt so gering war, obwohl es doch hieß: „...viele Zurückgekehrte sind Bürger von Klaipėda und andere, die Klaipėda als Wohnort gewählt hatten, bekamen in der Filtration Papiere zum Zuzug nach Klaipėda.“<sup>64</sup>

Höchstwahrscheinlich wurde die Besiedlung der Stadt kontrolliert und verdächtige Repatriierte konnten sich hier nicht niederlassen. Außerdem wurden in der Stadt die Personaldokumente überprüft. Im Bericht der NKVD-Abteilung der Stadt Klaipėda heißt es für das dritte Quartal 1945: „In der Stadt haben wir zwei Mal Aktionen zur Überprüfung der Personaldokumente in Wohnungen durchgeführt. Im Ergebnis wurden 100 Personen herausgefunden, die durch die operative Filtration „gerutscht“ waren. Einigen Dutzenden wurde die Ausreise aus Klaipėda binnen 24 Stunden nahe gelegt... Diese Maßnahmen wirkten sich positiv aus, viele Leute beantragten Papiere und begrif-

<sup>61</sup> eben dort Ap. 14, B. 338, L. 57, 87-88, 138, 163-164

<sup>62</sup> eben dort, L. 59 - 60

<sup>63</sup> eben dort L. 163 - 164

<sup>64</sup> eben dort, L. 59 - 60

fen, daß man in Klaipėda ohne Personaldokument nicht legal leben kann.<sup>65</sup>

Aus den Unterlagen geht nicht hervor, wie viele der Erfassten Repatriierte waren, aber höchstwahrscheinlich stoppten diese Maßnahmen Willen und Möglichkeiten der Memelländer nach Klaipėda zurückzukehren, wo viele ihre Häuser und anderen Besitz zurückgelassen hatten. Aber die Lage der Repatriierten war nicht nur in Klaipėda schwer.

Der NKVD des Kreises Pagėgiai fixierte in seinem Plan für das 1. Quartal 1946: „Erstellen eines Verzeichnisses der Repatriierten an den Paßausgabestellen, notwendige Personen, in die „Einarbeitung“ der aktiven Agenten „übernehmen“ und von diesen nützliche Informanten anwerben lassen. Akten der Repatriierten, an denen keine operatives Interesse besteht, an die NKVD-Kreisabteilungen weitergeben.“<sup>66</sup> Vermutlich wurde für jeden Repatriierten eine Akte angelegt, was auch folgende Tatsache beweist: Im August 1946 bezog der NKVD des Kreises Pagėgiai schon 65 Personen in seine Statistik ein, darunter 16 Personen deutscher Nationalität, sechs deutsche Soldaten.<sup>67</sup> Also, reichte manchmal schon die Nationalität aus, um eine Person in den Blickpunkt der Repressionsorgane zu rücken. Unschwer läßt sich auch verstehen, daß die sowjetischen Angestellten nicht immer Kleinlitauer von Deutschen unterschieden. Wichtig ist auch die Erwähnung einer weiteren Tatsache, die im Mai 1946 im Bericht des NKVD des Kreises Pagėgiai benutzt wurde: „Es wurde festgestellt, daß sich prinzipiell das antisowjetische nationale Element in seiner praktischen Tätigkeit auf ehemalige Polizisten stützt, auf deutsche Helfershelfer, Mitglieder der faschistischen Partei, der bürgerlichen Parteien und Organisationen, Repatriierten und anderen Personen, die ihre Unzufriedenheit mit der Herrschaft der UdSSR ausdrücken.“<sup>68</sup>

---

<sup>65</sup> eben dort Ap. 3, B. 1210, L. 75 - 76

<sup>66</sup> eben dort B. 1304, L. 247

<sup>67</sup> eben dort B. 1307, L. 137

<sup>68</sup> eben dort L. 55

In diesem Papier werden die Repatriierten nicht differenziert, sondern alle als Unterstützer der antisowjetischen Elemente hervorgehoben, was dem wirklichen Status dieser Personen nahe kam.

Im Oktober 1947 notierte die Kommission, die die Arbeit des MGB im Kreis Klaipėda überprüfte, in ihrem Bericht: „Die „Vergiftung“ von Städten und Gemeinden mit antisowjetischen Elementen charakterisiert sich durch folgende Angaben: Teilnehmer des nationalen Untergrundes - 30 Personen, Banditen - 26 Personen, Großbauern - 512 Personen, Repatriierte - 2 461 Personen, darüber hinaus andere antisowjetische Elemente - 218.“<sup>69</sup> Wurden in anderen Dokumenten die Repatriierten als Unterstützer antisowjetischer Elemente deklariert, stellte man sie hier in eine Reihe mit den vorrangigen antisowjetischen Elementen, wie „Großbauern“ und „Banditen“.

Die zurückgekehrten Memelländer wurden auch mit anderen Problemen konfrontiert. Ihnen wurden ihre Häuser und Gehöfte, wo sich inzwischen Neubauern angesiedelt hatten, nicht zurückerstattet und sie mußten umziehen: die Arbeitsfähigen auf sowjetische Staatsgüter und in andere Betriebe, die Nichtarbeitsfähigen und wenig Arbeitsfähigen wurden auf Bauernhöfen angesiedelt, wo sie als Tagelöhner arbeiteten. „Ein Teil der Repatriierten, die Anfang 1945 aus Deutschland zurückgekehrt waren, als es noch keine Neusiedler gab und keine Ansiedlungsordnung festgelegt worden war, lebte wieder in den eigenen Gehöften, wo sie auch weiterhin wohnen. Die Frage über ihren Verzug aus ihren Gehöften obliegt den örtlichen Organen.“<sup>70</sup> Die Repatriierten durften nicht in ihre früheren Häuser zurückkehren und wenn sie es geschafft hatten, strengte man ihren Umzug an. Diese Situation erschwerte die Beziehungen zwischen Repatriierten und Neusiedlern beträchtlich. In den Dokumenten der Sicherheitsorgane wurden ähnliche Vorfälle fixiert: „Naujokas, enteigneter Großbauer aus dem Dorf Kisiniiai/Kissinnen, drohte einem Neubauern: Dafür, daß du dich in meinem Haus niedergelassen hast und dort lebst, werde ich dir ein „Geschenk“ überreichen... du wirst dich an mich erinnern.

---

<sup>69</sup> eben dort B. 1211, L. 349 - 350

<sup>70</sup> eben dort B. 1307, L. 82

Švetoris Elene, Einwohnerin im Dorf Vilkyčiai/Wilkieten, erklärte: „Russen wird es hier nicht geben und die hergelaufenen Litauer werde ich aus meinem Haus treiben. Rasch werden die Engländer und Amerikaner herkommen und das wird die Russen gehörig stören.“<sup>71</sup> Personen, die so redeten, wurden von MVD und MGB als antisowjetisch bewertet. „Besonders werden antisowjetische Agitation und Gerüchte unter repressierten Großbauern und Deutschen verbreitet, deren Höfen liquidiert wurden, die ihre Häuser verlassen mußten und zu mehreren Familien in einem Haus leben müssen.“<sup>72</sup>

Die Ausgabe von Personaldokumenten an die Dorfbewohner wurde zur Auffindung antisowjetischer Elemente benutzt. So ergab die Dokumentation des Kreises Klaipėda: „Es wurden 2 079 Personen herausgefunden, die das operative Interesse des Sicherheitsdienstes verdienen, darunter:

1. Personen, deren Familienangehörige mit den Deutschen geflohen sind - 915
2. Personen, deren Familienangehörige in der Deutschen Wehrmacht gedient haben - 195
3. Mitglieder der „Hitlerjugend“ - 99
4. Repatriierte, die keine Filtration durchlaufen haben und nicht vom NKVD registriert wurden - 506
5. Personen, die der NSDAP angehörten - 45
6. Personen, die mit den Deutschen nach Deutschland geflohen waren - 32.“<sup>73</sup>

Nach den Kriterien fielen von den 2 079 Personen 1 782 in den Interessenbereich von NKVD und NKGB. Die Kriterien lassen vermuten, daß es sich vor allem um Repatriierte handelte. „Die juristische Situation der Alteinwohner besserte sich etwas nach dem Frühjahr 1948, als ein Gesetz des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR vom 16. Dezember 1947 in Kraft trat, das anwies, daß alle

---

<sup>71</sup> eben dort B. 1213, L. 166 - 167

<sup>72</sup> eben dort

<sup>73</sup> L.Y.A.- F- K.1., Ap. 3, B. 1212, L. 7 - 8



Bewohner des Memellandes, die bis zum 22. März 1939 die litauische Staatsangehörigkeit besaßen, als UdSSR-Bürger zu betrachten seien. Sie erhielten offiziell das Recht, in ihre Heimat zurückzukehren, auf ihre Höfe.<sup>74</sup> Dennoch garantierte dieses Gesetz nicht allen Repatriierten die Staatsbürgerschaft. Im Juni 1950 gab es im Memelland 517 Personen deutscher Nationalität sowie 219 Kinder unter 16 Jahren, die keine Staatsbürgerschaft besaßen.<sup>75</sup> Diese Deutschen hatten spezielle provisorische Papiere in anderer Farbe. Viele von ihnen wollten nach Deutschland ausreisen.<sup>76</sup>

Nachdem der größere Teil der Repatriierten einen juristisch klaren Status erworben hatte, verringerte sich die Aufmerksamkeit des MGB und MVD für diese Gruppe. Seit 1948 wurde diese Gruppe in den Berichten von MGB und MVD innerhalb des Memellandes nicht mehr akzentuiert. Vielleicht wurde dieses auch durch die Kreisreform Ende 1947 beeinflusst, durch die einige Partisanengruppe in den Kompetenzbereich der Sicherheitsorgane des Memellandes fielen. Deren Vernichtung hatte jetzt Priorität. Andererseits könnte es sein, daß man nach den Auswirkungen des Gesetzes vom 16. 12. 1947 die Repatriierten nicht mehr von anderen antisowjetischen Elementen unterschied und der Begriff „Repatriierter“ nicht mehr mit dem Terminus „antisowjetisches Element“ gleichzusetzen war. Doch auf keinen Fall bedeutete dies das Ende für Repressionen an den Repatriierten im allgemeinen. Das bestätigen auch die Deportationen 1948 - 1952. Laut der veröffentlichten Verbannungslisten waren 45% der Deportierten aus dem Rayon Klaipėda Autochthone, darunter etwa 20% ehemalige Repatriierte.<sup>77</sup> Zieht man die Gesamtzahl der Repatriierten in Betracht (über 6 000) ist die Zahl derjenigen, die von ihnen dann verbannt wurden, sehr groß. Verallgemeinernd kann ausgesagt werden, daß die Repatriierten im Memelland der Nachkriegszeit die gesellschaftliche Gruppe war, die den meisten Verfolgungen ausgesetzt war.

---

<sup>74</sup> Juška, A. *Mažosios Lietuvos* (a.a.O.) P. 157

<sup>75</sup> L.Y.A- F- K.1., Ap. 10, B. 86, L. 111 - 112

<sup>76</sup> eben dort

<sup>77</sup> *Arbušauskaitė, Arūnė, Korenoje graždanskoje* (a.a.O.), P. 95

## **V. Schlußfolgerungen**

1. Bei dem Aufbau der Strukturen der sowjetischen Repressionsorgane im Memelland gab es vor allem Arbeitskräfteprobleme. Die Anwerbung von Informanten und Agenten gestaltete sich schwierig, da sich die Beschaffung von Belastungsmaterial als Anwerbungsbasis sehr langwierig gestaltete. Diese Situation entstand durch die demographische Lage des Gebietes.
2. Für die Anwerbung von Informanten und Agenten wurde die Ausgabe neuer Personaldokumente benutzt, später nahm man in großem Maßstab Personen ohne Grund fest und verwahrte sie solange, bis sich Belastungsmaterial aus ihrem Heimatkreis an fand.
3. Im Zeitraum 1945 - 1947 beschäftigten sich die Abteilungen zur Bekämpfung des Banditentums im Memelland mit den Vergehen von sowjetischen Soldaten und Konflikten zwischen den Einwohnern.
4. Die Abteilungen 2-N des MGB, die 1947 - 1953 im Memelland eingesetzt waren, konzentrierten sich vor allem auf die žemai-tischen Gemeinden, die an die Kreise Šilutė und Klaipėda angegliedert worden waren und in denen bewaffneter Widerstand geleistet wurde. Die Abteilung 2-N des MGB, die von Oktober 1947 - Dezember 1949 im Kreis Pagėgiai eingesetzt war, wurde aufgelöst.
5. Die Passivität der Bewohner des Memellandes angesichts des bewaffneten Widerstandes war wahrscheinlich durch die demographische Situation bestimmt sowie die Neubauernpolitik der Sowjetmacht und die Tätigkeit der Sicherheitsorgane.
6. Das auffallende Interesse der Repressionsorgane für die Repatriierten wurde durch die Meinungen von NKVD-NKGB, es habe keine Zwangsevakuierung gegeben, beeinflußt.
7. Die Repatriierten waren im Memelland der Nachkriegszeit die am meisten verfolgte Gruppe. Es gab Bemühungen, sie alle überwachen zu lassen und die Wiederansiedlung in ihren eigenen Häusern zu verhindern. Häufig bezeichnete man alle Repatriierte als antisowjetische Elemente. Ihre Situation verbesserte sich etwas, als durch das Gesetz vom 16. Dezember 1947 ein großer Teil der Repatriierten die sowjetische Staatsbürgerschaft erhielt.

*Aus dem Litauischen von Dr. Ruth Kibelka*

## Der Umgang mit Denkmälern in Klaipėda

In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts kamen in Klaipėda (Memel) drei radikale Veränderungen zustande. Am 28.01.1945 marschierten sowjetische Truppen in die zerstörte Stadt ein, die gesamte Einwohnerschaft verließ die Stadt. Der Wiederaufbau von Klaipėda erfolgte *ex nihil*. Vor dem Krieg wohnten in Klaipėda Deutsche und Litauer, nach dem Krieg siedelten sich Russen und Litauer an.

Bis 1989-1990 gehörte Klaipėda der litauischen Sowjetrepublik an und nahm keine besondere Stellung innerhalb der sowjetischen Hafenstädten an der Ostsee ein.

1988-1989 setzte in Litauen die Bewegung der nationalen Wiedergeburt ein, die sich gegen das kommunistische System richtete und die Wiederherstellung der Unabhängigkeit am 11. 03. 1990 zur Folge hatte. Die antikommunistische Bewegung in Klaipėda schloß genauso wie in ganz Litauen auch Änderungen der Symbolik ein: sowjetische Symbole und Denkmäler wurden durch neue nationale Denkmäler ersetzt.

In der Sowjetzeit wurden fast die gesamten deutschen Denkmäler und Gedenkstätten, einschließlich der Kriegsgräber, vernichtet. Im Gegensatz zum Kaliningrader Gebiet galt Klaipėda nicht als ein besonderer Schauplatz kommunistischen Experimente. Allerdings blieben in Klaipėda und ihrer Umgebung ganz wenige alteingesessene Bewohner und die Zuwanderer suchten einfach ein besseres Leben. Warum wurden die alten Denkmäler in Klaipėda und im Memelland zerstört?

Das sowjetische System basierte auf Atheismus. Denkmäler, die mit der Religion etwas zu tun hatten, wurden sehr schnell abgerissen, und die Kirchen verschwanden entweder völlig von der Erdoberfläche oder wurden zu Lagerräumen und Garagen für Landwirtschaftsmaschinen umfunktio-

niert. Die Zerstörung der Denkmäler im Memelland trug ideologischen Charakter, man betrachtete sie als Symbole der Germanisierung und vernichtete sie als von "faschistischen Okkupanten" oder "deutschen Eroberern" errichteten Gedenkstätten.

Andererseits wurden manche Denkmäler ohne jeglichen Grund abgerissen, da die Neusiedler die Bewahrung des kulturellen Erbes als sinnlos empfanden. In einer Beschreibung der Revolution von 1917 schilderte der russische Schriftsteller Maxim Gorki eine Episode aus der Versammlung der dörflichen Bedürftigen im Winterpalast, wo sie ein Haufen Mist hinterließen, Badezimmer und teure Silbervasen aus Sachsen und China verunstalteten. Dies war nicht notwendig, da die Kanalisation im Hause funktionierte, es war einfach ein Wunsch, die Schönheit und wertvolle Gegenstände zu zerstören. Das Bestreben, das deutsche Kulturerbe zu vernichten, war bedingt durch das Verhalten der Masse einer anderen, fremden europäischen Kultur gegenüber.

### **Die Veränderung der Symbole in Klaipėda**

Am 9. Mai 1945 wurde das Denkmal "Borussia" als Herrschaftssymbol der faschistischen Eroberer in den östlichen Ländern abgerissen; so feierte man den Sieg über Deutschland. Die Skulptur stellte die mythologische Ahnfrau des germanischen Stammes der Borussen dar und wurde vor dem Ersten Weltkrieg anlässlich des 100. Jahrestages nach dem Sieg über Napoleon errichtet. Das "Borussia"-Denkmal war mit Statuen von Friedrich Wilhelm III., seiner Frau Luise sowie von berühmten Kriegsherren und gesellschaftlichen Persönlichkeiten Preußens verziert. Zum ersten Mal wurde die "Borussia" 1924 nach dem Zusammenstoß der litauischen Polizei mit deutschen Demonstranten abgerissen und 1938 feierlich wieder eingeweiht, als die siegreiche Stärkung der nationalsozialistischen Partei die Rückgliederung des Memelgebietes an Deutschland verhieß.

Das Bronzedenkmal wurde eingeschmolzen und das Fundament aus grauem Granit verwendete man bei der Restaurierung des Denkmals für

die sowjetische Armee auf dem Liepaja-Platz (dem ehemaligen Hindenburgerplatz), der in der Sowjetzeit Siegesplatz hieß.

Das zweite Denkmal, das in den Kriegswirren verloren ging, war die Skulptur des Kaisers Wilhelms I., die man genauso wie die „Borussia“ 1924 niederriß und am 15.03.1939 an einer neuen Stelle - auf dem Sportplatz in der Lindenstraße (heute Donelaitis-Platz) - wieder errichtete. Nach dem Krieg stellte man auf dem erhaltenen Fundament ein Denkmal für Stalin und den russischen proletarischen Schriftsteller Maxim Gorki auf, das aus Gips und Beton angefertigt wurde. Allerdings war das Denkmal von ziemlich schlechter Qualität und fiel bald zusammen.

1973 wurde an dieser Stelle ein Denkmal für den Wegbereiter der litauischen Literatur Kristijonas Donelaitis eingeweiht, das gemäß dem kommunistischen Kanon „ideologisch rein“ war; der Schriftsteller präsentierte nicht nur die litauische Kultur in Ostpreußen, sondern war auch ein Kritiker der Traditionen von deutschen Kolonisten und Umsiedlern aus Salzburg in Kleinlitauen.

1912 wurde ein Springbrunnen mit dem Denkmal „Ännchen von Tharau“ auf dem Theaterplatz errichtet. So verewigte man das Andenken des in Memel geborenen Professors der Königsberger Universität - Simon Dach. Die Ännchen-Statue aus Bronze ging im Zweiten Weltkrieg verloren, in derselben Zeitspanne wurde auch der Springbrunnen auf dem Theaterplatz demontiert. Laut Zeitgenossen wollten Mitglieder der lokalen nationalsozialistischen Partei anlässlich Hitlers Ankunft in Memel am 22. März 1939 an Stelle des Denkmals eine Hitlerbüste errichten. Nach dem Krieg stand bis 1957 auf diesem Platz Stalins Büste.

Das Denkmal „Ännchen von Tharau“ wurde 1989 auf Initiative von Heinz Radziwill wiedererrichtet. Die Statue stammt vom Berliner Bildhauer H. Haacke. Am 18. November 1989 wurde das Denkmal auf dem Theaterplatz feierlich eingeweiht. Dies gilt auch als ein Zeichen der nationalen Wiedergeburt, ein spezifisches Ereignis, da sich nun die litauische Nationalfahne, die kleinlitauische Fahne und andere nationale Sym-

bolik mit deutscher Identität und deutscher Kultur vermischten. Derartige Kombinationen konnte man sich 1989 in Vilnius kaum vorstellen, wo polnische und litauische Kultur aufeinandertrafen. Jedoch protestierten einige radikal gesinnte litauische Politiker und Historiker (in Litauen und im Ausland) gegen die Errichtung des „Ännchen von Tharau“ und behaupteten, es sei ein neuerlicher Anstoß zur Germanisierung des Memellandes. Es gab Vorschläge statt des „Ännchens von Tharau“ ein Denkmal für die Kulturträger Kleinlitauens (zum Beispiel für Martynas Mažvydas, den Verfasser des ersten litauischen Buches) zu errichten.

Ein weiteres verschollenes Denkmal in Klaipėda war ein Kriegerdenkmal für die im Ersten Weltkrieg gefallenen Soldaten. Neben dem Denkmal aus grauem Granit wurden die Soldaten beerdigt. Der gesamte Komplex trug den Titel Heldenhain und wurde 1931 feierlich eingeweiht. Die Vernichtung der Grabstätten setzte nach dem Krieg ein: an dieser Stelle wurden nun Panzermanöver durchgeführt. 1950-1951 wurden auf dem Territorium Bäume gepflanzt (übrigens, direkt auf den Pfaden und an der Stelle der Mauer). Das Denkmal blieb bis Mitte der sechziger Jahre stehen und wurde 1964 oder 1965 zerstört.

Mit der Wiedererrichtung dieses Kriegerdenkmals wurde 1996 auf Initiative des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge angefangen. Die Arbeit wird bis zum heutigen Zeitpunkt fortgesetzt.

### **Sowjetische Denkmäler in Klaipėda**

Eines der ersten sowjetischen Denkmäler in Klaipėda war das Stalin-Denkmal aus Beton. Die zwei Meter hohe Statue ragte in einem Industrieviertel in Schmelz empor, in der Nähe der dortigen Papierfabrik. Das Denkmal für den Generallissimus stand an dieser Stelle bis zum Herbst 1957, als es bei Nacht und Nebel von Militär und Miliz abgetragen wurde. In Klaipėda gab es insgesamt fünf Stalin-Denkmäler. Das Gleiche geschah später mit diesen Denkmälern überall in der Sowjetunion, mit Ausnahme von Georgien.

Wahrscheinlich war das erste Nachkriegsdenkmal in Klaipėda ein Denkmal für die Rote Armee, das am 27. Mai 1945 nach einem rasch ausgearbeiteten Projekt der Kriegingenieure errichtet wurde. Auf ein Fundament aus Beton errichtete man eine Platte und stellte darauf eine Panzerabwehrkanone. 1973 protestierten Kriegsveteranen gegen den Verfall, denn sie wollten das Originaldenkmal von 1945 bewahrt wissen und so wurde das Denkmal nach einem Projekt von Z. Rutkauskas rekonstruiert. Das Fundament aus Beton wurde mit Granitplatten der abmontierten "Borussia" bedeckt. An diesem Denkmal trafen sich Kriegsveteranen, um sowjetische Feiertage zu begehen: den Tag des Sieges (den 9. Mai) und den 28. Januar, den Tag der Besetzung Klaipėdas 1945.

1990 verabschiedete der neu gewählte Stadtrat von Klaipėda, dessen Mitglieder für die Unabhängigkeit Litauens plädierten, einen Beschluß, die Symbole der sowjetischen Okkupation - das Lenindenkmal und das Siegesdenkmal - zu beseitigen. Nach dem Protest der prosovjatischen Vereinigung "Jedinstvo" (Einheit) wurden die Denkmäler von Panzern und sowjetischen Fallschirmspringern bewacht.

Diese beiden Denkmäler wurden im August 1991 abmontiert, als nach dem gescheiterten Putsch in Moskau die reale Macht in Litauen an die litauische Regierung überging.

Am 1. September 1997 wurde auf dem ehemaligen Platz des Sieges das Denkmal für Martynas Mažvydas, den Verfasser des ersten litauischen Buches, enthüllt.

Aufgrund einer verbindlichen Tradition sollte in jeder größeren Stadt der Sowjetunion ein Lenindenkmal stehen. Anfang der 60er Jahre wurde auf der Grünanlage vor dem Eisenbahnhof ein Lenindenkmal mit vier Tannenbäumen ringsum errichtet. Als die Tannenbäume größer wurden, veränderten sich dadurch die architektonischen Proportionen des Denkmals. Obwohl die Lenin-Statue auf einem Fundament stand, wuchsen die Tannenbäume zu hoch und das Denkmal erschien nun zu klein. Dieses

entsprach keinesfalls den Traditionen des Monumentalismus und des architektonischen Gigantismus in der Sowjetunion.

1970 wurde in der UdSSR der hundertste Geburtstag von Lenin begangen und 1974 sein 50. Todestag. Der sowjetische Kulturminister erließ eine Anordnung an die Lenin-Preisträger Cekanauskas und Jakubonis, ein Projekt für einen Leninplatz mit einem Denkmal zu erstellen. 1973 verabschiedete das Zentralkomitee einen Beschluß, dieses Denkmal 1974 zu errichten. Das Denkmal wurde aber erst 1976 aufgestellt.

1990 faßte der Stadtrat den Beschluß, das Lenindenkmal abzureißen. Dann entbrannten Streitigkeiten, die die schon erwähnten Militärposten auf dem Leninplatz zur Folge hatten. Die gegen die Unabhängigkeit Litauens protestierenden Gruppen feierten neben dem Denkmal sowjetische Feste. 1991 wurde das Lenindenkmal demontiert.

Das einzige Denkmal, das die Sowjetzeit unbeschadet überstanden hat, war das Denkmal für die litauischen Aufständischen von 1923. Dieses Denkmal mit der litauischen Inschrift "Für die im Namen des Friedens Gefallenen" befindet sich auf dem Stadtfriedhof. Es wurde aus einem steinernen Grenzpfahl hergestellt, der bis 1919 an der deutsch-russischen Grenze stand. Das Denkmal wurde 1924 errichtet. Der Stadtfriedhof wurde Mitte der achtziger Jahre eingeebnet, aber das Denkmal mit litauischen Inschriften blieb stehen.

*Aus dem Litauischen von Rasa Krupavičiūtė*



## **Zu Änderungen der Straßennamen in Klaipėda in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts**

In diesem Jahrhundert erlebte Klaipėda/Memel einige umfangreiche Transformationen, die das Stadtbild auf die eine oder andere Art verändert haben. Die deutsche Herrschaft, die beinahe 700 Jahre dauerte, wurde 1923 durch die Autonomie innerhalb des litauischen Staates ersetzt. 1939 erlangte das deutsche Reich das Gebiet wieder. In Folge des Zweiten Weltkrieges ging Klaipėda wieder an Litauen über, diesmal aber als Bestandteil der Sowjetunion. Am 11. 03. 1990 wurde die staatliche Unabhängigkeit Litauens wiederhergestellt und somit trat man aus der Sowjetunion aus. Jede neue Regierung brachte eine neue Ideologie mit sich, die sich fast immer gegen die vorhergehende richtete. Derartige Konfrontationen lassen sich fast in allen Lebensbereichen erkennen. Zum Gegenstand dieses Beitrages wurden die Besonderheiten der Veränderungen der Straßenbenennungen in Klaipėda gewählt, die genauso wie andere die Identität der Stadt formende Aspekte bestimmte Gesetzmäßigkeiten aufweisen, die bei Änderungen des politischen Status auftraten.

Die Straßennamen bilden genauso wie andere Objekte mit sozialer, kultureller oder praktischer Bestimmung einen beträchtlichen Teil der städtischen Identität und zeigen schließlich auch die Beziehung der Stadtbewohner zu diesen Elementen der Stadtkultur oder zu der Stadt selbst.

Die Memeler Straßennamen reichen nur in die zweite Hälfte des 18. Jahrhunderts zurück. Die meisten von ihnen waren natürlichen Ursprungs und brachten die eine oder andere Besonderheiten der Stadt zum Ausdruck wie die Viertel der Handwerker, spezifische Landschaft, Vorstädte mit Hafen oder Burganlage. Erst im 19. Jahrhundert gab man den Straßen Namen deutscher Könige oder anderer berühmter Persönlichkeiten. Die Gesamtheit dieser Gepflogenheiten blieb bis 1924 erhalten, bis zur Angliederung des Memelgebietes unter Autonomiestatus an Litauen. Trotz aller Bemühungen fiel die

Etablierung der litauischen Regierung in Memel ziemlich schwer, besonders wegen der Konfrontation mit der lokalen Bevölkerung, deren Mehrheit von Deutschen gebildet wurde. Obwohl in der litauischen Gesellschaft zu dem Zeitpunkt nationalistische Ansichten und deren Transformierung in viele Lebensbereiche dominierten, war die Situation in Memel anders. Natürlich wurde auch hier manches korrigiert, in der Stadt entstand eine Allee des Präsidenten Antanas Smetona, man benannte auch ein paar Straßen zu Ehren kleinlitauischer Kulturträger wie Kristijonas Donelaitis oder Georg Sauerwein. Jedoch gab es keine bedeutenderen Zeichen der hier vorhandenen litauischen Kultur. Alles, was die ortsansässige deutsch-litauische Verwaltung erreichen konnte, waren die Doppelbenennungen der Straßen, sowie der alten als auch neu umbenannten, in deutscher und litauischer Sprache.

Entsprechende Korrekturen kamen auch 1939 zustande, als die Stadt an das Reich zurückfiel. Jedoch war diesmal der Wechsel der Straßennamen direkt und eindeutig: der Immanuel-Kant-Platz zum Hindenburplatz, die Libauer Straße in Hermann-Göring-Straße und die Lindenstraße in Adolf-Hitler-Straße. Aber es kam zu keinem allumfassenden Prozess, es gab nur einige Veränderungen, die sich als schnell wechselnde politische Realien Deutschlands erweisen sollten.

Ende Januar 1945 besetzten Truppen der Roten Armee die Stadt. Bald funktionierten auch die Strukturen der Zivilverwaltung, die rasch mit der Umgestaltung Klaipėdas gemäß sowjetischem Standard begannen. Im April desselben Jahres erließ das Exekutivkomitee der Stadt den Beschluß zur Umbenennung der Straßen, der der erste Beschluß der neuen Regierung in Klaipėda überhaupt war. In Folge dessen erschienen bald die Leninstraße, die Straße der Roten Armee. Es ist anzumerken, daß in den ersten Jahren der Prozeß der Umbenennung ziemlich chaotisch verlief und die Mehrheit der Straßennamen gar nicht betraf. Offensichtlich trat die äußerliche Sowjetisierung der Stadt auf Grund der allgemeinen Nachkriegsprobleme und dem allgemeinen Stadtaufbau in den Hintergrund. Mitte 1947 erörterte man in der Stadtverwaltung einen Antrag an den Ministerrat der LSSR bezüglich der kompletten Umbenennung der Straßen. In einem

Punkt dieses Dokumentes wird zum ersten Mal die Änderung der deutschen Straßennamen akzentuiert, wobei man eine große Liste der empfohlenen Neubildungen beifügte. Erst im November 1947 stellte man die vollständige Liste der neuen Straßennamen zusammen, die dem Ministerrat zur Bestätigung überreicht wurde, doch die bestätigende Antwort kam erst im Mai 1948. In der sowjetischen Periode konnte man einige typische Merkmale benennen, die den Prozeß der Umbenennung in Klaipėda beeinflussten.

Eine Sonderstellung nimmt die Bewertung des deutschen Kulturerbes der Stadt ein. Die Konfrontation der Sowjetunion und Deutschland im Zweiten Weltkrieg förderte die Herausbildung bestimmter sowjetischer Stereotypen zum deutschen Militarismus, die auch in der Nachkriegszeit propagiert wurden. Die neue Regierung strebte die Vernichtung jeglicher Spuren deutscher Identität an, wobei sie das Bild des Deutschen als Eroberer verbreitete. In erster Linie wurden die deutschen Namen und Benennungen mit deutscher Transkription geändert. So zum Beispiel wurde der Hindenburger Platz nach dem Krieg zum Leninplatz, die Friedrich-Wilhelm-Straße zur Siegesstraße umbenannt. Ganz offensichtlich erfolgten keine qualitative Änderungen. Endgültig wurden die deutschen Ortsnamen 1945-1950 abgeschafft. Auch danach kostete es die Bauarbeiter viel Mühe, die an den Wänden vorhandenen Straßennamen zu demontieren.

Die neuen Straßennamen lassen sich auch in bestimmte Gruppen mit verschiedenen Richtungen gliedern. Eine von ihnen zeichnete sich durch ihre rein ideologische Bestimmung aus und hatte keinen Zusammenhang weder mit Litauen noch mit Klaipėda. Dazu gehören die bereits erwähnten sowjetischen Symbole wie Lenin, Rote Armee, Sieg. Andererseits kamen auch Namen von Litauern vor, so wie die der Schriftsteller Petras Cvirka, Salomėja Nėris, der Kulturträger Kleinlitauens Kristijonas Donelaitis, Martynas Mažvydas, die litauischen Großfürsten Kęstutis und Vytautas und der Anführer des Preußenaufstandes Herkus Monte. Jedoch passen sie in das Gesamtkontext der Symbole herein, wobei die sowjetische Ideologie mit lokaler Spezifik kombiniert wurde. Die erwähnten Schriftsteller hatten sich aktiv an der Einführung der sowjetischen Regierung beteiligt, Donelaitis

und Mažvydas bildeten den Kern der litauischen Kultur in der deutschen Umgebung. Schließlich verkörperten Vytautas, Kešutis und Monte den Kampf gegen den deutschen Imperialismus, auch wenn er ins Mittelalter versetzt werden mußte.

Abgesehen davon blieben 1960 in Klaipėda ungefähr 40% der alten Straßennamen erhalten, die jedoch natürlichen Ursprungs und mit der Landschaft verbunden waren oder die Handwerkerviertel der Altstadt bezeichneten. Später wurden diese alten Straßennamen kaum geändert und konzentrierten sich weiterhin in der Altstadt.

Der weitere Prozeß hängt mit der raschen Entwicklung der Infrastruktur der Stadt und der Erweiterung des Territoriums zusammen. Einerseits gab es Straßennamen zu Ehren der kommunistischen Funktionäre oder sie bezogen sich auf weitere ideologische Symbole wie den Fünfjahrplan, den Komsomol etc. Andererseits war die Stadt auch vom Einfluß der in der Sowjetunion propagierten Gigantomanie betroffen, die durch solche Benennungen wie Straße der Technik, Straße der Mechanisierung und Straße der Bauarbeiter zum Ausdruck kamen, und das leblose Bild der Stadt geradezu unterstrichen. In dieser Entwicklungsperiode entstanden mehrere Wohnviertel, und in jenen Fällen verfuhr man noch unkomplizierter: man gab ganzen Straßekomplexen Namen aus der Tier- oder Pflanzenwelt oder taufte sie mit anderen litauischen Ortsnamen. Charakteristische Ausdruckslosigkeit wurde ein Hauptmerkmal des neuen Klaipėda, obwohl es sich auch nicht behaupten läßt, daß die historischen Straßennamen, die die Eigentümlichkeit der Stadt unterstrichen, völlig verschwunden wären, aber am Anfang der achtziger Jahre bildeten sie nur 9-10% der gesamten Straßennamen. Wie bereits erwähnt, erfolgte die Neubildung der Straßennamen im Rahmen der sowjetischen Ideologie oder überhaupt unsystematisch.

In der zweiten Hälfte der achtziger Jahre brach in Litauen eine Diskussion über die Wiederherstellung der alten Straßennamen aus. Dieser Prozeß läßt sich in zwei Etappen unterteilen, als Endpunkt könnte man das Jahr 1991 sehen, als der Putsch in Moskau scheiterte und die litauische Regierung zur einziger realen Macht in Litauen wurde. In der ersten Etappe, die mit den ersten Jahren der nationalen

Wiedergeburt zusammenfällt, ist eine Orientierung auf das kulturelle Erbe der Zwischenkriegszeit anzumerken, nicht nur das gesamte litauische sondern auch das kulturelle Erbe des Memellandes. Außerdem entstand ein großes Interesse für die Geschichte dieser Region. So gab es einen Anstoß für die Wiederherstellung der alten Straßennamen, wobei die alten natürlichen sowie die in der Zeitspanne der litauischen Autonomie entstandenen Straßennamen wiedereingeführt wurden. Die kulturelle Orientierung dieser Entwicklung läßt sich an Hand der frühen ersten Umbenennungen feststellen. Straßen wurden nach Kulturträgern wie Sembritski oder Sauerwein benannt. Etwas später erfolgte auch die Rückkehr der Kantstraße. Bis 1993 wurden die typischen sowjetisch ideologischen Straßennamen zum großen Teil geändert, die weder den litauischen als auch sowjetischen Realien entsprachen. Aber als der Stadtrat 1990 die Desowjetisierung des Stadtzentrums beschloß, bewachten sowjetische Einheiten die sowjetischen Relikte mit Panzern. Derartige Konfrontationen geschahen in Folge der litauischen Pläne zur Demontierung des Lenindenkmals und der sowjetischen Kanone auf dem Platz des Sieges. Es war auch sinnlos, die Benennungen dieser zwei Plätze zu ändern, solange die Denkmäler noch dort standen. Diese Monumente wurden 1991 demontiert, doch die beiden Plätze blieben bis 1993 namenlos. In diesem Fall sowie bei der Umbenennung manch anderer Straßen kam es zur Entstehung von völlig neuen Straßennamen, wobei die zeitgeschichtlichen Realien eine nicht zu unterschätzende Rolle spielten. So entstand die Straße des 15. Januars, gewidmet der Angliederung des Memelgebietes an Litauen 1923, der Leninplatz wurden zum Platz der Wiedergeburt, die Straße des russischen Kosmonauten Gagarin erhielt den Namen der zwei litauischen Piloten Darius und Girėnas, die 1933 als Erste den Atlantischen Ozean überquerten. Verallgemeinernd lassen sich für die postsowjetische Periode einige Tendenzen hervorheben. Die neue Situation in Litauen forderte auch die Notwendigkeit vieler struktureller Veränderungen heraus. Doch bei der Betrachtung des Umbenennungsprozesses der Straßennamen stellen sich einige Fragen: ist es möglich oder überhaupt notwendig alle historischen Straßennamen zurückzuerstatten, oder lassen sich

einige von ihnen als besonders wichtig für die Identität der Stadt anerkennen. Ähnliche Probleme treten auch bei Änderungen auf: Welche Straßennamen lassen sich durch andere ersetzen, welche nicht?

Die Geschichte Klaipėdas erscheint in diesem Kontext mehrdeutig. Im 20. Jahrhundert änderte sich die politische Zugehörigkeit der Region mehrmals. Die neuen Regierungen brachten ihre eigenen Wertesystem mit sich, die sich mehr oder weniger im Bild der Stadt widerspiegeln sollten. Im Zeitraum der litauischen nationalen Emanzipierung in Klaipėda gab es Konfrontationen zweier Richtungen in der Auffassung zur Vergangenheit, der Beziehung der Litauer zum russischen Erbe und zum deutschen Erbe. In beiden Fällen wurden Extrementscheidungen vermieden. Auch heute sind in den Neubauvierteln Benennungen der Sowjetzeit erhalten geblieben, ersetzt wurden nur die, die überhaupt nicht paßten oder unnatürlich erschienen. So blieben zum Beispiel der Friedensprospekt oder die propagandistisch eingeführten Salomėja-Nėris-Straße und Jonas-Janonis-Straße, die die Namen von früher sehr angesehenen Schriftsteller tragen. Diese Gruppe kann man zu den Überresten der sowjetischen Periode in Klaipėda zurechnen. Die Stadt, ergriffen von der Welle der Unabhängigkeitsbewegung, wies auch eine bestimmte Betrachtungsweise des deutschen Erbes auf, konkret durch einen verstärkten Liberalismus, der sogar heutzutage bei weitem den Charakter der litauisch-polnischen Beziehungen im Wilnaer Gebiet übertrifft.. In Folge dieses Prozesses kehrten eine ganze Reihe der alten deutschen Straßennamen zurück, unter denen auch die Benennung des jüdischen Stadtviertels.

Bei den neuesten Umbenennungen handelte man auch nicht immer diskret. Die alte deutsche Breite Straße beispielsweise, deren Bezeichnung die Sowjetzeit überlebt hatte, wurde im unabhängigen Litauen durch den Namen von Jurgis Sauerwein ersetzt.

Ausgehend von diesen Bemerkungen ließe sich behaupten, daß es, wenn auch nur teilweise, gelungen ist, bestimmte Veränderungen durchzuführen, die die vielfältige Geschichte Klaipėdas zum Ausdruck bringen.

*Aus dem Litauischen von Rasa Krupavičiūtė*

## Die Neusiedler auf dem Gebiet Ostpreußens (Kaliningrader Oblast)

In der zweiten Hälfte der vierziger Jahre veränderte die Kaliningrader Oblast/Königsberger Gebiet auf Grund des Bevölkerungswechsels vollkommen ihren ethnischen Charakter: Zum ersten fand eine bedeutende Verringerung der Bevölkerungszahl statt. Anstelle der deutschen Einwohnerschaft kamen sowjetische, vor allem russische Menschen, es fand eine Umschichtung der sozialen Zusammensetzung statt. Die erste demographische Information stammt vom Anfang der 50er Jahre. Damals betrug die Einwohnerzahl der Kaliningrader Oblast (455 000) weniger als die Hälfte der deutschen Bevölkerung, die Mitte der zwanziger Jahre in diesem Teil Ostpreußens gelebt hatte.<sup>1</sup> Die folgende Bewertung der Einwohnerschaft der Oblast beruht auf dem Zahlenmaterial der Volkszählungen der UdSSR 1959, 1970, 1979 und verschiedenen regionalen Statistiken.

Einzelne demographische Besonderheiten, die sich in den 50 Jahren des Bestehens der Oblast zeigten, seien im folgenden dargelegt. Die geplante Besiedlung der Oblast in großem Maßstab begann nach einem Beschluß der Regierung im Herbst 1946 und vollzog sich bis 1951, wobei der Höhepunkt der Umsiedlung der ersten Etappe, dem zweiten Halbjahr 1946, zuzurechnen ist.<sup>2</sup> Darum ist es nicht verwunderlich, daß die komplizierteste Zeit für die Umsiedler im Herbst 1946 - Winter 1947 war, da die neue Oblast auf die Niederlassung von fast 300 000 Personen, die in nur knapp fünf Monaten hier eintrafen, schlecht vorbereitet war. Hinzu kam, daß gerade dieser Nachkriegs-

---

<sup>1</sup> P. Eberhardt, „Demografičeskaja situacija v Kaliningradskoj oblasti v 1945 - 1989 gg. [Die demographische Situation in der Kaliningrader Oblast 1945 - 1989]// Kaliningradskaja oblast: geografičeskie aspekty regionalnogo razvitija. Sbornik naučnych statej. - Kaliningrad, 1996, S. 46

<sup>2</sup> Jurij Kostjašov, „Zaselenie Kaliningradskoj oblasti posle vtoroj mirovoj vojny [Die Besiedlung der Kaliningrader Oblast nach dem Zweiten Weltkrieg]// Gumanitarnye nauki v Rossii. - M., 1996, s. 85

winter nicht nur innerhalb der Kaliningrader Oblast, sondern auch im ganzen Land von Hungersnöten gekennzeichnet war. Bis zur Mitte der fünfziger Jahre setzte sich die geplante Umsiedlung in geringem Maßstab fort.

Im ersten Jahrzehnt der Oblast, während des Höhepunktes der Migration, wanderten etwa 2/3 der Bewohner zu. Danach begann der natürliche Zuwachs zu überwiegen, der bis Ende der sechziger Jahre schon 4/5 des gesamten Zuwachses ausmachte. Seit den sechziger Jahren, als der Migrationsstrom nachließ, begann sich der Bevölkerungszuwachs der Oblast zu verlangsamen. In den siebziger Jahren begann sich der Zuwachs nach Kaliningrad erneut zu beleben, was im engen Zusammenhang mit den ökonomischen Prozessen im Land stand.<sup>3</sup> Die letzte Einwanderungswelle in die Kaliningrader Oblast ist für die neunziger Jahre zu verzeichnen. Sie wird von Flüchtlingen aus den ehemaligen Unionsrepubliken (besonders aus den Kaukasusgebieten und Kasachstan) beherrscht. So fällt die Feststellung nicht schwer, daß die große demographische Besonderheit der Kaliningrader Oblast in der Umsiedlerspezifik ihrer Bevölkerung besteht. Unterschiedliche Merkmale der Oblasteinwohner stehen in direktem Zusammenhang mit der Generation der ersten Übersiedler. Wer waren diese Leute, die 1945 - 1950 in die Kaliningrader Oblast kamen?

Die statistischen Angaben über sie befinden sich im Fond 183 des Staatsarchivs der Kaliningrader Oblast: die Verzeichnisse der Güterzüge und der Angaben über ihre Ankunft sowie teilweise Fragebogen mit einer Beurteilung des jeweiligen Familienoberhauptes.<sup>4</sup> Diese Fakten wie auch Materialien der mündlichen Geschichtsüberlieferung (Erinnerungen der ersten Umsiedler aufgezeichnet in Interviewform von Kaliningrader Historikern) geben recht gute Information über das soziale Gesicht der ländlichen Umsiedler, die ja die typischen Mi-

---

<sup>3</sup> Siehe: M. G. Rumjanceva, „Kartografičeskij analiz vosproizvodstva naselenija Kaliningradskoj oblasti [Kartographische Analyse der Reproduktion der Bevölkerung in der Kaliningrader Oblast] // XXVI naučnaja konferencija professorsko-prepodavatel'skogo sostava, naučnych sotrudnikov, aspirantov i studentov Kaliningradskogo gosuniversiteta. Tezisy dokladov. Č. 1. - Kaliningrad, 1995, S. 16

<sup>4</sup> Staatsarchiv der Kaliningrader Oblast: F.183, Op. 5, B. 10-33, 42 - 64



granten darstellten. In dieser Zeit war der Unterschied zwischen Landbewohnern und Städtern der Kaliningrader Oblast auffällig. Es muß erläutert werden, daß in etwa ein Sechstel der Personen, die als „Kolchosbauern“ angeworben wurden, Städter waren, die in das neue Gebiet kamen, wo sie verbliebene Reichtümer vermuteten. Andererseits hatte man viele erste Einwohner von Kaliningrad und anderer Städte seinerzeit in Kolchosen für die Ansiedlung auf dem Land angeworben, aber da sie - im Gegensatz zu den meist paßlosen Kolchosbauern der UdSSR - einen Paß besaßen, konnten sie in die Stadt übersiedeln.

In der ersten Generation der Kaliningrader überwogen die Slawen deutlich. 1950 betrug der Anteil der Russen 77%, der Weißrussen - 9,4%, der Ukrainer - 5,8%. Darüber hinaus lebten im Gebiet Litauer (3,5%) und Vertreter anderer Nationalitäten der UdSSR (3,7%), z.B. Mordwinen, Marizen, Tschuwaschen, Juden und Polen. Die prozentuale Aufteilung der Nationalitäten hat sich in etwa bis heute erhalten, nur die Zahl der Armenier und Rußlanddeutschen hat in den letzten Jahren deutlich zugenommen.<sup>5</sup>

Die ersten Neusiedler waren vor allem junge Leute, im Durchschnitt etwas über 30 Jahre alt (40,3% - unter 30 Jahren, 60,4% - unter 40 Jahren) Laut dem staatlichen Programm sollte eine Familienum-siedlung vollzogen werden, wobei jede Familie wenigstens zwei Arbeitsfähige haben sollte. In Wirklichkeit gab es viele unvollständige oder sogar fiktive Familien, jede fünfte Familie war ohne männlichen Ernährer. Natürlich waren unter einer großen Anzahl junger Leute viele noch ohne Kinder - 60% von allen Umsiedlern - und unter den Kindern gab es recht viele noch nicht Schulpflichtige (41% unter 7 Jahren).

Bezüglich der sozialen Wurzeln der Umsiedler überwog die bäuerliche Herkunft - 84%; 11,5% stammten aus Arbeiterfamilien; 4,5% - aus Angestelltenfamilien. Die Mehrzahl der Umsiedler - 74% der

---

<sup>5</sup> „Skolko nas v Jantarnom kraje?“ [Wieviel sind wir im Bernsteinland?]/ Naselenije i migracija. Kaliningradsckaja pravda 5. Januar 1998

arbeitsfähigen Bevölkerung - hatten landwirtschaftliche Berufe (Landarbeiter, Tierpfleger, Mechaniker). Im Schnitt konnten die Arbeitskräfte der Sovchosen auf über 10 Jahre Arbeitserfahrung verzeichnen, doch gab es hier zwei kontrastierende Gruppen: Die einen besaßen eine kaum einjährige Arbeitserfahrung (24,3% aller Arbeitskräfte der Sovchosen), die anderen konnten auf einen Mittelwert von 17 Jahren Arbeitserfahrung verweisen. Die große Zahl der Personen ohne Berufserfahrung entstand dadurch, daß ein Viertel dieser Gruppe aus demobilisierten Soldaten bestand, die in Ostpreußen verblieben. Zuzüglich ist eine Gruppe von 16% der Umsiedler zu rechnen, die in den Fragebögen ihre städtische Herkunft verheimlicht hatten, da sie unbedingt ihre zerstörten Heimatgebiete verlassen wollten.

Der Bildungsstand der ersten Umsiedler war niedrig: 66,3% hatte die Grundschule absolviert, 27,4% der Angeworbenen hatte die Klassen 5-8 der Mittelschule besucht, 5,5% konnten auf einen Mittelschulabschluß verweisen und nur 0,8% waren diplomierte Spezialisten mit Hochschulausbildung. Unter den Analphabeten überwog der Personenkreis der über Vierzigjährigen, andererseits konnten zwei Drittel der unter Dreißigjährigen den Besuch einer Mittelschule nachweisen.

Während der Anwerbung wurde großer Wert auf die Parteizugehörigkeit der Anzuwerbenden gelegt. Daher rührte ein recht großer Prozentsatz Komsomolzen und Kommunisten unter den ersten Bewohnern der Oblast. Sogar unter den ländlichen Umsiedlern waren bis zu 20% zu verzeichnen und unter den Arbeitskräften der Sovchosen sogar 30%, wobei über die Hälfte der Kommunisten zu der Gruppe der unter Vierzigjährigen zählte.<sup>6</sup>

Die Umsiedler kamen aus über 40 Oblasten und Republiken der UdSSR. Am zahlreichsten waren die Vertreter aus dem zentralen Schwarzerdegebiet Rußlands - 23,6%, aus dem Wolgagebiet - 24,7% (darunter aus den autonomen Gebieten Mari, Mordovien und Tschu-

---

<sup>6</sup> M. G. Šenderjuk, Socialnyj portret pereselenca [Das Sozialporträt des Umsiedlers]// Kaliningradskie archivy. Materialy i issledovanija. Vyp.1. - Kaliningrad, 1998, S.180-184

waschien), aus Weißrußland kamen 16,7% der Umsiedler. Vor allem warb man Leute aus kriegszerstörten Gebieten an. Ein Hauptmotiv für die Umsiedlung waren die schweren Lebensbedingungen (für viele stellte der Umzug die Lebensrettung an sich dar) und die avisierten Privilegien für die Umsiedler.

Für die angeworbenen Kolchosbauern hatte man ein ganzes Paket von Privilegien vorgesehen: kostenlose Anreise und Überführung von Vieh und Hausrat bis zu 2 t, finanzielle Unterstützung in Höhe von 1000 Rubel an das Familienoberhaupt (ein Grund für fiktive Eheschließungen) und je 300 Rubel an Familienangehörige, Darlehen für Brotgetreide, ein Kredit in Höhe von 10 000 Rubel zum Bau eines Hauses oder der Reparatur - nach Bedarf, langfristige Kredite zum Erwerb von Nutztvieh für die Privatwirtschaft und, was am meisten zählte, die Befreiung der Umsiedler von Abgaben und Steuern für einen Zeitraum von zwei Jahren sowie von Versicherungsleistungen und Erlaß für jene Leistungen, die noch am vorherigen Wohnort fällig gewesen waren.<sup>7</sup> Laut den Erinnerungen der Veteranen in der Oblast hat der Staat seinerzeit nicht alle seine Verpflichtungen erfüllt.

Unabhängig von den Erleichterungen, gelang es einem Teil der Umsiedler nicht, am neuen Ort Fuß zu fassen. Das bewirkte Anträge zur sogenannten „Rückkehr“, d. h. der Rückfahrt in die frühere Heimat. Folgende Gründe lagen vor allem dafür vor: Krankheit oder Tod des Familienoberhauptes (es sei an den Hungerwinter 1946 - 1947 erinnert, an Epidemien wie Typhus, Tuberkulose, Malaria; ca. 10% aller Mitarbeiter auf Kolchosen und Sovchosen waren Dystrophiker), ein bestimmter Prozentsatz an zufällig Umgesiedelten, Schwierigkeiten bei der Ansiedlung und Beschäftigungsaufnahme (beispielsweise herrschte elementarer Mangel an Arbeitsgeräten) und besonders die staatlichen Unzulänglichkeiten in Bezug auf ihre Verpflichtung, Privilegien zu gewähren (am häufigsten nicht ausgezahlte Anwerbegelder, nach der Ankunft am neuen Wohnort weder Ausgabe von Lebensmitteln und Saatgut, die sogenannte „Kuhlosigkeit“ der Landbe-

---

<sup>7</sup>Samaja zapadnaja [Die westlichste]// Sbornik dokumentov i materialov o stanovlenii i razvitii Kaliningradskoj oblasti (1946 - 1952). Vyp.1. - Kaliningrad, 1980, S. 30-35

wohner), Sehnsucht nach der Heimat und schließlich gab es unter den sogenannten „Rückkehrern“ eine Anzahl von Spezialisten, die nur zur Erfüllung bestimmter Aufgaben in die Oblast abkommandiert worden waren.

Nach offiziellen Angaben verließen in den Jahren 1946 - 1951 ca. 18% aller Umsiedler die ländlichen Wohnorte, von denen aber nur knapp die Hälfte in ihre frühere Heimat zurückkehrten, die übrigen siedelten sich in Kaliningrad und anderen Städten der Oblast an. Die Analyse der statistischen Zählungen unter Hinzuziehung anderer Angaben, die früher schwer zugänglich waren, ergibt eine andere Ziffer - 36,7%, was hinwiederum von einer weit höheren Mobilität der Bevölkerung in den ersten Jahren ihrer Existenz dort zeugt. Ende 1958 wurde die Rückkehr aus der Oblast fast gänzlich eingestellt und die Landbevölkerung stabilisierte sich in dieser Zeit auf eine Größenordnung von 180 - 190 000 Einwohner.

Und nicht zuletzt fand sich unter den Neusiedlern auch eine bestimmte Prozentzahl von Randfiguren: Abenteurer, Kriminelle oder ehemalige Gefangene, die nach Verbüßung ihrer Haftstrafe für immer hier wohnen blieben (damals wurden in der Oblast Gefängnisse und Strafkolonien eingerichtet, so in Kaliningrad und in den Rayons Černjachovsk/Insterburg, Gvardejsk/Tapiau, Bagratjonovsk/Preußisch Eylau, Sovetsk/Tilsit und Zelenogradsk/Cranz). Jedoch bestand die Mehrheit der Neueinwohner aus gewöhnlichen sowjetischen Leuten, die wie die Mehrheit der Bevölkerung mehr oder weniger durch den Krieg gelitten hatten: Sie hatten ihr Zuhause oder Verwandte oder ihnen Nahestehende verloren, an Hunger oder systematischer Unterernährung gelitten oder waren physisch durch den Krieg geschädigt. Nur eins einte sie und hob sie aus der gesamten Masse der Sowjetbevölkerung jener Zeit heraus - die Tatsache, daß sie alle zeitweise oder für immer ihre engere Heimat aufgaben, aber voll Enthusiasmus waren und Hoffnung, daß sie in dem vom Feind eroberten Land eine neue Heimat finden würden und fest daran glaubten, daß sie hier für sich und ihre Kinder ein gutes Leben schaffen könnten.

*Aus dem russischen von Dr. Ruth Kibelka*

## Ein Dorf ohne Geschichte? –

*Betrachtungen im ländlichen Masuren.*

Zu Beginn möchte ich erwähnen, daß ich zusammen mit Barbara Eßer und Stefan Nesenhöner in dem deutsch-polnischen Forschungsprojekt unter der Leitung von Prof. Ulrich Mai an der Universität Bielefeld arbeite.

In diesem Beitrag ist es mein Interesse die Wahrnehmung von Heimat in der spezifischen Situation im ländlichen Masuren zu analysieren. Das Besondere der Situation in Masuren kann in einen historischen, einen aktuellen und einen konstanten Bestandteil zerlegt werden:

Historisch ist der Austausch der Bevölkerungen in Masuren.

Aktuell ist die ökonomische Krise der Region.

Konstant sind die Dörfer und Häuser.

Ich werde versuchen diese drei Elemente in meinem Vortrag miteinander zu verbinden.

Jedoch, bevor ich auf mein Thema näher eingehe, möchte ich eine Vorbemerkung machen. Bei der Auseinandersetzung mit der Region Masuren und Ostpreußen mache ich immer wieder die Erfahrung wie leicht polnische und deutsche Empfindsamkeiten geweckt werden. Seit dem Ende des zweiten Weltkrieges 1945 sind mittlerweile über 50 Jahre vergangen. Von mir und der Mehrzahl der Angehörigen meiner Generation wird die staatliche Zugehörigkeit der Region Masuren in keiner Weise in Frage gestellt. Dies gilt für meine polnischen Freunde im gleichen Maße wie für Deutsche. Ich schicke dies vorweg um nicht mißverstanden zu werden, wenn ich mich im folgenden mit der Wahrnehmung von Heimat in einem masurischen Dorfes beschäftige.

„Orientierung in neuer Umgebung“ lautet der Titel des heutigen Tages. Orientierung ist auch eine Frage symbolischer Aneignung von Umwelt. „Zuhause“, „heimisch“ bin ich dort, wo ich mir die Umgebung auch symbolisch zum Eigenen gemacht habe. Einem Aspekt symbolischer Aneignung möchte ich hier ein wenig nachgehen. Kon-

kret: wie spielen Vergangenheit und Gegenwart bei der Entwicklung des, sagen wir einmal „Heimatgefühls“ zusammen? Bei Thomas Mann finden sich in dem Roman „Doktor Faustus“ Überlegungen zur Identität des Ortes. Vor dem Hintergrund der Verwüstungen des Zweiten Weltkrieges läßt er den Adrian Leverkühn überlegen, daß es auch Baudenkmäler sind, die „für das Lebensgefühl die ununterbrochene Verbindung mit der Vergangenheit“ herstellen. Wie ist das aber im ehemaligen Ostpreußen, welche Verbindung stellen die Menschen mit der Vergangenheit her? In einer Region, in der die örtliche Geschichte der heute dort lebenden Menschen erst vor 50 Jahren begann.

### **Ortsbeschreibung**

Mitten in Masuren, am Südrand der Puszcza Borecka (Forst Borken), liegt das Dorf Orłowo (Adlersdorf). Ein Laden, eine Schule, die Försterei und zwei Kirchen, eine PGR, die bankrott ist, nichts Besonderes; ein Dorf wie man es häufig in Masuren finden wird. Die Buslinie endet am Ortsausgang, dort wo die Asphaltdecke der Straße in einen Feldweg mündet. Fremde Reisende mögen hier als romantisch beschreiben, was ein Einwohner in die Worte faßte: „To jest zadupie, zaraz bociany zawracają“ (Das ist ein abgelegenes Nest, in das nur noch Krähen zurückkommen).

Einige Häuser sind verfallen, andere renoviert. Offensichtlich entstammt die überwiegende Mehrzahl der Gebäude noch der deutschen Vorkriegszeit. Neben einer kleinen katholischen Kirche steht der Klinkerbau einer 150 Jahre alten Dorfkirche. Einst geweiht als evangelisches Gotteshaus bietet sie heute der orthodoxen Gemeinde ein Zentrum für die Andacht.

Als ich am Sonnabend durch den Ort gehe, treffe ich auf Leszek, der gerade mit Reparaturarbeiten am Haus seiner Eltern beschäftigt ist. Die Eltern von Leszek kamen 1947 im Rahmen der „Aktion Weichsel“ nach Orłowo. Seit dem wohnen sie auch in diesem Haus. Während er Bretter für die Traufe zuschneidet unterhalten wir uns darüber, wann die denn zum letzten Mal erneuert wurden. „Ach die...“, wehrt er ab, „die sind doch alle noch aus deutscher Zeit. Hier hat doch keiner was gemacht!“ Wer sich mit den Einwohnern masuri-

scher Dörfer unterhalten hat, wird häufig auf die Ansicht gestoßen sein, nach Kriegsende hätten die neuen Bewohner kaum etwas zum Erhalt der Häuser unternommen.

Doch „nach Kriegsende“, was heißt das heute 50 Jahre später; und fast 10 Jahre nach dem Ende des kommunistischen Blocks? Sicherlich waren die polnischen und ukrainischen Siedler unsicher ob man auf Dauer hier würde leben können, als sie in der zweiten Hälfte der 40er Jahre in dem ehemaligen Ostpreußen eintrafen. Mancher behielt noch Haus und Hof im „alten Terrain“, wie die Leute noch heute die Gebiete südlich und östlich der ehemaligen Grenzen Ostpreußens bezeichnen. Als Ausweichmöglichkeit behielt man die Häuser im „alten Terrain“; denn wohin hätte man gehen sollen, wenn denn tatsächlich das Gebiet wieder an Deutschland gefallen wäre?

Aber man richtete sich auch gleichzeitig in der neuen Umgebung ein. Spätestens seit Beginn der 50er Jahre brachen die Leute die Verbindungen zu ihren Herkunftsdörfern mehr und mehr ab. Am Ende der 50er Jahre verließen in einer weiteren Ausreisewelle die verbliebenen Deutschen bis auf eine kleine Gruppe das Land. Polnische Bürger zogen in die verlassenen Häuser. Man richtete sich ein um auf Dauer hier zu leben; auch wenn selbstverständlich gleichzeitig der eine oder andere Nachbar das Gebiet wieder verließ, um halt doch im „alten Terrain“ auf sicherem Boden zu leben.

*Warum erzähle ich das?* Ich fragte mich an jenem Sonnabend nach dem Gespräch mit Leszek was die Aussage „man hätte hier praktisch seit 50 Jahren nichts gemacht“ bedeutet. Würde das stimmen, so wäre es ein Zeichen dafür, hier auch nach einem halben Jahrhundert noch nicht „zuhause“, noch nicht in der - vielleicht auch neuen- Heimat angekommen zu sein.

Also begann ich systematisch nachzufragen: ich erkundigte mich bei den Einwohnern nach den Veränderungen; was wurde neu gebaut, wo hatte man umfangreich renoviert. Dabei stieß ich auf wesentlich mehr Gebäude, die neu gebaut oder renoviert waren als der erste Eindruck des Dorfes vermittelt. Zugegeben wie in vielen masurischen Dörfern, so macht auch Orłowo den Eindruck von Verfall und Armut.

Aber kann man aus diesem äußeren Bild auf das „Heimatgefühl“ der Einwohner schließen?

Sicherlich ist es für den Forscher schwierig das Phänomen der Verwurzelung in einer Region zu erfassen. Zwar ist es problematisch direkt danach zu fragen, aber ich habe es hier halt auch einmal gemacht. Der 41jährige Adam Wojniak erwidert darauf:

*"Człowieku. Mnie żaden Niemiec by stąd nie wygnał, kurwa. Ja bym się bił chłopie do upadłego. Tu jest, kurwa, ja się tu urodził i basta. Człowieku, jak to, nie ojczyzna? A co to jest? Tutaj są kurwa moje tereny. Ja się tu urodził jak skurwysyn, za ładne bym, za żadnego... nie bym nie handlował. Zapamiętaj, kurwa. (lacht) Gdzie był nie był na świecie, zawsze cię ciągnie tam, gdzieś się urodził. Proste czy nie?"*

„Mensch. Von hier vertreibt mich kein Deutscher, verflucht. Ich würde mich schlagen, Mensch bis er da liegen bleibt. Hier ist, verflucht, ich bin hier geboren und basta. Mensch, wie, nicht meine Heimat? Was ist das? Hier ist verflucht mein Land. Ich bin hier geboren wie ein Hurensohn, für nichts würde ich, für nichts.... würde ich handeln. Vergiß nicht verflucht. Als du nicht auf der Welt warst, immer zieht es dich dahin, wo du geboren bist. Richtig oder nicht?"

Es ist die Heimat der hier lebenden Menschen. Aber es gibt Brüche in der Wahrnehmung ihrer Heimat. Einer dieser Brüche ist die Frage, warum die eigene Arbeit und die Veränderungen in dem Dorf von den Einwohnern so sehr heruntergespielt werden. Ihre Berechtigung hat diese Frage wenn ich in dem Bewußtsein der geleisteten Tätigkeiten eine wichtigen Grundlage für die Verankerung eines emotionalen Bezuges zum Lebensraumes sehe.

### **Szenenwechsel**

In den Gesprächen die ich mit ungefähr 40 Einwohnern von Orłowo führte, stellte ich die Frage: man solle mir einmal den Ort beschreiben; sozusagen unter der Prämisse ich würde das Dorf nicht kennen. Zwei Beispiele möchte ich hier aus den Interviews anführen. So erzählt der ca. 40jährige Bauer Florczak:



*"Früher sah es vielleicht besser aus. Gleich nach dem Krieg gab es ein Sägewerk, nun viele dieser Dinge gab es in Orłowo. Es gab eine Bäckerei, einen Kilometer entfernt in Łenkuk war eine Schlachtereier, es gab eine Ziegelei, in der Klinker hergestellt wurden. Aber ich weiß nicht, alles das wurde nicht gepflegt, man begann zu demolieren, es wurden Ruinen, es ist eine sehr schlechte Situation im Ort... aus dem Grund, weil.. die Gebäude sind sehr beschädigt und nichts renoviert, nichts gebaut, aber warum?... Das ist schwer zu sagen."*

Nun ist es gar nicht so außergewöhnlich, daß Menschen in einer fernen Vergangenheit bessere Zeiten, ein volleres Leben vermuten, wie Ortega Y Gasset schon vor fast 70 Jahren schrieb. Jedoch erscheinen mir die Konstruktionsbedingungen in unserem speziellen Fall von Interesse. Lassen Sie mich aber an dieser Stelle vorerst die Beschreibung von Orłowo noch durch ein zweites Beispiel ergänzen.

Herrn Karpowicz ist ebenfalls ungefähr 40 Jahre alt; seit einigen Jahren ist er arbeitslos. Er erzählt:

*"Hier gab es einst eine Bäckerei, ein Restaurant, das war ein Städtchen; hier in dem Haus, in dem wir wohnen, war einst die Bäckerei. Orłowo war ein deutsches Städtchen; das erzählen diejenigen, die von hier waren, die alten Leute. Nun das hier war etwas wie Wydmyny (Widminnen, die nächste Gemeindestadt). Das war... praktisch in jedem zweiten Haus lebten Masuren, Deutsche, nicht?"*

Das Interview führe ich mit Herrn Karpowicz in der Küche seines Hauses. Wir sitzen gegenüber des gemauerten Herden, in dessen Kacheln der deutsche Schriftzug eingelassen ist: „Küche gut, froher Mut“. Herr Karpowicz bittet mich darum die Schrift doch zu übersetzen. Ich frage mich warum er in seiner Küche diesen sozusagen symbolischen Hinweis auf die deutsche Vergangenheit beläßt, dessen deutsche Schrift er selber nicht entziffern kann. Offensichtlich hat die Erinnerung an die deutsche Vergangenheit hier nichts bedrohliches. Wahrscheinlich hätte man die Kacheln in diesem Fall entfernt. Im Gegenteil habe ich oft den Eindruck, daß man gerne Gegenstände aus

Deutschland zeigt - seien es nun leere Nesquick Verpackungen oder Getränkedosen, die als Souvenir in mancher Küche zu finden sind.

Ihre Aufmerksamkeit möchte ich noch darauf lenken, daß beide Interviewpartner schon auf Grund ihres Alters hier nicht aus dem eigenen Erleben berichten. Vielmehr zeigen die Antworten die bei den Einwohnern allgemein verbreitete Sicht von Gegenwart und Vergangenheit des Dorfes. Es handelt sich also um ein kollektives Phänomen - um ein Phänomen der Gemeinschaft.

Einige Faktoren lasse ich an dieser Stelle einmal unbeachtet so, daß ich als deutscher Forscher die Fragen stellte und daß erst Ende der fünfziger Jahre die letzte große Gruppe von Einwohnern in die Bundesrepublik ausreiste. Konzentrieren möchte ich mich vielmehr auf die Frage der Wechselwirkung zwischen den aus deutscher Zeit entstammenden Gebäuden und dem sozialen Leben der polnischen Einwohner. Ich mache dies, da sich an den Gebäuden die Aussage, man habe hier eigentlich nichts gemacht konkretisierte.

### **Theoretische Annäherung**

Wenn die Bewohner von Orłowo in ihren Beschreibungen des Dorfes die Vergangenheit immer mit einbeziehen, so deutet dies auf die im Bewußtsein vorhandene Geschichte des Ortes hin. Folge ich dem französischen Soziologen Halbwachs in seinen Ausführungen zum kollektiven Gedächtnis, so handelt es sich bei den Erzählungen der Einwohner von Orłowo um in der Gegenwart konstruierte Vergangenheit. Oder anders ausgedrückt, die Vergangenheit ist nicht im Gedächtnis erhalten, wie das Negativ einer Fotografie, sondern in der Gegenwart konstruiert das sich erinnernde Individuum die Vergangenheit. Verstehe ich die Erinnerung als soziale Konstruktion, so steht die Erinnerung zwischen Gegenwart und Vergangenheit. Weder zeigt die Erinnerung einfach einen beständig reproduzierbaren Abzug vergangener Ereignisse, noch spiegelt die Erinnerung die Gegenwart. Erinnerung im Sinne eines kollektiven Gedächtnisses verweist vielmehr mit Hilfe von Aspekten der Vergangenheit auf die gesellschaftliche Aktualität.

Die Konstruktion der Vergangenheit bleibt abstrakt, sofern es nicht gelingt sie an Hand von Objekten zu konkretisieren. Den Gegenständen kommt bei der Rekonstruktion von Vergangenen eine entscheidende Funktion zu, schreibt die Historikerin Lucie Varga. In unserem masurischen Beispiel wird die Erinnerung an die Vergangenheit an den Gebäuden des Dorfes konkretisiert. Gegenständliche Erinnerungsstücke berichten als Zeugen von der Vergangenheit. Die Objekte können aber nicht auf Grund einer ihnen sozusagen immanenten mystischen Eigenschaft von Vergangenen zeugen. Aus der Vielzahl möglicher Informationen wählt eine Gruppe diejenigen Teile aus, die für ihre Situation Bedeutung haben. In dem Konstruktionsprozeß transportieren die Objekte der Vergangenheit bestimmte Informationen. Der Begriff des Konstruktionsprozesses verweist auf die aktive Rolle einer Gruppe in der Gegenwart. Welcher Bezug zwischen Vergangenheit und Gegenwart besteht aber in den Erzählungen meiner Gesprächspartner?

Wenn meine Interviewpartner einen historischen Sachverhalt erzählen, so konstruieren sie die Erinnerung in ihrer gegenwärtigen Situation, hatte ich festgestellt. Damit erzählen sie nicht nur etwas über die Vergangenheit sondern gleichzeitig auch über ihre Gegenwart. Konkret erzählen sie etwas über ihre gegenwärtige soziale und ökonomische Situation. Wenn ich jetzt die Lebenssituation der Einwohner von Orłowo betrachte, so stelle ich folgendes fest:

1. Aus ca. 90% der Familien des Dorfes arbeitete in den vergangenen 8 Jahren ein Angehöriger zeitweise oder beständig in Deutschland. Dieses Arbeitseinkommen war für die Familien in den überwiegenden Fällen existenziell notwendig.
2. Bedingt durch übergeordnete politische und wirtschaftliche Entscheidungen und Entwicklungen bietet das Dorf und die nähere Umgebung keine Arbeitsmöglichkeiten.

3. Aus Erzählungen älterer polnischer und von ehemaligen deutschen Einwohnern kennt man den Vergleich zu den ehemals besseren Lebensbedingungen in Orłowo.

Nehme ich die verschiedenen Aspekte zusammen so ergibt sich folgendes Bild. Die derzeitigen wirtschaftlichen Probleme und die daraus resultierende Perspektivlosigkeit bewirken eine symbolische Erhöhung der Vergangenheit und ein Ausblenden der seit 1945 geschaffenen Veränderungen. „Symbolische Erhöhung“ der Vergangenheit kann - da die Vergangenheit halt auch immer eine deutsche Seite hat - auch eine symbolische Erhöhung des deutschen Aspektes bedeuten.

Die symbolische Erhöhung der deutschen Vergangenheit blendet die polnische Nachkriegszeit eher aus. Der Bezug zur deutschen Vergangenheit betrifft aber eine symbolische Ebene, dies gilt es zu betonen. Wenn ich vorhin von Brüchen in der Wahrnehmung der Heimat sprach, so befindet sich ein Bruch zwischen der realen und symbolischen Ebene. Ich weise auf diese zwei Ebenen so ausdrücklich hin, da auf der realen Ebene durchaus die Region zur Heimat wurde. In dem eingangs zitierten Interview mit Adam Wojniak wurde diese Heimat ja ausdrücklich verteidigt.

Der Bruch zwischen symbolischer und realer Ebene bedeutet aber, daß die Menschen ihre Bezüge zum Lebensraum nur teilweise wahrnehmen. Gerade die Veränderungen der Umgebung sind aber die Konkretionen der Identifikation. Wenn der Begriff Heimat den Bezug zum Lebensraum ausdrückt, dann ist die Herstellung des Heimatbezuges gestört sobald die tatsächlichen Bezüge zum Lebensraume nicht wahrgenommen werden.

Nicht auf Grund der Tatsache, daß die Menschen erst seit 50 Jahren hier leben oder weil lange Zeit Unsicherheit über die dauerhafte staatliche Zugehörigkeit der Region bestand, erscheint die Aneignung der Region als Heimat problematisch. (*Trotzdem mag beides auch eine Rolle spielen, dies sei hier betont.*) Eine entscheidende Rolle kommt den derzeitigen Lebensbedingungen und den Chancen zur Entfaltung einer Lebensperspektive in der Region zu.

*Ein letztes Beispiel:* Stellvertretend für die symbolisch verdichtete Konstruktion von Vergangenheit möchte ich hier noch die Kirche des Dorfes Orłowo erwähnen.

Alle Veränderungen hat das Bauwerk äußerlich unbeschadet überstanden. In den Erzählungen der Einwohner wird aber etwas anderes berichtet. So erzählt der 35jährige Adam Wojniak:

*"Überhaupt war er höher, der Glockenturm. Er ist niedrig und war sehr viel höher, er war 50 und ein paar Meter hoch. Russen zerschossen ihn. Weil die Deutschen dort einen Beobachtungspunkt hatten. Deswegen wurde er heruntergeschossen. Durch diese Geschichte ist er niedrig, weil man nur das, was übrig blieb neu deckte. Aber er ging viel, noch viel höher, nicht. Weil wie hoch ist er? 28 Meter oder 30, aber er war noch 20 Meter höher."*

Felicjan Pabrylewicz ist 25 Jahre alt und auch er kennt die Geschichte des Kirchturms:

*"Der Turm ist zerstört. Er war höher. Bei gutem Wetter konnte man von dort Ełk (Lyck) sehen. So hoch war er... Das war so, daß man Ełk sehen konnte. Alte Leute erzählen, daß... daß Ełk zu sehen war. Nun das ist unglaublich. Schade. Man könnte ihn wieder aufbauen, so wie er einst war, das wäre schön."*

Die symbolische Konstruktion der Identifikation mit der Umwelt wird gerade an dem Beispiel des Kirchturms besonders deutlich. In Gesprächen mit Einwohnern aus der Vorkriegszeit und im Vergleich alter Fotografien zeigt sich eine bis heute unveränderte Kirche. Es ist auch nicht einfach nur ein Märchen, welches sich hier hartnäckig als Geschichte hält. Vermutlich hält sich die Geschichte, weil mit ihr auch ein Aspekt der heutigen Gesellschaft dargestellt wird.

Der vorgeblich höhere Kirchturm wird zum Symbol für die einst bessere ökonomische Situation des Dorfes. Symbolisch zeigt er, daß man damals die Möglichkeit hatte, lokale Enge zu überschreiten. Der Blick konnte einst über das Dorf hinaus zur nächsten Kreisstadt gehen. Damals hatte man die Möglichkeit bis dorthin seine Aktivitäten zu entfalten. Zukunft hatte im Ort eine lebensgeschichtliche Perspek-

tive, die über wirtschaftliche Faktoren und verkehrstechnische Anbindungen abgesichert war.

### **Resümee**

Der fehlende Bezug zu ihrem Lebensraum wird den Einwohnern Masurens heute oftmals unterstellt. Aber auch selber bestätigen die Einwohner dieses Vorurteil indem sie sagen: „hier stammt doch alles noch aus deutscher Zeit!“. Ich wollte nur darauf hinweisen, daß nicht alles aus deutscher Zeit stammt und daß es gilt dies zu erkennen wenn eine als Heimat zu beschreibende bewußte Identifikation stattfinden soll. Zu begrüßen ist der vorurteilslose Umgang mit deutscher Vergangenheit und Gegenwart, problematisch ist das Verdrängen der selbst geschaffenen Identifikationsmöglichkeiten.

## Orientierung in neuer Umgebung: Gespräche mit Neusiedlern in einer masurischen Gemeinde

Der fast vollständige Bevölkerungsaustausch in Masuren nach 1945 und die problematische Situation für die ankommenden polnischen Neusiedler, sich in einem neuen und damit fremden sozialen und räumlichen Umfeld heimisch zu machen, legt die Frage nahe, wie sich der Prozeß des Sich-heimisch-machens für diese Personen rückblickend heute darstellt. Auf der Grundlage von lebensgeschichtlich orientierten, offenen Interviews<sup>1</sup> mit polnischen Neusiedlern der Generation, die den Krieg und die Ansiedlung in Masuren in den ersten Nachkriegsjahren bewußt erlebt haben, wird im folgenden ein Bild zentraler Aspekte dieses Prozesses entworfen, soweit sie in den Gesprächen mit mir, einer Deutschen, thematisiert wurden. Die Gespräche wurden 1995/96 mit Einwohnern einer kleinen Gemeinde in Südostmasuren<sup>2</sup> geführt. Die Gemeinde Stare Juchy (Jucha) gehört zu dem Teil Masurens, über den die Fronten des Zweiten Weltkrieges so schnell hinweggegangen sind, daß der Ort und die Dörfer der Gemeinde den Krieg fast ohne Zerstörungen überstanden haben. Nach der Flucht im Winter 1944/45 war ein Teil der einheimischen Bevölke-

---

<sup>1</sup> Die Gespräche waren Teil einer einjährigen Feldforschung 1995/96, die im Rahmen eines von der Volkswagen-Stiftung (Hannover) finanzierten polnisch-deutschen Forschungsprojektes unter der Leitung von Dr. Wojciech Łukowski (Universität Warschau) und Prof. Dr. Ulrich Mai (Universität Bielefeld) zu dem Thema „Die soziale Konstruktion von Heimat: symbolische Aneignung und interethnische Beziehungen im ländlichen Masuren“ stattfand.

<sup>2</sup> 1995 lebten von den 4309 Einwohnern der Gemeinde 1679 in dem Ort Stare Juchy (und die anderen in den 22 kleineren Dörfern (Daten der Gemeindeverwaltung vom 1.1.1995). Die meisten der Gespräche fanden mit Einwohnern des Ortes Stare Juchy statt.

rung,<sup>3</sup> da sie von der sowjetischen Front überholt worden waren, zunächst nach Stare Juchy zurückgekehrt. Aufgrund der Gefährdung durch Plünderer und Banden, aber in Einzelfällen auch infolge der Vertreibung aus ihren Häusern wohnten viele der Rückkehrer - auch solche, die aus anderen Dörfern der Gemeinde stammten - im Ortskern von Stare Juchy, da sie sich hier als Gruppe und in der Nähe der Polizeistation sicherer fühlten. Genaue Informationen über die Anzahl der einheimischen Einwohner nach dem Krieg fehlen, doch die meisten von ihnen - Ausnahmen sind vor allem mit Polen verheiratete Einzelpersonen - haben in den beiden folgenden Jahrzehnten Polen verlassen. Nach der großen Ausreisewelle Ende der 50er Jahre lebten noch 60 Personen einheimischer Herkunft in der Gemeinde.<sup>4</sup> Auch wenn die einheimische Bevölkerung in der Nachkriegszeit zunächst noch eine größere Gruppe in der Gemeinde darstellte, so standen dennoch viele Häuser leer. In die Gemeinde Stare Juchy und vor allem in den Ort selber fand der Zuzug polnischer Neusiedler im Vergleich zu den nördlichen oder abgelegeneren Teilen Masurens relativ schnell statt. Bereits für die Zeit von Juni 1945 bis Juni 1946 wurden fast

---

<sup>3</sup> Es ist davon auszugehen, daß sich die große Mehrheit der masurischen Bevölkerung 1945 als deutsche verstanden hat. Doch seit der 2. Hälfte des 19. Jh. war mit dem sich verschärfenden Gegensatz zwischen dem deutschen und dem polnischen Nationalismus die Frage der ethnischen Zugehörigkeit der masurischen Bevölkerung so sehr zu einem politischen Thema geworden, daß eindeutige Zuordnungen der masurischen Bevölkerung als Polen, Masuren oder Deutsche untrennbarer mit den nationalen Ideologien verbunden sind (vgl. Kossert, Andreas 1996: Die Masuren im Spannungsverhältnis des deutsch-polnischen Konflikts der Zwischenkriegszeit (1919-1939). Unveröffentlichte Magisterhausarbeit im Fachbereich Geschichtswissenschaften an der Freien Universität Berlin.). Da der Begriff „autochthon“, „Autochthone“ stark mit der polonisierenden Perspektive zusammenhängt, werde ich die vor 1945 in Masuren lebende Bevölkerung als „einheimisch“, bzw. als „Einheimische“ bezeichnen.

<sup>4</sup> Diese und weitere Zahlen zu den Einwohnern von Stare Juchy stammen, soweit nicht anders vermerkt, aus: Kawecki, Jan 1966: Stare Juchy. 550 lat osady. Białystok, Elk: Towarzystwo Rozwoju Ziemi Zachodnich.



300 Neusiedler im Ort Stare Juchy registriert.<sup>5</sup> Das bedeutete zwar noch eine erhebliche Diskrepanz zur Einwohnerzahl vor dem Krieg (1939: 843 Einwohner), da jedoch eine größere Zahl an Einheimischen dort verblieben war, ist es nachvollziehbar, daß die Häuser recht schnell wieder bewohnt waren. Aus den Gesprächen geht hervor, daß sich die Startbedingungen in Bezug auf den Zustand von Haus und Hof ziemlich schnell verschlechtert haben. Während die im Sommer 1945 gekommenen Siedler erzählten, daß sie sich noch Möbel in den Häusern zusammensuchen konnten und Maschinen vorfanden, so berichteten schon die im Herbst 1945 angekommenen von Häusern, in denen nicht nur die Möbel, sondern auch die Fenster und Türen fehlten. Ende der 40er Jahre mangelte es an Wohnraum für Neuankömmlinge, so daß in den Gesprächen mit Personen dieser Gruppe von sehr beengten Wohnverhältnissen in der Anfangszeit die Rede war.

Knapp zwei Drittel der Neusiedler in der Gemeinde Stare Juchy stammten aus den an Ostpreußen angrenzenden polnischen Gebieten der heutigen Wojewodschaft Białystok. Einige von ihnen kannten Stare Juchy schon aus der Kriegszeit, da sie hier als Zwangsarbeiter auf den Höfen gearbeitet hatten. Personen, die aus diesen vergleichsweise nahen Gebieten kamen, nannten als Grund für ihre Ansiedlung in Masuren oft die Zerstörung des Hauses, beziehungsweise des Dorfes, in dem sie vorher gelebt hatten - oder allgemeiner - die Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen im Herkunftsgebiet. Vor allem aus dieser Gruppe waren, da man Nahestehende nachgeholt hatte, nicht selten mehrere Familien durch regionale Herkunft oder Verwandtschaft miteinander verbunden. Die zweite größte Gruppe der Neusiedler (ca. 15%) in Stare Juchy waren die sogenannten „Repatrianten“ aus dem Wilna- und Grodno-Gebiet. Sie kamen nach Masuren, weil sie ihre Heimat, die nun zur Sowjetunion gehörte, verlassen mußten und gezielt in den neu gewonnenen Gebieten angesiedelt wurden.

---

<sup>5</sup> Vgl. Akten 18/15, Gmina Rada Narodowa Stare Juchy, Archiwum Państwowe w Suwałkach - Oddział w Elku.

Von einigen wurde die Angst vor Haft und der Deportation nach Sibirien als Grund für ihre Übersiedlung hervorgehoben. Weitere Neusiedler kamen aus den Wojewodschaften Gdansk (Danzig) und Warszawa (Warschau). Da die Gemeinde Stare Juchy zum Kreis Ełk (Lyck) und damit in der Nachkriegszeit zur Wojewodschaft Białystok und nicht zur Wojewodschaft Olsztyn (Allenstein) gehörte, wurden hier im Rahmen der Aktion „Weichsel“ (1947) keine Ukrainer systematisch angesiedelt. Daher leben nur wenige Familien und Einzelpersonen, die von diesen Deportationen betroffen waren, in der Gemeinde.

Es ist mir wichtig zu betonen, daß es hier nicht um eine genaue Rekonstruktion historischer Vorgänge geht. Vielmehr soll im folgenden der Frage nachgegangen werden, welche Aspekte der Vergangenheit für die nach 1945 neu nach Masuren gekommenen Siedler aus ihrer Retrospektive heute noch eine besondere Bedeutung besitzen. Dabei beschränkt sich die Darstellung auf vier Themen, die in den meisten Gesprächen eine Rolle gespielt haben: 1. Die Unsicherheit und die Angst vor der Rückkehr der Deutschen, 2. Die Legitimität der eigenen Ansiedlung und Inbesitznahme, 3. Die sozialen Beziehungen und die soziale Integration, 4. Der emotionale Bezug zum neuen Lebensumfeld.

### **Die Unsicherheit und die Angst vor der Rückkehr der Deutschen.**

Die Angst vor der Rückkehr der Deutschen wurde in fast allen Gesprächen als ein beherrschender Gedanke in den ersten Jahren, ja, man kann sagen Jahrzehnten, genannt. Einige berichteten, daß sie aus Angst eigentlich nicht nach Masuren ziehen wollten. So erzählte Frau Rykowska: *„Denn es gab solche Gerüchte, es war so ein Gerede, daß hier einer den andern erschlagen hätte - es hat sich gezeigt, daß niemand irgend jeman-*

*den erschlagen hat - aber es hieß, daß die Deutschen erschlagen, ermorden, dafür, daß die Leute freiwillig auf ihr Land hier kommen.“<sup>6</sup>*

Andere redeten weniger von so konkreten Ängsten für das eigene Leben. Vielmehr wurde die große Unsicherheit, ob Masuren nicht doch wieder deutsch sein würde und sie dann wieder alles zurücklassen müßten, von vielen als ein die ersten Jahre bestimmendes Gefühl genannt - so zum Beispiel von Herrn Sudzinski:

*„Und so lebten wir - was weiß ich? - unter einer gewissen Angst, unter einem gewissen solchem Angstgefühl. Es war eine solche Panik, eine solche - nun vielleicht nicht Panik, eine Propaganda, daß wir hier nicht bleiben werden. Vielleicht ein Jahr, vielleicht zwei, oder vielleicht nur einen Monat, oder vielleicht fünf Jahre, ganz egal, die Deutschen werden uns von hier vertreiben und wir werden hier nicht bleiben. In der Zeit haben sich die Leute noch nicht um die Häuser gekümmert: ‚Denn das ist nicht meines.‘ [...] Doch ich wiederhole noch einmal, daß von dort gezogen kam, wer nichts hatte, wo er wohnen konnte, der kam hierhin, denn hier war ein Haus, war eine Scheune, war ein Stall, war alles!“<sup>7</sup>*

Auch andere erzählten von einem weit über die Nachkriegszeit hinausgehenden Gerede über die drohende Rückkehr der Deutschen, nicht zuletzt von Seiten ihrer in den sogenannten „alten Gebieten“ wohnenden Bekannten und Verwandten:

---

<sup>6</sup> „Bo takie plotki, taka mowa była, kto tu kogo zabił - okazało się, że nikt nikogo nie zabijał - ale że to Niemcy zabijają, że Niemcy mordują, dlatego że ludzie przyjeżdżają dobrowolnie na ich tu ziemię.“

<sup>7</sup> „I tak, żyliśmy, ja wiem? pod pewnym strachem, pod pewnym takim lękiem. Była taka panika, była taka - no, może nie panika, propaganda, że my tu nie będziemy. Może rok, może dwa, a może miesiąc, a może pięć lat, wszystko jedno Niemcy nas to- wypędzą nas stąd i my tu nie będziemy. Wtenczas te ludzie jeszcze i o te budynki nie dbali. ‚Bo to nie moje.‘ [...] I jeszcze raz powtarzam, że te społeczeństwo ciągnęło stamtąd, kto nie miał gdzie zamieszkać szedł tu, bo tu był dom, była stodoła, był chlew, wszystko było!“

*„Wenn wir in die alten Gebiete fahren, dort - Da hat man uns immer Angst gemacht, daß hierhin die Deutschen zurückkehren, daß sie uns einst von hier fortjagen würden, denn das seien einst deutsche Gebiete gewesen [...]. Fing hier jemand an zu bauen, dann war das furchtbar komisch - ,Wozu baust Du, das sind doch deutsche Gebiete. Wofür das?“<sup>8</sup> (Frau Kopacka)*

Viele verwiesen darauf, daß diese Unsicherheit in der Anfangszeit ein zentrales Hindernis für einen entschlossenen, einen tatkräftigen Anfang dargestellt habe, da man nicht gewußt habe, ob sich die Mühen der eigenen Arbeit lohnen würden. Und wenn dennoch jemand von Anfang an in die Zukunft investiert habe, dann sei das eher auf Verwunderung gestoßen. Entsprechend erklärte auch Frau Kopacka den Verfall von Dörfern als eine Folge dieser Unsicherheit:

*„Die Dörfer waren schön, als sie besiedelt wurden. So wie Szczecinowo, das war ein schönes Dorf. Überhaupt alle, sogar wenn man Liski nimmt, das war ein schönes Dorf. Dann sind diese Gebäude zusammengestürzt. Die Leute haben sie zurückgelassen, denn wozu werden wir bauen, denn vielleicht kehren einst die Deutschen hierhin zurück. Und es gab noch solche Zwischenfälle, meine Liebe, daß manche Deutsche zurückkehrten und offen sagten, daß - ,Wir werden hierhin zurückkehren!“<sup>9</sup>*

---

<sup>8</sup> „Kiedy my tam jeździli na stare tereny, tam - To nas zawsze straszili, że tu wrócą Niemcy, że kiedy my będziemy kiedyś nas stąd pogo: nią, bo to były niemieckie tereny, [...]. Ktoś zaczynał budowę, to to było strasznie dziwnie, że: ,Po co ty budujesz, bo to są niemieckie tereny. Po co to?“

<sup>9</sup> „Wioski były piękne jak pozajmowali. Jak Szczecinowo, była piękna wioska. W ogóle wszystkie, nawet wzięść te Liski. Była ładna wioska. Potem te budynki się waliły. Ludzie to zostawiali, no bo po co będziemy budować, bo tu może wrócą kiedyś Niemcy. A jeszcze były wypadki, kochana, że niektórzy Niemcy wracali i mówili otwarcie, że: ,My tu wrócimy!“

Sicher ist das eine sehr monokausale Erklärung für den sichtbaren Verfall vor allem in entlegeneren Dörfern, da alle weiteren politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen außer Acht gelassen werden. Oft war zu hören, die total lähmende Unsicherheit habe bis zum Warschauer Vertrag 1970 bestanden. Das wurde nicht selten mit dem Hinweis verbunden, es sei auch erst von diesem Zeitpunkt an privat gebaut worden. Doch aus einer Dorfchronik geht hervor, daß schon Ende der 60er Jahre acht privat gebaute Häuser entstanden sind.<sup>10</sup> Heute wohnen ca. zwei Drittel der Einwohner des Ortes Stare Juchy in nach dem Krieg gebauten Ein- oder Mehrfamilienhäusern. Auch wenn die Auskunft, es sei erst nach 1970 gebaut worden, nicht ganz zutreffend ist, so läßt sich aus der Nennung des Warschauer Vertrages dennoch schließen, daß dieser retrospektiv als entscheidender Wendepunkt wahrgenommen wird. In Bezug auf die in den 70er Jahren vermehrt einsetzende Bautätigkeit ist natürlich ebenfalls zu berücksichtigen, daß nun die nach dem Krieg geborene Generation in das Alter der Familiengründung gekommen war und gleichzeitig die ökonomischen Rahmenbedingungen das Bauen erleichterten. Allerdings beschränken sich die Neubauten fast ausschließlich auf den Ort Stare Juchy, der als Gemeindezentrum schon seit den 50er Jahren mit einer guten Infrastruktur - mit Bahn- und Busanbindung sowie Läden, Post, Bank, Grundschule, Bibliothek, Gesundheitszentrum, Kneipe, Restaurant, Kulturhaus, Sportplatz - ausgestattet war und bis zur Wende 1989 so viele Arbeitsplätze vor Ort bot, daß sogar von außerhalb Leute zur Arbeit nach Stare Juchy kamen.

Daß trotz der langen Zeit seit dem Zweiten Weltkrieg und auch nach der endgültigen Anerkennung der Nachkriegsgrenzen in dem deutsch-polnischen Vertrag 1990 die Unsicherheit, die Frage deutscher Ansprüche auf Masuren immer noch ein sensibles Thema darstellt, hat mir unter anderem das während meiner Forschung in Stare Juchy aufgekommene

---

<sup>10</sup> Vgl. Kawecki, Jan 1968: Kronika Stare Juchy od 1945-1968. Praca na konkurs. Manuskript (R-637/ XI) im Ośrodek Badań Naukowych im. Wojciecha Kętrzyńskiego, Olsztyn.

Gerücht gezeigt, ich würde vermutlich Daten sammeln, mit denen deutsche Ansprüche legitimiert werden sollten. Dies ist als ein Hintergrund für die Bedeutung der Frage der Legitimität der Besiedlung zu sehen, die in einigen der Gespräche deutlich mitschwang.

### **Die Legitimität der eigenen Ansiedlung und Inbesitznahme**

Von einigen Gesprächspartnern wurde das Thema der Legitimität der eigenen Besiedlung, des eigenen Hausbesitzes direkt angesprochen wie zum Beispiel von Frau Rykowska:<sup>11</sup>

*Wir hatten Angst, denn es war wirklich so - es war eine nicht, nicht, nun, unmögliche Sache, daß man zu dem Eigentum von irgend jemandem fährt, es in Besitz nimmt und dort wohnt. Daß irgend jemand es gebaut hat, und wir hier ins Fertige kommen. Und das so - so nicht - es paßte einfach nicht zum normalen Menschenverstand, daß das gut ist.<sup>12</sup>*

Und auch Frau Krzewinska erzählte, daß ihr Vater den Einzug in ein fremdes Haus zunächst abgelehnt habe, da er sich kein „fremdes Haus“ nehmen wollte. Und Herr Czyzewski sprach sogar direkt die schwierige Situation der nach Deutschland ausgereisten alteingesessenen Bevölkerung und die von ihnen erlittenen Verluste an:

*„Doch muß man sich vorstellen, daß <Husten> da, wo wir jetzt wohnen, das war ihres. Wie erleben sie es heute, wenn sie hierhin kommen? Sie gucken auf ihr Eigentum, daß sie nicht hier leben können. Wir verstehen das. Und ich zum Beispiel verstehe sie sehr, sehr gut, daß sie doch einen großen Schaden dadurch haben. Das war ihr Eigentum. Sie sind hier*

---

<sup>11</sup> Alle Namen von Personen wurden anonymisiert.

<sup>12</sup> „Myśmy byli w strachu, bo to naprawdę było tak- tak było nie, nie, no niebywałe rzeczy, żeby przyjechać na czyjeś, obsiąść i tu mieszkać. Że ktoś to wybudował, a myśmy na gotowe tu przyjechali. I to tak to nie- po prostu nie było w pojęciu ludzkim, że to jest dobrze.“

*geboren und mußten das alles verlassen, mit irgendeinem Bündel in der Hand fortgehen und- und- aber ihr Gut alles zurücklassen.“<sup>13</sup>*

Doch auch wenn dieses Thema selten so offen angesprochen wurde, klang es dennoch in vielen Gesprächen indirekt an, daß es ein Problem gewesen ist, in die Häuser ohne einen Vorgang der Übergabe durch die Vorbesitzer wie zum Beispiel Kauf, Schenkung oder Erbe einfach eingezogen zu sein. Diese Problematik scheint - zumindest im Kontakt mit Deutschen - selbst heute noch eine nicht unwesentliche Bedeutung zu besitzen. Als einen Hinweis darauf, daß es irgendwie - sei es auch nur diffus - als ein Problem empfunden wird, verstehe ich die wiederholten Mitteilungen einiger Gesprächspartner, daß sie über Jahre an den Staat Geld für ihr Haus bezahlen mußten, es also gekauft haben. Nicht wenige erzählten mir ausführlich über die guten Kontakte zu den früheren deutschen Besitzern ihres Hauses. Die freundschaftlichen Beziehungen zu den Vorbesitzern scheinen für die jetzigen Bewohnern nicht zuletzt deshalb eine wichtige Bedeutung zu besitzen, weil sie so die Möglichkeit erhalten, ihr unterschwelliges Unbehagen bearbeiten zu können. Eine Form der Bearbeitung scheint das Angebot der Rückgabe des Hauses zu sein. Denn zu meiner Überraschung erzählten mir mehrere Personen, sie hätten den deutschen Vorbesitzern angeboten, sie könnten wieder in ihr Haus einziehen, was jedoch von diesen abgelehnt worden sei.

### **Die sozialen Beziehungen und die soziale Integration**

Die Themen Unsicherheit und Legitimität sind beides Themen, mit denen Probleme angesprochen wurden, die den Prozeß des Sich-heimisch-

---

<sup>13</sup> „Przecież trzeba sobie pomyśleć, że <kaszel> to co my teraz tutaj mieszkamy, to było ich. Jak oni przeżywają dziś, jak oni przyjeżdżają? Patrzą na tę swoją własność, że oni tutaj nie mogą mieszkać. My to rozumiemy. I ja na przykład rozumiem ich bardzo- bardzo dobrze, że oni przecież mają wielką krzywdę. To ich własność była. Oni się tutaj urodzili i musieli to opuścić, póść z: jakimś tam węzełkiem w ręku i- i- a swoje te dobro wszystko zostawić.“

machens erschwert haben. Personen, die mir die Probleme der masurischen Gesellschaft nach 1945 erklären wollten, haben zudem häufiger hervorgehoben, daß die unterschiedliche Herkunft, das Zusammentreffen unterschiedlicher Kulturen und die fehlende Verbundenheit mit dem neuen Lebensumfeld weitere wesentliche Problem gewesen seien. So führte Herr Stankowski aus:

*„Aber in den ersten Jahren wollte ich nicht hier sein. Ich wollte dorthin zurückkehren, in meine Gegend (do swoich stron) [...] dort ging es mir besser. [...] Hier war es für mich schwer, schwer zu leben. Denn hier war die Verschiedenartigkeit dieser Leute. Und dort war es eine homogene, einheitliche Kultur - sie war mir bekannt, die Leute waren mir bekannt, aber hier war es mir unbekannt, denn hier waren alle fremd für mich [...] Ich hatte hier niemanden. Weder Familie, noch Bekannte, nichts hatte ich hier. Und die Kultur war für mich fremd.“<sup>14</sup>*

Herr Stankowski stammt aus dem Posener Gebiet und kam alleine nach Stare Juchy, so daß er keine soziale Einbindung durch Familie oder andere vertraute Personen besaß. Demgegenüber wurden vor allem von den aus den angrenzenden polnischen Gebieten stammenden Neusiedlern gerade die guten sozialen Beziehungen in den ersten Nachkriegsjahren besonders hervorgehoben. So zum Beispiel von Frau Jedlicka:

*„Eine große Liebe, so eng miteinander verbunden die Leute, obwohl sie von allen Seiten kamen, aber so eng verbunden, [...] Da sind wir einfach so heute zu uns, morgen zum Nachbarn, übermorgen noch wo hin gegangen, um- Jeder hat etwas von sich, hatte etwas zu erzählen, etwas, etwas zu teilen, oder etwas zu erkunden, wirklich, eine große Liebe- Später waren hier die schönen Feste. [...] Nun, jeder- einer mit dem anderen,*

---

<sup>14</sup> „Ale w pierwszych tych latach, to nie chciałem tu być. Chciałem wrócić tam, do swoich stron, [...] tam by było mi lepiej. [...] Tu trudno, mi tu trudno było żyć. Bo tu była ta różnorodność tych ludzi. A tam już była tylko jednolita, jedna kultura była znana mi, znani ludzie, a tutaj mi nieznanie, bo to było dla mnie obcy wszyscy. [...] Ja tu nie miałem nikogo. Ani rodziny, ani znajomych, nic nie miałem. I kultura była dla mnie obca.“<sup>2</sup>



*das war so wie mit dem leiblichen Bruder. Aber jetzt schon nicht mehr, jetzt ist das schon was anderes, jetzt bedeutet den Leuten vielleicht der Reichtum mehr.“<sup>15</sup>*

Daß ältere Menschen ihre Jugendjahre idealisieren und im Vergleich zur Gegenwart als besser - vor allem auch im sozialen, im menschlichen Bereich charakterisieren, das ist ein bekanntes Phänomen. Dennoch fällt die Einheitlichkeit des Bildes auf, das viele der älteren polnischen Siedler von den positiven sozialen Beziehungen in den Nachkriegsjahren zeichneten. Als Erklärung hierfür wurden von einigen Gesprächspartnern die annähernd gleichen Startbedingungen und die Erleichterung, den Krieg überstanden zu haben, genannt. Und es ist nachvollziehbar, daß die ähnlichen Erfahrungen in der Kriegszeit und die gemeinsame Pioniersituation, sich in einem fremden Umfeld mit unsicherer Perspektive zurecht finden zu müssen, gemeinschaftsstiftend gewirkt haben. Frau Kopacka bezeichnete das Zusammenleben damals als „golo, ale wesolo“ - was so viel heißt wie: ohne jede Habe, aber fröhlich. Auf die regelmäßigen Feste im Dorf, die Frau Jedlicka angesprochen hat, verwiesen mehrere Gesprächspartner mit Begeisterung. Diese Feste sind ebenso wie der Chor und eine Folkloregruppe maßgeblich von dem 1947 nach Stare Juchy gekommenen Lehrer Jan Kawecki organisiert worden. Jan Kawecki war bis zu seinem Tod 1977 eine der zentralen, wenn nicht die zentrale Person des gesellschaftlichen Lebens in Juchy (Jucha). Er gehörte zu den von staatlicher Seite in den 40er Jahren gezielt in die sogenannten „wiedergewonnenen Gebiete“ geschickten gesellschaftspolitisch Tätigen, die die soziale Inte-

---

<sup>15</sup> „Wielka miłość, tak żyte ludzie, mimo że z każdej strony przyjechali, ale tak żyte, [...] To tak dzisiaj do nas, jutro do sąsiada, pojutrze tam jeszcze gdzie, tak sobie chodziliśmy, żeby- Każdy co swego ma, coś powiedzieć, coś- coś- czymś się podzielić, czy coś się dowiedzieć, naprawdę, że taka miłość- Później takie zabawy były tu ładne. [...] Teraz, kochana, teraz, to już jest nienawiść ludzka. Tak jak było po wojnie, jaka miłość była, jakie to- No, każdy- jeden do drugiego, to tak jak do rodzzonego brata był. A teraz już nie, już teraz co innego, teraz więcej bogactwo ludziom może?“

gration aller Gruppen fördern sollten. Unter anderem sammelte er masurische Geschichten und Lieder bei der einheimischen Bevölkerung. Dies geschah zwar unter der Prämisse, der Zugehörigkeit der Masuren zum polnischen Volk und stand damit im Dienste der Ideologie der „wiedergewonnenen Gebiete“. Doch gleichzeitig bewirkte seine Tätigkeit, daß das neue Lebensumfeld von der polnischen Bevölkerung als ein Gebiet mit polnischen Traditionen, mit polnischer Geschichte erfahren wurde. Vor allem einige Legenden und Brauchtum, wie das Johannisfeuer, sind von diesen Lehrer als Fortsetzung regionaler Traditionen der als Polen eingeordneten Masuren kultiviert worden und gehören heute zum Wissensbestand vieler Dorfbewohner.

Allerdings war das Bild der sozialen Beziehungen in den Gesprächen mit sogenannten Repatrianten nicht so eindeutig positiv. Während von Frau Rykowska, Frau Krzewilska und Herrn Zakrzewski, die alle drei ökonomisch und sozial die gesamte Nachkriegszeit vergleichsweise gut situiert waren, keinerlei Ausgrenzungserfahrungen aufgrund ihrer Herkunft aus dem Wilnagebiet thematisiert wurden, schilderte der aus dem Grodno-Gebiet stammende Herr Balicki, der eher der unteren sozialen Schicht im Ort angehört, die Erfahrungen dieser Gruppe folgendermaßen: *„Und in Polen war es, da schauten sie widerwillig auf die Repatrianten, [...] daß eine Bande, daß Banditen herübergekommen sind, aus Rußland geflohen.“*<sup>16</sup>

Seiner Meinung nach spielt auch heute noch die regionale Herkunft, ob einer aus dem Suwalki-, dem Grodno-Gebiet oder sonst woher kommt eine Rolle. Und in Bezug auf den Alltag im Dorf erzählte er:

*„Repatrianten gibt es viele. Wenn wir Repatrianten uns alleine treffen, dann reden wir unsere eigene Sprache. [...] Wir reden eine einfache*

---

<sup>16</sup> „I w Polsce było, to niechętnie patrzyli na repatriantów, bo przyjechali- przyjechali wysiedleńcy, wysiedleńcy. Liczyli wysiedleńcy, tu liczyli inaczej, że banda- że bandziory poprzyjeżdżali, z Rosji pouciekali.“

*Sprache, wir reden einfach auf polnisch, auf russisch wie es gerade kommt.“<sup>17</sup>*

Auch in Gesprächen mit Ukrainern war zu hören, daß sie zumindest in den ersten Jahren nach ihrer Ankunft Ausgrenzungserfahrungen gemacht haben. Ich möchte in diesem Zusammenhang noch auf ein problematisches Thema zu sprechen kommen. Denn von den meisten meiner polnischen Gesprächspartner wurde oft explizit betont, daß die unterschiedliche ethnisch Zugehörigkeit oder regionale Herkunft von Anfang an keine Rolle in den Beziehungen untereinander gespielt habe. So zum Beispiel von Herrn Czylewski:

*„Und wie die Leute hier hingekommen sind, da gab es keine Unterschiede, daß da ein Deutscher, ein Pole, ein Russe war. Die Herzlichkeit war um vieles größer als heute.“<sup>18</sup>*

Dies steht auch im Kontrast zu den Berichten von noch in Stare Juchy lebenden Einheimischen, die das Zusammenleben mit der polnischen Bevölkerung in der ersten Nachkriegszeit nicht so freundschaftlich erlebt haben. Es handelt sich bei den deutsch-polnischen Beziehungen der Nachkriegszeit offensichtlich um ein sehr problematisches und mit großen Tabus besetztes Thema. Zu diesem Komplex von Tabuisierungen scheint auch zu gehören, daß nur wenige Polen mir gegenüber von sich aus etwas über ihre schmerzhaften Erlebnisse in der Kriegszeit erzählten. Ungewöhnlich offen hat Herr Stankowski diese Problematik angesprochen:

---

<sup>17</sup> „I to jeszcze zostało po dzisiejszy dzień, zostało, że ten z Suwalszczyzny, ten z Grodzieńszczyzny, ten stąd, ten stąd. [...] Jak u nas tu w Juchach, to jest taka zbieranina ludzi, że z każdego zakątka prawie Polski tu jest.[...] Repatriantów tych jest sporo. My sami repatrianci jak się spotkamy to po swojemu porozmawiamy. [...] Porozmawiamy po prostemu, po polsku po prostu porozmawiamy, po rusku, jak popadnie!“

<sup>18</sup> „I tak że ludzie tutaj jak napływali, to nie było zróżnicowania, że to był Niemiec, Polak, Ruski. Serdeczność ta była o wiele większa jak dzisiaj.“

*„Ich habe selbst auch viel Leid von den Deutschen erfahren, nicht. Also, wir haben - ich auch nicht - sie nicht geliebt! [...] Ich war sowohl geschlagen als auch verwundet, eh, also war das mein Feind, verstehen Sie? Das war mein Feind, das war mein Feind, nicht? Also habe ich ihn nicht geliebt, diesen Feind, verstehen Sie? Und wir alle haben dies, daß wir die Deutschen nicht liebten, auf alle Leute übertragen, wissen Sie, Schuldige und Unschuldige, verstehen Sie? Heute sehe ich die Sache anders, nicht. Denn heute sehe ich das schon aus einer zeitlichen Distanz heraus, aber vorher spielten die Emotionen eine wichtige Rolle, und nicht das Bewußtsein. Nur das, daß das jene sind, die uns quälten, verstehen sie? [...] Die Polen - jetzt rede ich so - haben sie schuldlos gequält, verstehen Sie? Schuldlos haben sie sie gequält.“<sup>19</sup>*

In dieser Aussage wird deutlich, daß Herr Stankowski sich bemüht hat, der Problematik auf beiden Seiten gerecht zu werden. So erzählte er auch, daß ihm einer seiner früheren Schüler, der vor kurzem aus Deutschland zu Besuch in Masuren war, vorgeworfen habe, daß er als Lehrer sie nicht vor den anderen Schülern, die die einheimischen Kinder als Schwaben und Hitlers beschimpften, verteidigt habe. Herr Stankowski bestätigte, daß er damals nicht eingeschritten sei. Ein Verhalten, das er retrospektiv verurteilte, doch er erklärte es zugleich mit den tiefen Wunden aufgrund seiner traumatischen Erlebnisse als Kind im Krieg und unter der deutschen Besatzungspolitik. Somit läßt sich in Bezug auf die sozialen Bezie-

---

<sup>19</sup> „Ja sam doznałem wiele też krzywd od Niemców, nie. Więc myśmy- ja też nie lubiłem! [...] Ja byłem i pobity, i ranny byłem, (e) więc to był mój wróg, rozumie pani? To był mój wróg, to był mój wróg, nie? Więc jak go nie lubiłem, tego wroga, rozumie pani? I myśmy wszyscy to, że nie lubiliśmy Niemców, przenieśliśmy na wszystkich ludzi, wie pani, winnych i niewinnych, rozumie pani? Ja dziś na to inaczej patrzę, nie. Bo ja już dziś patrzę z perspektywy czasu na te sprawy, ale przedtem odgrywały emocje ważną rolę, a nie świadomość. Tylko to, że to są ci, którzy nas gnębili, rozumie pani? Pani nie gnębiła, ale to się nazywało, że to ci- wszyscy, nie, Niemcy. I ich tutaj, wie pani, Polacy- ja, teraz ja mówię - ich niewinnie krzywdzili, rozumie pani? Niewinnie ich krzywdzili.“

hungen zusammenfassend sagen, daß vor allem für die Gruppe der Polen, die aus den an das ehemalige Ostpreußen angrenzenden Gebieten nach Stare Juchy gekommen sind, in den ersten Jahren ein positives Gemeinschaftsgefühl vermutlich ein nicht unwesentlicher Faktor war, der das Sich-heimisch-machen im neuen Lebensumfeld gefördert hat.

### **Der emotionale Bezug zum neuen Lebensumfeld**

Wie äußerten sich Neusiedler über ihren heutigen Bezug zu dem ehemals neuen Lebensumfeld? Spielt für sie heute die Fremdheit, die Unsicherheit noch eine bedeutsame Rolle? Sicher ist es nicht möglich, pauschale Aussagen für die heutige Bevölkerung zu machen. Es gibt individuelle Unterschiede. Für manche sind die Traumata der Geschichte so gegenwärtig geblieben, daß sie den Bezug zu Masuren als ehemals deutschem Gebiet weiterhin beeinflussen. So sagte ein älterer Mann, daß ihn die Landschaft, die Pflasterstraßen, die Häuser an seine bedrückenden Erlebnisse während des Krieges erinnerten. Das war allerdings eine Ausnahme- und es ist zu vermuten, daß diejenigen, für die die Gegenwart der deutschen Vergangenheit in Masuren ein zu großes persönliches Problem gewesen ist, von hier weggezogen sind. Doch in den Gesprächen mit den meisten der Neusiedler wurde deutlich, daß über die Jahrzehnte ein Prozeß stattgefunden hat, der - nach den ersten Jahren der Unsicherheit - zur Herstellung von Vertrautheit und Verbundenheit mit dem neuen Lebensumfeld geführt hat. Daß es sich um einen Prozeß gehandelt hat und einige der Faktoren, die dabei eine Rolle gespielt haben, veranschaulicht die Darstellung von Frau Rykowska:

*Nun, einfach, so wie man vorhersah, daß es hier sehr schlecht sein wird, so ist es anders gekommen. Ich möchte schon nicht mehr in das alte Gebiet fahren, ich möchte schon nicht mehr dort wohnen, denn wir haben uns schon hier heimisch gemacht, hier war es schon anders. Hier haben wir schon anders gelebt. [...] Nur so am Anfang, da [war es schwierig]-Aber jetzt schon, da denkt man nicht nach. Denn wir haben hier schon die Fenster umgebaut, schon die Türen, schon dort in der Etage drüber zum*

*Beispiel, [...]dort haben wir alles nach unseren eigenen Vorstellungen gemacht. [...] Wir haben hier schon viel umgebaut. [Bad, Zentralheizung] Ich wohne sehr gerne in Stare Juchy. Es ist überhaupt schon so, als sei ich hier geboren. [...] Ja, daß es nicht das Eigene ist. Ja das- ja, das ist vorbei. Wissen Sie, jetzt schon, wo ich so viele Jahre hier lebe, da sieht es so aus [...] - Unsere Kinder sind hier geboren, die Enkel, bald wird da schon die dritte [Generation] sein [...] mein Sohn, der erste, ist hier geboren, nun er ist schon auf diesem Boden geboren. Und seine Kinder- Sie haben sich ein Haus in Gzycko gebaut, sie wohnen schon nicht mehr in irgendwessen. [...] Jetzt da, jetzt schon, da fühlen wir uns wie bei uns [zu Hause].<sup>20</sup>*

Hier werden mehrere Faktoren genannt, die auch in anderen Gesprächen in Bezug auf den Prozeß des Sich-heimisch-machens angesprochen wurden. Das ist zum einen die mittlerweile lange Zeit, die man hier gelebt hat. Von anderen wird in diesem Zusammenhang oft das Wort „zżyć się“ verwendet, was soviel heißt wie: sich allmählich anfreunden, vertraut werden. Zum anderen ist es die eigene Gestaltung des Lebensumfeldes und die hier investierte Arbeit, die zum Aufbau einer persönlichen Beziehung zum neuen Lebensumfeld beigetragen und so die Herstellung einer

---

<sup>20</sup> „No, po prostu, tak jak przewidywali, że tu będzie bardzo źle, to wypadło inaczej. Ja już nie chciałam jechać na stare tereny, już tam nie chciałam mieszkać, bo już myśmy tu się zdomowlili, już tu inaczej było. Już tu inaczej żyliśmy. Tylko tak początkowo, to- Już teraz, wie pani, to się nie myśli. Bo myśmy już tutaj okna przebudowali, już drzwi, już tu na górze na przykład,[...] na górze tak po swojemu zrobiliśmy [...] myśmy tu dużo przebudowali. [...] Ja bardzo lubię w Juchach mieszkać. Tak jak bym się w ogóle tu urodziła już. Nam, nam jakoś tak szczęśliwie, no- Kiedy choroby jakie były, ale tak na ogół, to wszystko wyszło jakoś na swoim i, i jakoś nam tak dobrze tu się mieszka. Tak, że to nie swoje. Tak to- tak to przeżyło się. Wie pani, już teraz jak tyle lat mieszkamy tutaj, to tak wygląda [...] Dzieci nasze tu się urodzili, wnuki, już te te trzecie bodaj- to będzie- [...] mój syn ten pierwszy się urodził, no to już on urodzony na tych ziemiach. I jego dzieci- oni pobudowali sobie dom w Giżycku, oni już w niczym nie mieszkają. [...] Już to, już teraz to czujemy się jak u siebie.“

positiven emotionalen Bindung gefördert hat. Und es ist zudem die Tatsache der Bindung der eigenen Kinder und Nachkommen an Masuren. Selbst ein älterer ukrainischer Mann, der als Opfer der Aktion „Wechsel“ nach Masuren gekommen ist und Rückkehrwünsche in sein Herkunftsgebiet äußerte, antwortete auf die direkte Nachfrage, ob er sich hier heimisch fühle, eindeutig bejahend. Typisch für die Aussagen von Neusiedlern, die in dem Ort Stare Juchy leben, war die Aussage von Herrn Czylewski:

*„Hier erinnert man alles von Anfang an, wie es war, wie es ist und wir haben uns hier so mit dem angefreundet, daß- daß es uns hier am besten geht. Das ist das eine. Und zum zweiten, Jucha ist schön! Schön ist Jucha. Schön und bequem. Denn so- der Zug ist vor Ort, Busse gibt es, das Gesundheitszentrum ist, Kneipen sind, eine Kirche ist, eine Polizeistation ist, ein Gesundheitszentrum ist, eine Post ist. Nun, es gibt alles das, was in der Stadt ist. Aber eine Stadt, da muß man in der Stadt geboren sein, um die Stadt zu mögen. Aber ich bin auf dem Dorf geboren und mag das Dorf. Und hier ist weder Stadt noch Dorf. Es ist quasi ein Dorf, aber es gibt den ganzen Komfort. Und deshalb gefällt es mir hier so. Zum ersten und zum zweiten die sehr schöne Umgebung. Überall rundherum Seen, Wälder, Gebirge, Hügel. Das ist schön!“<sup>21</sup>*

Neben der Schönheit der masurischen Landschaft, die ihnen ans Herz gewachsen ist, wurde von anderen noch die Möglichkeit der aktiven Nutzung der landschaftlichen Gegebenheiten durch Tätigkeiten wie Jagd,

---

<sup>21</sup> „Tutaj się wszystko pamięta od początku, jak było, jak jest i tak się tutaj zżyliśmy z tym, że- że tu najlepiej nam. To jedno. A po drugie, Jucha jest ładna! Ładna Jucha jest. Ładna i wygodna. Bo tak- Pociąg jest na miejscu, autobusy są, ośrodek zdrowia jest, knajpy są, kościół jest, posterunek jest, ośrodek zdrowia jest, poczta jest. No, wszystko jest to co i w mieście. Ale miasto, to trzeba się w mieście urodzić, żeby lubić miasto. A ja jestem urodzony na wsi i lubię wieś. A tutaj jest ani miasto, ani wieś. Jest niby wieś, ale wygodny są wszystkie. I dlatego mnie się tu tak podoba. Po pierwsze, a po drugie, bardzo ładna okolica. Wszędzie naokoło jeziora, lasy, góry, pagórki. To jest piękno!“

Angeln, Beeren- und Pilzesammeln als eine positive Qualität des Lebensumfeldes hervorgehoben. Die relativ gute Infrastruktur, auf die Herr Czylewski als ein Aspekt seiner Bindung an Stare Juchy verweist, ist für ältere Menschen insofern von besonderer Bedeutung, als sie ihnen ermöglicht, mit der Perspektive leben zu können, in diesem Ort tatsächlich alt zu werden, da auch im zunehmenden Alter und bei gesundheitlichen Problemen ihre Versorgung gewährleistet ist. Ältere Personen, die in entlegeneren Dörfern leben, sind, wenn ihre Kinder weggezogen sind, aufgrund der fehlenden Versorgung mit wichtigen Einrichtungen und der schwierigen Erreichbarkeit dieser Orte besonders im Winter nicht selten gezwungen, in städtischere Siedlungspunkte zu migrieren. So erklärte zum Beispiel Herr Sudzinski, daß er sein Haus liebend gerne verkaufen würde, wenn er dafür eine Wohnung in der nächsten Kleinstadt bekommen könne, denn im Alter werde das Beheizen der Öfen immer schwerer fallen und ein Arzt in der Nähe wichtig sein. Daß diese Bereitschaft, den Ort, an dem er über Jahrzehnte heimisch geworden ist, zu verlassen, eine Reaktion auf äußere Sachzwänge bedeutet, die im Kontrast zu seinem Gefühl der Bindung stehen, machte seine Aussage deutlich:

*„Ich bin mit [meinem Dorf] seit sechsunddreißig Jahren vertraut<sup>22</sup>, seit 1960. Und wenn ich nach Ełk (Lyck) fahre, denn ich habe auch ein Auto, einen ‚Malucha‘, und wenn ich dann hier in meine Straße in Czerwonka einbiege, dann bin ich schon wie zu Hause. Denn hier sagt es mir am meisten zu. Ich liebe Czerwonka, ich liebe es. Vielleicht, weil ich mich daran gewöhnt habe.“<sup>23</sup>*

---

<sup>22</sup> Er ist mit seinen Eltern 1945 in die Gemeinde Stare Juchy gekommen und dann später mit seiner Familie in dieses Dorf gezogen.

<sup>23</sup> „Jestem z nią żyty trzydzieści sześć lat, od sześćdziesiątego roku. I jak jadę w Ełku, bo mam też samochód, ‚malucha‘ tego mam i już jak skręcę na swoje drogę tu do Czerwonki, to już ja jak w domu. Bo tu mnie najlepiej, to <śmiech> odpowiada. Ja lubię Czerwonkę, lubię. Może przyzwyczałem się.“



## Schluß

Die Liebe zum eigenen Haus, zum Ort, zu Masuren ist von vielen meiner Gesprächspartner formuliert worden. Und das ist durchaus generationsübergreifend. Doch während für die Menschen im Rentenalter durch die oben geschilderten Umstände der Druck zur erneuter Migration entsteht, bedeuten für die mittlere und vor allem für die jüngere Generation die Veränderungen der letzten Jahre sowie die auf sie zukommenden Entwicklungen einen enorm verstärkten Migrationsdruck. Es gab immer schon eine starke Abwanderung, vor allem von Personen mit höheren Bildungsabschlüssen. Doch seit 1989 sind alleine in den ehemals staatlichen Betrieben im Ort Stare Juchy und der näheren Umgebung von ungefähr 500 Arbeitsplätzen ca. 400 Arbeitsplätze verloren gegangen. Die Umstrukturierung der Landwirtschaft im Zuge der Annäherung an die EG wird für einen großen Teil der kleinen Landwirte das Aus bedeuten. Sehr oft ist in Gesprächen mit Jüngeren zu hören, daß sie Masuren zwar sehr liebten, aber daß es für sie hier keine Zukunft gäbe. Sie müssen in größere Städte, nach Białystok, Warschau oder Posen gehen, um zumindest die Chance auf eine Zukunft jenseits der zermürenden Sorge um die Sicherstellung des Existenzminimums zu haben. Für sehr viele Familien ist Arbeitsmigration ins Ausland - zum Teil als kurzzeitige Pendelmigration, aber häufig auch als über Jahre andauernde Arbeitsmigration einzelner Familienmitglieder zum Beispiel in die USA und nach Island - die zur Zeit praktizierte Überlebensstrategie.

Während so nun die heimisch gewordene Bevölkerung zur Abwanderung gezwungen ist, kommt es auf der anderen Seite immer mehr zum Aufkauf von Häusern und Seegrundstücken durch finanzkräftige Personen von außerhalb. In der Gemeinde Stare Juchy hat das mancherorts schon dazu geführt, daß die Einheimischen keinen direkten Zugang mehr zu ihrem See haben, da die neuen Besitzer ihre neugewonnene Idylle ungestört genießen wollen.

*Liste der Gesprächspartner, deren Aussagen diesem Beitrag zugrunde liegen, mit Angaben zur Herkunft und Jahr des Zuzuges in die Gemeinde Stare Juchy:*

Herr Kowalski	Polen/ Frühjahr 1945
Herr Morawski	Polen/ Juni 1945
Herr Czylewski	Polen/ Juli 1945
Frau Rykowska	Litauen/ August 1945
Frau Karska	Polen/ September 1945
Herr Sudzinski	Polen/ Sommer 1945
Herr Silski	Bialorußland/ Sommer 1945
Frau Krzewilska	Litauen/ 1945
Fam. Jaszczuk	Bialo Podlaska/ Mai 1947
Frau Kopacka	Polen / 1947
Herr Zakrzewski	Litauen/ 1948
Herr Balicki	Bialorußland/ 1948
Herr Stankowski	Polen, Poznan-Gebiet/ 1950

### **Interviewpassage mit einem Ehepaar**

**P2** - *To nie tak było!* (Das war nicht so!)

**P1** - *A jak było? No i jak tego-* (Und wie war es? Na, wie das...)

**P2** - *Zapomniał eś-* (Du hast es vergessen)

**P1** - *Ty nie pamiętasz!* (Du erinnerst dich nicht!)

**P2** - *Ja nie pamiętam! Jak ja sama załatwiał am wszystko.* (Ich erinnere mich nicht! Ich habe das doch alles selbst gemacht!)

**P1** - *No, ty załatwiał 'aś, no, i wtenczas, mówisz, że było-* (Na, du hast es gemacht, aber damals hast du gesagt, daß es...)

**P2** - *Ci, cicho!* (Pssst!)

## Im Fremden ungewollt zuhause

Traditionstransfer und Wahrnehmung der „Heimat“ bei Ostpreußen in Deutschland.

*"Sie liegt wie ein ungeheurer Mantel über allem, was mit Ostpreußen zu tun hat, diese Melancholie - über Menschen, Landschaft und Geschichte; über dem, was war, und dem, was ist; über Städten, wie über Weihern".<sup>1</sup>*

Mit diesem Zitat des deutschen Publizisten Ralph Giordano kommt ein besonderes deutsches Phänomen zum Ausdruck: das Phänomen Ostpreußen.

Mehr als 50 Jahre sind vergangen, daß diese Region als Provinz zum Deutschen Reich gehörte. Anders als die übrigen ehemaligen Ostprovinzen nimmt Ostpreußen weiterhin eine besondere Stellung ein. Warum läßt sich gerade Ostpreußen, seine Geschichte, seine Bevölkerung und Landschaft nicht aus dem Gedächtnis der Deutschen verbannen? Einerseits sind es die Ostpreußen selbst, die heute noch in Deutschland leben oder ihre Nachfahren, die diese Erinnerung weitergeben. Aber auch andere Deutsche, die weder Ostpreußen noch rückwärtsgewandte Revisionisten sind, nein - es sind vielmehr Journalisten, die sich größter Popularität erfreuen und weitgehend eher dem linken Spektrum zuzuordnen sind, die sich nun verstärkt diesem Thema widmen. Bücher über Ostpreußen sind keine Ladenhüter, sondern behaupten sich monatelang auf den Bestseller-Listen deutscher Wochenmagazine. Genannt seien Klaus Bednarz, der in Buch und Film-Dokumentationen Millionen Deutsche zu fesseln vermochte, Ralph Giordano mit seiner besonderen Biographie schrieb ein faszinierendes

---

<sup>1</sup> Ralph Giordano: Ostpreußen ade. Reise durch ein melancholisches Land. München 1997, S. 25.

Buch zum Thema Ostpreußen, ebenso Christian Graf von Krockow und Marion Gräfin Dönhoff, um nur die wichtigsten zu nennen.<sup>2</sup>

Woran liegt das? Was macht dieses Land so besonders, daß es jetzt, nach der Wende, selbst von der deutschen Linken, von einem politischen Spektrum, welches sich in den siebziger und achtziger Jahren aufgrund ideologischer Rücksichtnahme diesem Thema völlig versperrt hatte, entdeckt wird? Ostpreußen hat Konjunktur - unabhängig von politischer Überzeugung und biographischem Hintergrund.

Die Faszination für das Thema weist bereits eine lange Tradition auf. Im Deutschen Reich lag Ostpreußen am weitesten im Osten. Bereits die deutsche Literatur aus der Wilhelminischen Zeit und Weimarer Republik - Reisebeschreibungen über Ostpreußen sowie volkskundliche Beobachtungen beispielsweise in Masuren, Preußisch Litthauen oder auf der Kurischen Nehrung - vermitteln den Eindruck, daß sich die ortsfremden Besucher aus dem "Reich" hier an einem faszinierenden, aber doch fremd-exotisch anmutenden Ort fühlten, der eher etwas mit der Neugier auf fremde Kulturen in irgendwelchen weitentlegenen Kolonien des Britischen Empire zu tun zu haben schien, als mit dem Staatsgebiet des Deutschen Reiches.<sup>3</sup>

Insbesondere nach dem Ersten Weltkrieg war Ostpreußen - als „Insel“ - in der sogenannten „Volkstums- und Grenzlandpolitik“ zu einem Mythos stilisiert worden. Für viele Schüler- und Studentengruppen war die „Ostfahrt“ eine Selbstverpflichtung, Lehrer gingen aus nationaler Solidarität für eine Zeit nach Ostpreußen. Die urwüchsige Landschaft Ostpreußens - in Liedern, Gedichten und Prosa ver-

---

<sup>2</sup> Vgl. u.a. Klaus Bednarz: *Fernes nahes Land. Begegnungen in Ostpreußen*. Hamburg 1995; Ralph Giordano: *Ostpreußen ade. Reise durch ein melancholisches Land*, München 1997; Christian Graf von Krockow: *Begegnung mit Ostpreußen*. München 1995; Marion Gräfin Dönhoff: *Namen die keiner mehr nennt. Ostpreußen - Menschen und Geschichte*. München 1989.

<sup>3</sup> Vgl. dazu beispielsweise Darstellungen aus der Wilhelminischen Zeit. Albert Weiß: *Preußisch-Litthauen und Masuren. Historische und topographisch-statistische Studien betreffend den Regierungsbezirk Gumbinnen*, Band I-III. Rudolstadt 1878/79; Albert Zweck: *Masuren. Eine Landes- und Volkskunde*. Stuttgart 1900; Hans Heß von Wichdorff: *Masuren. Skizzen und Bilder von Land und Leuten*. Berlin 1915.

klärt und verewigt - tat ein übriges, diese besondere Beziehung Gesamtdeutschlands mit Ostpreußen tief im Bewußtsein zu verankern.

Mit den Fluchtbeginn der ostpreußischen Zivilbevölkerung im Winter 1944/45 begann der Untergang Ostpreußens als alte historische Größe. Millionen Menschen versuchten in Richtung Westen zu entkommen. Diejenigen, die es nicht schafften, traf die Rache der Sieger. Unter sowjetischer und polnischer Verwaltung wurde den verbliebenen Ostpreußen die Heimat zur Fremde gemacht. Vertreibung, Zwangsaussiedlung und im Memelgebiet sowie im polnischen Ostpreußen folgte später ein Massenexodus durch die Aussiedlungen. Von den knapp 2,5 Millionen Einwohnern kamen im Krieg 511 000 Ostpreußen um - das sind 20 % der Gesamtbevölkerung vom Mai 1939. Ostpreußen war die einzige Provinz, wo die Opferzahl der Zivilbevölkerung diejenige der gefallenen Soldaten überstieg.

Die zwei Millionen Ostpreußen auf dem Gebiet der heutigen Bundesrepublik brachten ihre Traditionen in vielfältigen Formen im Fluchtgepäck mit. Die heimatvertriebenen Ostpreußen waren es nach 1945 vor allem, die überall sichtbar, durch die gewaltsame Herauslösung aus ihren tradierten sozialen Beziehungen die Erinnerung an dieses Land kontinuierlich wachhielten. Bis heute bilden sie die stärkste Gruppe, die das Interesse an Ostpreußen in vielfältigen Formen fördert.

In dieser Betrachtung soll sich schwerpunktmäßig auf die aus Masuren stammenden Ostpreußen konzentriert werden. Obwohl sie von polnischer Seite ebenso wie die Ermländer zu den Autochthonen gezählt werden, gibt es dererlei Unterschiede in der westdeutschen Wahrnehmung kaum. Seit der Gründung der Vertriebenenverbände waren die Masuren in die Organisationsstruktur der Ostpreußen insgesamt integriert, masurische Sonderformen existierten in Westdeutschland nie. Wenn hier von "Vertriebenen" gesprochen wird, ist damit keine neuerliche Diskussion um "Vertreibung" oder "Aussiedlung" beabsichtigt, sondern nur die Form gewählt worden, die von dieser Personengruppe als Selbstbezeichnung verwendet wird und auch von der westdeutschen Öffentlichkeit unter diesem Terminus wahrgenommen wurde und wird - als "Vertriebene". Ebenso ist fest-

zustellen, daß sich die Untersuchung nur auf das Gebiet der alten Bundesrepublik beschränken kann, da auf dem Territorium der ehemaligen DDR Vertriebenenorganisationen aus politischen Gründen bis 1990 nicht existieren durften.<sup>4</sup>

Wird der Begriff „Heimat“ verwendet, so ist daran zu denken, daß gerade bei diesem sehr deutschen Terminus vielfältige Aspekte mitschwingen. Auch auf der scheinbar unpolitischen Mikro-Ebene spielen politische und ideologische Einflüsse eine Rolle. „Heimat“ läßt sich in keine andere Sprache adäquat übersetzen. Weder im Englischen trifft die Bezeichnung „home“ oder „native country“ noch der polnische Begriff „maja ojczyzna“ zu. In der deutschen Literatur, in der gesamten kulturellen Tradition, spielt dieser Begriff eine besondere Rolle. Der Schweizer Historiker Carl Jakob Burckhardt definierte Heimat als *„den Ort des tiefsten Vertrauens, der tiefsten Ruhe, den Ort, der die Ruhe des Vertrauens schenkt“*.<sup>5</sup>

Nach 1945 veränderte sich das demographische Bild Westdeutschlands durch die Ankunft von über 10 Millionen Heimatvertriebenen grundlegend. Nur durch große Kraftanstrengungen gelang die Integration der Vertriebenen in die westdeutsche Gesellschaft. Insgesamt läßt sich die Entwicklung seit der Ankunft der Vertriebenen nach 1945 in folgende vier Phasen einteilen:

1. „Konkrete Hoffnung auf Rückkehr“ - Die unmittelbaren Nachkriegsjahre (Vertreibung, Aussiedlung, Ungewißheit, Armut, Familienzusammenführung): 1945-1950.
2. „Aufbau und Neuanfang“ (Lastenausgleich - Integration ): seit 1950 bis Anfang der siebziger Jahre.

---

<sup>4</sup> Für die Zeit nach 1990 bezieht sich diese Untersuchung auf die gesamte Bundesrepublik.

<sup>5</sup> Carl Jakob Burckhardt: Über den Begriff der Heimat. Rede anlässlich der Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels 1954, in: Neue Züricher Zeitung 265 (1954).

3. „Heimweh nach der Kindheit“ - Abschluß der wirtschaftlichen und sozialen Integration (Nostalgische Erinnerungsliteratur, Heimatreisen, Tendenz zur Dokumentation): Anfang der siebziger Jahre bis 1990.

4. „Neue Möglichkeiten“ - konkrete Begegnungen in der alten Heimat: nach 1990.

Nachdem sich Ende der vierziger Jahre herausstellte, daß an eine baldige Rückkehr nicht zu denken war, versuchte man, die Lebensbedingungen im Westen zu verbessern und den eigenen Interessen einen organisatorischen Rahmen zu geben. Vertriebenenverbände forderten überlandsmannschaftlich die sozialen und wirtschaftlichen Anliegen der Flüchtlinge und Vertriebenen ein - zum Beispiel der Bund der Vertriebenen (BdV) als Dachorganisation aller Vertriebenenverbände - und förderten die politische Integration in die neu entstehende westdeutsche Gesellschaft. Daneben kam es 1948/49 zur Gründung erster landsmannschaftlicher Vereinigungen, die sich dem Ziel verschrieben hatten, ihre unmittelbaren ehemaligen Nachbarn, Freunde und Verwandten zu sammeln und die Erinnerung an den konkreten engeren Heimatraum aufrechtzuerhalten.

Für die Region Ostpreußen wurde 1948 die „Landsmannschaft Ostpreußen“ in Hamburg gegründet. Als Dachverband aller organisierten Ostpreußen wollte sie in ihrem Selbstverständnis deren politische Sprachrohr sein. Ihr zentrales Verbandsorgan ist „Das Ostpreußenblatt“, die bis heute auflagenstärkste Vertriebenenzeitung in der Bundesrepublik, die seit 1950 wöchentlich erscheint. Neben Politik gibt es umfangreiche Berichte zur Kultur, Literatur und Geschichte Ostpreußens. Durchgängig findet sich beim „Ostpreußenblatt“ ein nationalkonservatives Profil. Jahrzehntlang der CDU/CSU nahestehend, ist seit der Grenzankennung eine zunehmende parteiunabhängige Berichterstattung zu verzeichnen, die noch weiter am rechten Rand des politischen Meinungsspektrums anzusiedeln ist. 1988 heißt es als Aufgabe und Zweck der Organisation, sie erstrebe *„die Wiedervereinigung Ostpreußens mit ganz Deutschland in Frieden und Frei-*

heit“.<sup>6</sup> An dieser ideologischen Haltung dürfte sich trotz des noch zu zeigenden Wandels in der Einstellung zur „Heimat“ auch nach 1990 kaum etwas verändert haben.

Hier interessieren vor allem die Heimatkreisgemeinschaften als kleinste organisatorische Einheit. Sie repräsentierten quasi als „Landkreise im Exil“ die Tradition der ostpreußischen Verwaltungskreise. Jeder Heimatkreis verfügt über einen Kreisvertreter, dessen Funktion ursprünglich als „Landrat im Exil“ gedacht war. Gewählt von einem „Kreistag“, der alle ehemaligen Verwaltungsbezirke des Kreises repräsentiert, erfaßt jeder ehemalige Landkreis alle ehemaligen Kreisbewohner.

Die interessantesten Publikationsorgane für eine Analyse der konkreten Wahrnehmung und Wandel der „Heimat“-Konzeption sind die Periodika der Kreisgemeinschaften. Dieses einzige Bindeglied zwischen konkreter Heimatarbeit und den verstreut lebenden Mitgliedern ermöglicht es, daß die Kreisgemeinschaften bis heute finanziell autark arbeiten können. Durch die Aussiedlungswellen der fünfziger, sechziger und siebziger Jahre erreichen die masurischen Kreisgemeinschaften teilweise auch die mittlere und jüngere Generation, während die heute in der russischen Kaliningrader Oblast gelegenen Kreise über keine Menschen mehr verfügen, die dort nach 1945 lebten. Für alle Kreisgemeinschaften gilt, daß sie nach 1990 einen letzten Aufschwung durch die neuen Bundesländer erlebten, der Niedergang aber aufgrund der Altersstruktur vorprogrammiert ist.

Der „Heimatbote der Kreisgemeinschaft Ortelsburg“ (Szczytno) erscheint einmal jährlich. Dieser ehemalige ostpreußische Landkreis zählte 1939 knapp 80 000 Einwohner. 1976 als kleines Heft mit einer Auflage von wenigen hundert dem Untergang geweiht, entstand der „Heimatbote“ in den achtziger Jahren in neuem Gewand. 1991 stieg die Auflage auf eine Rekordzahl von 14 000. In den letzten Jahren pendelte er sich auf hohem Niveau bei etwa 11 000 Exemplaren ein.

---

<sup>6</sup> 40 Landsmannschaft Ostpreußen 1948-1988, hrsg. Landsmannschaft Ostpreußen. Hamburg 1988, S. 48.



Der „Johannisburger Heimatbrief“ (Pisz) zählte 1997 etwa 7000 Exemplare Auflage.

Ihre Gründungsmitglieder waren mit der lokalen Elite in der alten Heimat vor 1945 identisch. Ehemalige Landräte, Bürgermeister, Gutsbesitzer, Geschäftsleute und Pfarrer stellten sich in den Dienst dieser Organisationen.<sup>7</sup> Durch den Einfluß dieser Lokalelite entstand ein ganz bestimmtes Bild der alten Heimat, in einen ideologischen Kontext eingebettet. „Heimat“ wurde zu einem Dogma, welches nur selektive Formen der Erinnerung erlaubte. Die Vorgaben hierfür lieferten die Honoratioren.

Um den Einfluß dieser Personen deutlich zu machen, ist ein Rückblick in die Zeit vor 1945 vor allem in Masuren nötig. In dieser Grenzregion, fernab der großen Industriezentren, dominierte eine weitgehend agrarische Gesellschaft, die aufgrund der Boden- und Grundbesitzverhältnisse einem wirtschaftlichen Notstandsgebiet glich. In den Strudel der deutsch-polnischen Propagandakampagne der Zwischenkriegszeit geraten, setzten die Masuren auf ihre alte Elite: Landrat, Pfarrer und Gutsbesitzer. Sie stellten in Masuren eine „obrigkeitsstaatliche“ Struktur dar, die in preußischer Zeit entstand, und zäsurübergreifend, bis 1945 weitgehend erhalten blieb. Die Abdankung der Hohenzollern-Dynastie 1918 verursachte eine tiefe politische Erschütterung. Der Bielefelder Historiker Hans-Ulrich Wehler unterstreicht die „als persönliches Treueverhältnis verstandene Staatsloyalität“ der Masuren. Der spätere Erfolg der NSDAP basierte auch auf der Anknüpfung an „personalistisches Obrigkeitsdenken“, wodurch Hitler, der bestimmte Traditionen der masurischen Mentalität aufgriff, die Funktion eines „Ersatzmonarch[en]“ innehatte.<sup>8</sup> Die überwälti-

---

<sup>7</sup> Der 2. Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen war der ehemalige Oberbürgermeister der Stadt Lötzen Dr. Alfred Gille (1901-1971), der in Lötzen von 1928 bis 1945 tätig war. Vgl. 40 Jahre Landsmannschaft Ostpreußen, S. 43.

<sup>8</sup> Hans-Ulrich Wehler: Zur neueren Geschichte der Masuren, in: Zeitschrift für Ostforschung 11 (1962), S. 147-162, hier: S. 148. Siehe auch Bohdan Koziello-Poklewski: Kształtowanie się postaw politycznych ludności Mazur w okresie międzywojennym, in: Zagadnienia narodowościowe w Prusach Wschodnich w XIX i XX wieku, Olsztyn 1993, S. 121-131. [=OBN Rozprawy i Materiały Nr. 133]. Eben-

genden Wahlsiege der NSDAP in Masuren, die höchsten im gesamten Deutschen Reich, sprechen eine deutliche Sprache.

Diese tiefverinnerlichte patriachalisch anmutende Grundeinstellung rettete sich in die Nachkriegszeit hinüber. Bereits in Masuren bestimmten die lokalen Honoratioren die Sichtweise und beeinflussten den Germanisierungsprozeß nachhaltig. Auch nach 1945 waren sie tonangebend. Allerdings existierten auch keinerlei personelle Alternativen, so daß sich diese Personen unweigerlich an die Spitze setzten. Der Ortelsburger Landrat Victor von Poser, der als einziger Landrat Ostpreußens drei politische Zäsuren überlebte, „regierte“ 30 Jahre im Landkreis Ortelsburg von 1914 bis 1945. Nach dem Krieg bis zu seinem Tod 1957, aber auch darüber hinaus, sprachen die Verbände vom „Vater unseres Heimatkreises“.<sup>9</sup>

Im Zusammenhang mit der ideologisch beeinflussten „Heimat“-Konzeption muß auch die Frage nach dem Selbstverständnis als Masuren gestellt werden. Insbesondere in den masurischen Kreisgemeinschaften wird bis heute ein „Deutschtums“-Mythos gepflegt, der gebetsmühlenartig die „treudeutsche“ Gesinnung der Masuren und die Distanzierung vom polnischen Nachbarn betont. Hierfür finden sich unzählige Beispiele.

Dabei bildet vor allem die Volksabstimmung vom 11. Juli 1920 einen wichtigen Meilenstein. Jahrestage des Plebiszits werden turnusmäßig gefeiert. Für das Selbstverständnis der Heimatverbände diente der überwältigende Sieg für einen Verbleib beim Deutschen Reich als endgültiger Beweis für den deutschen Charakter Masurens. Polnische Territorialforderungen sollten damit präventiv abgewehrt werden, da sie, nach Meinung der Verbände, aufgrund des Abstimmungssieges jeder Grundlage entbehrten. Den deutschen Charakter Masurens zu unterstreichen, lautete die Devise der Verbände. Nach Spuren eines „Masurentums“, etwa der masurisch-polnischen Spra-

---

falls Dieter Hertz-Eichenrode: Die Wende zum Nationalsozialismus im südlichen Ostpreußen 1930-1932. Zugleich ein Beitrag zur Geschichte des Masurentums, in: Olsztynskie Studia Niemcoznawcze, Olsztyn 1986, S. 159-114. [=OBN Rozprawy i Materialy Nr. 98].

<sup>9</sup> Yorckscher Jäger 2 (1955). Beilage: Victor von Poser zum 75. Geburtstag.

che, sucht man vergeblich. Zwischen den Zeilen lassen sich einige Indizien für die Existenz einer masurischen Regionalspezifik erkennen. Jeder Ansatz von masurischer Eigenart aber bedeutete, die Verbindung zu Deutschland, zum Deutschen Reich und Volk aufzulockern. Aus diesem Grund war man, wie schon in der Vorkriegszeit, stets bemüht, das deutsche Antlitz Masurens bei jeder sich nur bietenden Gelegenheit zu unterstreichen. Die Betonung des „Deutschtums“ bedeutete auch die Distanzierung von Polen und der polnischen Politik, die, nach Meinung der Vertriebenen, schon immer die masurische Heimat in einen polnischen Staatsverband inkorporieren wollte.

Ohne kritische Reflektion wurde auch nach 1945 mit demselben Vokalublar argumentiert, wie zur Abstimmungszeit im Jahr 1920:

*„Das war das Bekenntnis der Masuren zum Deutschtum. [...] Von diesem Ereignis fällt Licht in jene Periode der Ohnmacht und Würdelosigkeit Deutschlands. In einer Zeit, als Deutschland wehrlos jedem Zugriff der Feinde gegenüberstand, als eigentlich jede Schwächung des Besiegten im Wunsche seiner Nachbarn lag, da haben die Masuren in überwältigender Mehrheit für ein weiteres Verbleiben in ihrem Vaterlande gestimmt. Damit ist jeder Zweifel an der deutschen Gesinnung der Masuren für alle Zeiten ausgeschlossen!“*<sup>10</sup>

Anhand dieses exemplarischen Zitats erkennt man den permanenten Legitimierungsdruck. Immer wieder mußte noch einmal der „deutsche Charakter“ Masurens beschworen werden. Diese Tendenz geht auf die alte Vorkriegstradition in einer Grenzregion zurück, in der die Masuren als „Deutsche zweiter Klasse“ abgestempelt waren und kontinuierlich neu zu beweisen suchten, daß sie „deutsch“ seien.

Das drückt sich auch im Gebrauch der Ortsnamen aus. Für den masurischen Bereich, in dem die überwiegende Mehrheit der Orte einen polnisch-masurischen Ursprung hatte, die der Region auch ein spezifisches Lokalkolorit gaben, wurden diese fast vollständig aus der

---

<sup>10</sup> Victor von Poser/Max Meyhöfer: Der Kreis Ortelsburg. Ein ostpreußisches Heimatbuch. Leer 1978. Darin: Max Meyhöfer: Die Volksabstimmung vom 11. Juli 1920, S. 146-150, hier S. 149/150.

offiziellen Gebrauch der Vertriebenenverbände gestrichen. Allein die von der NS-Machthabern vorgenommen umfangreichen Ortsnamens-Änderungen im Jahr 1938, wurden in ihrer neuen germanisierten Form übernommen. Der germanisierte Name konnte sich bei vielen Bewohnern in der kurzen Zeit von sechs Jahren bis 1945 nicht mehr durchsetzen. Um so erstaunlicher ist die konsequente Einführung der NS-Schreibweise bei den Verbänden. Die Verwendung rein deutscher oder germanisierter Ortsnamen besaß eine hohe symbolische Bedeutung. Mit dem konsequenten Gebrauch dieser Varianten sollte der vermeintlich deutsche Charakter unterstrichen werden. Interessant ist hierbei, inwieweit die neuen Ortsnamen auch von den Vertriebenen rezipiert wurden. Hierüber gibt es leider noch keine Untersuchungen.

Die Abgrenzung gegenüber den polnischen Nachbarn bildet einen wichtigen Punkt in der Identitätsbildung der Vertriebenen. Nicht durch eigene Schuld ging die Heimat verloren, sondern, so ist als einvernehmlicher Tenor zu hören, durch Polens langgehegte Territorialambitionen. Obwohl die polnische Bevölkerung nie konkret erwähnt wird, erscheint immer ein bestimmtes Bild „vom Polen“, einem anonymen Negativ-Stereotyp zwischen den Zeilen. Allein das „Martyrium“ der verbliebenen Deutschen steht im Mittelpunkt. Bis in die Gegenwart führt jene Vertriebenengeneration die Regie, die bereits 1945 in den Westen gelangte. Die Aussiedler, obwohl auf den Treffen mittlerweile zahlenmäßig die stärkste Gruppe, übernahmen nur selten aktive Positionen. In diesem Zusammenhang ist auch erwähnenswert, daß die „Altvertriebenen“, die 1945/46 nach Westdeutschland kamen, ein völlig unterschiedliches Bild der Heimat hatten als die sogenannten „Aussiedler“. Sie verließen die Heimat unter deutscher Führung, erlebten die Ansiedlung von Polen sowie der polnischen Verwaltung nicht. Dadurch fehlte ihnen ein wichtiges Vergleichsmoment. Ihre Abneigung gegenüber Polen als „Besatzungsmacht“ mit allen stereotypen Vorurteilen beruhte auf einer völligen Unkenntnis der Situation. Konkretes Erleben der Heimat implizierte für die Aussiedler hingegen auch die Zeit nach 1945. Ihr Leben änderte sich fundamental. Allmählich begannen sich viele, mit der Realität abzufinden. Kontakte zu polnischen Nachbarn sowie der Besuch der polnischen Schule usw.

kamen dazu. Aber die Eindrücke der Aussiedler, die nach 1945 noch in Ostpreußen lebten, fanden fast keinen Eingang in die Vertriebenenliteratur. In den neunziger Jahren gibt es erste Beispiele für Berichte von Aussiedlern über die Nachkriegszeit in Masuren. Ihr Kontakt mit der polnischen Sprache und Kultur ließ sie viele Dinge in der Geschichte Masurens unverkrampfter sehen, beispielsweise die Frage der polnisch-masurischen Sprache, die von den Altvertriebenen konsequent verdrängt wurde:

*„Immer mehr Polen siedelten in Leinau an. In das Haus von Onkel Karl zog ein Pole ein, der sich Siembida nannte. Er sprach einige deutsche Worte, uns so konnten wir uns mit ihm ziemlich gut verständigen. Was heißt wir? Ich verstand ja kein einziges polnisches Wort, aber die Erwachsenen. Wir wohnten ja an der polnischen Grenze, und da war es kein Wunder, daß die älteren Menschen diese Sprache verstanden. Es gab sogar alte Menschen, welche die deutsche Sprache nur sehr schlecht beherrschten; dafür sprachen sie das Masurische, was der polnischen Sprache sehr ähnlich war“.*<sup>11</sup>

Weiter wird offen über freundschaftliche Kontakte zu den polnischen Nachbarn gesprochen:

*„Mit den polnischen Kindern verband mich auch die Schule, und so freundete ich mich immer mehr mit dem Stefan P., Julek C., Czeslaw O. und dem Janusz R. an, mit denen wir in die gleiche Klasse gingen.....  
Mit den Polen kamen wir nun gut aus. Vielleicht lag es auch daran, daß Leinau ein kleines Dorf war und man sich immer wieder gegenseitig brauchte“.*<sup>12</sup>

Im übrigen wurde die allgemeine Entwicklung nach 1945 in Polen vollständig verdrängt. Es interessierte niemanden, wie es in Masuren

---

<sup>11</sup> Heinrich Piskorski: Meine Schulzeit in Leinau und Groß Schöndamerau, in: Ortelsburger Heimatbote 1998, S. 115-125, hier S. 116.

<sup>12</sup> Heinrich Piskorski, siehe oben, S. 119ff.

beispielsweise politisch tatsächlich aussah. Wichtig war allein eine alles andere ausblendende Konzentration auf die schlechte Versorgungslage, die fehlende Infrastruktur und einen von den Vertriebenen konstatierten allgemeinen Verfall, um diese als Indizien für das Negativ-Stereotyp „*Polnische Wirtschaft*“ bestätigt zu sehen. Immer wieder fanden sich bis 1989 vereinzelte Nachrichten über Lebensmittelknappheit, die notleidende deutsche Restbevölkerung und Repressalien gegen Deutsche/Autochthone. Vergleiche mit dem Zustand bis 1945 - gegenübergestellte Fotografien früher/heute - sollten nachdrücklich unterstreichen, daß Masuren unter polnischer Herrschaft abgewirtschaftet und dem totalen Verfall preisgegeben sei, während es als deutsches Territorium bis 1945 eine „Kornkammer des Reiches“, schlichtweg ein „blühendes“ Land gewesen sei.

Auch anhand der Analyse anderer Abbildungen läßt sich diese Tendenz erkennen, alles in einem besonders „deutschen“ Licht erscheinen zu lassen. Die ideologische Konzeption von „Heimat“ in den Organisationen lassen insgesamt eine selektive Wahrnehmung erkennen, die sich auch in der Auswahl der Artikel und Fotografien niederschlägt. Die vielen Fotografien, die in den Periodika zu finden sind, stammen fast ausschließlich aus der Vorkriegszeit, vor allem aus der Ära des Nationalsozialismus. Kritische Bildkommentare zur NS-Zeit finden sich nicht. Da die Region Masuren nach 1933 eine wirtschaftliche Blüte erlebte, wird insbesondere die Phase bis 1939 als die angenehmste dargestellt. Subjektiv erlebten viele Ostpreußen den Aufschwung, den Modernisierungsschub in der Landwirtschaft, den Abbau der Arbeitslosigkeit und den Ausbau der Infrastruktur. In den Erinnerungen verklären sich die dreißiger Jahre zu einer „goldenen Zeit“. Völlig unkritisch konstatiert ein Masurenautor noch 1983, daß die Arbeitslosigkeit im Dritten Reich in kurzer Zeit abgebaut werden konnte. Schließlich meint er schwärmerisch: „*Wie schön wäre es gewesen, wenn auch für die kommenden Jahre der Frieden gehalten hätte! Die Menschen wären glücklich gewesen!*“<sup>13</sup>

---

<sup>13</sup> Reinhold Weber: Masuren. Geschichte - Land und Leute. Leer 1993, S. 135.

Daß diese „friedlichen“ Jahre bis 1939 bereits mit brutalem Terror einhergingen, wird nie erwähnt. Kommunisten, Sozialdemokraten, aber auch andere Gruppen, die durch den NS-Terror verfolgt wurden, finden keine Erwähnung. Vor allem läßt sich das am völligen Ignorieren der Juden erkennen. Die Juden Masurens, die in allen Städten lebten, spielen keine Rolle und werden mit keiner Silbe erwähnt. Weder tauchen sie in den Periodika der Vertriebenen auf, noch finden sie in historischen Abhandlungen der Kreis-Dokumentationen Erwähnung. Daß auch in Masuren die Synagogen brannten, Juden schon vor 1938 deportiert, tyrannisiert und mißhandelt wurden, erfährt keine Erwähnung.<sup>14</sup>

Hier lassen sich Traditionslinien erkennen, die ein ganz bestimmte Konzeption von „Heimat“, und damit von Erinnerung und historischem Gedächtnis förderten. Zusammen mit dieser Ideologie und dem subjektiven Empfinden des persönlichen Heimatverlustes entstand eine selektive Wahrnehmung, die das Leid anderer relativieren ließ und allein das eigene Schicksal zum Maßstab machte.

Elternhaus, Schule, Kirche, Friedhof, der tägliche Weg zu markanten Orten, Landschaft und Landwirtschaft, das heimatliche Dorf - das sind die Hauptbezugspunkte in den Darstellungen.

Um diese Themen kreisen alle Beiträge. Vertraute Bezugspunkte in einer kleinen Welt, die aus der Retrospektive idealisiert werden. Es ist der Weg zur Schule, der Besuch bei den Großeltern, Erinnerungen an die Erntezeit, den masurischen Winter, Baden im See, Feiern und Vereinswesen, die als Hauptelemente immer wiederkehren. Ebenso ist es mit den Friedhöfen. Bereits unmittelbar nach Kriegsende spielte die Frage der Friedhöfe eine entscheidende Rolle. Wer kümmert sich um „unsere“ Toten? Sie ruhen in heimatlicher Erde, aber wir, die alten Bewohner, können ihre Ruhestätten nicht mehr besuchen. Liest man Berichte über eine Heimatreise, spielen Elternhaus, Kirche und Fried-

---

<sup>14</sup> In den Kreisbüchern jüngerer Datums werden die Juden wenigstens erwähnt. In den meisten Kreisgemeinschaften finden sie nicht einmal als statistische Größe Berücksichtigung. Eine positive Ausnahme stellt das Osteroder Heimatbuch dar. Vgl. dazu: Klaus Bürger: Kreisbuch Osterode Ostpreußen. Osterode/Harz 1983, S. 592-603.

hof eine besondere Rolle. Diese drei Orte werden immer aufgesucht. Die Enttäuschung über nicht gepflegte Friedhöfe kommt immer wieder in starken emotionalen Reaktionen zum Ausdruck. Der Friedhof gilt als besonderer Ort kollektiver Erinnerung.

Unmittelbar nach dem Krieg wirkte der Verlust der Heimat traumatisch auf diejenigen, die dort ihre Existenzgrundlage verloren und im Westen vor dem Nichts standen. Der Wunsch nach Rückkehr in die alte Heimat überwog alle sentimentalischen Erinnerungen, da die große Mehrheit der Ostpreußen in tiefer Armut und sozialer Deklassierung lebte, von weiten Teilen der einheimischen westdeutschen Bevölkerung weder verstanden noch akzeptiert. Daher stand die Sehnsucht nach Rückkehr in ein tradiertes soziales Gefüge, aus dem man 1945 gerissen wurde, an oberster Stelle.

Nachdem die wirtschaftliche und soziale Integration größtenteils abgeschlossen war, begann sich das Bild der Heimat auch bei den Ostpreußen spürbar zu ändern. Dieser Prozeß läßt sich intern seit den späten sechziger Jahren, vor allem aber nach den Ostverträgen, feststellen. Formal erteilte nun die Politik jeglicher Hoffnung auf Wiedereingliederung der Ostgebiete in einen zukünftigen deutschen Staatsverband eine Absage. Zeitgleich konnte die wirtschaftliche und soziale Integration als abgeschlossen betrachtet werden.

Viele Ostpreußen erreichten das Pensionsalter - jenseits konkreter Rückkehrhoffnungen dominierte nun ein Heimatbild, welches sich nostalgisch auf den Spuren der Kindheit und Jugend bewegte. Fahrten in die alte Heimat wurden durch die Ostverträge erstmals möglich. Das Bild der Heimat wandelte sich auch in der Literatur der Vertriebenen. Weg von konkreten Eingliederungsratschlägen sowie Rückkehrwünschen ging es nun um das Verfassen von Erinnerungen, vor allem mit dem starken Drang, die Geschichte Ostpreußens auch auf Mikroebene zu dokumentieren. Überliefertes Wissen aufzubereiten und der Nachwelt zu erhalten. Durch die gelungene Integration war es nun vielen Ostpreußen möglich, umfangreiche Heimatliteratur zu erwerben.

In dieser Zeit entstanden unzählige Kreisdokumentationen, Ortschroniken, Erinnerungen und andere wissenschaftliche und populär



gehaltene Darstellungen. Nun besaß „Heimat“ eine andere Dimension: die Dokumentation dessen, was unwiederbringlich verloren war. Die sogenannten "Kreisbücher" wurden von Autoren verfaßt, die bis 1945 in führender Position in Wirtschaft und Verwaltung tätig waren und jetzt über ihren früheren Wirkungskreis als Experten berichteten. Dadurch stellen diese Kreisdokumentationen einen guten Einblick in die kommunale Struktur ostpreußischer Landkreise dar. Ein konservativ-nationales Geschichtsbild prägt die Darstellungen, die ein Kaleidoskop der Traditionslinien innerhalb der Vertriebenenverbände sind.<sup>15</sup>

Insbesondere die achtziger Jahre brachten eine Vielzahl verschiedener Publikationen zum Thema Ostpreußen, erstmals auch Reiseführer für den nunmehr zugänglichen Teil des südlichen polnischen Ostpreußens. Eine intensive Auseinandersetzung mit dem Thema „Die Heimat heute“ begann. Erstmals wurden Kontakte zu den heutigen polnischen Bewohnern möglich, die zu neuen Einblicken führten und sich auch in der ostpreußischen Heimatliteratur niederschlugen. In der ostpreußischen Heimatliteratur dominierten nun Kindheits- und Jugenderinnerungen sowie vor allem erste aktuelle Reiseberichte. Kindheitserinnerungen einer ältergewordenen Generation, die mehr als fünfzig Jahre nach dem Verlust der Heimat, ins Pensionsalter gekommen, das Land der Kindheit und Jugend Revue passieren läßt.<sup>16</sup> Reisen in die ehemalige Heimat nahmen einen großen Stellenwert ein. Immer wieder berichten Reisende von ihrem Besuch „Zuhause“, im

---

<sup>15</sup> Weitere Kreisbücher sind u.a. Max Meyhöfer: Der Kreis Lötzen. Ein ostpreußisches Heimatbuch. Würzburg 1961. [=Ostdeutsche Beiträge XX]; Paul Glass/Fritz Bredenberg (Hrsg): Der Kreis Sensburg. Würzburg 1960. [=Ostdeutsche Beiträge XV]; Reinhold Weber: Der Kreis Lyck. Ein ostpreußisches Heimatbuch. Leer 1981.

<sup>16</sup> Erinnerungen, nostalgische Ostpreußen-Romantik und Reisebeschreibungen entstanden in kaum zu erfassender Anzahl. U.a. Esther Gräfin von Schwerin: Kormorane, Brombeerranken. Erinnerungen an Ostpreußen. Frankfurt/Berlin 1989; Eva Maria Sirowatka: Masuren lächelte mir zu. Geschichten von einst und jetzt. Reinbek 1987; Wilhelm Matull (Bearbeiter): Von Grafen, Pastoren und Marjellchen. Ostpreußen und seine Originale in Anekdoten und Histörchen. Reinbek 1976. Im Bereich der Belletristik erreichte Arno Surminski eine Millionenleserschaft mit seinen Ostpreußen-Romanen. U.a. Arno Surminski: Jokehnen oder Wie lange fährt man von Ostpreußen nach Deutschland. Reinbek 1997.

Heimatdorf, auf den Friedhöfen, in der Kirche. Viele reisen nach Masuren, um die alte Heimat noch einmal zu sehen. Manche fahren jährlich dorthin - es finden sich verschiedene Varianten des „Heimwehtourismus“.

Mit dem Jahr 1990 trat eine neue Dimension im Verhältnis zur alten Heimat ein - neben der Öffnung des nördlichen Ostpreußens war nun auch ein konkreter Kontakt zu örtlichen Kommunen möglich. Betrachtet man die ostpreußischen Kreisgemeinschaften, läßt sich ein verblüffender Tatbestand erkennen. Viele nutzten die sich ihnen bietenden neuen Möglichkeiten zu diversen Aktivitäten. Insbesondere das russische Ostpreußen war nun erstmals offiziell zugänglich. Waren aus dem polnischen Bereich schon seit Jahren viele Fakten bekannt, erschloß sich in der Kaliningrader Oblast ein völlig neues Terrain. Es gibt mittlerweile keine Kreisgemeinschaft, die nicht über direkte Kontakte zu den polnischen, russischen oder litauischen Behörden verfügt. Bei vielen gehen die Kreisvorstände ein und aus. Berührungspunkte gibt es kaum mehr. Neben einer Arbeit für die deutsche Minderheit geht es vor allem um direkte Hilfe (Medikamentenlieferungen, Lebensmittel) Die Kreisgemeinschaft Ortelsburg sammelte 1995 eine größere Summe Geld, um der heutigen Stadt Ortelsburg/Szczytno den Bau einer Kläranlage zu ermöglichen. Vor allem aber sind es Relikte der deutschen Vergangenheit, denen das Hauptaugenmerk der Vertriebenen gilt. Gedenksteine, die an die deutschen Bewohner erinnern, finden sich immer häufiger. Erhaltenswerte Denkmäler und Gebäude werden gemeinsam in Basisarbeit restauriert, Friedhöfe instandgesetzt.

Daß sich die Einflußnahme der Vertriebenen nicht unproblematisch gestaltet und ihre Hilfsmaßnahmen mit einer klaren Intention verbunden sind, kann hier nicht vertieft werden. Tatsache ist auch, daß es, obwohl der Anteil der Rückkehrwilligen eigentlich gegen Null läuft, um die Stärkung eines „deutschen“ Elements gehen soll. Die deutsche Minderheit steht dabei besonders im Blickpunkt der Vertriebenen. Die dort verbliebenen Deutschen dienen der zusätzlichen Legitimierung Ostpreußens als „deutsches“ Land, aber ebenfalls stärker rückwärts- als zukunftsgerichtet.

Durch den fortschreitenden Kontakt finden sich Worte, die vor 1990 noch undenkbar waren. 1995 liest man neue, völlig ungewohnte Zeilen der Verständigungsbereitschaft eines ostpreußischen Kreisvorsitzenden, typisch für neue Ära eines Dialogs:

*„Dazu gehört auch, daß wir gutnachbarschaftliche Beziehungen zu den dort lebenden Polen und ihren Repräsentanten aufnehmen und unterhalten. Sie leben dort nun bereits in der dritten Generation, die zunehmend danach fragt, was vor ihnen war. Ihnen die historische Wahrheit über die deutsche Geschichte des Landes zu vermitteln ist eine der Voraussetzungen für gute Beziehungen. Es ist daher erforderlich, daß wir die Polen bei der Suche nach dieser Wahrheit unterstützen.“*<sup>17</sup>

Diese Ansätze für einen verstärkten Dialog bilden noch immer die Ausnahme in den konservativ orientierten Verbänden, doch bringt das obige Zitat eine bestimmte Dynamik zum Ausdruck, die auch die Vertriebenenverbände ergriffen hat.

Wie sieht die gegenwärtige Situation also aus? Ostpreußen hat Konjunktur - das wurde bereits festgestellt. Diesmal aber unter anderen Vorzeichen. Die Öffnung des gesamten Ostpreußens für Besucher, die Möglichkeit der Kooperation mit Polen, Russen und Litauern ermöglichte völlig neue, bisher ungeahnte Perspektiven. Viele Ostpreußen nutzen diese Möglichkeiten, vor Ort im Miteinander mit den heutigen Bewohnern ihrer Verbundenheit zur alten Heimat in vielfältigen Aktivitäten Ausdruck zu verleihen.

Deshalb, so läßt sich nach Analyse der Hauptlinien bei den deutschen Ostpreußen abschließend feststellen, ist Ostpreußen als alte historische Einheit zwar verloren, aber das deutsche Erbe kann nun im konstruktiven Dialog für die Zukunftsgestaltung der heutigen Region eingebracht und genutzt werden. Inwieweit sich die Vertriebenen langfristig einbringen können, bleibt abzuwarten. Doch wird die einseitig gepflegte Tradition einem unverkrampften Dialog weiterhin im

---

<sup>17</sup> Heimatbote der Kreisgemeinschaft Ortelsburg Ostpreußen 1995, S. 2.

Weg stehen. „Heimat“ als Ideologie in der skizzierten Überlieferung wird bei den Verbänden das größte Hindernis bilden.

Es scheint, daß auch die Vertriebenenverbände durchaus die Chancen nach 1990 erkannt haben. Wollen sie überhaupt noch eine Daseinsberechtigung jenseits der Traditionspflege mit dem Blick in die Vergangenheit haben, dann liegt sie im Dialog mit den Nachbarn im Osten. Ob den Verbänden diese Kurskorrektur dauerhaft noch rechtzeitig gelingen wird, scheint angesichts ihrer völligen Überalterung und der fehlenden Bereitschaft fraglich. Die zweite und dritte Generation ist in den Verbänden nur minimal präsent. Zwar interessieren sich viele von ihnen für die Heimat der Vorfahren, doch beschränkt sich dieses Interesse auf einen privaten familiären Rahmen. Das Bild der „Heimat“ wandelte sich seit 1945. Die selektive Wahrnehmung der Vergangenheit, das heißt, die Akzentuierung bestimmter Symbole sowie die gleichzeitige Ausblendung anderer, führte zu einem zunehmenden Realitätsverlust. Die rückwärtsgewandte nostalgische Verklärung der Vergangenheit, immer wieder in der Vertriebenenliteratur beschrieben und mystifiziert, konservierte eine Scheinwelt überlebter Vorstellungen einer untergegangenen Zeit.

## Russen und Deutsche in Ostpreußen nach 1945 - Konfrontation oder Integration?

Die gleichzeitige Existenz von Deutschen und Russen in Ostpreußen nach dem Krieg stellt in der russischen Geschichte die einzige Episode eines derartigen Kontakts mit der westeuropäischen (genauer: zentral-europäischen) Zivilisation dar. Diese Einzigartigkeit bestand erstens darin, daß es eine verhältnismäßig lange Periode war - mehr als drei Jahre -; zweitens in ihrer Massenhaftigkeit - es waren Zehntausende von Menschen beteiligt -, und drittens waren die betroffenen Personen keine Angehörigen des Militärs oder speziell vorbereitete und ausgewählte Leute, sondern einfache Bürger.

Natürlich ist dieser Kontakt russischer - präziser: sowjetischer - Menschen mit den Trägern einer andren Zivilisationsform nicht als „reines Experiment“ anzusehen. Er fand statt unter den Bedingungen des gerade erst beendeten Krieges, in dem es Sieger und Besiegte gegeben hatte. Diese Tatsache verlieh den sich gestaltenden Beziehungen nicht nur ihren besonderen Charakter, sondern bestimmte sie wesentlich. In diesem Beitrag wird es nur um die Kontakte der Zivilbevölkerung nach der Beendigung sämtlicher Kriegshandlungen gehen. Als Quellen dienten sowohl Archivmaterial, insbesondere das der diversen Abteilungen des Innenministeriums, als auch das Material der zahlreichen Fragebögen und Interviews, die von den Lehrkräften und Studenten der historischen Fakultät der Kaliningrader Universität von 1988 bis 1991 unter Leitung des Autors mit den ersten Übersiedlern durchgeführt wurden.<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Insgesamt wurden 320 Interviews mit sowjetischen Übersiedlern durchgeführt und entsprechend dokumentiert, die zwischen 1945 und 1950 zwecks ständigen Aufenthalts in das Kaliningrader Gebiet gekommen waren. Die Befragung wurde in allen Rayons des Gebietes vorgenommen - in insgesamt 51 besiedelten Orten. Die Interviews wurden als Schreibmaschinentexte ins wissenschaftliche Archiv des Kaliningrader Historisch-künstlerischen Museums gegeben, das das Projekt auch finanziell unterstützt hatte, insbesondere finanzierte es eine Expedition auf der Territorium des Gebietes (die Interviews umfassen neunzehn Bände, deren Nummern beim Zitieren in den Fußnoten dieses Artikels ausgewiesen werden). Auf der Basis dieser Interviews wurde von dem

Vorab einige Worte zu den Ausgangspositionen, d. h. dazu, mit welchen Vorstellungen, Gefühlen und Stimmungen die sowjetischen Übersiedler nach Ostpreußen kamen. Über das Land, in dem sie leben sollten, wußten sie sehr wenig. Sie meinten, sie gingen „nach Deutschland“. Selbst als es eine neue Bezeichnung gab - Kaliningradskaja oblast -, nannte man das Land weiterhin Deutschland oder Preußen.

Als Resultat der Befragung lassen sich drei Hauptgefühle unterscheiden, von den die Übersiedler beherrscht wurden: Haß, Furcht und Neugier. Das Haßgefühl gegenüber dem ehemaligen Feind ist verständlich: Der Hauptstrom der Übersiedler kam aus Landesteilen, die von den Wehrmachtssoldaten zerstört worden waren. Doch gab es auch in den Familien derjenige, die aus dem Ural, Sibirien oder Mittelasien anreisten, Gefallene, Invaliden und Verschollene. Die Erziehung zur Feindschaft nicht nur gegenüber den Faschisten, sondern allen Deutschen, allem Deutschen überhaupt war eine der wesentlichen Aufgaben der offiziellen Propaganda während des Krieges. Hier Beispiele solcher Propaganda aus der Frontberichterstattung sowjetischer Zeitungen:

*„Angenehm ist der Anblick eines toten Preußen in seinem eigenen Land, hinter Tilsit und Gumbinnen bei Königsberg, am Weg, der nach Berlin führt. Der Krieg ist in das Land zurückgekommen, das ihn hervorgebracht hat. Eng wird es jetzt für den toten Preußen, eng im deutschen Laufgraben: Eine Leiche erkaltet auf der anderen. Schwarzer Schnee. Asche. Und im Westen - der blutrote Horizont, die feurige Linie unseres Angriffs. Dorthin zieht der Krieg. In unserem Herzen der Junisonntag 1941, das brennende Minsk, das Kinderblut im Straßenstaub. Deutsche Bomben auf die Flüchtlingsmassen. Jetzt haben wir den von den Deutschen entfachten Krieg in ihr eigenes Lager getrieben. Insterburg brennt, angezündet von deutschen Brandbomben. Die Daunnen deutscher Federbetten wirbeln durch die Luft. Die Federbetten hatten sich deutsche Maschinengewehrschützen über den Kopf gezogen. Bajonette holten sie dort heraus. Ein Schneesturm aus Daunnenfedern tobt durchs leere*

---

Autorenkollektiv eine Dokumentation vorbereitet mit dem Titel „Übersiedler erzählen. Die ersten Jahre des Kaliningrader Gebietes in Erinnerungen und Dokumenten“. Doch wurde die Veröffentlichung des Buches im Mai 1997 auf Anordnung des Vizegouverneurs des Gebietes I. Kusnecowa wegen „verleumderischen“ Inhalts untersagt und der Drucksatz vernichtet.

*Insterburg. Möge die Flamme der Vergeltung es verzehren - wir denken an Minsk, an Kiev, an Smolensk, an Vjasma..“<sup>2</sup>*

In dem berühmten Pravda-Artikel „*Der Fall von Königsberg*“ wird ein wahrhaft unheilvolles Bild der eroberten Stadt gezeichnet: „Königsberg - das ist die Geschichte der Verbrechen Deutschlands. Jahrhundertlang lebte es von Raub, ein anderes Leben kannte es nicht. Schweigsam und düster sind hier die Paläste... Im Zentrum der Stadt die Zitadelle, ein spitz zulaufender Bau von erstaunlichen Ausmaßen, in dem Galerien, Gänge und Kasematten durchgebohrt, ausgehauen, ausgehöhlt sind. Sie führen tief unter die Erde...“<sup>3</sup>

Diese Gleichsetzung des Deutschen und Faschistischen war so stark, daß die Parteiideologen dem Militär am Ende des Krieges die Unterschiede zwischen beiden bekanntlich extra erläutern mußten.

Schwieriger zu erklären ist die Furcht. Ihre Quelle waren die unter den Übersiedlern kursierenden Gerüchte über Sabotage und Erschießungen durch die im Gebiet verbliebenen Deutschen. Nach Geheimberichten des Innenministeriums, die die Stimmungen und Gespräche unter den Übersiedlern sorgfältig nachzeichneten, waren folgende negative Gerüchte typisch (Herbst 46): Von Leuten aus dem Gebiet von Jaroslavl: „Es ist gefährlich, dorthin zu gehen, die Russen werden dort täglich zu Dutzenden erschlagen, man haut ihnen die Finger ab.“ In einer anderen Mitteilung: „... zu dem Ort kann man nicht gelangen, weil die Banditen alle Güterwagen die Böschung hinabwerfen.“ In der Gegend von Kalinin, wo man ebenfalls verstärkt Übersiedler anwarb, tauchten Gerüchte auf, daß die verbliebenen Deutschen die Ansiedlung von Russen im der Kaliningrader Gebiet verhinderten.<sup>4</sup>

Etwas taucht in der mündlichen Überlieferung immer wieder auf, daß nämlich die Deutschen am Jahrestag der Oktoberrevolution einen russischen Soldaten erhängt hätten. Er sei am ausgestreckten Arm des Kaiser-Wilhelm-Denkmal in Königsberg aufgeknüpft worden, auf seiner Brust habe er eine Tafel mit einem Text gehabt. Der Inhalt die-

---

<sup>2</sup> Ivestija, 1. Februar 1945

<sup>3</sup> Pravda, 13. April 1945

<sup>4</sup> Staatsarchiv der Russischen Föderation (Moskau), F R9479. Ministerium des Inneren. Abteilung Spez. Ansiedlungen. Op. 1. D. 304. L. 99, 208-209

ses Textes variiert in der Wiedergabe, doch meist soll er so gelautet haben: „Königsberg war und bleibt.“ Übrigens haben wir für diesen Vorfall keinerlei Bestätigung in den Unterlagen finden können.

Neben der Angst vor terroristischen Aktionen sah man auch in dem unklaren Status des Gebietes eine Gefahr. Wie es hieß, könne es wieder „abgegeben“ werden, hinzu kam die schwierige internationale Situation. Der Milizchef von Mordovije berichtete von gehäuften Ablehnungen einer Übersiedlung in das Gebiet, begründet mit der Angst: „Sobald ein neuer Krieg beginnt, wären wir ja mit unseren Familien in der Kampfzone.“<sup>5</sup> Neben diesen Vorurteilen und Ängsten gab es aber, besonders bei der Jugend, auch einfach menschliche Neugier, ein Interesse an dem neuen Land und an den Leuten „hinter der Grenze“. Aus all dem läßt sich schließen, daß *bis zur Begegnung* mit den Ortsansässigen alle sowjetischen Übersiedler ein deutlich negatives Verhältnis zu den Deutschen als solchen hatten.

Und dann kam die erste Begegnung. Die Erzählungen hiervon wiederholen sich von Interview zu Interview und überraschen jedes Mal. Der Zug mit den Übersiedlern fährt in den Bahnhof ein - Gumbinnen, Darkehmen oder Königsberg - , die Türen der geheizten Güterwaggons gehen auf, junge Deutsche stehen davor, sauber, ordentlich, jedoch blaß und abgemagert. Sie bitten, deutsch und russisch vermischend, um Brot. Die Übersiedler geben ihnen einfaches Essen, ein Gespräch entsteht, Bekanntschaften entwickeln sich. Dieser direkte menschliche Kontakt löscht in einem Augenblick die jahrelangen Bemühungen der Propaganda aus und auch, was das Erstaunlichste ist, die eigene Erfahrung, den Rachedurst oder besser gesagt den Durst nach gerechter Vergeltung, den jeder Übersiedler in das Land des fluchwürdigen Feindes mitgebracht hatte.

Doch obgleich die ersten unmittelbaren Kontakte das ursprüngliche Negativbild der Deutschen wesentlich korrigierten, wurde das darauffolgende gemeinsame Leben der Russen und Deutschen von anderen Faktoren bestimmt. Was für ein Leben war dies - Konfrontation oder Integration? Beginnen wir mit der unangenehmen Seite, den Konflikten.

---

<sup>5</sup> Ebd., L. 40.



Die angespannten Beziehungen zwischen Siegern und Besiegten hatte verschiedene Auswirkungen - Kriminalität, Alltagskonflikte, kulturelle und ideologische Differenzen. Eine wichtige Quelle beim Studium dieses Problems sind die täglichen Berichte von den Verbrechen und Vorkommnissen, die von den Organen des Inneren für die örtlichen Machtorgane zusammengestellt wurden. Der Autor hat solche Berichte aus Kaliningrad von 1946 einsehen können. Opfer von Verbrechen waren sowohl Russen als auch Deutsche. Nach unserer Einschätzung waren zu einem Drittel Ortsansässige und zu zwei Dritteln Übersiedler betroffen. Doch kann man angesichts der Tatsache, daß die sowjetischen Übersiedler eine größere Zahl umfaßten, von vergleichbaren Größen sprechen. Bei vielen Verbrechen, die an Deutschen begangen wurden, gibt es eine Unverhältnismäßigkeit zwischen der Grausamkeit des Delikts und dem jeweiligen Ziel (als Motive für die kriminellen Handlungen werden in den Berichten fast immer materielle Interessen und der Wunsch, fremdes Eigentum zu rauben oder in Besitz zu nehmen, genannt. Dabei figurieren als Eigentum in der Regel Kleidung, Bettzeug, Geschirr, ein Halbsack Kartoffeln u.ä.):

*„26. Oktober 1946. Der 2. Milizabschnitt erhielt um 20.30 Uhr die Meldung, daß der Deutsche Schulz Hans, geb. 1896, um 13 Uhr nach Brennholz in den Wald gegangen und nicht wieder zurückgekommen war. Durch eingeleitete operative Maßnahmen wurde die Leiche des Schulz Hans am Waldrand gefunden. Bei Untersuchung der Leiche wurden 3 Schnittwunden unter dem Bart entdeckt, auch waren Schuhwerk und Kleidung ausgezogen. Die Leiche wurde ins Krankenhaus gebracht. Es wurden Maßnahmen zur Fahndung nach den Tätern ergriffen. Die Untersuchung führt die 2. Milizabteilung.“<sup>6</sup>*

*„27. 12. 46 wurden um 12 Uhr in der Karl-Marx-Str. im Haus Nr. 17 zwei Leichen entdeckt. Bei Aufsuchen des Tatorts wurde festgestellt: In der 2. Etage des zerstörten Hauses wohnten zwei deutsche Frauen. Die eine lag auf dem Bett, mit einem Beil erschlagen, der Kopf war zertrümmert, die zweite auf dem Fußboden, ebenfalls mit einem Beil erschlagen, die Täter wurden nicht festgestellt, der Mord war zum Zwecke des Raubes ausgeführt worden, die Leichen wurden zur Sektion ins Krankenhaus gebracht.“<sup>7</sup>*

---

<sup>6</sup> Staatsarchiv des Kaliningrader Gebiets (GAKO). F. 298. Op. 3. D. 2. L. 45.

<sup>7</sup> Ebd. F. 237. Op. 1. D. 2. L. 78.

Wenn man den Berichten glauben kann - und dies ist der Fall , da das Dokument ausschließlich für den internen Gebrauch bestimmt war und den Vermerk „streng geheim“ trug -, gab es unter den Verbrechen gegen Deutsche sehr selten solche, in denen man andere als materielle Motive erkennen kann, also solche, die man als Racheakte, als von Feindschaft und Haß gegenüber den Deutschen diktiert ansehen kann. Hier eine solche seltene Mitteilung:

*„22. 7. 46. In dem Weiler Rutenstein im 2. Rayon fielen der Bürger Koljagin P. I. und die Bürgerin Ivljova M. V., die sich in angetrunkenem Zustand befanden, mit Beschimpfungen über die Deutsche Aller und deren Bruder Aller Willi her und versetzten ihnen mehrere Schläge. Dem Aller Willi schlugen sie ein Bein ab und zerquetschten seine Geschlechtsorgane. Koljagin und Ivljova wurden verhaftet.“<sup>8</sup>*

Unter den Hunderten von registrierten Verbrechen gab es nur wenige Fälle, in denen die Täter Deutsche waren. Hierbei verwundert nicht, daß mit den am Tatort angetroffenen Deutschen kurzer Prozess gemacht wurde. Wir zitieren eine Report über Ereignisse in Kaliningrad von 1946:

*„25. 12. 46 drang im 7. Rayon in der Regenstraße Nr. 40 um zwei Uhr nachts ein Deutscher in die Wohnung des Popov, Kommandeur im 11. Gardearmee, ein, raffte Sachen zu einem Bündel zusammen und versuchte mit den Sachen durch ein Fenster zu fliehen, wo er von Kommandeur Popov mit der Pistole erschossen wurde. Bei der Untersuchung des Toten wurden keine Papiere gefunden. Name, Vorname und Vatersname des getöteten Deutschen wurden nicht festgestellt, sein Alter war 16-17 Jahre. Der Tote wurde ins Leichenschauhaus gebracht.“<sup>9</sup>*

Natürlich sind kriminelle Handlungen das extremste, was an Konflikten auftreten kann. Doch auch im Alltag sah es nicht anders aus. Mit anderen Worten, die sowjetischen Bürger waren die aktive, die angreifende Seite. Die Gründe für Konfliktsituationen waren durchaus verschieden. Zu den typischen kann man die Nötigung zum Ausführen dieser oder jener Arbeiten oder zum Erweisen von unentgeltlichen Diensten rech-

---

<sup>8</sup> Ebd, L.3 (die angeführten Namen wurden geändert)

<sup>9</sup> Ebd. L. 77 (Der Name des Kommandeurs wurde geändert)

nen sowie mündliche Beleidigungen oder wenn deutscher Bewohner aus ihren Wohnungen und Häusern hinausgeworfen wurden. Zu letzterem ein Zitat aus einem Interview mit Manefa Ševčenko, die seit 1945 in Kaliningrad lebte:

*„Als ich 1947 in der Schule zu arbeiten begann, konnte ich diese nur sehr schlecht erreichen, da keine Straßenbahnen fuhren. Da gab man mir und meinem Mann einen Berechtigungsschein für ein beliebiges Haus im Rayon der Schule. Wir suchten sehr lange und fanden endlich ein Haus, das uns gefiel. Dort wohnten vier Deutsche. Die Vertreter der Wohnungsverwaltung legten ihnen nahe, innerhalb von 24 Stunden auszuziehen. Dabei, stellen Sie sich vor, durften sie ihre Sachen nicht mitnehmen. Das heißt, sie durften ein Bündel mitnehmen, nicht mehr als zwei Kilo, und auch das nur in einigen Fällen.“<sup>10</sup>*

In solchen Fällen widersprachen die Deutschen lieber nicht, sie waren bemüht, allen entstehenden Konflikten aus dem Wege zu gehen und ertrugen lieber etwas, was sie für ungerecht hielten. Ein solches Verhaltensmuster übertrug sich auch auf die Kinder. Sie reagierten nicht einmal, wenn sie von sowjetischen Altersgenossen geärgert wurden, wenn diese z.B. mit dem Ruf „Haut die Faschisten!“ mit Steinen warfen.

Diese Konflikte sowie Vorkommnisse von Plünderung und Vergewaltigung haben natürlich das Erinnerungsbild der gegenseitigen Beziehungen von Russen und Deutschen geprägt, besonders bei den Opfern von Vergewaltigungen. Doch trotzdem war eine andere Art von Beziehung typischer. Zur Definition dieser Art ist der Begriff „Integration“, der im Titel dieses Aufsatzes verwendet wurde, nicht geeignet. Es handelte sich zweifellos nicht um Integration. Bevor ich meinen Standpunkt darlege, noch ein Ergebnis der von uns durchgeführten Erhebungen. Neben der mündlichen Befragung wurden auch Fragebögen an den Übersiedler ausgegeben.<sup>11</sup> Eine der 33 Fragen lautete:

---

<sup>10</sup> Sammlung von Interviews mit Übersiedlern. Bd. 5. S. 36

<sup>11</sup> 200 ausgefüllte Fragebögen werden zusammen mit den Interviews im wissenschaftlichen Archiv des Kaliningrader Historisch-künstlerischen Museums aufbewahrt, die übrigen im Archiv des Autors. Die Fragebögen wurden meist ausgefüllt mit dem Ziel, die interessantesten Kandidaten für Befragungen zu finden, aber auch um Daten für die

*„Wie war das Verhältnis der sowjetischen Übersiedler zur zurückgebliebenen deutschen Bevölkerung?“*

Zur Wahl standen drei Antworten: feindlich, neutral, freundschaftlich. Insgesamt wurden ca. 350 Fragebögen ausgefüllt, doch nicht auf allen war dieser Punkt beantwortet, da ein Teil der befragten Übersiedler erst nach der Deportation der Deutschen angekommen war. So erhielten wir etwas weniger als 300 Antworten. Diese teilten sich so auf: Feindlich nannten ihr Verhältnis zu den Deutschen nur 3 % der Befragten; 60 % bezeichneten es als neutral und 37 % als freundschaftlich.

Natürlich geben diese Zahlen nicht so sehr das reale Verhältnis in der in der zweiten Hälfte der 40er Jahre wider als vielmehr die heutigen Vorstellungen der ehemaligen Übersiedler von ihren früheren Gefühlen. Doch lassen sich wohl zu recht einige Erwägungen anstellen. Erstens: Eins der Resultate des Miteinanderlebens war, daß die offenen Feindschaft sowjetischer Menschen gegenüber den Deutschen erlosch. Diese Feindschaft, die gegen Kriegsende eigentlich im sowjetischen Bewußtsein fest verankert war, erwies sich als überlebt. Außerdem war das Kaliningrader Gebiet wohl das einzige russische Territorium, wo dies in so kurzer Zeit geschah.

Und zweitens: Die überwiegende Mehrheit der Befragten (fast zwei Drittel) bezeichnete ihr Verhältnis zu den Deutschen als neutral. Was aber beinhaltet dieser Begriff wirklich? Wenn man berücksichtigt, daß bei der Wahl der Antwort reale Alternativen die beiden letzten Varianten waren (feindlich, freundschaftlich), so bedeutete ein neutrales Verhältnis tatsächlich eher wohl Gleichgültigkeit, ja vielleicht sogar Fremdheit.

Wenn man die angeführten Zahlen beiseite läßt und versucht, die Eindrücke aller mündlichen Befragungen zusammenzufassen, so läßt sich der Charakter des Verhältnisses der deutschen und der sowjetischen Zivilbevölkerung so bestimmen: Es waren zwei parallele Welten, die jede für sich existierten. Die deutsche Welt war verwundbarer, schutzloser, und daher mißtrauisch und verschlossen. Die sowjetische hingegen war von der Überzeugung und dem Gefühl ihrer Überlegen-

---

statistische Bearbeitung zu erhalten. Meistens wurden die Fragebögen nicht von Interviews flankiert.

heit beherrscht, jedoch auch offener und aufrichtiger. Mit Beispielen läßt sich dies bekanntlich kaum belegen. Man sollte aber einmal über folgenden Abschnitt aus dem Interview mit der Kaliningraderin Anna Ryšova nachdenken:

*„Die Deutschen hatten nicht einmal in ihrer Heimat ein Zuhause. Viele starben. Viele arbeiteten bei den Russen für ein Stück Brot... Ich hatte ein ganz kleines Schwesterchen. Meine Eltern waren den ganzen Tag auf der Arbeit - sie nahmen sich ein Kindermädchen von den Deutschen. Diese Deutsche war vor Magerkeit schon ganz durchsichtig. Ihre Sachen waren nur noch Fetzen! Und ihre Augen bewegten sich nicht: Sie blickten geradeaus, gedankenlos, sinnlos. Alle drei Tage wusch sie ihre „Kleidung“ und zog sie naß wieder an. Aber die Kinder hat sie geliebt, ging sehr sorgsam mit meinem Schwesterchen um - wie eine Mutter. Und immer schwieg sie. Gab man ihr zu essen, nahm sie es, vergaß man sie, so ließ sie nicht merken, daß sie hungrig war. Auf der Brust trug sie ein Medaillon. Wurde es Abend, so nahm sie es ab, kniete nieder und schwieg sehr, sehr lange. Ich begriff: Sie betete. Was mag wohl da in der Seele dieses unglücklichen Mädchens vorgegangen sein? Wieviel Leid hatte sie, die fast noch ein Kind war, durchgemacht? Und wofür?...Doch sie glaubte! Wenn sie betete, so glaubte sie ja, daß sie sich aus diesem Alptraum lösen könne. Oder betete sie vielleicht für jemandes Seele?...“<sup>12</sup>*

Zwei Welten also. Manchmal blickten diese sich sehr aufmerksam an, doch sie lebten auf verschiedene, nicht zu vergleichende Weise. Und nur die Umstände zwangen sie zum miteinander Leben, zum miteinander Handeln und sogar zum miteinander Arbeiten.

Dies ist die Antwort auf die im Titel des Aufsatzes gestellte Frage. Diese allgemeine Schlußfolgerung schließt jedoch keineswegs die ziemlich zahlreichen Fakten aus, die bezeugen, daß das Eis der Fremdheit manchmal schmolz und zwischen diesen beiden parallelen Welten aufrichtige und tiefe menschliche Beziehungen entstanden. Grundlage für diese Beziehungen war nicht nur eine unausrottbare Eigenschaft der menschlichen Natur - das Verlangen nach Liebe zwischen Mann und Frau. Obgleich das Schicksal der gemischten Familien vielleicht die

---

<sup>12</sup> Sammlung von Interviews mit Übersiedlern. Bd. 14. S. 45

strahlendste und tragischste Seite dieser Beziehungen war. Doch es gab auch die Freundschaft zwischen Altersgenossen, zwischen Kindern, es gab ehrendes Verhalten gegenüber den Alten, die Begeisterung für professionelle Meisterschaft, gegenseitige Rettung und Hilfe, Mitleid und Erbarmen mit dem Leid fremder Menschen. Hier einige Worte aus dem Bericht von Natalja Ljubkina aus Gastellovo (früher Groß Friedrichsdorf) über den Hunger unter den Deutschen in den Jahren 1946 und 47:

*„Sie hungerten - und kamen zu mir und baten um Milch. Ich gab ihnen immer welche. Ein alter Deutscher kam zu mir. Ich goß ihm immer Milch ein. Er wollte nichts schuldig bleiben: Mähte Heu für das Kalb und brachte es mir. Als er nicht mehr kam, brachte ich ihm die Milch selbst hin. Eines Tages kamen Jungen. Sie sagten, daß dieser Deutsche mich zu sich rufe. Er lebte ganz allein, in einer Hütte am Dorfrand. Ich ging hin, er aber lag im Sterben. Lange sah er mich an und sagte immer wieder: ‘Alles kaputt! Alles kaputt!’<sup>13</sup> So starb er. Dann kamen Deutsche und begruben ihn.“<sup>14</sup>*

Es stimmt wohl, daß zwischen diesem namenlosen alten Deutschen und der russischen Frau Natalja eine sehr tiefe und aufrichtige Verbindung entstanden sein mußte, wenn er gerade sie in seiner Sterbestunde sehen wollte. Die Entstehung solcher Verbindungen, die Überwindung der Barriere aus Fremdheit geschah dann, wenn die Bedingungen für ein miteinander Leben gegeben waren, insbesondere bei gemeinsamer Tätigkeit, wenn man sich begegnen und dieselben Probleme lösen mußte, wenn ein unmittelbarer Umgang der Menschen miteinander gegeben war. Diese Vorfälle überzeugen davon, daß gewisse Chancen für eine Integration existierten. Doch sie wurden nicht realisiert. Die Tendenz zur Verstärkung der Integrationsprozesse wurde durch die Politik der Staatsmacht eingeschränkt, die die Kontakte sowjetischer Bürger mit den Deutschen nicht begrüßte, und später wurde sie infolge der Deportation der Deutschen 1947-48 ganz und gar unterbrochen.

Eine andere „parallele Welt“ muß noch erwähnt werden, die durch die Bemühungen der Staatsmacht geschaffen wurde, die bestrebt war, die deutsche Bevölkerung an den Schätzen des sozialistischen Aufbaus

---

<sup>13</sup> im Original deutsch

<sup>14</sup> Ebd. Bd. 19. S. 40

sowjetischen Lebens teilhaben zu lassen. Mit diesem Ziel wurde im Kaliningrader Gebiet ein Netz von Schulen für deutsche Kinder geschaffen, es wurde die Zeitung „Neue Zeit“ herausgegeben und Radiosendungen in deutscher Sprache übertragen, es wurde ein Jazz-Orchester und ein Theater mit einer Truppe von deutschen Schauspielern ins Leben gerufen, es wurden in den Rayons deutsche Klubs und in Königsberg ein Zentralclub organisiert. Die Deutschen wurden zur Teilnahme an den 1. Mai-Demonstrationen herangezogen, es wurden Meetings und „Versammlungen der Intelligenz“ abgehalten, man hielt populärwissenschaftliche Vorlesungen (Themen: „Der Nürnberger Prozeß“, „Die demokratische Umgestaltung Deutschlands“, „Was jeder über Geschlechtskrankheiten wissen muß“ u. a.). Schließlich wurden extra für sie Broschüren mit den Reden Jossif Stalins in deutscher Sprache herausgegeben, die man den ehemaligen Reichsbürgern kostenlos aushändigte.<sup>15</sup>

Wie reagierten die Deutschen selbst auf all diese „Maßnahmen“? Hier die Antwort auf die ziemlich naive derartige Frage eines unserer Interviewer „Welche politische und andere Arbeit wurde mit den Deutschen durchgeführt?“ an die aus Ostpreußen stammenden Olga G-a, die ihren Namen nicht ganz angeben wollte - sie war nach der Aussiedlung der Deutschen im Gebiet geblieben und hatte die sowjetische Staatsbürgerschaft angenommen:

*„Mit den Deutschen wurde keinerlei gesellschaftliche und politische Arbeit durchgeführt: Wer hätte das auch gebraucht!? Von der Zeitung „Neue Zeit“ habe ich nichts gehört. Künstlerische Tätigkeit oder Tänze - das gab's bei den Deutschen nicht. Wir dachten damals nicht ans Tanzen, aber an Hafer und Melde, um zu überleben.“<sup>16</sup>*

In konzentrierter Form zeigte sich das Verhältnis sowjetischer Übersiedler zu den Deutschen während der Deportation der letzteren 1947-48. Es war unterschiedlich: Es gab Gleichgültige und solche, die dieser

---

<sup>15</sup> Auskunft des bevollmächtigten Leiters des Zentralen deutschen Klubs des Kaliningrader Gebietes, des Gardekapitäns (Hauptmann) Kogan, vom 6. April 1946 (GAKO. F. 298. Op. 4. D. 2. L. 71-73.)

<sup>16</sup> Sammlung der Interviews der Übersiedler. Bd. 11. Bl. 12-13

Aktion der Staatsmacht zustimmten. Doch öfter klingt in den Erinnerungen der Menschen Mitgefühl und Mitleid über das Geschehene an.

*„Wir fühlten ja mit ihnen“, erinnert sich Nina Vavilova aus Kaliningrad, „wir sagten zu den Soldaten: ‘Warum siedelt ihr sie aus, sie tun doch nichts Böses?’ Aber sie sagten uns, daß aus Moskau ein Befehl gekommen sei, sie alle bis zum letzten Mann auszusiedeln.“<sup>17</sup>*

*„Mir scheint, als hätten wir damals nicht alles richtig gemacht“, sagt Alexandra Kljuka. „Man hätte die Deutschen nicht gewaltsam rauswerfen sollen. Es hätte doch hier leben können, wer wollte. Denn dann sind viele zusammengewürfelte Leute hergekommen. Sie wollten in der Landwirtschaft arbeiten, verstanden aber nichts davon. Darum ging dann auch alles drunter und drüber. Die Besitzer waren weg, und die Erde brachte nichts Rechtes mehr hervor. Sie fühlte sich im Stich gelassen. Das tat weh.“<sup>18</sup>*

Und zum Schluß das Fazit des ehemaligen Frontsoldaten Alexander Furmanov:

*„Meine Ansicht über die Aussiedlung der Deutschen ist heute eine andere. Damals meinte ich, daß es richtig war, sie auszusiedeln: Sie waren die Besiegten, und dies war ganz legal unser Land. Jetzt aber beginne ich zu begreifen, daß wir einfach gottlos alles vernichtet haben, was die Deutschen hinterlassen hatten - selbst das Gute. Das war natürlich Barbarei. Doch muß man auch uns verstehen. In jenen Jahren war alles hier für uns fremd, war deutsch. Und alle hatten den Wunsch, den Faschismus und das Preußentum für immer loszuwerden.“<sup>19</sup>*

*Aus dem Russischen von Beate Petras*

---

<sup>17</sup> ebd., Bd. 1, S. 101.

<sup>18</sup> ebd., Bd. 6, S. 84.

<sup>19</sup> ebd., Bd. 8, S. 100-101



## Die Brücke von Tilsit

1945 lebte in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, im nördlichen und südlichen Ostpreußen sowie im Memelland deutsche Zivilbevölkerung unter sowjetischer Militärverwaltung. Die Verwaltungsformen in den genannten Gebieten wiesen neben prinzipiellen Gemeinsamkeiten gravierende Unterschiede auf. Der Grad der Sowjetisierung des öffentlichen Lebens war in der SBZ vergleichsweise am geringsten.<sup>1</sup> Hier legten die sowjetischen Besatzungsoffiziere gemeinsam mit der deutschen Verwaltung Wert auf die Entwicklung eines neuen demokratischen Deutschlands. Dieses Modell sollte auch auf die Bewohner der anderen deutschen Besatzungszonen attraktiv wirken. Die sowjetische Militäradministration bemühte sich in vielen Bereichen um einen demokratischen Anstrich ihrer Politik, da sie wußte, daß sie nur so in der direkten Nachbarschaft zu den westlichen Alliierten konkurrenzfähig bleiben konnte. In Königsberg forderte die Konfrontation von Russen und Deutschen eine radikale Verwaltung heraus. Hier prallten Sieger und Verlierer unmittelbar aufeinander. Die Sieger führten sofort ihr System mit allen ideologischen Facetten ein. Darin gab es keinen Platz für die Deutschen, keine Chance einer positiven Entwicklung im Sinne einer antifaschistischen Umerziehung. Es bestand einzig der Zwang zur Unterordnung in dieser neuen Diktatur. Im Memelland übten die Litauer eine ambivalente Pufferfunktion aus.<sup>2</sup> Von der sowjetischen Militärverwaltung wurden sie eher als Besiegte (als Komplizen der Deutschen) gesehen; die Deutschen nahmen die Litauer häufig als Instrument der Besatzungsmacht wahr.

---

<sup>1</sup>Siehe dazu auch Norman M. Naimark: „Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland und die Frage des Stalinismus/ 7ZfG 4/1995, S. 304.

<sup>2</sup> In diesem Kontext entsteht natürlich die Frage nach den Chancen einer Gemengelage (im Gegensatz zu den sonst immer geäußerten politischen Nachteilen).

Die baltischen Staaten, die Nordbukowina, Bessarabien und Teile der Ukraine waren zwischen 1939 - 41 kurzfristig von der UdSSR besetzt worden. Auf Grund der einschneidenden Erfahrungen dieser Besatzungszeit flohen viele Bewohner 1944 vor der sich nähernden sowjetischen Front. Die Bevölkerung des Memellandes und des Königsberger Gebietes hatte dagegen noch keine Erfahrungen mit dem sowjetischen System erworben und glaubte in den ersten Nachkriegsmonaten, daß sie sich mit den neuen Verhältnissen arrangieren könne. Obwohl sich Herrschaftsanspruch und Herrschaftsstrukturen nördlich und südlich der Memel wenig voneinander unterschieden, wurde die deutsche Bevölkerung unterschiedlich behandelt. Zusammenfassend lassen sich folgende Gründe hierfür nennen:

1. Die Vertreter aller Machtstrukturen der LSSR, einem Land mit vorwiegend agrarischer Prägung waren aus wirtschaftlichen Gründen stark daran interessiert, das Memelland samt seiner Einwohnerschaft zu integrieren. Darüber hinaus wirkte das nationale Motiv, die moralische Niederlage vom Frühjahr 1939, als das Gebiet per Ultimatum an Deutschland abgetreten werden mußte, wettzumachen.
2. Die sowjetlitauischen Behörden hatten nur geringe sicherheitspolitische Bedenken gegenüber den Memelländern, obwohl die Erinnerungen an die Ereignisse 1938/39 noch recht frisch waren.<sup>3</sup> Sie fielen kaum ins Gewicht im Vergleich zu dem massiven oppositionellen Verhalten der Litauer gegenüber der sowjetischen Besatzungsmacht 1945/48.
3. Die memelländische Bevölkerung hatte sich in den vergangenen Jahrzehnten im Zuge der wechselnden politischen Zugehörigkeit des Territoriums sprachlich und kulturell flexibel gezeigt. Die regionale

---

<sup>3</sup> Durch massive Unterstützung aus dem Deutschen Reich war unter den Memelländern seit Herbst 1938 die Stimmung für einen Wiederanschluß des Gebietes an Deutschland geschürt worden.

Identität der Bewohner, ihre Verwurzelung in der Heimat, bedeutete ihnen weitaus mehr als der Besitz der einen oder anderen Staatsbürgerschaft.

4. Der Status der Ostpreußen entschied sich erst im Laufe der sowjetischen Besatzungszeit. Durch die radikale Entheimatung innerhalb des Gebietes drängte der Wunsch nach Wahrnehmung staatsbürgerlicher Rechte das regionale Identitätsbewußtsein in den Hintergrund.

5. Die vollständige Ausweisung der Ostpreußen konnte erst in Gang gesetzt werden, als sich politische Argumente für den Abtransport fanden, die weitaus gewichtiger waren als die Bedeutung des Potentials an deutscher Arbeitskraft im Kaliningrader Gebiet.

6. Das Zusammenleben der Ostpreußen und Russen barg für die sowjetischen Institutionen Sicherheitsrisiken, da durch die Sprachbarriere keine totale soziale Kontrolle über die deutsche Gruppe gewährleistet war, die sowjetische Administration keinerlei Eingliederungspolitik konzipiert hatte und die Ostpreußen sich den allgemeinen Indoktrinationsversuchen widersetzen.

7. Welche außen- bzw. deutschlandpolitischen Gründe für die Ausweisung der Königsberger Deutschen entscheidend waren, ist im Gesamtkontext der Politik des GUPVI<sup>4</sup> und der Stalinschen Deutschlandpolitik zu erforschen. So ist zu untersuchen, inwiefern die Entscheidung über Entlassung von Zivilinternierten und Kriegsgefangenen aus sowjetischen Lagern für den politischen Entwicklungsprozeß der SBZ instrumentalisiert wurde.<sup>5</sup>

---

<sup>4</sup> Hauptverwaltung des NKVD der UdSSR für Kriegsgefangene und Zivilinternierte.

<sup>5</sup> Naimark setzt den Sommer 1947 als Anfangspunkt für Überlegungen der Sowjets, die SBZ als Bestandteil ihres Imperiums in Osteuropa zu sehen. Der Aussiedlungsbeschuß wurde Oktober 1947 gefaßt. Siehe Naimark (a. a. O.) S. 46

Die Memel trennte und verband Memelländer und Ostpreußen. Die Brücke von Tilsit spielte in der gesamten Nachkriegsgeschichte eine besondere Rolle, ja sie bestimmte das Schicksal vieler Anwohner. 1944 wurden Familien auf der Flucht auseinandergerissen, als alle Memelbrücken von der Wehrmacht auf dem Rückzug gesprengt wurden, im Sommer 1945 versperrten die Grenztruppen des NKVD an dieser Stelle memelländischen Rückkehrern den Weg in die Heimat und wiesen ihnen Arbeitsplätze in Sovchosen der Kreise Tilsit-Ragnit und Heinrichswalde zu. 1947, nachdem die Brücke wiedererrichtet war, gingen Ostpreußen nordwärts über die Memel, um in Litauen Brot und Arbeit zu finden. Memelländer kamen nach Sovetsk/Tilsit, um eine Ausreisegenehmigung nach Deutschland zu erhalten. An der Memel existiert nur noch diese eine Brücke, die die beiden Regionen Memelland und Ostpreußen verbindet.

### **Zwischen Abschied und Wiederkehr - die Memelländer**

Wie an anderer Stelle bereits erörtert wurde, hatten die Memelländer und Ostpreußen unterschiedliche Perspektiven: Die Ostpreußen besaßen in der kurzen Nachkriegszeit im Königsberger Gebiet die schlechteren Chancen, aber dafür bessere Langzeitperspektiven. Bei den Memelländern war es genau umgekehrt: Zuerst hatten sie die besseren Lebensbedingungen, doch verschlechterten sich ihre Chancen ab 1949 extrem. Besonders gravierend wirkte sich die Kollektivierung der Landwirtschaft aus, denn dadurch verlor die Bevölkerung ihre autarke Ernährungsbasis. Zudem erstreckten sich die Deportationen der Jahre 1949 - 1951 auch auf Memelländer. Sprachliche und kulturelle Identität ließ sich nur noch im häuslichen und kirchlichen Rahmen pflegen. Nur zu Hause oder während des Kirchganges redete man deutsch oder traf sich mit anderen Memelländern. Andere Bereiche waren sehr litauisch durchsetzt und man duldete kein Deutsch. Mit Verschärfung der Situation drängten die Memelländer - nicht nur deutsche, sondern auch litauisch orientierte - auf Ausreise.

Nachdem Ende der 40er, Anfang der 50er Jahre Alteingesessene und Neuangesiedelte mit unverkennbarer Distanz nebeneinander gelebt hatten, stabilisierten sich litauische Neueinwohner in dem Gebiet,

was mit einer gewissen regionalen Anpassung einherging. Mit der Zwangskollektivierung setzte der Niedergang der Landwirtschaft ein (trotzdem war das agrarische Niveau im ehemaligen Memelland immer höher als in den anderen Gegenden der LitSSR). Da im Dorf und in der Landwirtschaft kein beruflicher Aufstieg möglich war, suchte die junge Generation nach anderen Perspektiven. Der Staat förderte die Abwanderung in die Städte und industriellen Zentren und damit auch die weitere Vernichtung von sozialen Strukturen und Bindungen. Zum einen wurden in vielen industriellen Aufbauzentren Arbeitsplätze mit vergleichsweise hohen Verdienstmöglichkeiten ausgeschrieben, zum anderen bot die kommunistische Jugendvereinigung Komsomol zahlreiche Studien- und Stipendienmöglichkeiten an, die gerne wahrgenommen wurden. Mitte der fünfziger Jahre bürgerten sich Mischehen ein.

Am 8. April 1958 wurde eine Repatriierungsvereinbarung zwischen der Sowjetunion und beiden deutschen Staaten abgeschlossen. Bewohner der UdSSR, die am 21. Juni 1941 die Deutsche Reichsbürgerschaft besessen hatten, konnten nunmehr die Ausreise beantragen. Damit versuchten die Vereinbarenden in gewisser Weise die Repatriierungsmaßnahmen von 1945 - 1948 zu korrigieren. Obwohl infolge der Übereinkunft ca. 6000 Memelländer in die Bundesrepublik und in die DDR ausreisen durften, handelte es sich dabei im Grunde auch um einen kosmetischen Akt: Die sowjetischen Behörden schoben vor allem „nicht sowjetisierungsfähige Elemente“ ab und blockierten die Ausreise von Arbeitskräften in Kolchosen und Sovchosen mit allen nur erdenklichen Mitteln. Mit einem Wort - die Ausreisevereinbarung wurde von der sowjetischen Administration zur Säuberungsaktion instrumentalisiert. Zu jener Zeit existierten schon zahlreiche Mischehen zwischen Memelländern und Litauern. Zwar hieß es in der mündlichen Erklärung zur Repatriierungsvereinbarung: *„Bei Mischehen wird die Frage der Ausreise solcher Personen von der sowjetischen Seite je nach den konkreten Umständen unter Berücksichtigung*

*der Interessen der Familie wie auch der einzelnen Familienmitglieder entschieden.*<sup>6</sup>

In der Praxis bedeutete das jedoch, die UdSSR mußte die „Interessen der litauischen Familien schützen“, die nicht daran interessiert sein durften, plötzlich Westverwandtschaft und Westkontakte zu besitzen. Aus diesem und anderen Gründen kam es nur zu einer Teilausiedlung und nicht zu einer ganzheitlichen Lösung wie zehn Jahre zuvor im Nachbargebiet. Diese Tatsache wurde von den bundesdeutschen Behörden verschwiegen, da ein Bekanntwerden derartiger Fakten den Erfolg der Repatriierungsvereinbarung geschmälert hätte. Die Bevölkerung in der Region - nicht nur die zurückbleibenden Deutschen, auch die Litauer - verbuchte diesen Aderlaß als traumatische Erfahrung.

Alle Memelländer hatten zwischen 1958 und 1960 über die Ausreise nachgedacht oder sogar einen Antrag gestellt. Die Demütigung, die sie durch die willkürlichen Entscheidungen der sowjetischen Behörden erfuhren, ist bei vielen Bürgern noch heute lebendig. Die Abgelehnten begriffen in der Mehrzahl, daß es sich um eine einmalige Chance gehandelt hatte und begannen ihr Deutschtum so weit wie möglich zu verbergen, zu vergessen und ihre Namen noch stärker zu lituanisieren. Sie wollten künftig wegen ihrer deutschen Herkunft nicht mehr benachteiligt werden.

Bis 1987 war das Memelland für Ausländer gesperrt. Selbst Reisen zu Verwandten waren nicht gestattet. Seit der Öffnung brach der Besucherstrom nicht ab. Anders als im Kaliningrader Gebiet, wo nur die Überreste der früheren Wohnorte zu besichtigen sind, pflegen hier ehemalige Bewohner Kontakte zu Verwandten, Bekannten und ehemaligen Nachbarn. Die erste Besuchswelle löste bei den daheimgebliebenen Memelländern einen Schub zur Wiederfindung der ursprünglichen Identität aus, der in gewissem Maße von den Litauern in

---

<sup>6</sup> Verletzung von Menschenrechten. Eine Dokumentation der Verletzungen von Rechtsverpflichtungen zum Schutz der Menschenrechte gegenüber Deutschen in den Gebieten des Deutschen Reiches östlich von Oder und Neiße und außerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches. Bonn 1985, S. 129

der Region wohlwollend begleitet wird.<sup>7</sup> Noch während der Sowjet-Ära wurden der deutsch-litauische Kulturverband in Klaipėda/Memel gegründet (1989) und das Denkmal des Ännchen von Tharau wieder in der Stadt aufgestellt (ebenfalls 1989). Die Lokalverwaltung von Klaipėda wußte das Engagement der besuchsweise zurückgekehrten Memelländer zu würdigen, begriff es als Chance und pflegt heute den Kontakt ohne Ressentiments. Neben dem deutsch-litauischen Kulturverband wurde 1989 auch der Verein der Kleinlitauer (Mazosios Lietuvos bendrija), der litauisch orientierten Autochthonen gegründet. Eine der ersten Initiativen dieses Vereins bestand darin, die evangelischen Kirchen im Memelland wieder aufzubauen und zu renovieren. Ein Großteil der Arbeiten ist inzwischen abgeschlossen. Die Kirchengemeinden haben einige Gepflogenheiten bewahrt, die Besucher als verstaubt empfinden. Von dem starken Traditionsbewußtsein der Memelländer zeugt z. B. die altpreußische Liturgie der Gottesdienste, die in Deutschland nur noch die Großelterngeneration kennt.

Der Wiederfindungsprozeß gestaltete sich für die deutsche Minderheit schwieriger als für die jüdische oder polnische. Ein hauptsächlicher Grund mag darin liegen, daß den Deutschen zwischen 1945 und 1989 keinerlei eigenständige Kulturarbeit erlaubt war. Es gab weder eine landeseigene Presse noch Radiosendungen in deutscher Sprache. Zwar konnten die Einwohner DDR-Zeitungen abonnieren und DDR-Rundfunk hören, doch es fehlte dabei der memelländische Bezug.<sup>8</sup> Zudem hatten viele mit ihrem Deutschtum gebrochen, nachdem ihnen die Ausreise 1958/1960 verwehrt worden war. Die Zurückgebliebenen durchlebten eine kollektive biographische Krise, in jedem memelländischen Lebenslauf hinterließ die Ablehnung Spuren. Das Selbstwert-

---

<sup>7</sup> Bis Ende der achtziger Jahre, als die Deutschen ihre verwandtschaftlichen Kontakte ohne Gefährdung pflegen und auch der Umgebung demonstrieren konnten, waren sie vielfach den Schmähungen von Nachbarn und Arbeitskollegen ausgesetzt, die behaupteten, daß sie ja keine Deutsche seien, denn sonst hätte sie ja das mächtige Deutschland längst unterstützt oder herausgeholt.

<sup>8</sup> Dagegen durfte in Wilna schon 1953 wieder eine polnische Zeitung erscheinen, auch ein polnischer Kulturverein wurde zugelassen.

gefühl der autochthonen Gruppe bzw. ihres Restes wurde deutlich geschwächt. Wie tief der Einschnitt war, beweist u. a. die Tatsache, daß die Zurückgebliebenen die Zahl der damals Ausgereisten bis heute viel höher einschätzen, als sie je gewesen ist. Oft erzählen die Betroffenen bei Befragungen auch, daß sie früher Deutsche waren. Nun sind sie Litauer.

Die indirekte Aberkennung der ethnischen Zugehörigkeit durch die sowjetischen Behörden war der Auftakt zum Assimilationsprozeß, der äußerlich häufig mit einer Namensänderung einsetzte. Familiengeschichte wurde nur sehr marginal tradiert, wenn nicht tabuisiert. Ein Grund dafür mag sein, daß die Memelländer die Ereignisse der endvierziger Jahre nicht in den historischen Kontext einordneten und häufig als Willkür interpretierten. Die Art und Weise, wie sich dieser Personenkreis - auch heute noch - seiner Vergangenheit erinnert und sie deutet, verrät viel über die prinzipiellen Schwierigkeiten, sich in der Gegenwart geistig und politisch zu verorten.

Auch im Memelland - das heißt in den Städten Šilutė (Heydekrug) und Klaipėda (Memel) - haben deutsche Mütter, die selbst fließend deutsch sprachen (etwa Jahrgang 1938 - 40) und in den sechziger und siebziger Jahren regelmäßig Verwandte in der DDR besuchten, ihren fast erwachsenen Kindern erst nach 1990 allmählich - in „Salamitaktik“, - von ihrer eigenen Geschichte erzählt. Viele Eltern hatten ihre Familiengeschichte gänzlich verdrängt, da sie glaubten, die Kinder auf diese Art und Weise vor Gewissenskonflikten und Anfeindungen schützen zu können. Heute stehen viele fassungslos vor ihrem eigenen Schweigen<sup>9</sup> und können ihre - zum Teil - hochgradigen Anpassungsmechanismen weder ihren Kindern noch sich selbst deuten oder sie gar entschuldigen.

---

<sup>9</sup> Auch in dieser Hinsicht lassen sich Parallelen zu Verhaltensweisen in der jüdischen Minderheit in Litauen ziehen, in der bis Mitte der achtziger Jahre gleichfalls die Familiengeschichte, soweit wie möglich, verschwiegen wurde - ein Resultat der politischen Dämonisierung des Begriffes Jude bzw. Deutscher.



Die deutschen Minderheiten<sup>10</sup> in Litauen unterscheiden sich noch in einem weiteren Punkt von anderen Minderheiten: Längst nicht alle Einwohner deutscher Nationalität beherrschen die deutsche Sprache, so daß in den Versammlungen der deutschen Vereine meist litauisch gesprochen wird. Gut qualifizierte und hoch engagierte litauische Germanisten haben meistens keinen Zugang zu deutschen Vereinen und wissen auch kaum etwas über die Minderheit und deren Geschichte.

Der Verein der Memelländer ist heute die größte und aktivste Gruppe unter den deutschen Minderheiten in Litauen und zählt mehr als 1200 Mitglieder. Die 1993 gegründete deutsch-litauische Minderheitenschule des Vereins in Klaipėda ist ein Paradigma für den Wiederfindungsprozeß, in dem sich die Memelländer befinden. Hier lernen Kinder Deutsch und Litauisch parallel. Sie lernen eine Sprache, die ihre Eltern in der Regel nicht verstehen. Wollen die Kinder im Familienkreis deutsch sprechen, müssen sie sich an die Großeltern wenden. Eine Schule und ein Bildungsprojekt, das nicht ohne kritische Anfragen verläuft, aber auch ein Experiment darstellt. Hat die deutsche Minderheit in Litauen noch eine Zukunft? Wird diese Schule ihrem Auftrag im Sinne der Minderheitenpolitik gerecht oder bedient sie nur konjunkturelle Neigungen?

In den Familien mit Angehörigen mehrerer Generationen, die in staatsbürgerschaftlicher Hinsicht vorwiegend litauisch orientiert sind, sich mit dem litauischen Staat, seiner Geschichte und seiner Politik identifizieren, aber über deutsche Wurzeln und einen deutschen Kulturanteil verfügen, existieren verschiedene Erfahrungen im Umgang zwischen Autochthonen und Zuwanderern. Wie hoch der Verschmelzungsgrad zwischen litauischen und deutschen Kulturinhalten heute ist, zeigt die Tatsache, daß etwa genau so viele Schüler dieser Schule den katholischen Religionsunterricht besuchen wie die evangelischen Christenlehre.

Ob Kulturinhalte der Autochthonen künftig in der Region eine aktive Rolle spielen, hängt stark von der Intensität des Dialogs zwischen

---

<sup>10</sup> Der Plural ist gerechtfertigt, leben doch in Litauen auch Litauendeutsche, Rußlanddeutsche und ehemalige Ostpreußen.

den Generationen ab. Wird er nicht ausreichend gepflegt wird und zu einem interkulturellen Gespräch weiterentwickelt, beginnen allgemein deutsche Elemente regionale zu verdrängen. Das bedeutet, daß die junge Generation zwar deutsche Geschichte, Literatur und Folklore kennt, aber keine Regionalgeschichte, keine memelländische Literatur und einheimischen Lieder. Der heimische Dialekt ist schon fast verloren gegangen. Ein Dialog schließt die Bereitschaft ein, sich mit den vorangegangenen Konflikten zu beschäftigen und sie aufzuarbeiten.

Im Memelland gibt es, unabhängig von der alten autochthonen Bevölkerung, starke Tendenzen zu einer regionalen Identität. Die Einwohner haben in dem Gebiet Wurzeln geschlagen und betrachten es als ihre Heimat, wobei sie sich häufig stärker mit ihrer Stadt und ihrem Gebiet identifizieren als mit dem Staat, dessen Bürger sie sind. Zu der Herausbildung dieses Phänomens hatte auch die Abgeschlossenheit des Gebietes in der sowjetischen Zeit beigetragen. Insgesamt läßt sich zur Zeit in den baltischen Staaten ein Trend zur Regionalisierung verzeichnen. Die Bürger zeigen eine stärkere Beziehung zu ihrer Heimatgegend, zu ihrer Heimatstadt, auch in dem Gefühl, in ihrem direkten Umfeld gestalterisch wirken zu können. Solche Tendenzen waren während der sowjetischen Herrschaft nicht gestattet. Der Hang zur Regionalisierung hat eine weitere Ursache: Viele Bürger, die jahrelang als Litauer, Letten und Esten für die Unabhängigkeit ihrer Staaten gekämpft haben, sind jetzt von der Regierungspolitik ihrer Staaten enttäuscht, vor allem von den mangelnden Möglichkeiten der Einflußnahme auf das Wohl ihres Landes. Sie wollen sich deshalb nicht mehr nur mit ihrem Staat identifizieren und suchen so eine regionale Heimat.

### **Kant oder Lenin - Zur Entwicklung in Kaliningrad**

Die territoriale Siegesbeute hatte bei Kriegsende für Stalin und die Rote Armee hohen symbolischen Wert, doch im ersten Nachkriegsjahr verfügte Moskau über keinen konkreten Maßnahmeplan, wie mit dem Gebiet zu verfahren sei. Vorläufig regierte das Militär. Eine politische Idee bezüglich des Gebietes entstand erst nach dem Anschluß an die UdSSR. Die sowjetische Regierung wollte hier ein Musterland des

Kommunismus schaffen und glaubte, in dem Gebiet geeignete Voraussetzungen zu finden. Ab Herbst 1946 wurde sowjetische Zivilbevölkerung auf Kommando angesiedelt. Unter den „Kolonisten“ - wie die Moskauer Behörden die Neubewohner betitelten - befanden sich auch kleine Gruppen verschiedener nationaler Minderheiten, beispielsweise Tschuwaschen und Mordwinen. In den ersten Nachkriegsjahren gestand man ihnen noch eigene Schulen zu, später waren nationale Gruppierungen nicht mehr erwünscht. Trotzdem erhielten sich kleine Sprach- und Kulturinseln innerhalb der Region.

Im neuen Kaliningrader Gebiet konnte der Staat mit Menschen operieren, die keine Ansprüche an Althergebrachtes stellen konnten, da sie durch die Kriegs- und Nachkriegsereignisse heimatlos geworden waren und sich familiäre Bindungen ebenfalls gelöst hatten.<sup>11</sup> Stalin wünschte sich seine Kriegsbeute als kommunistisches „Musterländle“, besiedelt mit atheistischer Bevölkerung *sowjetischer* Nationalität.

Trotz der territorialen Einbindung war das Gebiet so weit von der gesellschaftlichen Entwicklung der russischen Zentren abgeschnitten, daß es schien, der Geist von Glasnost und Perestroika würde die westlichste Stadt der UdSSR niemals erreichen. Kaliningrad galt nicht nur als „größter sowjetischer Flugzeugträger“, sondern verbreitete selbst in den Endachtzigern noch das Flair des letzten Biotops der Breschnev-Ära. Das ideologische Korsett hielt hier lange sogar über den August 1991 hinweg -, das Gebiet war wie ein Archipel, auf dem noch in sozialistischer Art und Weise Recht und Ordnung herrschten, als auch sozialer Frieden, während anderenorts die sowjetische Gesellschaft, die *pax sovietica* schon auseinanderzubrechen drohten. Jahrzehntlang wucherten unter den neuen Siedlern üppige Mythen über die ehemaligen deutschen Bewohner, richtete man sich eher provisorisch ein. Die Legende von den Deutschen, die doch zurückkommen würden,

---

<sup>11</sup> Häufig handelte es sich schon um die zweite Etappe der Entwurzelung, da viele Umsiedler nicht direkt aus ihrem Heimatort nach Königsberg/Kaliningrad kamen, sondern schon eine vierjährige Evakuierungsphase aufgrund des Zweiten Weltkrieges hinter sich hatten.

hielt sich zäh am Leben. Schon lange bevor die ersten Deutschen kamen und am Pregel vom Wiederaufbau des Doms laut zu träumen begannen, hieß es in Kaliningrad, daß die Russen fortmüßten, wenn erst wieder ein Dach auf dem Dom sei.

Als die ersten Touristenbusse 1991 anrollten, standen die Bewohner vor einer psychisch kaum zu bewältigenden Situation, auf die sie niemand vorbereitet hatte. Ihr Leben lang waren ihnen monolithische Denkstrukturen und polarisierende Wertehierarchien propagiert worden, was zweifelsohne durch mehrere Generationen hindurch Spuren hinterlassen hatte: Die sinnstiftende Befriedigung des menschlichen Harmoniebedürfnisses war an relativ eindeutige Wertezuweisungen gekoppelt worden. Dieser metageschichtliche Maßstab hatte die eigene Orientierung erleichtert. In diesem Muster galten die früheren deutschen Bewohner als Faschisten. Dieses der menschlichen Psyche eher bequeme undifferenzierte Schwarz-Weiß-Schema, die Gut-Böse-Klassifikation war geeignet, ein Massenbewußsein zu erzeugen und als stabiles Aneignungsmuster bis zum Zeitpunkt der Öffnung des Gebietes weiterzuwirken. Verstärkt wurde dieses Bild zudem durch einen einseitig ausgeprägten Antifaschismus, der im kommunistischen System eine wichtige Rolle spielte, sowie durch die familiären und gesellschaftlichen Muster in der Tradierung des Zweiten Weltkrieges.

Die Heimwehtouristen - allein 60 000 in der ersten Saison - gaben sich nicht mit der Besichtigung der sozialistischen Errungenschaften Kaliningrads zufrieden. Sie fuhren in die Kleinstädte und Dörfer, besuchten ihre Geburtshäuser und einstigen Schulen. Plötzlich fühlten sich die jetzigen Bewohner gezwungen, die Verkommenheit ihrer neuen Heimat zu rechtfertigen. Erst die Begegnung zwischen einzelnen Personen oftmals gleicher Jahrgänge, das private Gespräch und die persönliche Erfahrung, daß die früheren Ostpreußen ihr Hab und Gut nicht zurückforderten, bot den Ansatz zu einer Entspannung, die vor allem nicht als Stellvertreterpose auf dem Podium stattfand, sondern als Geste von Tausenden zwischen Pregel und Memel erlebt wurde.

Mit der Öffnung des Gebietes konnte endlich der Schlußstrich unter die Nachkriegszeit gezogen werden, ließen sich die Ereignisse

der Geschichte zuordnen, konnte aufgrund der nun existierenden Zäsur eine Aufarbeitung einsetzen. Hieß es 1995 in Deutschland, anlässlich der historischen Tagungen und Kolloquien zum Jahr 1945: „*Flucht und Vertreibung in der Mitte und im Osten Europas am Ende des Zweiten Weltkriegs entziehen sich noch immer dem geschichtlichen Urteil*“,<sup>12</sup> läßt sich für das Kaliningrader Gebiet konstatieren, daß der immens verspätete Beginn der historischen Aufarbeitung innerhalb der Region aus eigenem Antrieb beachtenswerte Fortschritte zeitigt.

Jetzt, im achten Jahr der Öffnung, schreitet die Normalisierung des Kaliningrader Gebietes voran - stellenweise im Verborgenen, anderenorts hingegen deutlich wahrnehmbar. Die *pax sovietica* ist nun auch hier implodiert. Sozialer Umbruch und Kriminalität breiteten sich in Windeseile aus - Kaliningrad ist immerhin eine Großstadt mit allen Nuancen. Zweifelsohne gehören alle diese Erscheinungen auch zur Normalisierung des Gebietes, denn der Sperrbezirk des nördlichen Ostpreußen existierte in vielfacher Hinsicht unter künstlichen Bedingungen.

Die Normalisierung der Region besteht aus zwei Gegenbewegungen: Einerseits wird der alte sowjetische Denk- und Repräsentationsstil fortgesetzt, es handelt sich dabei auch um inzwischen weit verwurzelte Traditionen, wenn auch ohne den früheren ideologischen Druck; andererseits unterwirft sich die Bevölkerung gierig allen nur erdenklichen neuen Einflüssen und durchbricht bisher bestehende Verbote, wodurch plötzlich der Eindruck entsteht, es existierten simultan zwei verschiedene Zeitrechnungen.

Das Gebiet ist voller lokaler Asynchronitäten und kultureller Kontraste. Lenin, der von den Kriegsveteranen und älteren Bürgern sowjetischer Prägung traditionell sehr verehrt wird, wurde am gleichen Tag wie Immanuel Kant, der bekannteste Bürger Königsbergs, geboren, wenn auch 124 Jahre später. Am 22. April scheiden sich regelmäßig die Geister der Stadt Kaliningrad. Während die eine

---

<sup>12</sup> Dietmar Albrecht im Programm zur Tagung der Ostsee-Akademie Travemünde: „50 Jahre danach. Flucht, Vertreibung, Aussiedlung,, (9. -11. 6. 1995)

Gruppe mit Blumen und Spruchbändern zum Denkmal Lenins an den ehemaligen Nordbahnhof zieht, versammeln sich die anderen - gleichfalls mit Blumen - am Sarkophag Kants. Die Zeitgleichheit beider Veranstaltungen verhindert die Ausübung einer doppelten Anhängerschaft.

Im Mai 1995 wurde ein Gesetz erlassen, demzufolge alle Lenin-denkmäler - obligatorische Ausstattung jeder Rayonstadt - unter Denkmalschutz gestellt wurden. (In anderen Regionen Rußlands haben die Stadtverwaltungen ihre Lenin-Denkmäler schon vor Jahren gegen Devisen ins Ausland verkauft.) Glücklicherweise betrifft dieser Erlaß nicht Kalinindenkmäler in Stein und Buchstaben, obwohl es momentan so scheint, als stünde der enge Freund Stalins noch unter Naturschutz. Zunehmend fixiert Lenins Pupille auf zahlreichen Marktplätzen Bemühungen, Ruinen alter deutscher Kirchen wieder zu rekonstruieren. Sowjetische Vergangenheit, deutsche Vergangenheit - und nun eine kuriose Symbiose.

Viele hochrangige Eroberer von Königsberg wohnen bis heute in nobel möblierten Wohnungen nationalsozialistischer Funktionäre, mit Volksempfänger, schweren Herrenzimmermöbeln oder kitschigem Glasnippes, die im April 1945 beschlagnahmt wurden. Weder die pensionierten Offiziere noch die russischen Kolchosbauern, die 1947/48 rasch die Hinterlassenschaften der ausgewiesenen Deutschen unter sich aufteilten, verfielen jemals auf die Idee, daß dieser Zuwachs in ihrem meist ärmlichen Privatbesitz ideologisch bedenklich sein könnte, hob er doch Wohlstand und Lebensgefühl. (Seit Frühjahr 1995 kann man übrigens in der Dauerausstellung des Kaliningrader Geschichtsmuseums auch ein deutsch-russisch eingerichtetes Wohnzimmer als typisches Symptom der Nachkriegszeit bewundern.) Viel Geschirr, Kunstwerke und Schmuck sind auf mehr oder weniger verschlungenen Wegen in die Hände der Neubewohner gelangt und werden von ihnen in Ehren gehalten. So ist ein Stück Geschichte am Ort geblieben und wird nun auf ganz eigene Weise tradiert.

Allmählich legen die Einwohner ihre sowjetischen Tarnkappen ab, um wieder Ukrainer, Polen, Mari, Tschuwaschen, Juden, Litauer und auch Deutsche zu sein. Es existieren Kulturvereine, Sonntagsschulen,

nationalsprachliche Kindergärten und Schulklassen. Allmählich entwickelt sich in den Städten eine responsive Umwelt, die eine persönliche Identitätsfindung zuläßt, nachdem die in der Sowjetunion existierenden Muster an kollektiver und ideologischer Identität zusammengebrochen sind. Eine interessante Basis für eine multikulturelle Gesellschaft. Kinder aus gemischten Familien - und deren Situation überwiegt - können sich heute schwer für eine Volkszugehörigkeit entscheiden, da sie zu den Heimatregionen ihrer Eltern kaum Beziehungen haben. Jugendliche des Gebietes können heute häufig kaum mehr etwas zu der ursprünglichen Herkunft ihrer Großeltern vor 1946 sagen; sie sind in der Region verwurzelt. Am liebsten würden sie „Kaliningrader“ als Nationalität in den Paß eintragen lassen. Ganz im Gegensatz zu ihren Großvätern, den Eroberern von Königsberg, die Ostpreußen immer noch mehr als Siegestrophäe denn als Heimat sehen.

Obwohl in Gesamtrußland die Bevölkerungszahlen sinken, kann die Kaliningrader Region Zuwachs vermelden. Der erste polnische Konsul in Kaliningrad, Jerzy Bahr, hat vor zwei Jahren resümiert, daß immer mehr Menschen hier trotz aller Schwierigkeiten eine Chance für sich entdecken, eine Zukunft sehen. So siedeln sich ständig weitere Bürger der GUS, vor allem aus den mittelasiatischen Krisenregionen an. Aus diesen Gebieten zählte Ostpreußen bisher keine Zuwanderer. Heute ist Kaliningrad ein *melting pot*; das nationale Bewußtsein läßt sich geographisch nicht so recht verorten, aber es existiert zweifelsohne eine kollektive Identität, die regional determiniert ist.

Im Kaliningrader Gebiet schwelt seit Jahren, spätestens seit der Öffnung der Region für Ausländer (1991), ein Generationskonflikt. Die ältere Generation wurde hier in den Nachkriegsjahren demobilisiert und angesiedelt, nachdem sie erbittert gegen die Deutschen gekämpft hatte. Die Jungen wuchsen in Kaliningrad - fern von Rußland - auf und können sich nicht mehr so richtig mit der Heimat ihrer Eltern identifizieren. Moskau, Kasan und die Wolga kennen die meisten nur von der Postkarte. Die Silhouetten alter russischer Städte mit ihren Zwiebelturmkirchen, die Weite der russischen Landschaft erscheinen Studenten der heutigen Generation fremd. Kaliningrader Schüler ma-

len rote Ziegeldächer auf ihre Häuser - völlig atypisch für russische Kinderzeichnungen.

Die Kinder der Veteranen stießen erst überall auf deutsche Hinterlassenschaften und Spuren, dann auf die Tabus der Vor- und Nachkriegsgeschichte. Jetzt betont die junge Generation die deutsche Vergangenheit des Gebietes und hofft auf einen wirtschaftlichen Aufschwung mit europäischer und deutscher Hilfe. (Trotzdem sind die wenigsten rein deutsch fixiert. Englisch bleibt die beliebteste Fremdsprache, denn im Kontakt mit der anglophilen Welt sehen die Jugendlichen die besten Perspektiven für eine berufliche Zukunft.)

Erst 35 Jahre nach Stalins Tod konnte der erste orthodoxe Priester sein Amt in der Kirche von Juditten/Kaliningrad antreten. Heute sind Gotteshäuser verschiedener Konfessionen sehr besucht und russisch-orthodoxe Trauungen gehören unter jungen Leuten bereits zum guten Ton. Religion und Gottesdienst stellen machtvolle Instrumente dar, besonders in einem Gebiet, das vierzig Jahre durch strikten Atheismus glänzte. Die russische orthodoxe Kirche hat ihre Möglichkeiten, aber auch ihre Konkurrenten rasch wahrgenommen. Aufmerksamen Beobachtern fällt sofort auf, wie eng sich die Beziehungen zwischen den Funktionären dieser Kirche und den Kräften der früheren Kommunisten gestalten. Die orthodoxe Kirche ist ein Instrument der russischen Etatisten und führt als solche einen Glaubenskrieg gegen alle anderen Religionen, die sich bemühen, im Gebiet Fuß zu fassen. Sie stellt eine Russifizierungsmaßnahme anderer Art dar, die aber für die Region nicht untypisch ist.

Die Bewohner des Gebietes wissen um die wirtschaftlich miserable Situation der russischen Exklave, dieses Stiefkindes der Moskauer Verwaltung. Allein dreimal während der Jahre 1990 bis 1993 hat sich die Strategie der regionalen Entwicklung verändert. Das Vertrauen zum Kreml ist gering, das Wissen um die autoritären Komplexe Moskaus um so größer. 50 Jahre nach dem Anschluß des Gebietes an die UdSSR hat man sich vor Ort mit der Situation eingerichtet - aber nicht abgefunden. Die neue Generation, die in der Normalisierungsphase erwachsen geworden ist und sie als eine Befreiung erlebt, besitzt



zweifellos die Chance, sich über das Erbe ihrer Großväter hinwegzusetzen und eine neue Phase der Entwicklung einzuleiten.

Im Übergangsstadium vom verordneten Internationalismus zur Selbstfindung bleibt als Anker nur das Heimatgefühl zur Region, der Wunsch, Kaliningrader zu sein.

Bei den früheren Funktionären hingegen hat sich „regionale Identität“ schon zum Unwort entwickelt, man wittert dahinter „schleichende Regermanisierung“. Dieser Begriff ist inzwischen zur hauptsächlichlichen Verbalwaffe der Kommunisten hochstilisiert worden, die ahnen und fürchten, daß ausländische Einflüsse einen Windhauch von Demokratisierung mit sich bringen könnten. Sie beharren auf dem russischen Anstrich des Gebietes und der russischen Nationalität seiner Bewohner, wobei sie den multinationalen und multikulturellen Charakter der Einwohnerschaft vom Tisch zu wischen versuchen. Es fällt ihnen schwer, ohne konkrete Feindbilder leben zu müssen und dabei innerhalb der diffusen Umgebung noch eine eigene Meinung zu artikulieren.

Der vom ehemaligen DDR-Außenministerium so beliebte Terminus „Einmischung in innere Angelegenheiten“ wurde seinerzeit von Moskau in Umlauf gesetzt und erfreut sich dort noch reger Verwendung. Die jahrelange interne Kaliningrader Diskussion um eine Namensänderung der Stadt brach in jenem Moment ab, als Gräfin Dönhoff auf der Titelseite der ZEIT lauthals eine Umbenennung der Stadt forderte.<sup>13</sup> Nun konnte eine Umbenennung nicht mehr stattfinden, denn es hätte immer so aussehen, als seien die Russen einem deutschen Vorschlag gefolgt. (Seit 1994 existiert sogar ein Gesetz, wonach geographische Bezeichnungen des Kaliningrader Gebietes nicht verändert werden dürfen. Ein neuerlicher Beweis dafür, daß die Region heute äußerlich sowjetischer wirkt als der Rest Rußlands, wobei angemerkt werden darf, daß alle diese Erlasse, die der Konservierung des Zustandes dienen, nur vertuschen sollen, daß die eigentlichen Entwicklungen voranschreiten.) Nachdem das Ausland nun zum Namensthema schweigt und man den Eindruck gewonnen hat, Moskau

---

<sup>13</sup> DIE ZEIT vom 20. 11. 1992, S. 1ff.

wolle den Namen der Stadt Kaliningrad auf ewig konservieren, schreiten die russischen Initiativen zur tatsächlichen Neubenennung voran.

Im Gegensatz zum russischen Landesinneren - wo man in Erinnerung an bessere Zeiten vor sich hindümpelt - sind im Westen des Imperiums durch den Reiseboom der letzten Jahre weite Schichten der Bevölkerung wenigstens oberflächlich mit anderen Denk- und Lebensformen konfrontiert worden. Hinzu kommt, daß sich die postkommunistische Nostalgie in Kaliningrad auf Funktionäre und Militärs beschränkt, da der Rest der Bevölkerung nicht sonderlich privilegiert war, kamen doch auch viele seinerzeit nicht freiwillig hierher. Im Gegensatz zu denjenigen, die in der russischen Heimat blieben, glauben die Kaliningrader an eine - wie auch immer geartete - Perspektive, da sie wissen, daß ihre Region international im Gespräch ist.

Verbleibt nur noch zu hoffen, daß der Weg zur Zukunft Russisch - Ostpreußens in einem Wechselspiel außen- und innenpolitischer Faktoren verläuft - quasi als zweifache Internationalisierung - innerlich und äußerlich. Die Chancen für einen innenpolitischen Pluralismus sind höher, als es im ersten Moment erscheinen mag. Aber noch leben die Kriegsveteranen, die Eroberer von Königsberg.

In den ersten Jahren der Perestroika gab es im Kreml keine Kaliningrad-Politik. Pragmatische russische Interessen wurden erst nach dem Zerfall der UdSSR artikuliert. Heute machen sich neben Rußlands wirtschaftlichen Problemen vor allem psychologische, wie Verlust der Großmachtstellung und Kinderkrankheiten beim Aufbau eines Nationalstaates, bemerkbar. So ist Moskau sehr darauf bedacht, nicht noch mehr Territorium zu verlieren und nicht allzu stark unter ausländischen Druck zu geraten, was wohl mehr eine russische *idée fixe* ist, die aber das mangelnde staatliche Selbstvertrauen der Russen demonstriert, was auch in Bezug auf die ostpreußischen Probleme wohl inkalkuliert werden sollte.

Im Kaliningrader Kontext gibt es wieder ein neues Modewort - das der „Geopolitik“. Die russischen Militärs reden sogar von geostrategischen Überlegungen. Es geht hier um Theorien, mit deren Hilfe man aus geographischen Faktoren politische Entscheidungen ableiten

möchte. Man spricht in Moskau von der „politischen Insel“ Kaliningrad<sup>14</sup> oder fürchtet um den russischen Einfluß in der „baltischen Enklave“<sup>15</sup>.

Von Moskau aus wird der Problemdruck verstärkt - ein eher katastrophensoziologisches Moment. Die Rolle der politischen Akteure ist kaum mit rationalen Handlungsmodellen zu erklären.

Die Doppelgesichtigkeit der Exklave muß derzeit politisch gewahrt bleiben, damit die potentielle Brückenfunktion des Gebietes auch wirksam werden kann. Aber Kaliningrad ist nicht Westberlin; wenn der eine Nachbar nicht will, verhandelt man eben mit dem anderen. (Westberlin und Kaliningrad ist gemein, daß sie geographische Kuriositäten verkörpern: Von Westberlin konnte man - in welche Himmelsrichtung auch immer - nur nach Osten schauen. An der jahrhundertealten Grenze in Kybartai/Eydtkuhnen verlief der Weg immer ostwärts gen russisches Territorium, heute fährt man westwärts Richtung Rußland.)

Bevor Moskau nicht eigene Fragen geklärt hat, kann auch die Kaliningrader Entwicklung nicht wesentlich vorwärts schreiten. Schon einmal - zwischen 1945/1946 - hat das Gebiet schweren wirtschaftlichen Schaden erlitten, durch Steuerungsprobleme des Kreml, die zu einem gewissen Entscheidungsvakuum führten. Die Selbstdefinition der Russischen Föderation ist noch nicht abgeschlossen. Soll sie sich als Nation begreifen oder als Imperium mit dem Auftrag, die GUS-Staaten wieder einzugliedern? Soll sich Rußland mehr an den Westen anlehnen - im Muster einer prinzipiellen Wertegemeinschaft - oder eine eigene spezifische eurasische Identität entwickeln und sich dabei chinesischer, indischer und japanischer Entwicklungsmodelle bedienen?

Für Kaliningrad kann nur Anlehnung an den Westen gelten - hinsichtlich materieller und ideeller Unterstützung für innere Transforma-

---

<sup>14</sup> Otkrytaja polityka, 1995, Nr. 1, S. 55-62

<sup>15</sup> Vlast 1993, 5, S. 74-77 In Bezug auf Kaliningrad wird sowohl der Terminus Exklave wie auch Enklave verwendet.

mationsprozesse. Sollte Moskau mehr zu einem eurasischen Modell tendieren, wird Kaliningrad irgendwann im ideellen Spagat leben müssen, der sich jetzt schon abzeichnet.

Kaliningrad - das Paradigma *par excellence* des historischen Problems Rußlands, stets äußere Expansion statt Modernisierung des Landes zu betreiben. Wenn hier jetzt eine Modernisierung stattfinden könnte, würde der bisherige Akzent gleichsam verschoben. Das hieße, Kaliningrad als Antrieb für russische Veränderungen zu begreifen.

### **Annäherung durch Entsovjetisierung**

Bis 1991 existierte hier an der Tilsiter Brücke eine quasi unsichtbare Grenze. Außer einigen sowjetischen Polizisten und bewaffneten Brückenwächtern wies nicht viel darauf hin, daß man aus der LitSSR in das Kaliningrader Gebiet fuhr - nur auf der litauischen Seite stand auf einem großen blauen Schild der Name der Republik in weißen Buchstaben. Nach der Wiederherstellung der litauischen Unabhängigkeit und dem Abschluß eines litauisch-russischen Grenzvertrages vom 17. Juli 1992 begannen beide Seiten mit dem Bau von Grenz- und Kontrollanlagen. Je mehr die südliche Grenze des Kaliningrader Gebietes zu Polen hin Durchlässigkeit zeigte, desto stärkere Abschottung fand an der nördlichen Grenze - zu Litauen statt. Damals hieß es im Scherz mit einem Körnchen bitterer Wahrheit, daß die Berliner Mauer nun zur Tilsiter Brücke verlegt worden sei.

Vor der Aufarbeitung der weißen Flecken in der Geschichte auf beiden Seiten stand also die regionale Abschottung. Es war die Antwort der Litauer auf die Öffnung des Kaliningrader Gebietes, eine Antwort, die vor allem aus mentalen Gründen erfolgte und in deren Strukturen sich die Politik der baltischen Staaten sehr glich, wobei Litauen als direkter Nachbar die härteste Position einnahm. In Bezug auf Determinanten von Minderheitenpolitik, auf Selbstbild und Fremdbild herrschten und herrschen unter den Bewohnern der baltischen Staaten Vorurteile, die einer Überprüfung bedürfen:

Immer wieder melden sich in Litauen einzelne Stimmen zu Wort und propagieren das Kaliningrader Gebiet als altes litauisches Gebiet, auf das die Russen keinerlei Anspruch erheben dürften, das vielmehr

den Litauern in Jalta und Potsdam vorenthalten worden sei. Wie man der Lokalpresse mehrfach entnehmen konnte, lautet das populärste Argument der Kaliningrader gegenüber dem nördlichen Nachbarn zur Zeit, daß Litauen gar nicht über das Memelland verfügen dürfe, da dieses Territorium als Kriegsbeute der Sowjetunion zugefallen sei und nun in Rechtsnachfolge an das nördliche Ostpreußen angeschlossen werden müsse. Die Konstruktionen beider Seiten enthalten logische Fehler und sollten besser als klassische Beispiele von Mächtegern-Völkerrechtlern betrachtet werden, die ihre Ausbildung in sowjetischer Rechtsbeugung durchlaufen haben. Vernachlässigt man den litauischen anachronistisch ethnofundamentalistischen Anspruch auf die „*alte litauische Erde*“ (nach dessen Logik Berlin auch nicht Hauptstadt Deutschlands sein dürfte), bleibt nur die verletzte Eitelkeit, 1990 nicht zu den 2+4-Verhandlungen zugelassen worden sein<sup>16</sup> und somit der symbolische Versuch, nachträglich eine Nachbesserung einzuklagen. Die Kaliningrader Diskutanten hingegen negieren tapfer die politische Geschichte des Memellandes vor 1945 inklusive der Versailler Option für Litauen. Aufgrund dieser hitzigen Wortgefechte und Deklarationen bilden sich jetzt unter der Kaliningrader Bevölkerung völlig neue Vorurteile über die Litauer heraus. (Diese Stereotype erhalten eine zusätzliche Nuance durch wirtschaftliche Konstellationen, die auf starkem Konkurrenzverhalten der Häfen Klaipėda und Kaliningrad beruhen.)

Die Stereotype nördlich der Memel sind hingegen weitaus stärker und schon älter. Alle Bewohner der baltischen Republiken haben bereits in den 70er und 80er Jahren die sowjetischen Versäumnisse in Kaliningrad heftig kritisiert - ohne ähnliche Tendenzen und Erscheinungen im eigenen Land wahrzunehmen, wobei es weniger um Fakten ging, sondern um einen Freiraum für antisowjetische Stimmungen, auf deren Grundlage diese Vorurteile in erster Linie produziert wurden. Dazu gehört auch der Hochmut der Langansässigen (in den baltischen Republiken) gegenüber jeder Art von (russischsprachigen) Zugezo-

---

<sup>16</sup> Delegationen der baltischen Volksfronten standen damals vor den Türen der Verhandlungsräume und forderten ihre Teilnahme.

genen, obwohl sich kein Bürger der ehemaligen UdSSR angesichts der willkürlichen Stalinschen Deportations- und Nationalitätenpolitik Bodenständigkeit als persönliches Verdienst zuschreiben dürfte. Genauso sollte man sich das Selbstvertrauen in das eigene Nationalgefühl als eigenständiges Verdienst zurechnen, zudem es sich ja hierbei in den baltischen Staaten hauptsächlich um die Pflege von Inhalten aus der Vorkriegskonserve handelt. Bis heute vergegenwärtigen sich die meisten Litauer, Letten und Esten, die negativ über Russisch-Ostpreußen reden, nicht, daß sie dieses Gebiet immer noch mit der früheren Sowjetunion identifizieren, daß sie eine Stellvertreterfeindschaft pflegen. Sie bemerken auch nicht, daß sich auch in der nächsten Nachbarschaft graduell etwas geändert hat. Einzig die Gleichsetzung Kaliningrad = sowjetisch auf dem Hintergrund durchaus realer Ängste vor der militärischen Übermacht des Nachbarn ergibt die Basis, die es einer Handvoll litauischer Ethnofundamentalisten erlaubt, kontinuierlich ihre Ansprüche zu propagieren.

Hatten in Litauen Staatspräsident Algirdas Brazauskas und Premierminister Adolfas Sleževičius in den vergangenen Jahren (1994 - 1996) ständig formuliert:

*„Kaliningrad ist und bleibt russisch“*, kommentierte die litauische Presse bisweilen: *„Da in diesem Gebiet jegliche Entwicklung vorstellbar sei, ist es vielleicht besser, bereits heute eine maximale, das heißt expansionistische Position zu vertreten“*<sup>17</sup>.

Bei der Vertretung von expansionistischen Positionen handelt es sich nicht um wirkliche Ansprüche, sondern um den Wunsch, Stärke zu demonstrieren. Nach dem Regierungswechsel im Herbst 1996 hat der konservative Regierungsführer Vytautas Landsbergis die Forderung nach Kaliningrad wieder auf den Tisch gebracht - bezeichnenderweise nicht zu Hause an der Memel, sondern bei einem Staatsbesuch in den USA. (Die litauische Presse kritisierte ihn heftig, aber nicht wegen des Anspruchs auf Kaliningrad, sondern wegen Einmischung in au-

---

<sup>17</sup> Lietuvos Rytas, 26. 1. 1995, S. 4

Benpolitische Angelegenheiten, die in das Ressort des Staatspräsidenten fallen, der aber zu den Reformkommunisten, der Oppositionspartei gehört.) Dieses Verlangen, einen Konflikt zu schüren, verträgt sich auf der anderen Seite nicht mit dem Wunsch der Litauer, der EU und der NATO beizutreten, und spiegelt nur ein mentales Problem der Litauer wieder.

Die realen Konflikte - die lange nicht fixierten Luftkorridore über den baltischen Republiken und die Ölvorkommen im Kurischen Haff-, über die in geheim gehaltenen Gesprächen in Vyštitis nüchtern und sachlich zwischen Vertretern aus Kaliningrad und Wilna verhandelt wurde, hatten 1994/1995 zu einer künstlichen Politisierung in der Presse geführt. Fast alle Kontakte brachen ab. So konnten sich Wissenschaftler nördlich und südlich der Memel einzig auf Konferenzen in Drittländern - wie Polen oder Deutschland begegnen. Der Durchschnittslitauer fuhr nicht mehr wie früher zum Einkaufen nach Kaliningrad, erfuhr somit auch nicht, welche Veränderungen sich inzwischen dort vollzogen hatten und mag es sich auch nicht gerne berichten lassen, da Kaliningrad ein Bestandteil des negativen Sowjetunionbildes darstellt.

Einerseits läßt sich die Bedrohung der Litauer, Letten und Esten nachvollziehen, andererseits müssen die Nachbarn auch akzeptieren, daß sich Kaliningrad unter den gegenwärtigen Bedingungen nur weiter in Richtung Europa öffnen kann, wenn eine stabile Verbindung zu Moskau existiert, die vor allem psychologischen Erfordernissen Rechnung trägt. Im Jahre sieben der Unabhängigkeit weiß die litauische Bevölkerung, daß ihr Regierungschef Landsbergis immer noch am liebsten ganz Litauen auf den Antikommunismus einschwören möchte, wobei man aber seine Bemühungen in dieser Richtung nicht mehr ernst nimmt, denn gerade in der Grenzregion gilt es, sehr viele Dinge rasch zu regeln. Die Politiker auf der lokalen Ebene haben in dieser Hinsicht längst die ideologische Brille abgenommen und beginnen pragmatisch über wirtschaftliche, ökologische und verkehrstechnische Details zu verhandeln. Ihre Arbeitstreffen finden zumeist im Memelland statt, wozu jedoch keine Massenmedien eingeladen werden, da die Lokalpolitiker kein großes Bedürfnis verspüren, sich mit

diesen Gesprächen zu profilieren. Die Ergebnisse in Wirtschaft, Handel und Grenzverkehr bescheren ihnen Erfolg. Derartige Lokalpolitik ist nur möglich, seitdem die unteren Machtebenen auf beiden Seiten nicht mehr auf Weisungsgesam eingeschworen wurden, ihren eigenen Handlungsbedarf, gerade auch hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklungen ihrer Bereiche sehen und dessen Spielraum auszunutzen wissen. Alle diese Dinge sind wichtige Details einer sich allmählich anbahnenden pragmatischen Entsowjetisierung.

Hieß es in der Einleitung, daß die ideologisch-politischen Faktoren der Sowjetisierung in der Literatur deutlicher beschrieben wurden als die sozioökonomischen, verhält es sich bei der Beschreibung von Dekompositionstendenzen oder Entsowjetisierungsmaßnahmen im großen und ganzen genau umgekehrt, was bedeutet, daß die Medien heute häufig den Abstand einer Region zum Sowjetzeitalter daran messen, wieviel Firmen und Betriebe mit ausländischem Kapital sich inzwischen angesiedelt haben anstatt zu fragen, welche Politiker inzwischen wieviel Demokratieverständnis erworben haben. Dabei sitzt man im allgemeinen einer Fehleinschätzung auf. Sowjetische Wirtschaftsstrukturen lassen sich leichter modifizieren und umgestalten, als mentale Prägungen, die bei näherer Betrachtung tiefe Zeichnungen in den Bevölkerungen hinterlassen haben. Große Teile der Bevölkerungsschichten sind völlig verunsichert, weil heute Regierungsaktivitäten in ganz anderen Dimensionen vollzogen werden, als ihnen seinerzeit die sowjetische Propaganda eingepflicht hatte, deren hoher Wirkungsgrad, verstärkt durch den langen Zeitraum und die ideelle Abschottung der UdSSR nicht unterschätzt werden darf. Dazu gehörten beispielsweise auch sozialistische Auffassungen wie der einseitige Antifaschismus und der Egalitarismus, zwei von vielen Komponenten, die mit den Denkmustern der demokratischen Gesellschaft kollidieren. Einseitiger Antifaschismus bedeutete, daß die sowjetischen Ideologen langjährig verbreitet hatten, die Sowjetunion und ihre Bürger hätten durch ihre aktive Kriegsführung mit hohem Einsatz gegen das nationalsozialistische Deutschland auf der richtigen, der gerechten Seite gestanden. Alle anderen, staats- und menschenfeindlichen Handlungen der UdSSR seien diesem großen leuchtenden Ziel untergeordnet



gewesen und dürften nicht separat kritisiert werden. Der sowjetische Bürger sei durch seinen Einsatz im Kampf gegen den Faschismus auf eine Position gelangt, die Vertreter anderer Völker gar nicht erklimmen könnten. Egalitarismus hingegen hieß die ideologische Lehre, die den Bürgern beibrachte, daß alle gleich seien und über die gleichen Rechte verfügten. Aus diesem Grund verbarg die Nomenklatura auch sorgfältig ihre Privilegien. Heute erscheint es vielen postsowjetischen Einwohnern, als habe früher Gleichheit geherrscht, ein Zustand, den die Ideologen ihnen als „demokratisch“ verkauften und man wünscht sich diesen idyllischen Zustand zurück, ohne sich darüber im klaren zu sein, daß es sich hierbei um einen Mythos handelt. Bemerkt man heute osteuropäisch-deutsche Inkompatibilitäten in sozialen, kommunikativen und kulturellen Bereichen, handelt es sich in der Mehrzahl nicht um wirkliche kulturelle Unterschiede, sondern Mißverständnisse, die der Diskrepanz von Diktatur und Demokratie zuzuschreiben sind. (D. h. viele postsowjetische Bürger verstehen Begriffe des demokratischen Vokabulars völlig anders, da diese durch Ideologie und Propaganda fehlgedeutet bzw. zu eigenen Zwecken mißbraucht wurden und niemand bisher über den Bedeutungswandel im klaren ist.)

Die Chancen der Region liegen in ihrer Entsowjetisierung. Das grundsätzliche Dilemma besteht darin, daß die mentale Sowjetisierung, die starke Ausprägung des *homo sovieticus* in der Binnensicht, im Land selbst gar nicht wahrgenommen werden kann. Einer unter vielen Gründen rührt aus der starken Formalisierung des sowjetischen Lebens und aus der Überbewertung, die man Formeln und Symbolen im Alltagsleben der UdSSR beimaß. Hinzu kommt der Mangel an kritischer Sicht, hauptsächlich verursacht durch die Nichtwahrnehmung totalitärer Strukturen als automatischer Selbstschutz, ein Phänomen, das heute in der Literatur als Kundera-Paradigma bezeichnet werden. Dazu gehörte u. a., daß man sich an zahlreiche diktatorisch-bürokratische Kriterien gewöhnt hatte, sie nicht mehr in Frage stellte und aufhörte, sie als diktatorisch zu empfinden, wie z. B. Bestimmungen und vielfache Eingrenzungen zur Erlangung eines Studienplatzes oder Gewährung einer leitenden Stellung.

Eine geistige Erneuerung gründet sich einerseits in der Manifestierung einer regionalen Identität mit Verankerung in lokalen Strukturen. Andererseits baut sie vor allem auf die Abgrenzung zu sowjetischen Mustern, zur sowjetischen Kultur. Dieser Mechanismus verläuft zu beiden Seiten der Memel ähnlich. Da die Werte der letzten fünfzig Jahre als nicht mehr brauchbar erscheinen, gehen die Bürger auf der Suche nach der geistigen Erneuerung weiter zurück und landen unzweifelhaft in der deutschen Geschichte dieser Region. Ein zusätzlicher Reiz, sich mit diesem Thema zu beschäftigen und kulturelle Muster jener Zeit zu übernehmen, wird durch die Tatsache der starken Tabuisierung der deutschen Kultur unter der sowjetischen Herrschaft ausgelöst. In diesem Moment, in dem die Suche nach neuen Werten einsetzt, beginnt auch die Tilgung der weißen Flecken in der Geschichte - ein Prozeß, der ständig Fortschritte bringt, obwohl das Tempo nicht mit deutschem Verständnis zu messen ist. Eine neue Art der Zeitgeschichte muß in den postsowjetischen Medien erst heimisch werden, das Verständnis für Geschichte innerhalb der Gesellschaft erst wachsen. Politische Identität und Selbstverständnis der Gesellschaft manifestieren sich in deren Geschichtsbild, das hier sowohl südlich wie auch nördlich der Memel noch nicht abgerundet ist. Diese Entwicklung der Verabschiedung vom verordneten Geschichtsbild hat aber eingesetzt und geht allmählich voran - ein weiteres Detail der ideologischen Entsowjetisierung.

Seinerzeit verband der sowjetische Kulturcode auf einer gewissen künstlerischen und medialen Ebene die vielen Völkerschaften. Heute, in einer Zeit, in der man in der baltischen Region nach Werten sucht, die geistige Erneuerung symbolisieren können, treten im Memelland und im Kaliningrader Gebiet, im Gegensatz zu den Kerngebieten der baltischen Staaten, die sich vorwiegend auf nationale Werte aus der Zwischenkriegszeit stützen, Elemente deutscher Kultur in den Vordergrund, die den beiden Territorien (Memelland und Kaliningrader Gebiet) eigen sind, inzwischen auch von den Neubewohnern der Region identifiziert werden können und so eine Art neuen gemeinsamen Kulturcodes schaffen, auf dem sich unzweifelhaft auch Eigenständiges entwickeln wird. (In gewisser Weise läßt sich dieses ebenso

für den polnischen Teil Ostpreußens behaupten, der ja auch nicht zum polnischen Kerngebiet gehört hat und zudem nach dem Krieg gleichfalls neu besiedelt wurde.) Zur erneuten Wahrnehmung von architektonischen Wahrzeichen deutscher Kultur haben in allen drei Teilen der ehemaligen deutschen Provinz deren frühere Bewohner beigetragen, vor allem in Form von finanziellen Beihilfen und Lieferung von heimatgeschichtlichen Traditionen. So stellt sich heraus, daß eine dreigeteilte Region in der Gemeinschaft gegen die kulturellen Wertinhalte der letzten fünfzig Jahre auf einer kulturgeschichtlichen Ebene wieder zusammenwächst (augenfälligstes Beispiel dafür stellen restaurierte protestantische Kirchengebäude in Masuren, dem Kaliningrader Gebiet und dem Memelland dar). Dieser geschilderte Prozeß vollzieht sich langsam, unter großen Schwierigkeiten und mit vielen Widerständen. Aber gerade das führt zu seiner Ernsthaftigkeit und beweist den demokratischen Charakter der Entwicklung. Auch das Entstehen neuer lokaler Vereine, Initiativen und die Gründung von Kirchengemeinden an vielen Orten kennzeichnet das Wachsen pluralistischer Strukturen auf der unteren Ebene und muß genauso unter der Überschrift Entsovjjetisierung vermerkt werden.

Wurde in der Einleitung betont, daß 1945 die Dreiteilung Ostpreußens vollzogen wurde, läßt sich heute, nach über fünfzig Jahren, konstatieren, daß trotz verschiedener politisch-administrativer Zugehörigkeiten die Region Zeichen für das kulturelle Zusammenwachsen auf dem Hintergrund der früheren Geschichte zeigt. Wahrscheinlich wird es heute, im Zeitalter der kurzen Entfernungen, aber kontinuierlich unter der Bedingung, daß sich die Demokratiebemühungen festigen, in nächster Zukunft keine wesentliche Rolle mehr spielen, von welchem Staat eine Region verwaltet wird. Die Bürger Litauens, Polens und des Kaliningrader Gebietes genießen schon heute den Vorteil, daß sie sich gegenseitig im visafreien Reiseverkehr besuchen können.

Am Anfang stand gleichfalls die Frage, ob sich das Verschweigen ganzer Kapitel in den Geschichtsbüchern des Memellandes und des Kaliningrader Gebietes rächen würde. Da es nicht gelang, das Gedächtnis der Region, ihre Besiedlungs- und Bepflanzungsstrukturen,

ihre architektonischen Hinterlassenschaften trotz verschiedener Bemühungen von Stalin bis zu Breschnev zu tilgen,<sup>18</sup> folgt in gewisser Weise eine Wiederauferstehung der verschwiegene Kapitel, die sich nun auf anderen Wegen von ganz allein zurück in die Geschichtsbücher drängen, bisweilen auch nicht ohne Widerstand, was aber häufig ein Kennzeichen dafür ist, daß es sich nicht um kurzlebige Konjunkturverhalten handelt.

Es ist zu bemerken, daß es in der Region nördlich und südlich der Memel deutliche Tendenzen gibt, die Strukturen der verordneten Gesellschaft hinter sich zu lassen. Gewiß sind die Entwicklungen nicht sehr spektakulär. Da sie sich aber im Windschatten der allgemeinen Aufmerksamkeit vollziehen, kann man auf ihre Weiterführung hoffen. Handelte die gesamte Arbeit von den Sowjetisierungsbestrebungen Moskaus in dieser Region, wobei einzig ein Zeitraum von drei Jahren in Augenschein genommen wurde, muß am Schluß resümiert werden, daß die Sowjetisierung in diesen Territorien innerhalb von fünfzig Jahren zur Gänze vollzogen wurde. Die Merkmale einer totalitären Gesellschaft können heute mühelos, je nach Geschmack des jeweiligen Theoretikers, in fünf bis zwölf Punkten genannt werden. Wie es um die Beseitigung von Spätfolgen totalitärer Diktatur steht, läßt sich schon weitaus schwerer benennen. Hier wurden die Entwicklung ei-

---

<sup>18</sup> Der Stalin-Ära sind im Prinzip weniger vorsätzliche Vernichtungen architektonischer Denkmäler vorzuwerfen als vielmehr deren Zweckentfremdung und Vernachlässigung, die in vielfacher Hinsicht Vorschub für späteren Abriß gegeben haben. Der Breschnev-Ära sind große Friedhofseinebnungen in beiden Gebieten zuzurechnen, die Sprengung des Königsberger Schlosses (trotz Protesten von Kaliningradern) und der Abriß zahlreicher Kirchenbauten links und rechts der Memel. Der geplante Abriß der Memeler Altstadt konnte von den Bürgern verhindert werden. Fragt man, warum es den Klaipėdaern gelang, ihre Altstadt vor dem Abriß zu retten, während in der gleichen Zeit das Königsberger Schloß gesprengt wurde, gründet sich die Antwort vor allem auf die Funktionalität der Bausubstanz. Das Schloß stand leer, die Altstadt hatte einen erheblichen Bestand an Wohnungen. Selbst der Balkon des Theaters, von dem Hitler 1939 den Anschluß des Memellandes verkündet hatte, blieb erhalten, da das Gebäude vom Theater genutzt wurde.

genständiger Kompetenzen in der Politik, die Verabschiedung vom verordneten Geschichtsbild und die Entwicklung demokratischer Strukturen auf der unteren Ebene genannt.

Der gesamte Prozeß schreitet im östlichen Europa und - im speziellen Fall - an den beiden Memelufeln voran. Für das Kaliningrader Gebiet und das Memelland besteht in gewisser Weise eine glückliche Situation, da viele der ehemaligen Bewohner ihrer früheren Heimat heute noch Zuwendungen angedeihen lassen. Andere vergleichbare Territorien in Europa können nicht von einer derartigen Lobby profitieren. Die Wahrnehmung der Entwicklungen von der Mitte Europas aus ist nicht ganz einfach, da hiesige und dortige Erwartungshaltungen einer Asynchronität unterworfen sind, verschiedene Maßstäbe existieren und zusätzlich diverse Mechanismen wechselseitiger Fehlwahrnehmungen, auch auf Grund mangelnder Deutungsmuster wirken.

## REZENSIONEN

*Die reformatorischen Kirchen Litauens. Ein historischer Abriss*  
*Herausgegeben von Arthur Hermann und Wilhelm Kahle (verst.)*  
*Martin-Luther-Verlag Erlangen 1998*

Das Buch ist ein nützliches Buch. Das Buch ist ein wichtiges Buch. Das Buch ist ein grundlegendes Buch. Jede weitere Erforschung der Geschichte der reformatorischen Kirchen Litauens wird darauf aufbauen können. Deshalb ist den Autoren in Litauen und Deutschland für ihre verdienstvolle Arbeit zu danken.

Das Buch ist ein Gemeinschaftswerk, seinerzeit angeregt von Prof. Dr. Wilhelm Kahle, der eigens nach Vilnius reiste (1993), um das Gespräch mit den zukünftigen Autoren zu beginnen, die Notwendigkeit dieser Forschungsarbeit zu begründen und einen etwaigen Plan für das zukünftige Buch zu entwickeln. Sein leidenschaftliches Engagement für das Thema ermunterte und ermutigte die Autoren, sich an je ihre Arbeit zu machen.

Es ging für die Autoren darum, sich jeweils einem großen Zeitabschnitt in der Geschichte zu widmen: von den Anfängen bis zur Dritten Teilung Polens (1795), der zweite Zeitraum reicht bis zum Ende des Ersten Weltkriegs (1918), der dritte und vierte Abschnitt stellen getrennt die Entwicklung der Evangelisch-Lutherischen Kirche und der Evangelisch-Reformierten Kirche von 1915 bis zum Ende der Ersten Unabhängigkeit Litauens (1940) dar. Einen Einschub bildet das Kapitel über die Evangelisch Theologische Fakultät in Kaunas, das eine wichtige Neuheit in der Geschichte der Evangelischen Kirchen Litauens darstellt und in die Zeit der Ersten Unabhängigkeit gehört. Es folgt die Darstellung des Weges der Evangelischen Kirchen in Litauen von 1940 bis 1995. Das Schlußkapitel bietet eine Spezialarbeit über Litauisches Luthertum in Ostpreußen: aus der Geschichte der ganzen Region ergibt sich die Notwendigkeit, das Luthertum in Ostpreußen in die Geschichte vor allem der Lutherischen Kirche Litauens einzubeziehen. Ausführliche Register erleichtern das Nachschlagen und damit die Möglichkeit, das Buch für weitere Arbeiten zu

nutzen. Der bescheiden an den Schluß gestellte Hinweis auf die Autoren mit Angabe von deren Anschriften darf nicht vergessen werden.

Den ersten Abschnitt von den Anfängen bis zur Dritten Teilung Polens hat Frau Dr. Ingė Lukšaitė (Historisches Institut in Vilnius) dargestellt. Sie ist die beste dem Rezensenten bekannte Kennerin der Geschichte der reformatorischen Kirchen Litauens in diesem Zeitraum. In zahlreichen Einzelstudien hat sie zum Thema der Reformation in Litauen gearbeitet und gilt deswegen im heutigen Litauen als unangefochtene Autorität, die bereitwillig ihre Literaturkenntnisse und Unterlagen zu Einzelfragen Forschungswilligen zur Verfügung stellt. Mit beispielhaftem Historikerfleiß hat sie in Archiven und Bibliotheken geforscht und viele Nachrichten aus vorangehender Literatur zu Einzelfragen zusammengetragen. Denn eine Gesamtdarstellung der Geschichte der reformatorischen Kirchen für diese erste Epoche gab es nicht. Meines Wissens hat sie zum erstenmal die zahlreichen alten polnischen Quellen erschlossen, die offensichtlich eine Fundgrube für Arbeiten zum Thema der reformatorischen Kirchen in Litauen darstellen. Es entspricht ja den zwei Wegen der Reformation nach Litauen, des reformierten Zweiges von Polen aus, des lutherischen Zweiges vom Herzogtum Preußen aus, daß naturgemäß polnische Urkunden eine große Rolle spielen müssen, zumal in den Anfängen der reformierte Einfluß im Großfürstentum Litauen größer war als der lutherische. Dem steht gegenüber, daß es lutherische Geistliche waren, deren Namen für alle Zeiten im Blick auf erste theologische, universitäre Bemühungen, erste Bücher und die erste Bibelübersetzung ins Litauische leuchten. In sehr gründlicher Weise hat Frau Lukšaitė sich in die damaligen Vorgänge hineingedacht und für den interessierten Leser spannend niedergeschrieben, was aus den Quellen zu erschließen ist. Ohne Zweifel tritt uns die große Bedeutung der Reformation auch für das ganze Litauen und das Litauertum vor Augen. Die Autorin ist freilich redlich genug, auch auf die Schwächen der reformatorischen Bewegung hinzuweisen, z. B. daß es in dieser ersten Epoche nicht gelungen ist, die lutherischen Gemeinden zu einer Art Landeskirche zusammenzuschließen, ein Mangel, der sich in der Folgezeit noch spürbar bemerkbar machte, oder daß die um Adelshöfe

gruppierten Gemeinden schwer zu „unabhängigen“ Strukturen fanden. Auch die oft harte Auseinandersetzung mit der mehr und mehr erstarrenden Gegenreformation in Polen-Litauen macht den Leser betroffen und kann ihn nicht unbewegt lassen. Überzeugen Sie sich selbst!

Auf diesen grundlegenden umfangreichen Teil folgt die Bearbeitung des zweiten Zeitabschnitts durch Frau Dr. Aldona Prašmantaitė (ebenfalls Historisches Institut in Vilnius). Die Dritte Teilung Polens brachte auch die Aufteilung Litauens zwischen Preußen und Rußland. Dieses bittere Schicksal des kleinen Litauen hatte einschneidende Bedeutung auch für die Evangelischen Kirchen, deren weiterer Weg jetzt unterschiedlich für die Gemeinden rechts der Memel oder links der Memel, unter deutschem Einfluß oder unter russischem Einfluß dargestellt werden. Zu der Unterscheidung in lutherische und reformierte Evangelische kommt also diese neuartige hinzu. Frau Prašmantaitė behält diese Gesichtspunkte fest im Auge und führt ihre Darstellung konsequent - und damit in einem guten Sinne ordnend - nach diesen Gesichtspunkten durch. Dabei ist die Quellenlage im Blick auf die lutherische Kirche schlecht. Günstiger liegen die Dinge für die Erforschung der reformierten Kirche, weil es zahlreiche Synodenprotokolle, die in den Handschriftenabteilungen der litauischen Bibliotheken liegen, gibt, außerdem bisher unveröffentlichte Korrespondenzen mit den Behörden in Warschau und St. Petersburg. Besonderes Augenmerk richtet die Autorin auch auf die Schulen, auf die Geistlichen und deren Ausbildung. Es ist aufschlußreich zu erfahren, wo sie jeweils ihre Ausbildung genossen. Von der mißlichen Lage Gesamtlitauens waren die Kirchen in je ihrem Einflußbereich stark betroffen. Das gilt auch von den großen historischen Ereignissen wie den jedesmal neu niedergeschlagenen Aufständen gegen die Fremdherrscher. Die aufkommenden nationalen Bewegungen in Europa, verbunden mit der Geistesströmung der Romantik, haben auch Litauen erfaßt und bis in die Kirchen hinein gewirkt. Damals schon wurde der Grundstein für die späteren so verhängnisvollen nationalen Auseinandersetzungen in der Kirche gelegt. Der Druck litauischer Bücher in Preußen und deren Verbringung als Schmuggelware ins russisch besetzte Litauen, weil dort litauisches Schrifttum allenfalls in kyrillischen Buchstaben ge-



druckt werden durfte, hatte für das Deutsche Reich sicher handfeste politische Gründe zur Stärkung des deutschen Einflusses und ist nicht bloß Ausdruck reiner „Litauerfreundlichkeit“.

Mit allen durch die politische Lage bestimmten Schwierigkeiten hatten auch die Evangelischen Kirchen zu kämpfen. Gleichwohl stellt uns Frau Prašmantaitė die lebendige Bewegung vor allem in der reformierten Kirche dar: es gab in dieser Zeit auch Gemeindeneugründungen, die Kirche wuchs, der Bildungsstand der Geistlichen verbesserte sich, Schulen und Stipendien nahmen zu. Wahrscheinlich mußten, was die lutherischen Gemeinden anlangt, noch manche Hinweise in den preußischen Archiven zu finden sein. Frau Prašmantaitė hat angefangen, andere müssen sich zur weiteren Erforschung an die Arbeit machen.

Es folgen die beiden Arbeiten, die die Epoche vom Ersten Weltkrieg bis zum Ende der Ersten Unabhängigkeit beleuchten. Sehr kenntnisreich hat Arthur Hermann die Evangelisch Lutherische Kirche Litauens, von der nun erst die Rede sein kann, geschildert. Denn erst die Unabhängigkeit, der selbständige Staat Litauen, bot die Möglichkeit zur Bildung nunmehr einer Lutherischen Kirche Litauens. Freilich war die Bildung dieser Kirche mit vielen inneren Schwierigkeiten verbunden. Anhand der aufeinanderfolgenden Konsistorien führt uns Arthur Hermann durch die Streitigkeiten, die von der nationalen Frage in der Kirche hervorgerufen waren und die das Leben der Kirche sehr belasteten. Von ihrer Ausbildung und Herkunft her mögen die deutschstämmigen Pfarrer in der litauischen Kirche um den deutschen Einfluß und dessen Stärkung gerungen haben. Zum Nutzen der litauischen Kirche war es nicht. Denn diese hatte in einer vorwiegend katholischen Umgebung und in der Zeit der Entstehung des selbständigen, unabhängigen litauischen Staates sich ohnehin mit dem Vorwurf auseinanderzusetzen, sie sei eine deutsche Einrichtung, ein Brückenkopf des Deutschtums, gegen die Entwicklung zu einem freien Litauen und es gäbe doch keine evangelischen Litauer. Arthur Hermann schildert uns engagiert die bewegten Zeiten. Er kann auf kontrovers zu den Ereignissen Stellung nehmende Literatur zurückgreifen. Er stellt die vorgefundenen Meinungen aus Memoiren und

Einzeldarstellungen dem Leser zur Beurteilung nebeneinander: wir werden einbezogen, nehmen teil an den wechselvollen Geschicken bis hin zu der schlimmsten Folge der nationalen Gegensätze, der Verschiebung ganzer Bevölkerungsteile, was auch der Kirche tiefe Wunden geschlagen hat. Nachdem wir dieses spannende Kapitel gelesen haben, werden wir im vorliegenden Buch dem Autor - mit großem Interesse - noch einmal begegnen.

Frau Dr. Maria Slavėnas, die den Weg der Reformierten Kirche im genannten Zeitraum verfolgt, arbeitet sehr gut den Unterschied der beiden evangelischen Minderheitskirchen im neuen Litauen heraus. Die Reformierte Kirche war schon kleiner geworden als die Lutherische, aber im Unterschied zu jener nicht von ständigen inneren Krisen geschüttelt. Sie verstand sich als nationale Kirche, war eine alllitauische Kirche, sie hatte keine nationalen Probleme. Sie war eine litauische Minderheit nur im religiösen Sinne. Freilich verlor sie durch die politischen Verhältnisse ihr angestammtes Zentrum Vilnius, als die Polen das "Wilnaer Gebiet" besetzten. Die Kirche wurde zwangsläufig gespalten. Der Teil im selbständigen Litauen mußte sich in *Biržai ein* neues Zentrum schaffen. Die Kirche hatte offensichtlich in der Person von Jakubėnas eine überzeugende Autorität. Ihm gelang es die Gemeinden zusammenzuhalten. In das Jahr 1940 fällt auch der Anschluß von Vilnius an Litauen, was die Wiedervereinigung der Reformierten Kirche bedeutete. Frau Slavėnas führt uns mit klaren Strichen und einem guten Blick für das Wesentliche durch diese für die Reformierte Kirche so erfolgreiche Epoche, in der die Kirche als ganze und ihre vielfach zur Bildungsschicht gehörenden Vertreter ein gewisses bis hohes Ansehen genossen.

Ein besonderes Kapitel widmet Frau Slavėnas der Evangelisch-Theologischen Fakultät in Kaunas, die von 1925 - 1936 existierte und immerhin fünf Lehrstühle besaß. Die Initiative war von Lutheranern ausgegangen, aber aufgegriffen und verwirklicht wurde sie von Reformierten. Die Begründung für ihre Einrichtung war der Bedarf an litauisch sprechenden Geistlichen, die nicht mehr wie bisher im Ausland ausgebildet werden sollten. Diese Argumentation paßte gut in den Prozeß eines selbständig werdenden Staates. 32 Pfarrer haben bis

zur Schließung der Fakultät ihre Ausbildung dort absolviert. Die Abschlüsse waren auch im Ausland anerkannt, was eine große Errungenschaft sowohl für die Professoren als auch für die Kirchen bedeutete. Die Ausbildung war theologisch sachbezogen. Die nationalen Auseinandersetzungen vor allem in der Lutherischen Kirche wirkten aber auch hinein in die Studenten- und Professorenschaft. Die Absolventen der Fakultät in Kaunas hatten in der folgenden, schweren Zeit der sowjetischen Besetzung ihre Ausbildung und Berufung zu bewähren. Mit Recht hat die Verfasserin die Fakultät in Kaunas thematisiert und beleuchtet.

Das Stück Zeitgeschichte von 1940 bis 1995 hat wieder Arthur Hermann bearbeitet. In diesen Zeitraum gehört der Zweite Weltkrieg mit seinen Folgen auch für Litauen, die fast fünf Jahrzehnte sowjetischer Diktatur, aber auch der Beginn der Zweiten Unabhängigkeit mit seinen Hoffnungen und Möglichkeiten. Die „Heim ins Reich“-Bewegung der Volksdeutschen, die große Flüchtlingswelle aus Furcht vor den barbarischen Grausamkeiten der Roten Armee und vor der Sowjetdiktatur, mit der man bereits Bekanntschaft gemacht hatte, 1958 dann die Möglichkeit der Auswanderung aus Litauen im Rahmen der Familienzusammenführung schwächten die evangelischen Minderheitskirchen erheblich. Nicht nur zahlreiche Geistliche und Lehrer verließen das Land. Gemeinden mit starkem deutschem Anteil wurden ausgedünnt oder verschwanden ganz. Nach dem Zweiten Weltkrieg gab es für deutschen Einfluß keine Basis mehr. Die sowjetische Diktatur legte die Bedingungen für das Gemeindeleben fest. Unter der Knute eines diktatorischen, kirchenfeindlichen Staates machte sich besonders in der Lutherischen Kirche die durch innere Zerrissenheit gezeitigte Schwäche bemerkbar. Der Staat konnte auf verschiedene Weise auf den Weg der Kirche Einfluß nehmen. Arthur Hermann hat sehr ausführlich und mit großem Fleiß dieses besonders interessierende und bewegende Kapitel der Zeitgeschichte dargestellt. Einzelne Daten mögen von anderen anders eingeschätzt werden (was nicht ausbleiben kann, weil nach schweren Leidenszeiten auch Gemeindegruppen zur „Legendenbildung“ neigen), aber es ist das Verdienst von Arthur Hermann, den einzelnen agierenden Gruppen und Personen

Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Der Leser wird diese Nachzeichnung des Weges der Kirchen in der Sowjetzeit mit Spannung verfolgen und sich darüber freuen, daß trotz der erheblichen Schwierigkeiten, die den Kirchen gemacht wurden, diese sich behaupten konnten und aus der Auseinandersetzung mit dem ihnen feindselig gesonnenen Staat die Gemeinden gestärkt und geeinigt hervorgegangen sind, mit unter Leiden gewachsenen Kräften für den Wiederaufbau der Kirchen im neuen, nun zum zweitenmal unabhängigen Litauen. Die Bedeutung des theologischen Zentrums in Klaipėda, der im In- wie im Ausland große Skepsis entgegengebracht wurde, darf in diesem Zusammenhang nicht unterschätzt werden. Die litauischen Evangelischen brauchen auskunftsfähige Pfarrer, die auf Grund eines Studiums sich an den zahlreichen Problemen des Landes und der Kirchen beteiligen und den Gemeinden Orientierung geben können. Die dort erwerbbarere Fakultät zur Erteilung von Religionsunterricht in den Schulen kann bisher leider nur in den wenigsten Fällen angewandt werden. Der Autor dieses Kapitels und gleichzeitig Herausgeber dieses Buches gibt uns einen guten Einblick in Leben, Weg und Schwierigkeiten der Gemeinden, die ein starkes Selbstbewußtsein haben, aber mehr und mehr auch ein „Kirchenbewußtsein“ entwickelt haben. Die großen Schwierigkeiten der Darstellung der Geschichte der Kirche unter einer Diktatur, wo die wenigen kirchlichen Quellen gleichsam mit doppelter Brille gelesen (nämlich mit der Frage „wovon reden sie, wenn sie etwas verschweigen“) werden müssen, hat der Autor gut gemeistert. Auch heute noch erhitzte Gemüter können mit Hilfe dieses Kapitels den Weg zum kühlen und ruhigen Abwägen finden.

Dr. Albertas Juška hat das Schlußkapitel über Litauisches Luthertum in Ostpreußen geschrieben. Er hat damit für den Leser zwei Seiten besonders ins Bewußtsein gehoben: für deutsche Leser die Erinnerung daran, wie stark auch das Litauertum zur Geschichte des ehemaligen Ostpreußens gehört, für litauische Leser, ein wie großer Beitrag von den ostpreußischen Litauern für das Geistes- und Kulturleben geleistet worden ist. Weil dieses Kapitel eine Spezialstudie ist, wird manches noch einmal erwähnt, was früher schon von anderen Autoren erwähnt und gewürdigt worden ist. Gleichwohl hat es auch

hier und unter dem speziellen Gesichtspunkt seinen berechtigten Platz. Die Bedeutung der Universität Königsberg, ihrer litauischen Mitbegründer, die Arbeit ihrer Absolventen wie Mažvydas und Bretkūnas (Bretke) und später ganzer Generationen litauischer evangelischer Pfarrer verdient es, dem Vergessen entrissen zu werden. Was von Albertas Juška kenntnisreich vorgelegt wird, zeigt auch die große Bedeutung dieses Teils des Litauertums für die Geschichte der evangelischen Kirchen in den angestammten litauischen Gebieten. Daß die Gemeinschaftsbewegung, die wesentlich zum Überleben der Gemeinden im Memelland unter den so harten Bedingungen der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg ihre Wiege bei den preußischen Litauern hatte, unterstreicht noch einmal den Zusammenhang mit der Geschichte der „reformatorischen Kirchen Litauens“.

Noch einmal, für das Buch gilt den Autoren unser Dank. Es kann nicht übersehen werden. Es bietet zum erstenmal eine Gesamtdarstellung. Es hat nur einen spürbaren Mangel: es ist bisher nicht ins Litauische übersetzt, was dringend geschehen sollte - im Interesse der jungen Menschen in Litauen die sich am Theologischen Zentrum der Universität um Theologie bemühen und die ohne Zweifel den zukünftigen Weg der Kirche gehen werden.

*Gottfried Schneider,  
Pfarrer i. R.,  
(ehem.) Mitarbeiter am Theologischen Zentrum  
in Klaipėda.*

*Andreas Hollstein, Das staatsorganisatorische Modell der neuen litauischen Verfassung: Ein dritter Weg zwischen präsidialem und parlamentarischem System? Köln: Wissenschaft und Politik 1999 (Mittel- und Osteuropawissenschaften: Reihe Recht; Bd. 2), ISBN 3-8046-8843-8, 171 Seiten, DM 38,--*

Die Beschäftigung mit dem Verfassungsrecht des unabhängigen litauischen Staates besitzt einige Tradition in der deutschsprachigen wissenschaftlichen Literatur. Es lassen sich zahlreiche Monographien und Aufsätze in renommierten Zeitschriften finden, die allein die konkrete staatsrechtliche Organisationsstruktur in der Zwischenkriegszeit untersuchen - zum Teil mit Blick auf alle baltischen Staaten, aber auch einzeln am Beispiel Litauens. Nach der Wiedergewinnung der Unabhängigkeit zu Beginn der neunziger Jahre setzt eine entsprechende Aufarbeitung in der deutschen Forschung erst langsam wieder ein. Insofern verdient die hier vorzustellende Hagener Dissertation, die eine detaillierte Auseinandersetzung mit der neuen litauischen Verfassung vornimmt, besondere Aufmerksamkeit.

Anknüpfungspunkt war dabei vor allem die Frage, ob die gegenwärtige litauische Verfassung aus dem Jahre 1992 und die darin vorgegebene Staatsstruktur, als neues und eigenständiges Modell dienen kann, oder nicht doch als in der Vielheit der Staatsorganisationsformen mehr oder weniger schon vorhandenes einzustufen ist. Die Arbeit stellt sich also die eher politikwissenschaftliche Aufgabe der Analyse und Einordnung jener neuen litauischen Konstitution.

Bevor jedoch diese eigentliche Fragestellung bearbeitet wird, gibt der Autor eine groß angelegte historische Rückschau, die mit einem kurzen Abriss der litauischen Geschichte bis zum ersten Weltkrieg beginnt und danach in aller Ausführlichkeit die verfassungsgeschichtlich bedeutsamen Ereignisse sowie die jeweils verabschiedeten Verfassungen der Unabhängigkeitszeit schildert. So wurden allein bis zur Verabschiedung der ersten „ordentlichen“ Verfassung im Jahre 1922 drei Übergangskonstitutionen erlassen, die angesichts der sich überstürzenden politischen Ereignisse eine handlungsfähige Staatsorganisation gewährleisten sollten, wobei es gelingt, ein hinreichendes Bild

von der jeweiligen organisatorischen Konzeption zu vermitteln, Weiterhin wird in diesem Kapitel die Verfassung von 1922 eingehend dargestellt. Sehr zurückhaltend in politischen Wertungen erfolgt anschließend eine Schilderung der autoritären Präsidialherrschaft von Smetona nach dem nationalistischen Putsch von 1926 mit den sie stützenden Verfassungstexten von 1928 und 1938. Auch hier geht die Untersuchung auf die Grundprinzipien der staatsorganisatorischen Konzeption sehr genau ein und stellt das nach dem Verfassungsstatut beabsichtigte Machtgefüge in allen Einzelheiten dar. Daneben hätten aber die tatsächlichen machtpolitischen Hintergründe, ihr Einfluß auf die Verfassungsausgestaltung und besonders auf die Verfassungswirklichkeit noch stärker Erwähnung finden können, was auch eher der Intention dieses Kapitels entsprochen hätte, die verfassungsrechtliche Tradition als wesentlichen Faktor für die Ausgestaltung der Verfassung von 1992 darzustellen.

Nach einer Schilderung der Zeit der Okkupation und Annexion, welche als tragische Erfahrung das spätere Verfassungswerk maßgeblich prägte, beschreibt der Autor im nachfolgenden Kapitel den Prozeß der Verfassungsgebung in den Jahren 1988 bis 1992. Es werden mit erfreulicher Detailtreue die Entwicklungslinien nachgezeichnet, die zur Ausformung der letztlich verabschiedeten Verfassung führten. Mit gebotener Gründlichkeit geht die Arbeit auf die gesellschaftlichen und politischen Strömungen ein, die zur Unabhängigkeit und Neukonstituierung Litauens führten, wobei die wechselseitige Bedingtheit beider Verfahren - der Verfassungsgebung einerseits und der Wiedererlangung der Unabhängigkeit andererseits - deutlich wird. Ausführlich werden vor allem die wesentlichen widerstreitenden Verfassungsentwürfe erläutert, die letztlich in der verabschiedeten Verfassung als Kompromißmodell mündeten.

Dieser geschichtlichen Darstellung folgt sodann eine gründliche Analyse der Staatsorganisationsform der 1992 in Kraft getretenen Verfassung. Ausgehend vom Text der Verfassung und den einschlägigen Gesetzen, wie den Wahl- und Ausführungsgesetzen, werden Befugnisse, Abhängigkeiten und Möglichkeiten der gegenseitigen Einflußnahme der einzelnen Staatsorgane nacheinander dargestellt, be-

ginnend mit dem Seimas als dem politisch einflußreichsten, gefolgt vom Präsidenten und der Regierung. Eine noch umfassendere Bewertung der gegenseitigen Machtbeziehungen anhand der tatsächlichen politischen Ereignisse wäre wünschenswert gewesen, auch wenn dies natürlich nach einem so kurzen Zeitraum der Verfassungswirklichkeit zwangsläufig nur eine Momentaufnahme hätte werden können. Ebenso hätten gewisse (aus deutscher Sicht) verfassungsrechtliche Besonderheiten, wie beispielsweise Verfassungsgesetze als Normen einer Zwischenebene zwischen der Verfassung und einfachen Gesetzen oder die Unterscheidung von Regierungsrücktritt und Rückgabe ihrer Befugnisse, eingehender dargestellt und erläutert werden sollen. Das Urteil des Verfassungsgerichtes vom 10. Januar 1998, welches letztere Abgrenzung herausarbeitet, wird zwar mehrfach zitiert, Inhalt und Hintergrund bleiben aber im Dunkel. Überhaupt findet das Verfassungsgericht auch sonst jeweils nur im Zusammenhang mit den Kompetenzen der Staatsorgane und ihren Konflikten untereinander Erwähnung - besonders im Anklageverfahren gegen den Präsidenten, aber auch hinsichtlich der Ernennung seiner Richter -, eine grundlegende Betrachtung fehlt hingegen, obgleich Art. 5 der Verfassung neben den behandelten Staatsorganen (Seimas, Präsident und Regierung) ausdrücklich auch die Judikative erwähnt. Dabei wäre die Untersuchung des verfassungsmäßigen Einflusses der (Verfassungs-) Rechtsprechung in einem Land, welches jahrzehntelang einem Unrechtssystem unterlag, gerade vor diesem Hintergrund besonders aufschlußreich gewesen.

Der eigentliche Kernbereich der Arbeit gemäß ihrer Aufgabenstellung ist die Einordnung der neuen litauischen Organisationskonzeption anhand der verschiedenen Modelle der Staatsorganisation. Hierfür werden eingangs die entsprechenden Bestimmungen der litauischen Verfassung zuerst mit denen des deutschen Grundgesetzes und später mit denen der französischen Verfassung verglichen. Die Auswahl ausgerechnet dieser beiden Verfassungsmodelle beruht wohl auf ihrer jeweilig recht klaren Ausprägung als parlamentarisch orientiert einerseits und mit einer stärkeren Präsidialmacht versehen andererseits, sowie auf ihrer - freilich nicht näher dargelegten - Vorbild-



funktion für die Verfassung Litauens. Dabei enthält sich die Arbeit jedoch jeglicher Wertung, sie stellt vielmehr die verschiedenen Regelungsmodelle nur nebeneinander.

Hieran anschließend versucht der Autor, die litauische Verfassung anhand der verschiedenen, in der Politikwissenschaft entwickelten Kategorisierungen, die bereits in der Einleitung ausgebreitet worden waren, zu klassifizieren und einzuordnen. Nach den vom Autor als „herrschend“ qualifizierten, „bipolaren“ Systematisierungsversuchen (in parlamentarische Staatsform einerseits und präsidentiale andererseits) ist das litauische Verfassungssystem eindeutig als parlamentarisches zu charakterisieren, Folgt man dem Ansatz *Loewensteins*, der von sechs Grundtypen politischer Systeme ausgeht, handelt es sich ebenfalls um ein parlamentarisches System in der Unterart des sog. „unechten Parlamentarismus“ (entwickelt übrigens am Beispiel der Weimarer Reichsverfassung). Soweit schließlich drei Kategorien zum Ausgangspunkt genommen werden, nämlich zusätzlich zu den beiden des „bipolaren“ Systems auch noch die Kategorie des „Semi-präsidentialismus“, wird Litauen nach diesen Ansätzen als eben solche semipräsidentiale Demokratie eingestuft.

Da der Autor - wenig einsichtig - das sechsgliedrige Modell von *Loewenstein* nicht als „vollständige Abkehr von der herrschenden Meinung“ sieht und auch keiner weiteren Kritik unterzieht, wendet er sich allein der Frage zu, ob die dritte Kategorie des dreigliedrigen Modells, der Semipräsidentialismus, „im Staatsrecht überhaupt existiert“. Dabei bleibt schon zweifelhaft, ob hier überhaupt eine staatsrechtliche Fragestellung vorliegt. Methodisch fragwürdig aber ist, daß die Existenz dieses Modells erst untersucht wird; nachdem mit diesem Ansatz zum Zwecke der Analyse bereits gearbeitet wurde.

In der Diskussion darüber vermischen sich schließlich auch noch Argumente für eine entsprechende Staatskonzeption des Semipräsidentialismus, also gegen einseitig auf den Präsidenten oder das Parlament ausgerichteten Systeme, mit solchen, die für oder gegen die Zweckmäßigkeit einer entsprechenden wissenschaftlichen Klassifikation streiten. Es wird dabei gänzlich übersehen, daß alle Systematisierungsversuche, seien sie nun zwei-, drei- oder sechsgliedrig, lediglich

Hilfestellung für Einordnung, Analyse und späteren Vergleich der jeweiligen Staatsorganisationssysteme bieten können. Ihre Geeignetheit kann sich demnach nicht nach der Ausgestaltung einer bestimmten Verfassung richten, sondern ist allein von der politikwissenschaftlichen Zweckmäßigkeit abhängig.

Im letzten Kapitel wird schließlich konstatiert, daß mit der litauischen Verfassung nach Auffassung des Autors kein dritter Weg eingeschlagen worden sei. Der hierfür verwendete Maßstab bleibt freilich offen, obgleich erst damit die eigentliche Antwort auf die Frage des Untertitels gegeben wird - mithin also leider ohne nähere Begründung. Die grundlegend Funktionsfähigkeit des staatsorganisatorischen Modells Litauens wird dann zu recht bestätigt. Abschließend unterbreitet das Buch noch etliche Vorschläge für Verfassungs- und Gesetzesänderungen, allerdings im Rahmen des bestehenden Systems, um so der im Verhältnis zu den osteuropäischen Reformstaaten fortwährend bestehenden Gefahr auszuweichen, aus der westeuropäischen Perspektive Belehrungen zu unterbreiten.

Insgesamt trüben die verschieden Kritikpunkte und eine an einzelnen Stellen unglückliche und manchmal ungenaue Sprachwahl den positiven Eindruck, den das Buch hinterläßt, nur unwesentlich. Es ist übersichtlich gestaltet, von angemessenem Umfang und mit wertvollen Anhängen versehen: die Übergangsverfassungen von 1919 und 1920 werden vollständig in deutscher Sprache abgedruckt, ebenso eine Übersicht über die Zusammensetzung der Parlamente des unabhängigen Litauens. Wünschenswert wäre der Einfachheit halber auch ein Abdruck der Verfassung von 1992 als eigentlicher Untersuchungsgegenstand gewesen.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die Lektüre des Werkes eine Bereicherung für jeden am litauischen Verfassungsrecht Interessierten ist. Insbesondere wird hier umfassend die Staatsorganisation des wieder unabhängigen Staates dargestellt und erläutert. Zu hoffen bleibt, daß künftig noch weitere Aspekte des litauischen Verfassungsrechts, wie insbesondere die Grundrechte (außerhalb des schon gelegentlich erläuterten Minderheitenschutzes), die Außenbeziehungen und sonstige Herausforderungen der litauischen Staats-

wirklichkeit angesichts der angestrebten Aufnahme in die Europäischen Gemeinschaften/Europäische Union Gegenstand einer ähnlich gründlichen Untersuchung werden.

*Tobias H. Jrmscher, Köln*

\*\*\*

*Ingė Lukšaitė: Reformacija Lietuvos Didžiojoje Kunigaikštystėje ir Mažojoje Lietuvoje. XVI a. trečias dešimtmetis - XVII a. pirmas dešimtmetis (Die Reformation im Großfürstentum Litauen und in Preußisch-Litauen, vom dritten. Jahrzehnt des 16. Jahrh. bis zum ersten Jahrzehnt des 17. Jahrh.). Vilnius: Baltos Lankos 1999, 647 S.*

Die Aufmerksamkeit der eigenständigen litauischen Historiographie galt stets dem sogenannten „Heldenzeitalter“, d. h. der frühen Epoche bis zum Tod von Vytautas dem Großen. Doch heute gewinnt bei den litauischen Historikern die Zeit der Renaissance und der Reformation immer mehr an Beachtung. Das hat mehrere Gründe. Einmal brachte die Reformationsepoche Litauen den eigentlichen Anschluß an den mitteleuropäischen Kulturkreis. Sie weckte neue Kräfte und reformierte das Kirchen- und Staatswesen. Zum anderen erlebte in der Zeit das noch immer mächtige Großfürstentum mit seiner Vielfalt an Völkern und Religionen eine beachtenswerte kulturelle Blüte, bedingt gerade durch das zuerst recht friedliche Wetteifern zwischen den Konfessionen. Schließlich eignet sich diese Zeit als ein Modell für heute und reizt folglich die modernen Historiker.

Die Reformation erreichte Litauen recht schnell, doch der alte Großfürst Sigismund II (gleichzeitig polnischer König Sigismund I) vertrieb die ersten Anhänger nach dem Herzogtum Preußen. Nach dem Tod von Sigismund II 1548 nahmen jedoch fast alle Magnatenfamilien und der größere Teil des Adels den neuen Glauben in der calvinistischen Prägung an. Doch die Zersplitterung des Protestantismus in Calvinisten, Lutheraner und Arianer einerseits und das Wie-

dererstarke der Katholischen Kirche nach dem Tridentiner Konzil und besonders das Festhalten des Herrscherhauses am Katholischen Glauben andererseits leiteten die Rekatholisierung ein. Dennoch bestand noch bis 1610 ein Gleichgewicht zwischen den Protestanten und Katholiken. Die erste Phase der Reformation bis 1610 untersucht Lukšaitė in dem jetzt erschienenen ersten Band der Reformation in Litauen und im Herzogtum Preußen. Ein zweiter Band über die Zeit zwischen 1610-1655 ist in Vorbereitung.

Das Werk zeichnen insbesondere zwei Eigenschaften aus. Lukšaitė begnügt sich nicht nur mit der Beschreibung der kirchlichen Ereignisse, sondern sie untersucht auch das Wirken der Glaubensangelegenheiten auf Kultur und Politik. Ferner vergleicht sie die Entwicklung der Reformation im Großfürstentum Litauen mit der im Herzogtum Preußen. Gerade dieser Vergleich vermag sehr gut den andersgearteten Weg der Reformation in Litauen zu verdeutlichen.

Lukšaitė baut ihr Werk chronologisch auf, wobei sie in einzelnen Abschnitten jeweils die Reformationsentwicklung in Litauen und in Preußen darstellt. Da die Entstehung der evangelischen Landeskirche im Herzogtum Preußen recht gut erforscht ist, begnügt sich die Autorin mit der Hervorhebung der wichtigsten Ereignisse, um anschließend um so ausführlicher auf die Prozesse unter dem baltischen Bevölkerungsteil einzugehen.

Die preußische Landeskirche und Herzog Albrecht haben sich von Anfang an bemüht, die nichtdeutsche Bevölkerung einzubeziehen. Die Kirche sollte zwar deutsch bleiben, doch die Vermittlung des neuen Glaubens in der jeweiligen Muttersprache erfolgen. Besonders unter den Litauern und Polen stieß die preußische Kirche auf Reste eines Volksglaubens, der noch stark mit heidnischen Elementen vermischt war. Die Kirche hat den Volksglauben bekämpft, indem sie die Pfarrer anwies, lutherische Glaubensinhalte abzufragen. Ganz bewußt hat die preußische Obrigkeit eine litauischsprachige Geistlichenschicht aufgebaut, obwohl dieses Vorhaben sehr teuer und aufwendig war. Diese litauische Geistlichkeit trug wesentlich zur Entstehung der modernen litauischen Sprache bei.

In dem von Litauern bewohnten Landesteil, in dem es vor der Reformation lediglich zwei Kirchen gab, wurden nach 1540 zahlreiche neue Gemeinden gegründet. An den Kirchen entstanden Schulen, in den litauischsprachige Lehrer unterrichteten. Es gab jedoch immer Probleme mit der Heranbildung der litauischen Pfarrer und Lehrer, weil die Litauer fast ausschließlich dem Bauernstand angehörten und nicht in der Lage waren, ihren Kindern eine höhere Schulbildung zu ermöglichen. Auch fehlten bis 1586 im litauischsprachigen Landesteil Lateinschulen, die erst das Universitätsstudium ermöglichten. Deshalb mußte Herzog Albrecht die ersten litauischen Pfarrer aus Litauen holen. Sie bildeten den Kern der entstehenden litauischen geistlichen Schicht. In den Augen von Lukšaitė fand im Herzogtum Preußen eine frühe kulturelle Interaktion zwischen den Völkern statt. Wenn die deutschen Historiker die Beziehungen zwischen den Deutschen und anderen Volksgruppen mehr als Ausstrahlung der deutschen Kultur auf weniger entwickelte Kulturen sehen und vom Einfluß einer stärkeren Kultur auf die schwächere ausgehen, so bewertet Lukšaitė das Ganze als eine gegenseitige Beeinflussung gleichwertiger Kulturen zum gegenseitigen Nutzen.

Auch nach dem Tod von Albrecht wurde das Netz der litauischen Kirchen und Schulen weiter ausgebaut. Nach 1586 wurden im litauischsprachigen Teil zwei Partikularschulen in Tilsit und in Memel errichtet. Die hier ausgebildeten Kinder waren zwar meistens deutschstämmig, doch sie wuchsen unter Litauern auf und beherrschten folglich das Litauische. Aus ihnen rekrutierte sich bald die Mehrheit der litauischen Pfarrer und Lehrer. 1568 bestätigte die Kirchenordnung noch einmal, daß Gottesdienste in der Sprache der Gläubigen stattfinden müssen. Weiterhin übte die Kirche durch eine Fülle von Verordnungen Einfluß auf den Volksglauben und die Volkskultur aus.

Den Schwerpunkt der Untersuchung bildet jedoch die Reformation im Großfürstentum Litauen, der etwa zwei Drittel des Buches gewidmet ist. Hierbei beschäftigt sich Lukšaitė besonders mit der Auswirkung der Reformation auf die Gesellschaft und den Staat ein. Im Unterschied zu Preußen erfuhr die Reformation in Litauen keine Unterstützung durch den Herrscher. Der Protestantismus wurde hier nicht

zu einer Staatsreligion sondern bestenfalls geduldet und ab 1610 sogar offen verfolgt. Als sich nach 1550 die meisten Familien des Hochadels, in dessen Händen die eigentliche Herrschaft des Landes lag, zum Protestantismus bekehrten, hatte die Verbreitung der Reformation für eine kurze Zeitspanne recht gute Bedingungen. Deshalb wurde in der Historiographie die Meinung vertreten, daß die Reformation in Litauen eine Angelegenheit des Adels - also eine Reformation von oben - war und nicht die breiteren Bevölkerungsschichten berührte. Die Verfasserin kann gut belegen, daß durch die Entstehung zahlreicher evangelischer Gemeinden in den Groß- und Kleinstädten sowie auf den Gütern des Adels alle Schichten betroffen waren. Die evangelischen Gemeinden waren zwar klein, doch überaus flexibel und weniger ortsgebunden. Erst im 17. Jahrhundert mußten die Untertanen der Großgrundbesitzer meistens auch deren Religion annehmen. Insgesamt gesehen spaltete im 16. Jahrhundert die Religion die Gesellschaft Litauens nicht, denn man war hier an das Nebeneinander verschiedener Konfessionen und Religionen gewohnt. 1563 gelang es dem Adel, sich die Religionsfreiheit vom Großfürsten garantieren zu lassen. Erst als sich die Machtverhältnisse gänzlich zugunsten der Katholischen Kirche verschoben, wurde die Religionsfreiheit nur noch dem Adel vorbehalten, wobei aber die Evangelischen auf öffentliche Ämter verzichten mußten.

Lukšaitė geht auf die Problematik ein, warum die Reformierte Kirche gegenüber der Lutherischen die Oberhand gewann und nur sie eine Landeskirche bildete. Die Organisation der Reformierten Kirche entsprach eher den Bedingungen in Litauen, denn nicht ein Herrscher sondern die Synoden regelten das kirchliche Leben. Auf Initiative des mächtigen Radziwill des Schwarzen entstand die calvinistisch geprägte Landeskirche „Unitas Lituaniae“, die wohlgerne nie ein Teil der polnischen Schwesterkirche war. Eine große Bedeutung fiel den Geistlichen und den Patronen zu. Dagegen haben sich die lutherischen Gemeinden nicht zu einer Landeskirche zusammengeschlossen, denn die beiden größten Gemeinden in Vilnius und in Kaunas waren deutsch, die anderen jedoch litauisch oder polnisch. Diese Stadtgemeinden waren obendrein recht vermögend und konnten sich einen

gewissen Schutz vom Großfürsten erkaufen. Die Bildung einer Gesamtkirche hätte sie also nur belastet.

Um 1560 breitete sich die arianische bzw. antitrinitarische Bewegung aus, die nicht nur theologisch andere Ansichten vertrat, sondern sich auch gegen den Kriegsdienst und die Leibeigenschaft aussprach. Nach 1570 wandte sich auch die Reformierte Kirche gegen die Anhänger dieser Bewegung und unterstützte ihre Vertreibung aus dem Land. Nach 1570 gingen die Calvinisten und die Lutheraner eine politische Union ein und erkannten sich gegenseitig an. Auch mit den Orthodoxen schlossen die Protestanten einen Beistandspakt. Zwischen 1580 und 1610 gab es in Litauen ein Gleichgewicht der Kräfte zwischen den Protestanten und Katholiken. Die Herrscher mußten auf die Einhaltung des Friedens unter den Konfessionen schwören. Die Gesetze schützten die Religionsfreiheit. Noch 1596 stellten die Evangelischen die Hälfte der Senatoren, 1606 noch immerhin 36%. Um 1600 bestanden im Großfürstentum noch ca. 200 calvinistische Gemeinden. Danach aber nahm die Zahl dieser Gemeinden rasch ab, da die Katholische Kirche das Recht erwirkte, alle Kirchen, die ehemals katholisch waren, zurück zu erlangen. Nur dort, wo ein evangelischer Patron eine Kirche gebaut hatte, konnte sie auch evangelisch bleiben. Mit Unterstützung des Königs gelang es der Katholischen Kirche, die Tolerierung anderer Konfessionen in der Gesellschaft zu unterhöhlen. Seit Ende des 16. Jahrhunderts fanden immer wieder Pogrome besonders gegen die reformierten Gemeinden statt. Die Evangelischen wurden nach und nach aus allen öffentlichen Ämtern verdrängt.

Die Prozesse des Wachsens und des Beharrens der evangelischen Kirchen trotz des wachsenden Widerstandes durch den Herrscher und die Katholische Kirche werden in dieser Untersuchung herausgestellt. Die Bedeutung der Reformation wird besonders auf den Gebieten des Rechts, der Bildung und des Druckwesens sichtbar. Die katholische Geistlichkeit wurde verpflichtet, sich wie die anderen Grundbesitzer an den Kriegslasten zu beteiligen. Die Kirchengerichte durften keine Angelegenheiten der Weltlichen behandeln. Die Modernisierung des Staates ging lange Zeit von den Protestanten aus. Die Evangelischen haben nirgends zur Waffengewalt gegriffen und keine eigenen Arme-

en aufgestellt. Sie wirkten vorrangig durch das gedruckte Wort. Die Bedeutung der Schrift stand bei ihnen sehr hoch. Litauen profitierte von der Konkurrenzsituation zwischen den Evangelischen, Katholiken und Orthodoxen. Nach und nach übernahm die Katholische Kirche viele Forderungen der Protestanten und modernisierte sich. Doch im Vergleich zum Herzogtum Preußen entstand in Litauen keine litauischsprachige Geistlichenschicht, denn die Kirchen bedienten sich vorrangig der polnischen Sprache als der Umgangssprache des Adels und der Bildungsschicht.

Sehr wertvoll ist der Anhang mit der Auflistung der evangelischen Gemeinden. Dem reich illustrierten Band ist eine ausführliche deutsche Zusammenfassung beigelegt. Es ist ein monumentales Werk, eines der besten der neuen litauischen Historiographie.

*Arthur Hermann*

\*\*\*

*Gerhild Luschnat: Die Lage der Deutschen im Königsberger Gebiet 1945-1948. 2., erg. u. durchges. Aufl. Frankfurt a. M.: Lang 1998, 231 S.*

Unser Wissen über die Situation im Königsberger Gebiet nach 1945 ist auch nach dem Zerfall des Sowjetreiches noch immer recht fragmentarisch. Trotz der Öffnung der sowjetischen bzw. russischen Archive sind bisher nur wenige Untersuchungen darüber erschienen.<sup>1</sup> Die Diplomarbeit von Luschnat beschreibt anhand sowjetischer Dokumente die Lage der im Königsberger Gebiet verbliebenen Deutschen bis zu ihrer Abschiebung in die Sowjetzone 1947-1948. Bisher lagen uns lediglich die Erinnerungen der Deutschen vor, die auch

---

<sup>1</sup> Hierbei sind besonders zu erwähnen: Beckherm, Eberhard u. Dubatow, Alexej: Die Königsberg-Papiere. Neue Dokumente aus russischen Archiven. München 1994; Kibelka, Ruth: Wolfskinder. Grenzgänger an der Memel. 2. Aufl. Berlin 1997.



Luschnat als Grundlage für ihre Arbeit dienen. Jedoch vergleicht sie diese mit sowjetischen Quellen aus den Kaliningrader Archiven. Dadurch wird ihr möglich, die Sicht der Sieger über die Deutschen zu verdeutlichen, und versetzt sie in die Lage, einige Aussagen der Betroffenen zu korrigieren, wie z. B., ob die Sowjets ganz bewußt die Deutschen verhungern lassen wollten oder ob die Vertreibung eine lang geplante Aktion war.

Die verbliebenen Ostpreußen haben die Zeit zwischen der Besetzung des Landes und ihrem Abtransport 1947-1948 als einen grausamen Kampf ums pure Überleben erfahren. Zwei Drittel von ihnen sind umgekommen. Ihr Eindruck war daher, daß die Sowjets sie ganz bewußt nicht nur verhungern und ausbeuten, sondern auch ihr Land und ihre Geschichte ausradieren wollten. Die sowjetischen Dokumente bestätigen das unsägliche Elend, aber nicht den Vorsatz einer geplanten Ausrottung. Sie verdeutlichen jedoch die Gleichgültigkeit der Sieger, die Korruption und Disziplinlosigkeit der Armee und der zivilen Verwaltung und das blinde Erfüllen (meistens jedoch nur auf dem Papier) der vorgeschriebenen Pläne. Die Dokumente zeigen einige Ansätze der Militärs und der Verwaltung, die Lage der Deutschen zu verbessern. Allerdings wurde dies entweder nur halbherzig in die Wege geleitet oder gar nicht. Luschnat geht vorsichtig mit amtlichen Dokumenten um. Sie kann aufzeigen, daß die genannten Zahlen sich öfters widersprechen bzw., daß völlig falsche Angaben gemacht werden. Eine solche Vorsicht ist angesichts der bewußten Lüge und Verdrehung der stalinistischen Behörden nur allzu verständlich.

Im Einzelnen schildert Luschnat die Vorgänge bei der Eroberung Königsbergs und die ersten Wochen der Sowjetherrschaft. Sie geht besonders auf den Sinn der sogenannten „Propagandamärsche“ ein, bei denen nach der Kapitulation alle Deutschen aus der Stadt vertrieben und wochenlang kreuz und quer über das Land geführt wurden. Die anschließend auf einigen Gütern durchgeführten Verhöre hätte der NKWD sicherlich auch in den weniger zerstörten Stadtviertel durchführen können. So geht auch Luschnat davon aus, daß die Sowjets die Stadt ohne Zeugen zerstören wollten, denn in dieser Zeit wurden nicht nur alle Wohnungen geplündert, sondern auch fast alle Häuser ge-

sprengt und die Stadt so gut wie unbewohnbar gemacht. Den Grund für das brutale Vorgehen der Soldaten - besonders für die Vergewaltigungen - sieht Luschnat darin, daß durch die vehemente politische Indoktrination bei den sowjetischen Soldaten die Hemmschwelle gegenüber Gewalt extrem herabgesetzt war. Die ideologisch motivierte Aufforderung zur „heiligen Rache“ und die Tolerierung von Gewaltmaßnahmen seitens der Armeeführung führten zur völligen Verrohung. Luschnat bemüht sich zu ermitteln, wie viele Deutsche zu bestimmten Zeiten in Königsberg und im Nordostpreußen gelebt haben, was schwer ist, da - wie gesagt - die von den sowjetischen Behörden übermittelten statistischen Angaben widersprüchlich und ungenau sind. Viele Deutschen mißtrauten obendrein den Registrierungen und mieden sie, weil diese oft zu Verhören oder zu zwangsweisen Arbeitseinteilung mißbraucht wurden.

Im Weiteren untersucht die Verfasserin die Lebensumstände der Deutschen, die von unbeschreiblicher Not geprägt waren. Brot gab es nur für die Arbeit, doch auch das nie ausreichend. Nichtarbeitende konnten zwar bis 200 g Brot täglich kaufen, doch Deutsche besaßen kein Geld. Die Wohnverhältnisse waren nicht minder katastrophal und wurden mit der Einwanderung der sowjetischen Neusiedler noch schlechter, denn diese hatten das Recht, sich Wohnungen von den Deutschen mit allen Habseligkeiten anzueignen. Arbeit war die Grundlage zum Überleben. Doch nach dem Zuzug der Neusiedler wurde es immer schwieriger, eine Arbeitsstelle zu finden. Die sanitären Verhältnisse waren völlig unzureichend, wie auch die medizinische Versorgung. Hunger und Epidemien rafften die meisten Deutschen hinweg. Davon besonders betroffen waren die Alten und die Kinder. Ab Ende 1945 bemühten sich Geistliche um die Versorgung der Waisen. Mitte 1946 errichtete die sowjetische Verwaltung die ersten Waisenhäuser. Sie reichten jedoch bei weitem nicht aus. Teilweise mußten auch hier die Kinder hungern. Um die Alten kümmerte sich der Staat nicht. Lediglich ein Altenheim wurde weit außerhalb von Königsberg errichtet. Schon bald nach dem Krieg bemühten sich Geistliche um kirchliche Versorgung, und es gelang ihnen, einige Gemeinden ins Leben zu rufen. Ab Mitte 1946 wurde auch in Königs-

berg das Amt des Beauftragten für Religiöse Fragen eingerichtet und die Gemeinden gemäß der sowjetischen Gesetzgebung registriert. Sogar ein Deutscher Klub wurde zu Umerziehungszwecken aufgebaut, in dem Vorträge stattfanden und eine Bibliothek eingerichtet wurde. Die Deutschen waren jedoch zu sehr mit dem Überleben beschäftigt. Außerdem mißtrauten sie dieser Einrichtung. Ab Sommer 1946 wurden einige Schulen für deutsche Kinder eingerichtet, in die aber nur die jüngeren Kinder gingen, denn ältere mußten zum Broterwerb beitragen.

Insgesamt gab es einzelne Bemühungen, die deutsche Bevölkerung zu integrieren und ihr sogar das Leben zu erleichtern. Doch erst Ende 1947, als bereits ein Teil der Deutschen in die Sowjetzone abgeschoben wurde, besserten sich die Lebensbedingungen. Insgesamt sahen die Deutschen keine Zukunftsperspektiven für sich in Nordostpreußen und drängten von selbst schon ab Anfang 1947 auf die Entlassung nach Deutschland. Es gab einige menschliche Kontakte mit der sowjetischen Bevölkerung, die aber die schrecklichen Erfahrungen nicht aufwiegen konnten.

*Arthur Hermann*

\*\*\*

*Eckhard Matthes (Hrsg.), Als Russe in Ostpreußen. Sowjetische Umsiedler über ihren Neubeginn in Königsberg/Kaliningrad nach 1945. edition tertium 1999*

Was läßt sich über ein Buch, das bereits der Spiegel rezensiert hat, noch schreiben?

Immerhin einiges, denn das Werk von 504 Seiten hat im größten deutschen Nachrichtenmagazin zwar eine inhaltliche Wertung erfahren ("erst jetzt, über ein halbes Jahrhundert später werden die Schicksale jener bekannt, die damals die verlassene Region einnahmen") jedoch keine methodische. Der Band wird in Deutschland, und das ist sein gutes Recht, vor allem wegen seiner Inhalte gekauft. Die Leser

möchten erfahren, wie sich die Russen fühlten, als sie in das deutsche Gebiet kamen, wie sie sich dort ansiedelten, was für Gespräche sie mit den Deutschen führten und ob sie überhaupt mit ihnen redeten.

In erster Linie kann die Arbeit der Projektgruppe um Jurij Kostjašow kaum ausreichend gewürdigt werden. Wer nicht selbst einmal in einem Projekt dieser Art - völlig unabhängig von dessen Umfang - teilgenommen hat, kann schwerlich den immensen Arbeitsumfang eines solchen Unternehmens und die damit verbundenen Schwierigkeiten ermessen.

Die Neubesiedlung des nunmehrigen Kaliningrader Gebietes läßt sich mit Fakten und dünnen Sätzen schildern. Hier entstehen nun aus den Erinnerungen Stimmungen, Bilder (S. 74 „Alles war zerstört, aber alles war voller Blumen. Jasmin. Allein an Flieder gab es einige Sorten: persischen, türkischen und in unterschiedlichen Farben“) und Gerüche, die zweifelsohne auch einen wesentlichen Beitrag zur Alltagsgeschichte darstellen (S. 348 „Damals hatten alle Rhabarber im Garten. Und wir hielten das für Unkraut. Die Deutschen erklärten uns, daß das eine eßbare Pflanze ist. Und heute steht er auch bei mir im Garten. Wir machen damit Kuchen.“)

Ambivalenzen zu verschiedenen Themen wurden nicht ausgespart, aber auch nicht hochgespielt (S. 342 „Die Deutschen haben überall gearbeitet, wo man sie auch hinschickte, und sie haben gut gearbeitet. Aber ich konnte sie nicht unbelastet anschauen, mir stand immer das Gesicht meiner Mutter vor Augen, die von den Nazis erschossen wurde.“)

Die Stimmen zum Thema Rache berühren durch ihre bestechende Authentizität: (S. 353 „Ich habe mehrfach bemerkt, daß nachts in der Waffenpyramide ein oder zwei Maschinengewehre fehlten. Morgens, bei der Formierung der Truppe, wurde uns dann mitgeteilt, daß eine deutsche Familie erschossen oder ein Deutscher umgebracht worden war. Ich bin überzeugt, daß das die Rache für ermordete Brüder und Mütter oder für unsere gestohlene Erde war.“)

Oft wird der *Oral history* (eigentlich ein recht mißglückter Terminus für die mündliche Geschichtsüberlieferung) eine vermeintliche Schwäche angekreidet - die Aussagen seien subjektiv gefärbt. Dabei

gelingt es gerade auf diese Art und Weise, wie auch in dem vorliegenden Werk vorgestellt, subjektive Wahrnehmungen und Erfahrungen zu thematisieren.

Der vorliegende Band und das darauf erfolgte Echo sind ein neuerlicher Beweis dafür, daß *Oral history* stärker als heuristische Erfahrung wahr genommen wird und dient gleichzeitig als Ansporn für die weitere Verbreitung dieser immer noch umstrittenen Forschungstechnik. Sind bestimmte Erinnerungen erst einmal veröffentlicht, beweist die Erfahrung, werden sie auch weiterhin ausgewertet, bauen sich andere Forschungsarbeiten darauf auf.

Insofern kann man die Arbeit der Gruppe um Kostjašow wirklich als Meilenstein der Geschichtsschreibung des Kaliningrader Gebietes bezeichnen. Es passiert, daß lange Lebensabschnitte, die ohne besonders tiefe Emotionen durchlebt wurden, keinerlei Erinnerungen hinterlassen. Sich-Erinnern ist aktive Tätigkeit und keinesfalls ein Automatismus.

Allen Neusiedlern war gemein, daß die Ereignisse des Zweiten Weltkrieges in ihren Biographien deutliche Spuren hinterlassen hatten. Quasi als lebensgeschichtlicher Prolog dieser gesamtgesellschaftlichen Erfahrung steht stellvertretend für alle Erzählenden am Anfang die Lebensgeschichte des Ivan Dmitrijevič Stepenov (S. 17 ff.)

Man weiß, daß das Gedächtnis nur Bruchstücke des früher Erfahrenen aufbewahrt. Allerdings kann man auf der Grund der Bedeutsamkeit der hier geschilderten Ereignisse, die sie für das Leben der späteren Kaliningrader hatte, davon ausgehen, daß diese Erfahrungen von so besonderer Qualität waren, daß sie sich im Langzeitgedächtnis tief einprägten, wenn sie auch oft auf den ersten Blick nicht präsent schienen. (S. 334 „Die Erinnerungen reichen weiter. Wie aus dem Nichts tauchen Namen von Nachbarn, zufälligen Bekannten und sogar Fremden unter den Deutschen auf.“)

Es passiert häufig, daß Medien und die gegenwärtige Geschichtsschreibung die autobiographische Erinnerungstätigkeit beeinflussen. In dem Moment, als die Kaliningrader Historiker ihr Projekt in Angriff nahmen, galt diese Epoche noch mehr oder weniger als Tabu und so können kaum Fakten benannt werden, die den Wert der autobiogra-

phischen Erinnerungen (anders als den der kollektiven) beeinflusst haben.

„Als Russe in Ostpreußen“ stellt einen Ausschnitt aus reichhaltigem zeitgeschichtlichen Rohstoff dar. (Man sollte sich immer vor Augen halten, daß das Projekt noch weitaus mehr Material enthält.) Wer weiß, welche historischen oder literarischen Arbeiten auf dieser Basis noch entstehen werden - vielleicht der große Königsberg - Kaliningradroman?

*Dr. Ruth Kibelka*

\*\*\*

*Martynas Purvinas, Būdingi tradicinės architektūros pavyzdžiai Nemuno deltos regioniniame parke, (Charakteristische Beispiele traditioneller Architektur im Regionalpark Memeldelta), Kaunas 1999*

Seit Jahren bereisen Dr. Martynas Purvinas und Marija Purvinienė das Memelland, um die Überreste der Vorkriegsarchitektur zu dokumentieren und inventarisieren. Nun kann auch endlich der litauische Leser Ergebnisse dieser langen und gründlichen Dokumentationsreisen nicht nur in Ausstellungen (z. B. im Museum in Šilutė/Heydekrug 1998) betrachten, sondern auch als Album nach Hause tragen. Innerhalb des Memeldeltas finden sich vier verschiedene Siedlungs- und Bautypen, die der Moorkolonien (z. B. im Augstumaler Moor), der Bauerndörfer (Windenburg, Suwehnen usw.), der Wiesenbauern in den Überschwemmungsgebieten (z. B. Barsdehnen, Schießgirren) und der Fischerdörfer (Skirwitellen, Minge).

Der Autor hat sein zu publizierendes Forschungsgebiet in 14 Bezirke eingeteilt, die er gleichfalls kartographisch einführt, so daß ein Reisender jedes Objekt wiederfinden kann. Anhand von 600 Photos werden in dem Katalog 63 Hausbeispiele vorgestellt: mit Grundriß, Abmessungen und genauer Beschreibung sowie auch Aufnahmen einzelner hervorzuhebender Details. In die genaue Beschreibung jedes Objektes werden charakteristische Merkmale einbezogen, wie auch

die Position des Gebäudes innerhalb einer Hofanlage und eine Aufzählung des verwandten Baumaterials.

Es ist eine rein architekturgeschichtliche Dokumentation, die hier vorgelegt wird. Trotzdem wird dieser Katalog auch für die Literaturwissenschaftler als Quellenband von Interesse sein. Wer kann sich heute schon vorstellen, wie das Elternhaus der Indre aus der Reise nach Tilsit ausgesehen haben mag, wer kann erahnen, wie bescheiden das Moorbauernhäuschen von Jons und Erdme ausgeführt war? An Hand von Purvinas Katalog lassen sich Antworten visueller Art als Ergänzung zu den Sudermannschen oder Wichertschen Beschreibungen finden.

Obwohl der Band ausschließlich in litauischer Sprache abgefaßt wurde, ist er auf Grund seines reichen Bildermaterials zur Aufnahme in Bibliotheken zum Thema Ostpreußen zu empfehlen.

*Dr. Ruth Kibelka*

**Wo Ostpreußen  
am schönsten ist**

**Mit Flug oder Fähre**  
*immer in besten Händen:  
viele Wohnmöglichkeiten, zuverlässiger Service*



*Eigenes Gästehaus  
mit Haßblick in Nidden!*

**Memel, Heydekrug,  
Schwarort, Nidden  
Königsberg, Rauschen  
Tilsit, Insterburg, Riga  
Tallinn, Vilnius, Kaunas**



**Hildegard Willoweit**  
Judenbühlweg 46 **97082 Würzburg**  
Tel. 0931-84234 Fax - 86447

## Die Autoren

---

- Dr. Dietmar Albrecht Ostsee-Akademie Travemünde,  
Europaweg 3,  
D-23570 Lübeck
- Dr. Arūnė Arbušauskaitė Fakultät für Sozialwissenschaften  
der Universität Klaipėda,  
H. Manto g. 84,  
LT-5800 Klaipėda
- Barbara Eßer, M. A. Fakultät für TGKM und  
Geographie der Universität Bielefeld  
D-33501 Bielefeld
- Dr. Svetlana Galcova Fakultät für Geschichte der Staatlichen  
Universität Kaliningrad,  
ul. A. Nevskogo 14,  
RUS-236041 Kaliningrad
- Prof. Dr. Valerij Galcov Fakultät für Geschichte der Staatlichen  
Universität Kaliningrad,  
ul. A. Nevskogo 14,  
RUS-236041 Kaliningrad
- Dr. Ruth Kibelka Forschungszentrum für die Geschichte  
Westlitauens und Preußens der  
Universität Klaipėda, Tilžės g. 13,  
LT-5800 Klaipėda
- Andreas Kossert, M. A. Bartningallee 29, D-10557 Berlin



---

Dr. Jurij Kostjašov	Fakultät für Geschichte der Staatlichen Universität Kaliningrad, ul. A. Nevskogo 14, RUS-236041 Kaliningrad
Mantas Mačiulskis, B. A.	Forschungszentrum für die Geschichte Westlitauens und Preußens der Universität Klaipėda, Tilžės g. 13, LT-5800 Klaipėda
Prof. Dr. Alvydas Nikžentaitis	Forschungszentrum für die Geschichte Westlitauens und Preußens der Universität Klaipėda, Tilžės g. 13, LT-5800 Klaipėda
Aidas Rutė, B. A.	Forschungszentrum für die Geschichte Westlitauens und Preußens der Universität Klaipėda, Tilžės g. 13, LT-5800 Klaipėda
Dr. Robert Traba	Deutsches Historisches Institut Warschau, Palac Kultury i Nauki- Plac defilad 1, skr. 33, PL-00901 Warszawa
Dr. Vygantas Vareikis	Forschungszentrum für die Geschichte Westlitauens und Preußens der Universität Klaipėda, Tilžės g. 13, LT-5800 Klaipėda
Mathias Wagner, M. A.	Fakultät für TGKM und Geographie der Universität Bielefeld D-33501 Bielefeld

# Impressum

---

## ANNABERGER ANNALEN NR. 7 1999

Jahrbuch über Litauen und deutsch-litauische Beziehungen  
ISSN 0949-3484

Herausgeber: Arthur Hermann u. Annemarie Lepa  
im Auftrag des Baltischen  
Christlichen Studentenbundes, Bonn

Konto: Nr. 10 36 00 599 bei der RVB Frankenthal e G  
BLZ 545 613 10

Redaktion u. Vertrieb: Arthur Hermann, C.M.v.Weberstr.14  
69245 Bammental  
Tel. 06223-40594  
Tel. 06221-543328 (tagsüber)  
Fax: 06221-543586

e-mail: <Arthur.Hermann@urz.uni-heidelberg.de>

Annemarie Lepa, Fliederstr. 7a  
67259 Großniedesheim  
Tel./Fax: 06239-1352

Redaktion und Lektorat dieser Nummer:  
Dr. Ruth Kibelka, Klaipėda

Graphiken: Ieva Labutyte, Architektų 200-15  
Vilnius, Litauen

Übersetzungen: Dr. Ruth Kibelka, Klaipėda  
Rasa Krupavičiūtė, Klaipėda  
Beate Petras, Berlin

Druck: City Druck  
Bergheimerstr. 119  
69115 Heidelberg

## Inhaltsverzeichnisse

---

### Annaberger Annalen Nr. 6/1998:

- H.-J. Zierke, Gottesmorgen in Tolmingkehmen, Novelle
- A. Strauß, „Der Litauer“ von Schondocho
- A. Žentelytė, Deutsche, Litauer und Letten zwischen Aufklärung und Romantik
- D. Sauka, Ein Gedicht von Maironis im Vergleich zum Werk Goethes
- M. Holzman, Die Verlagsbuchhandlung „Pribačis“
- R. Misiūnas, Das exillitauische Buch in Deutschland 1945 - 1952
- S. Pocytė, Deutsch-litauische Beziehungen bei I. Simonaitytė
- Ch. Schiller, I. Simonaitytė und das Problem d. Bilinguismus
- A. Hermann, Johannes Bobrowski und Litauen
- K. Brazaitis, Bobrowskis Litauen
- L. Klein und H. Masalskis, Die Deutsch-Litauische Literarische Gesellschaft
- D. Willoweit, Memel-Klaipėda im historischen Bewußtsein der Deutschen und Litauer
- Ch. Nikolajew, Die Deutschen in einem litauischen Schulgeschichtsbuch der Sowjetzeit
- E. Vareikis, Dinosaurierendes Europa

### Annaberger Annalen Nr. 5/1997:

- V. Vareikis, Deutsch-litauische Beziehungen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts
- Chr. Diekmann, Überlegungen zur deutschen Besatzungsherrschaft
- A. Bubnys, Litauische „Selbstverwaltung“ in den Jahren der Okkupation
- H. Stossun, Die Rücksiedlung der Litauendeutschen 1942-1944
- V. Brandišauskas, Der litauische Aufstand vom Juni 1941
- P. G. Aring, „Erinnern - nicht vergessen!“ Juden im Baltikum
- J. Tauber, Garsden, 24. Juni 1941
- A. Henmann, Die nationalen Spannungen in der Lutherischen Kirche Litauens der 20er Jahre
- M. G. Slavėnas, Die Evang. Theologische Fakultät in Kaunas
- L. Klein, Die Chronistin der Kleinlitauer - I. Simonaitytė
- A. Arbušauskaitė, Die Geburt der weltlichen litauischen Literatur
- S. Janecke, Die „Deutsche Schule“ in Klaipėda
- I. Hoddick, Geschichte der multikulturellen Musikstadt Vilnius

### Annaberger Annalen Nr. 4/1996:

- I. Lukšaitė, Die erste Phase der Reformation in Litauen
- A. Jovaišas, M. Mažvydas der Verfasser des ersten litauischen Buches
- S. Žukas, Das erste litauische Buch und sein historisches Umfeld

- 
- G. Bense, Zum Umfeld des früheren preußisch-litauischen Schrifttums  
D. Pociūtė, Das litauische protestantische Kirchenlied des 16.-17.  
Jahrhunderts  
D. Kuolys, Die Visionen von der gesellschaftlichen Entwicklung im  
Schrifttum Litauens im 16. Jhd.  
V. Vaivada, Über die Beziehungen zwischen Žemaitija und Herzogtum  
Preußen im 16. Jahrhundert  
F. Gutowski, Geist und Inhalt der Lieder des M. Mažvydas Katechismus  
U. Hecht, Zu Gast bei Evangelischen in Litauen  
A. Hermann, Die Situation der deutschen Minderheit in Litauen  
R. Kibelka, Deutsche in Litauen  
A. Nikžentaitis, Das Bild von Deutschland und den Deutschen  
D. Kaunas, Das Buch in Klein-Litauen  
K. Berthel, SIE. Metaphern u. Allegorien totalitärer Macht in R. Gavelis  
Romanen  
N. Steponkutė, Die Frau ist auch ein Mensch  
L. Klein, Bibliographie der Übersetzungen litauischer Literatur

Annaberger Annalen Nr. 3/1995:

- A. Arbušauskaitė, Das tragische Schicksal Ostpreußens  
S. Peleckienė, Aus dem Leben eines „Wolfskindes“  
V. Vareikis, Klaipėda in der Nachkriegszeit 1945-1953  
A. Hermann, Litauendeutsche während des zweiten Weltkrieges  
J. Tauber, Litauen zwischen Deutschland, Polen und der Sowjetunion  
D. Kaunas, Was uns die Grabmäler sagen  
L. Klein, Einführung in die litauische Literatur des 20. Jhd.  
M. Klein, ...waren die Jungen bereits über alle Berge  
H. Senst, Das Theologische Zentrum an der Universität Klaipėda  
und seine Bibliothek

Annaberger Annalen Nr. 2/ 1994:

- U. Lachauer, Tolmingkehmen - ein Ort der Weltliteratur  
D. Kaunas, Das Interesse der litauischen Forschung an Ostpreußen  
A. Arbušauskaitė, einige Aspekte der nationalen Selbsteinschätzung bei der  
altansässigen Bevölkerung der Kurischen Nehrung nach 1945  
Chr. Kairies, Das Litauertum in Ostpreußen südlich, des Memelstromes  
im Jahre 1921  
A. Hermann, Die Phasen des baltischen Unabhängigkeitskampfes 1985-1991  
N. Kairiūkštytė, Die Verbannung der Litauendeutschen nach Sibirien  
L. Klein, „Der Entwurf ist gut, aber das Schiff hat Schlagseite“  
L. Stepanauskas, Musisches Bildungszentrum in Rostock